

Blinder Gehorsam oder kritische Partnerschaft?

Die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Dänemark
und den USA nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes (1990-2008)

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der
Philosophischen Fakultät
der Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel

Vorgelegt von
Oliver Repkow, M.A.

Kiel
2010

Erstgutachter: Prof. Dr. Dr. Ulrich Matthée

Zweitgutachter: Prof. Dr. Joachim Krause

Tag der mündlichen Prüfung: 11.11.2010

Durch den zweiten Prodekan Prof. Dr. Michael Düring

zum Druck genehmigt am:

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	7
Teil A Einführung	9
1. Einleitung	9
1.1 Zielsetzung der Arbeit und Fragestellungen	17
1.2 Methodische Vorgehensweise der Arbeit	18
1.3 Wissenschaftliche Notwendigkeit und Forschungsstand	19
1.4 Gang der Untersuchung	21
1.5 Thesen zum dänisch-amerikanischen Verhältnis	22
2. Theoretische und kulturelle Einflussfaktoren auf die dänische Außen- und Sicherheitspolitik	24
2.1 Die Theorie in den Internationalen Beziehungen	24
2.2 Der Realismus	28
2.3 Der Neorealismus	35
2.4 Die Englische Schule	39
2.5 Die Rolle von Kleinstaaten im Internationalen System	43
2.6 Resümee	63
3. Tradition und Natur der dänischen Außenpolitik	66
3.1 Die Grundlinien dänischer Außenpolitik (1720-1949)	67
3.2 Die Besonderheiten des dänischen Regierungssystems auf die Gestaltung der Außenpolitik	72
3.2.1 Die Minderheitsregierungen	76
3.2.2 Die Regierung und ihre Administration	79
3.2.3 Das Kontrollsystem des dänischen Parlaments	81
3.2.4 Die Konsensorientierung im dänischen Regierungssystem	86
3.2.5 Das Referendum	87
3.2.6 Das dänische Parteiensystem	92
3.3 Resümee	99
Teil B Vergangenheit	
4. Die Entwicklung der dänischen USA-Politik von 1865 bis 1988	100
4.1 Der versuchte Verkauf der Westindischen Inseln 1865-1870	102
4.2 Der Verkauf der Westindischen Inseln 1917 und die Schleswigfrage 1920	107
4.2.1 Der Schleswigsche Grenzkonflikt und die politischen Interessen der USA vor dem Ersten Weltkrieg	110

4.2.2	Der Einfluss Präsident Wilsons Selbstbestimmungsrecht auf die Schleswigfrage	113
4.2.3	Präsident Wilson unterstützt die dänischen Forderungen	116
4.3	Dänemark und die NATO	120
4.3.1	Der Beitritt zur NATO und das Scheitern der skandinavischen Verteidigungsunion (1949)	122
4.3.2	Dänemark und die militärische Integration (1950)	131
4.3.3	Der Grönlandverteidigungsvertrag von 1951	134
4.3.4	Militärstützpunkte auf dänischem Territorium? (1952/1953)	139
4.3.5	Dänemarks Nein zu Atomwaffen 1957	142
4.3.6	Der NATO-Doppelbeschluss und die dänische „Fußnotenpolitik“ (1982-1988)	147
4.4	Resümee	157

Teil C Gegenwart

5.	Die Entwicklung der dänischen USA-Politik von 1988-2008	162
5.1	Das Ende der „Fußnotenpolitik“ (1988)	165
5.2	Dänemark und der Zweite Golfkrieg	170
5.3	Die dänische Haltung gegenüber der Westeuropäischen Sicherheitsunion (WEU)	174
5.4	Dänemark und der Krieg gegen den Terror	176
5.5	Dänemark und der Dritte Golfkrieg	179
5.6	Der Karikaturenstreit	182
5.7	Resümee	190

Teil D Zukunft

6.	Die Zukunft der dänisch-amerikanischen Beziehungen	191
6.1	Drei mögliche Szenarien	192
6.2	Vier Fragen zum dänisch-amerikanischen Verhältnis	195
6.3	Sechs Thesen zu den dänisch-amerikanischen Beziehungen	201
6.4	Resümee	204
7.	Literaturverzeichnis	207

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Dänische Regierungen seit 1973	78
Abb. 2	Übersicht über die Referenden zu außenpolitischen Fragen in Dänemark (1972-2000)	89
Abb. 3	Das dänische Parteiensystem von 1884 bis 1920 und Rokkans Dreieck	94
Abb. 4	Wahlergebnisse und Sitzverteilung im dänischen Parlament seit 1973	96
Abb. 5	Mitgliederzahlen der politischen Parteien 1947-2005	98

Abkürzungsverzeichnis

ABM-Vertrag	Anti Ballistic Missile-Vertrag
ABPB	Anti-Balance Power Behaviour
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMD	Ballistic Missile Defense
BSP	Bruttosozialprodukt
CEE	Central and Eastern Europe
CFSP	Common Foreign Security Policy
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaften
ESDP	European Security and Defence Policy
EU	Europäische Union
FRUS	Foreign Relations of the United States
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB	Großbritannien
GNP	Gross National Product
Grl	Grundløv
G-7/G-8	Gipfeltreffen der sieben (acht) größten Industrienationen
IAEO	Internationale Atomenergie Organisation
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
IISS	International Institute for Strategic Studies
IRBM	Intermediate Range Ballistic Missile
ISAF	International Security Assistance Force
JCS	Joint Chiefs of Staff
KSE-Vertrag	Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MD	Missile Defense
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NMD	National Missile Defense
NPR	Nuclear Posture Review
NSC	National Security Council
NSS	Nationale Sicherheitsstrategie
NVV	Nichtverbreitungsvertrag
MVW	Massenvernichtungswaffen
OSCE	Organization for Security and Co-operation in Europe
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SIPRI	Stockholm Institute for Peace Research
SRBM	Short Range Ballistic Missile
START	Strategic Arms Reduction Talks
SU	Sowjetunion
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organisation
USA	United States of America
VN	Vereinte Nationen
VR	Volksrepublik
WMD	Weapons of Mass Destruction

Teil A Einführung

1. Einleitung

„Denmark is among the smallest allies of the United States. But it is also true that Denmark is among the biggest allies of the United States. No other country has maintained unbroken diplomatic relations with the United States for longer than the Kingdom of Denmark.”¹

Mit diesen Worten beginnt ein Artikel des damaligen dänischen Premierministers² (Amtszeit: 2001-2009) und heutigen NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen, der am 11. September 2002 – also genau ein Jahr nach den verheerenden Terroranschlägen durch Al-Qaida auf New York und Washington – in der Washington Times erschienen ist. In ihm beschreibt er die enge transatlantische Verbindung zwischen beiden Staaten:

„Denmark’s close ties with the United States and the transatlantic bonds between Europe and the United States are of paramount importance to Denmark. These relations are at the very core of Danish foreign policy. Denmark will never forget the essential contribution of the United States in defence of European democracies in two world wars and the Cold War. Nor shall we forget the generosity of the United States when it came to the staggering task of rebuilding a ruined Europe”³.

Diese festen Beziehungen zeigen sich auch dadurch, dass der 4. Juli – der amerikanische Unabhängigkeitstag – in keinem anderen Land der Welt nach den USA so gefeiert wird wie in Dänemark: Im Rebild National Park findet jedes Jahr seit 1912 eine festliche Veranstaltung in Erinnerung an die amerikanische Staatsgründung statt, auf der ein ranghohes Mitglied der Regierung – zumeist der Premierminister – eine Rede auf die amerikanisch-dänische Freundschaft hält.⁴

Der Ursprung dieser transatlantischen Freundschaft kann auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts datiert werden. Diplomatische Kontakte zwischen beiden Regierungen lassen sich bereits kurz nach dem amerikanischen Sezessionskrieg (1861-1865) nach-

¹ Anders F. Rasmussen: New Solidarity with an Old Nordic Friend, erschienen in der Washington Times am 11. September 2002 und abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, S. 171-173, hier: S. 171.

² In der dänischen Sprache heißt das Amt „Statsminister“, in der Arbeit wird aber – wie in der deutschsprachigen Literatur üblich – der Begriff Premierminister benutzt.

³ Anders F. Rasmussen, New Solidarity with an Old Nordic Friend, S. 171.

⁴ Vgl.: ebda., S. 172f.

weisen.⁵ Zudem kamen bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts viele Dänen mit der „Neuen Welt“ in Kontakt, denn ebenso wie in Deutschland⁶, Irland, Italien und dem Zarenreich Russland⁷ setzte in dieser Zeit auch in Dänemark eine Auswanderungswelle in die Vereinigten Staaten ein, wobei viele emigrationswillige Dänen aus dem zu Preußen gehörenden Schleswig-Holstein stammten.⁸ Hier - wie im übrigen Europa - versprachen sich die Menschen in der „Neuen Welt“ eine bessere Zukunft; zunächst bedingt durch den Zeitgeist der Restauration, der sich nach der Beendigung der Napoleon-Diktatur in den Staaten Europas etablierte. Im Zeitraum von 1846 bis 1893 sind in Europa drei Wellen der Auswanderung festzustellen: Die erste Welle dauerte von 1846 bis 1857, die zweite Welle von 1864 bis 1873 und die dritte Welle von 1880 bis 1893 an.⁹ Diese drei Auswanderungswellen hatten wirtschaftliche (Missernten, Überbevölkerung, Industrialisierung), religiöse und politische (Scheitern der Revolutionen von 1848) Gründe,¹⁰ wobei die Motive für die dänische Emigration aus Schleswig-Holstein hauptsächlich in der Oppressionspolitik Preußens lagen.¹¹ Die dänischen Auswanderer siedelten sich überwiegend in den amerikanischen Bundesstaaten Minnesota, Wisconsin, Iowa, Nebraska und Illinois an und gliederten sich in die Gesellschaft der USA ein, ohne ihre nationale Identität aufzugeben.¹²

⁵ Vgl.: Erik Overgaard Pedersen: *The Attempted Sale of the Danish West Indies to the United States of America, 1865-1870*, Frankfurt am Main 1997, hier: S. 8f.

⁶ Zu diesem Zeitpunkt (ca. 1860) als geographischer Begriff verstanden

⁷ Der Begriff „Russland“ wird in dieser Studie auf zweifacher Weise benutzt. Zunächst ist das Russische Reich gemeint, welches bis zur Oktoberrevolution 1917 Bestand hatte. Der 1991/92 aus der Konkursmasse der Sowjetunion hervorgegangene Staat, der gleichzeitig Rechtsnachfolger der UdSSR ist, wird als „Russländische Föderation“ bezeichnet. In Deutschland hat sich der Einfachheit halber die Namen „Russland“ beziehungsweise „Russische Föderation“ etabliert. Dieses ist allerdings falsch, denn beide Begriffe beinhalten, dass nur Russen in diesem Staatswesen leben. Tatsächlich ist die „Russländische Föderation“ aber ein Vielvölkerstaat. Da sich aber die Bezeichnung „Russland“ in der Forschung etabliert hat – erinnert sei an dieser Stelle an die Werke von Alexander Rahr: *Russland gibt Gas. Die Rückkehr einer Weltmacht*, München 2008, sowie vom Journalisten Dirk Sager: *Pulverfass Russland. Wohin steuert die Großmacht?*, Berlin 2008 -, wird dieser hier auch verwendet.

⁸ Vgl.: Ellen Andrea Seehusen: *Der öffentliche Meinungsbildungsprozess zur Schleswigfrage in den Vereinigten Staaten nach dem Ersten Weltkrieg und Präsident Wilsons Friedensvorschläge*, Kiel 1987, S. 86ff.

⁹ Unterbrochen wurden die Einwanderungswellen durch den sich anbahnenden amerikanischen Bürgerkrieg (Ende der ersten Einwanderungswelle) beziehungsweise durch die wirtschaftliche Depression in den USA (Ende der zweiten Einwanderungswelle).

¹⁰ Vgl.: Seehusen, *Der öffentliche Meinungsbildungsprozess*, S. 43; Lothar Gall: *Europa auf dem Weg in die Moderne 1850-1890*, Oldenbourg 1984, S. 6; aus deutscher Sicht: Manfred Görtemaker: *Deutschland im 19. Jahrhundert*, 5. Auflage, Opladen 1996, S. 158f., sowie Wolfgang Helbich: *„Alle Menschen sind dort gleich...“*. Die deutsche Amerika-Auswanderung im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1988, S. 17.

¹¹ „Hauptsächlich litten die Dänen unter der Konstriktion in den preußischen Militärdienst und den Sprachregelungen in Schule und Kirche“. Zitiert nach: Seehusen, *Der öffentliche Meinungsbildungsprozess*, S. 86. So wurden die aus dem Gebiet Schleswig stammenden dänischen Rekruten nicht heimatnah stationiert, sondern mussten eine dreijährige Dienstzeit in Ostpreußen, Pommern oder Schlesien ableisten.

¹² Insgesamt haben sich im Zeitraum von 1850-1900 circa 120 000 Dänen in den USA angesiedelt; Vgl.: Ebda., S. 86.

Ein weiterer Faktor für die Entwicklungen der außenpolitischen Beziehungen stellt die Tatsache dar, dass die Regierungen beider Länder am Vorabend des Ersten Weltkrieges erfolgreich zusammenarbeiteten, denn durch die Vierzehn-Punkte und das formulierte Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie dem persönlichen Engagement des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilsons gelang Dänemark die Wiedererlangung Nord-schleswigs¹³ – obwohl das Königreich im Ersten Weltkrieg neutral geblieben war – während die USA von Dänemark 1917 die Hälfte der karibischen Jungfraueninseln (Virgin-Islands) übertragen bekamen.¹⁴

Erst nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges kam es zu einer engeren Zusammenarbeit beider Staaten in verschiedenen internationalen Institutionen. Die USA engagierten sich nach dem Sieg über Deutschland und Japan auf dem europäischen Kontinent und gaben ihre Politik des Isolationismus auf. Dänemark dagegen hatte fünf Jahre Besatzungszeit durch Deutschland hinter sich und begann in den folgenden Jahren seine eigene Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik neu zu justieren.¹⁵ Nachdem der Aufbau eines gemeinsamen skandinavischen Verteidigungssystems zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden nach neun Monaten Verhandlung im Januar 1949 nicht zustande gekommen war, traten Dänemark und Norwegen 1949 als Gründungsmitglieder

¹³ Unter dem Begriff „Nordschleswig“ (dän.: Nordslesvig) wird das seit 1920 dänische Gebiet des ehemaligen Herzogtums Schleswig bezeichnet. Geographisch erstreckt sich das Gebiet von der deutsch-dänischen Grenze bis an den Fluss Kongeå (deutsch: Königsau), im Westen bis Ribe (deutsch: Ripen) und im Osten bis an den Kleinen Belt südlich von Kolding.

¹⁴ Vgl.: Ellen Andrea Seehusen: Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, besonders S. 13-29, sowie S. 98-103.

¹⁵ Im klassischen Sinne bezeichnet **Außenpolitik** „die Gesamtheit aller Entscheidungen und Handlungen eines Staates, die auf Adressaten im internationalen Umfeld, auf politische Akteure in Staaten oder internationalen Organisationen, gerichtet sind“. Zitiert nach: Andreas Wilhelm: Außenpolitik: Grundlagen, Strukturen und Prozesse, München 2006, S. 9. Derselbe Autor liefert zudem noch eine modernere Definition: „Unter **Außenpolitik** ist das nach außen, auf eine bestimmte internationale Umwelt bzw. einen Adressaten, in der Regel auf einen Staat oder andere Aktionseinheiten der internationalen Politik gerichtete und in den internationalen Bereich sich erstreckende grenzüberschreitende Entscheidungshandeln eines souveränen Akteurs (Staates) zu verstehen. Dieses erfolgt zum einen in der Absicht der eigenen Interessenwahrung und –durchsetzung gegenüber der internationalen Umwelt, zum anderen unter Reaktion auf von außen kommende strukturelle Einflüsse und aktuelle Handlungen wie auch aufgrund von innerstaatlichen bzw. gesellschaftlichen Wirkungsfaktoren und Präferenzaggregationen. Zielfestlegung, Verhaltensplanung und Mitteleinsatz der von Weltbildern, Einstellungen und Ideen geprägten Führungskräfte im politischen Systemvollziehen sich dabei unter doppelseitiger Berücksichtigung sowohl der innerstaatlichen (kulturell geprägten) Prozesse der politischen Willensbildung als auch der regionalen und internationalen Umweltfaktoren“. Zitiert nach: Wilhelm, Außenpolitik, S. 14.

„**Sicherheitspolitik** hat klassischerweise die Aufgabe, die politische und territoriale Integrität eines Staates aufrechtzuerhalten. Dies bedeutet, dass der Staat u.a. mit Hilfe der Aufstellung, Ausstattung und Unterhaltung militärischer Streitkräfte, dem Abschluss von Verträgen oder Bündnissen und Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen den Schutz seines Territoriums und der politischen und sozialen Interessen seiner Bürger vor Bedrohung von außen gewährleisten muss. So verstanden impliziert Sicherheitspolitik auch den Schutz lebenswichtiger wirtschaftlicher oder politischer Interessen, deren Verletzung fundamentale Werte und das Überleben einer Nation bedroht, wobei es zum Schutz der Sicherheit mehrere Instrumente gibt, von denen Streitkräfte nur eines sind.“ Zitiert nach: Johannes Varwick: Einleitung, in: Johannes Varwick (Hrsg.): Sicherheitspolitik, Schwalbach 2009, S. 7-14, hier: S. 8.

der NATO (North Atlantic Treaty Organization) bei.¹⁶ Während Schweden und Finnland im Zeitalter des Ost-West-Konfliktes¹⁷ eine neutrale Haltung einnahmen, banden sich Dänemark und Norwegen – ähnlich wie (West-)Deutschland ab 1949 unter Bundeskanzler Konrad Adenauer – an den Westen. Anlässlich der dänischen Westorientierung bildeten sich im dänischen Parlament (Folketing) zwei Lager in der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Debatte heraus: Auf der einen Seite standen die Konservativen (*Konservative Folkeparti*) und die „Rechten Liberalen“ (*Venstre*), die zugunsten einer Politik der Zusammenarbeit mit den Westeuropäern unter Führung der USA plädierten. Auf der anderen Seite standen die Sozialdemokraten (*Sozialdemokratiet*) und die „Linken Liberalen“ beziehungsweise Radikalliberalen (*Radikale Venstre*), die für eine dänische Sonderpolitik eintraten. Diese Sonderpolitik, die besonders in den 80er Jahren durch eine „negative Mehrheit“ unter Führung der oppositionellen Sozialdemokraten im Folketing verfolgt wurde, sah unter anderem vor, dass keine ausländische Macht in Dänemark Atomsprenköpfe stationieren durfte. Zusätzlich drohte der Umbau der dänischen Streitkräfte den gemeinsamen Verteidigungsauftrag im Rahmen der NATO zu gefährden.¹⁸

Ausgehend vom Jahr 1989 gab es in den letzten einundzwanzig Jahren zwei Ereignisse, die für eine Neugestaltung des Internationalen Systems sorgten, die bis zum heutigen Zeitpunkt nicht abgeschlossen ist, und deren endgültige Form noch nicht feststeht. Fest

¹⁶ Vgl. Jürgen Kortmann: Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten am Beispiel Irlands und Dänemarks, Bochum 1994, S. 184-187. Vgl. u.a. folgende Aufsätze, die sich mit dem Thema detaillierter beschäftigen: Nikolaj Petersen: Optionsproblematikken i dansk sikkerhedspolitik, in: Niels Amstrup; Ib Faurby (Hrsg.): Studier i dansk sikkerhedspolitik tilegnet Erling Bjøl, Århus 1978, S. 199-238; Nikolaj Petersen Danish and Norwegian Alliance Politics 1948-1949. A Comparative Analysis, in: Cooperation and Conflict, Vol. 14, 1979, S. 193-210; Nikolaj Petersen: Atlantpagten eller Norden? Den danske alliancebeslutning 1949, in: Carsten Due-Nielsen; Johan Peter Noack; Nikolaj Petersen (Hrsg.): Danmark, Norden og NATO 1948-1962, Kopenhagen 1991, S. 17-42; Nikolaj Petersen: Dänemark und die atlantische Allianz 1949-1957. Die kritische Entscheidung, in: Norbert Wiggershaus, Winfried Heinemann (Hrsg.): Nationale Außen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedsstaaten, München 2000, S. 101-128.

¹⁷ Auch unter dem Begriff „Kalter Krieg“ bekannt. Dieser – laut Soutou – vom amerikanischen Journalisten Walter Lippmann eingeführte Begriff ist in der Politikwissenschaft nicht unumstritten, denn ursprünglich beschrieb er die Zeitspanne von 1947-1962/63. Soutou kritisiert den Begriff als eurozentrisch, denn im Gegensatz zu Europa, wo der Krieg ja nie wirklich ausgebrochen ist, gab es im Zeitraum 1947-1989 in Afrika (Stellvertreterkriege) und Asien (zum Beispiel: Koreakrieg) durchaus „richtige“ Kriege. Vgl.: Georges-Henri Soutou: La guerre de cinquante ans. Le conflit Est-Ouest 1943-1990, Paris 2001, S. 9; Bernd Stöver weist dagegen in seiner Darstellung darauf hin, dass Herbert B. Swope, ein Journalist und Mitarbeiter des langjährigen Präsidentenberaters Bernard M. Baruch, der Erfinder des Begriffes gewesen sein soll und beruft sich dabei auf eine veröffentlichte Meldung der Nachrichtenagentur Associated Press aus dem Jahr 1950. Vgl.: Bernd Stöver: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991, München 2007, S. 11; Odd Arne Westad: Beginnings of the End. How the Cold War Crumbled, in: Silvio Pons; Federico Romero (Hrsg.): Reinterpreting the End of the Cold War, New York 2004, S. 68-81, hier: S. 81, Anmerkung 24.

¹⁸ Vgl.: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 204-207; Poul Villaume: Denmark and NATO through 50 Years, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, S. 29-61, hier: S. 42-48.

steht aber, dass beide Ereignisse die Außen- und Sicherheitspolitik Dänemarks nach dem NATO-Beitritt 1949 wieder einmal fundamental verändert haben.¹⁹ Mit dem „Fall“ der Berliner Mauer am 9. November 1989 und dem Verzicht der Sowjetunion unter ihrem Generalsekretär und späteren Staatspräsidenten Michail Gorbatschow auf die „Breschnew-Doktrin“²⁰ wurde die Konfrontation zwischen der westlichen Wertegemeinschaft unter Führung der USA und der sozialistischen Staatengemeinschaft unter Führung der Sowjetunion friedlich beseitigt. Es schien für einen kurzen Zeitraum danach auszusehen, dass die Staaten der Erde ihre Regierungssysteme in Richtung Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit entwickeln würden und Kriege nunmehr der Vergangenheit angehörten. Sogar von einem „Ende der Geschichte“²¹ war die Rede. Doch das Ende der „Pax Sovietica“ sorgte in Mittel- und Osteuropa, Zentralasien und dem Kaukasus nicht für Stabilität und Sicherheit;²² im Gegenteil: Der EU-Außenkommissar Chris Patten sprach sogar von einem Bogen der Instabilität, der sich, von der Enklave Kaliningrad ausgehend, über den Balkan, in den Kaukasus und bis nach Zentralasien hinein erstreckt.²³

Auch wenn die Aussage von Patten schon acht Jahre zurückliegt, hat sie an Aktualität nichts eingebüßt: Das Kaliningrader Gebiet soll(te) bei Zustandekommen des amerikanischen Raketenabwehrsystems mit Iskander-Raketen aufgerüstet werden, zwei Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo gibt es dort noch keine nennenswerten Fortschritte und die russische Bevölkerung der Region Transnistrien möchte aus dem moldawischen Staatswesen ausscheiden. Zudem scheint die Westorientierung Georgiens (nach dem 5-Tage-Krieg im August 2008) und der Ukraine (nach den Präsident-

¹⁹ Vgl.: Bertel Heurlin: Denmark. A new activism in foreign and security policy, in: Christopher Hill (Hrsg.): *The Actors in Europe's Foreign Policy*, London 1996, S. 166-185, hier: S. 166ff; Hans Mouritzen: Denmark in the Post-Cold War Era: The Salient Action Spheres, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 1997*, Kopenhagen 1997, S. 33-51, hier: S. 34f; Ronald D. Asmus: The Atlantic Alliance at a New Crossroads: What Does It Mean for Denmark and Northern Europe?, in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2004*, Kopenhagen 2004, S. 25-48, hier: S. 25f.

²⁰ Mit der „Breschnew-Doktrin“ wurde die beschränkte Souveränität sozialistischer Staaten festgelegt. Sollte ein sozialistischer Staat aus der sozialistischen Gemeinschaft ausscheren, dann hätten die anderen Mitglieder das Recht, ihn wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Die „Breschnew-Doktrin“, die im November 1968 in einem Prawda-Artikel publiziert wurde, diente dazu, die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 zu rechtfertigen; Vgl.: Helmut Altrichter: *Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 2009, S. 333.

²¹ Vgl.: Francis Fukuyama: *The End of History?*, in: *National Interest*, Vol. 16, 1989, S. 3-18; Francis Fukuyama: *The End of History and the Last Man*, New York 1991.

²² Vgl.: Shlomo Avinari: Neuer Bedarf an außenpolitischem Konsens, in: *Internationale Politik*, 50. Jg., Januar 1995, S. 3-10, hier: S. 5 und S. 7, sowie David Aphrasidze: Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens. Zur Rolle kleiner und schwacher Staaten in der neuen europäischen Friedensordnung, Baden-Baden 2003, S. 52f. sowie S. 144-148.

²³ Vgl.: Sebastian Mayer: Die Beziehungen der Europäischen Union zum Südkaukasus: Von pragmatischer zu strategischer Politik?, in: *Integration*, Jg. 25, 2/2002, S. 125-138, hier: S. 125.

schaftswahlen im Januar beziehungsweise Februar 2010) einen herben Dämpfer bekommen zu haben.²⁴

Das zweite einschneidende Ereignis, das die dänische Außen- und Sicherheitspolitik verändern sollte, stellten die Anschläge vom 11. September 2001 dar. An diesem Dienstagmorgen entführten 19 Mitglieder der Terrororganisation Al-Qaida vier Passagierflugzeuge in den USA und zerstörten beide Türme des World Trade Centers in New York und Teile des Pentagons in Washington D.C.²⁵ In der 234jährigen Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika stellten diese Terrorakte den erst dritten Angriff auf amerikanisches Territorium dar: 1814 nahmen britische Truppen während des 2. Unabhängigkeitskrieges (1812-1814) die Stadt Washington ein und zerstörten sie.²⁶ Und am 7. Dezember 1941 griffen japanische Flugzeuge den U.S.-Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii an, was zur Folge hatte, dass die USA in den Zweiten Weltkrieg zogen.²⁷ Genau genommen waren die Anschläge vom 11. September 2001 der erste Angriff auf amerikanisches Festland seit circa 200 Jahren. Der Unterschied zum Jahr 1814 bestand darin, dass in diesem Fall nicht ein Staat einen anderen angegriffen hatte, sondern dass es sich hierbei um Selbstmordanschläge handelte, die zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte mit zivilen Flugzeugen durchgeführt und durch die moderne Medienwelt (Fernsehen und Internet) auf dem ganzen Erdball verbreitet wurden. Fortan waren beziehungsweise sind die Vereinigten Staaten mit einem Gegner konfrontiert, der seine eigene Vernichtung in Kauf nimmt.²⁸

Im Zuge der Ermittlungen stellte sich heraus, dass das Terrornetzwerk Al-Qaida unter ihrem Anführer Osama Bin-Laden Drahtzieher hinter den Anschlägen war. Zudem er-

²⁴ Zusätzlich müssen erwähnt werden: Die Rivalität zwischen Armenien und Aserbaidschan bezüglich der Territorien Nargorny-Bergkarabach und Natschitschewan und die politisch instabilen russischen Kaukasus-Republiken Dagestan, Inguschetien, Kabardinien-Balkarien und Tschetschenien.

²⁵ Vgl.: Udo Sautter: Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, 7. Auflage, Stuttgart 2006, S. 569. Der Zielort der vierten Maschine, die in Pennsylvania abstürzte, kann bis heute nicht bestimmt werden, als mögliche Ziele gelten das Weiße Haus oder das Capitol (Sitz des Repräsentantenhauses und des Senats) in Washington D.C.

²⁶ Nach der Schlacht von Bladensburg 1814 brannten die Briten die Stadt Washington nieder und zerstörten wichtige Regierungsgebäude (u.a. das Weiße Haus, den Senat und das Repräsentantenhaus).

²⁷ Das aus acht Inseln bestehende Hawaii wurde 1898 in Folge des Spanisch-amerikanischen Krieges als Bundesterritorium den USA zugeschlagen und wurde 1959 der 50. Bundesstaat der USA. Mit dem japanischen Angriff auf den US-Flottenstützpunkt wurde das wichtigste Argument der Vertreter des Isolationismus ad absurdum geführt, nämlich aufgrund der geographischen Lage (umgeben von zwei Ozeanen) unverwundbar zu sein. Vgl.: Henry A. Kissinger: Isolationism vs. Internationalism: Franklin D. Roosevelt and the Coming of World War II, in: Bruce W. Jentleson (Hrsg.): Perspectives on American Foreign Policy, New York 2000, S. 65-74.

²⁸ Vgl.: Christian Hacke: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush, 3. Auflage, München 2005, S. 638.

wies sich, dass diese Terrororganisation in Afghanistan über ein Hauptquartier verfügte, und unter dem Schutz der dort herrschenden Taliban ihre Neumitglieder ausbilden konnte.²⁹ Am 7. Oktober 2001 griffen die USA terroristische Ausbildungslager sowie die militärische Infrastruktur in Afghanistan an und vertrieben die Taliban mit Hilfe der Nordallianz innerhalb kürzester Zeit aus Kabul.³⁰ Doch bis heute hat die internationale Gemeinschaft keine funktionierende Strategie für Afghanistan gefunden und die NATO-Friedensmission „International Security Assistance Force“ (ISAF) muss sich gegenwärtig mit Terroranschlägen auseinandersetzen und beklagt steigende Verluste.³¹ Gegenwärtig kann Afghanistan nicht als befriedet gelten; im Gegenteil: es muss sogar mit einem Scheitern der Mission gerechnet werden, deren Folgen – auch für die transatlantischen Beziehungen und ihrer wichtigsten Institution in sicherheitspolitischen Fragen: der NATO – derzeit nicht absehbar sind.³²

Ebenfalls im Zuge der Terrorismusbekämpfung und einer Neuordnung im Mittleren Osten schmiedeten die USA 2002 eine „Koalition der Willigen“, um gegen die Diktatur Saddam Husseins im Irak vorzugehen. In einem sechswöchigen Krieg³³ gelang es der Koalition, den Diktator zu stürzen, und ihn nach seiner Verhaftung vor ein irakisches Gericht zu stellen, das ihn dann zum Tode verurteilte. Doch analog zu Afghanistan ist der Irak derzeit³⁴ von einem stabilen Frieden weit entfernt, was einerseits an dem Kampf irakischer Milizen gegen die vornehmlich westlichen Besatzer, aber auch an einem de facto Bürgerkrieg zwischen den drei Bevölkerungsteilen (Schiiten, Kurden und Sunniten) liegt.³⁵ Ob sich diese drei Bevölkerungsteile in ein staatliches Gemeinwesen integrieren lassen und der Fortbestand des Irak gesichert ist, oder ob der Staat in drei Staaten zerfällt, ist gegenwärtig ebenfalls nicht voraussehbar.

²⁹ Gegenwärtig wird vermutet, dass es sich bei dieser Organisation um ein Netzwerk zu handeln scheint, welches sich auf viele Staaten in Afrika, Asien (hauptsächlich Naher und Mittlerer Osten), und Europa erstreckt.

³⁰ Unter dem Begriff Nordallianz ist ein Zusammenschluss unterschiedlicher afghanischer Stämme zur Bekämpfung der Taliban zu verstehen. Sie wurde im März 1992 gegründet und eroberte Kabul, wurde aber 1996 von den Taliban aus der afghanischen Hauptstadt vertrieben und kontrollierte 1998 nur noch ein Gebiet um die Stadt Kunduz. Erst durch den amerikanischen Krieg gegen die Taliban und mit Hilfe der amerikanischen Luftunterstützung gelang der Nordallianz im November 2001 die Übernahme der von den Taliban aufgegebenen Stadt Kabul.

³¹ Vgl.: Marco Overhaus: Zwischen Kooperation und Konkurrenz: NATO und EU als sicherheitspolitische Akteure, in: Johannes Varwick (Hrsg.): Sicherheitspolitik, Schwalbach 2009, S. 95-122, hier: S. 117.

³² Vgl. den schon im April 2007 erschienenen Aufsatz von Thomas Risse; Thomas Risse: Was in Afghanistan auf dem Spiel steht, in: Internationale Politik, Jg. 62, April 2007, S. 106-108, hier: S. 107.

³³ In der Forschung auch als Dritter Golfkrieg bezeichnet.

³⁴ Stand Frühjahr 2010.

³⁵ Vgl. den ebenfalls im April 2007 erschienenen Aufsatz von Volker Perthes; Volker Perthes: Vier Jahre nach Saddam Hussein, in: Internationale Politik, Jg. 62, April 2007, S. 112-120, hier: S. 116 und S. 119.

Das Königreich Dänemark ist/war in beide Kriege verwickelt. Nach dem Sturz der Taliban in Afghanistan erklärte sich Dänemark bereit, sich im Rahmen von ISAF (International Security Assistance Force) mit 50 Soldaten zu engagieren,³⁶ die ein robustes Mandat durch den UN-Sicherheitsrat im Dezember 2001 (Resolution 1386) erhielt. Insgesamt umfasste die ISAF in den ersten knapp 18 Monaten ca. 5000 Soldaten und konzentrierte sich bei ihrem Wirken auf die nähere Umgebung von Kabul. Erst im August 2003, als sich herausstellte, dass die Mission komplexer werden würde, übernahm die NATO die Führung über die ISAF, die heute aus ca. 50 000 Soldaten aus 41 Ländern besteht.³⁷ Auch Dänemark erhöhte in den folgenden Jahren seinen Anteil auf gegenwärtig 720 Soldaten.

Im Gegensatz zum Afghanistankrieg, bei dem sich die dänischen Soldaten größtenteils auf Wiederaufbau und dem Entschärfen von Minen konzentrierten, nahm das Königreich aktiv am Irakkrieg teil. Zum ersten Mal seit dem deutsch-dänischen Krieg von 1864, als Dänemark den preußischen und österreichischen Truppen unterlag, beteiligte sich das Königreich wieder an einem Krieg, nachdem es im Ersten Weltkrieg neutral geblieben war und im Zweiten Weltkrieg ohne Kampfhandlungen von der Wehrmacht besetzt wurde. Für den Irakkrieg schickte es das U-Boot „Saelen“ und die Korvette „Olfert Fischer“ und beteiligte sich mit der Stationierung von 500 Soldaten in der britischen Zone, die die Stadt Basra und Umgebung beinhaltete, am Wiederaufbau der Region bis zum Abzug im August 2007.³⁸

Doch für das Königreich Dänemark hatte und hat dieses Engagement und seine Solidarität mit den USA auch seine Schattenseiten, denn es geriet ins Visier von fanatischen Muslimen und Terroristen. Ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in der dänischen Tageszeitung Jyllands-Posten kam es im Frühjahr 2006 zu gewalttätigen Demonstrationen in der arabischen Welt, bei denen dänische Botschaften in Brand gesteckt wurden und ein Aufruf zum Boykott von dänischen Produkten erfolg-

³⁶ Vgl. den Aufsatz des Staatssekretärs im Außenministeriums Friis Arne Petersen; Friis Arne Petersen: The International Situation and Danish Foreign Policy 2001, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2002, Kopenhagen 2002, S. 3-18, hier: S. 8.

³⁷ Vgl.: Marco Overhaus, Zwischen Kooperation und Konkurrenz, S. 109.

³⁸ Vgl.: Friis Arne Petersen: The International Situation and Danish Foreign Policy 2003, in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, Kopenhagen 2004, S. 5-23, hier: S. 11 und Per S. Møller: Proposal to Folketinget by Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller, Folketinget, Kopenhagen (18. März 2003), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, S. 161-162, hier: S. 161.

te.³⁹ Dänemark befand sich nach den Worten von Außenminister Per S. Møller in seiner schlimmsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.⁴⁰ Zwar entspannte sich in den letzten Jahren die Lage wieder, doch Ereignisse wie der Bombenanschlag auf die dänische Botschaft in Islamabad (Pakistan) 2008 zeigen, das sich das Königreich weiterhin im Fokus von islamistischen Terroristen befindet.

1.1 Zielsetzung der Arbeit und Fragestellungen

Das Ziel dieser Arbeit ist es, die dänische USA-Politik auf den drei Feldern der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik darzustellen, wobei der Schwerpunkt auf den letzten zwanzig Jahren liegen wird. Aus der Untersuchung soll dann ein Bild der dänischen USA-Politik im Bereich der erwähnten drei Felder entwickelt werden. Dabei können hier natürlich nicht sämtliche Bereiche der politischen Zusammenarbeit dargestellt werden, da dieses den Rahmen sprengen würde. In den Kapiteln 3 bis 5 werden die wichtigsten sicherheitspolitischen Bereiche zwischen dem Königreich und den Vereinigten Staaten in der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft vorgestellt und diskutiert. Gerade im Gebiet der Sicherheitspolitik ist die Positionierung Dänemarks zwischen Brüssel und Washington – d.h. zwischen einer sich im Entstehen befindlichen eigenständigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und der gegenwärtig stärksten militärischen Macht im Internationalen System – seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes interessant zu beobachten, denn der Kleinstaat hält sich aus der ESVP heraus (eines von vier dänischen opt-outs, d.h. Bereiche der Europäischen Union, an denen Dänemark nicht aktiv mitwirkt) und ist durch die Internationale Organisation NATO sicherheitspolitisch eng mit den USA verbunden.

³⁹ Vgl.: Rune Engelbreth Larsen und Tøger Seidenfaden: Karikaturkrisen. En undersøgelse af baggrund og ansvar, Kopenhagen 2006, S. 107f; Henrik Larsen: The Cartoon Crisis in Danish Foreign Policy: A new Balance between the EU and the US?, in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2007, Kopenhagen 2007, S. 51-85, hier: S. 57; Helle Rytikønen: Drawing the Line: The Cartoons Controversy in the US, in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2007, Kopenhagen 2007, S. 86-109, hier: S. 86.

⁴⁰ Vgl.: Larsen und Seidenfaden, Karikaturkrisen, S. 9; Ulrik Federspiel: The International Situation and Danish Foreign Policy 2006, in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2007, Kopenhagen 2007, S. 13-30, hier: S. 14; Henrik Larsen: The Cartoon Crisis in Danish Foreign Policy, S. 51; Henrik Larsen: Danish Foreign Policy and the Balance between the EU and the US. The Choice between Brussels and Washington after 2001, in: Cooperation and Conflict, Vol. 44, 2009, Nr. 2, S. 209-230, hier: S. 223f.

Zum Abschluss dieser Arbeit wird dann anhand von drei Szenarien ein möglicher Ausblick über die Weiterentwicklung der Beziehungen beider Staaten aufgezeigt. Ergänzend dazu werden in dieser Arbeit folgende vier Fragen untersucht:

1. Welche Entwicklung(en) hat die dänische USA-Politik seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes genommen?
2. Welche Politikkonzeption(en) wurden in der dänischen USA-Politik erörtert und mit welcher Absicht(en)?
3. Welche Denkströmungen bezüglich den Vereinigten Staaten existieren in der dänischen Gesellschaft?
4. Welche Handlungsempfehlungen beziehungsweise welche Perspektiven gibt es für die Zukunft dieser speziellen transatlantischen Beziehung?

1.2 Methodische Vorgehensweise der Arbeit

Diese Arbeit wird sich in ihrer Methodik an den (Neo-)Realismus, einer Großdenkschule im Bereich der Internationalen Beziehungen, anlehnen. Anhand dieser Theorie sollen einmal insgesamt die Einflussmöglichkeiten beziehungsweise die Nicht-Einflussmöglichkeiten von Kleinstaaten auf das Internationale System dargestellt werden. Zudem lässt sich anhand des Neorealismus' die Zusammenarbeit Dänemarks mit der gegenwärtigen unipolaren Weltmacht USA am besten erklären und darstellen. In dieser Arbeit wird vornehmlich die dänische Sicht (durch Reden und Aufsätze dänischer Politiker, Darstellungen und Aufsätze oder Artikel dänischer Politikwissenschaftler und Journalisten) auf die USA-Politik abgebildet. Aber gerade im Bereich der Entwicklung und Umgestaltung des internationalen Systems, welche auf jeden Fall zu einer Veränderung der Weltordnung führen wird, werden zudem die Aussagen von führenden Politikwissenschaftlern aus den USA⁴¹ und Europa berücksichtigt.

⁴¹ Gerade die USA haben in den letzten Jahrzehnten das Fach der Politikwissenschaft (Political Science) geprägt wie keine andere Nation.

1.3 Wissenschaftliche Notwendigkeit und Forschungsstand

Die Quellenlage zu diesem Thema kann als gut bezeichnet werden. Führende dänische Politiker (u.a. Poul Schlüter⁴², Hans Hækkerup⁴³, Uffe Ellemann-Jensen⁴⁴ und Hans Engell⁴⁵) haben ihre Memoiren veröffentlicht. Gerade für die Entwicklung der letzten zehn Jahre wären die Erinnerungen der beiden ehemaligen Premierminister Poul N. Rasmussen und Anders F. Rasmussen interessant, wurden aber noch nicht verfasst.⁴⁶ Trotzdem gibt es genügend Material, denn das jährlich vom DIIS⁴⁷ (vorher durch das DUPI) herausgegebene Danish Foreign Policy Yearbook enthält zahlreiche Reden und Artikel von führenden dänischen Regierungsmitgliedern. Auf der amerikanischen Seite sieht die Quellenlage dagegen recht dürftig aus. Der Politikwissenschaftler Dov S. Zakheim wies bereits im Jahr 1998 in einem Aufsatz in der Zeitschrift *Cooperation and Conflict* darauf hin, dass in den Erinnerungen führender amerikanischer Politiker Dänemark praktisch keine Rolle spielte.⁴⁸ An dieser Tatsache hat sich bis heute nichts geändert, und ob die führenden Mitglieder der Bush-Administration dieses ändern werden, bleibt abzuwarten.⁴⁹

⁴² Vgl.: Poul Schlüter: *På talerstolen: Udvalgte taler og artikler*, Kopenhagen 1998 (dt.: *Am Rednerpult: Ausgewählte Reden und Artikel*); Poul Schlüter: *Sikken et liv: Erindringer*, Kopenhagen 1999 (dt.: *So ein Leben: Erinnerungen*).

⁴³ Vgl.: Hans Hækkerup: *På Skansen: Dansk forsvarspolitik fra Murens fald til Kosovo*, Kopenhagen 2002 (dt.: *Auf der Schanze[Sprung]: Dänische Verteidigungspolitik vom Mauerfall bis zum Kosovo*).

⁴⁴ Vgl.: Uffe Ellemann-Jensen: *Et lille land, og dog: Dansk udenrigspolitik i der nye Europa*, Kopenhagen 1991 (dt.: *Ein kleines Land, und dennoch: Dänische Außenpolitik im neuen Europa*); Uffe Ellemann-Jensen: *Din egen dag er kort: Oplevelser og indtryk*, Kopenhagen 1996 (dt.: *Dein Tag ist kurz: Erlebnisse und Eindrücke*); Uffe-Ellemann-Jensen: *Fodfejl: Da Danmark svigtede under den kolde krig*, Kopenhagen 2004 (dt.: *Fußfehler: Dänemarks Versagen während des Kalten Krieges*).

⁴⁵ Vgl.: Hans Engell: *På slotsholmen*, Kopenhagen 1997 (dt.: *Auf der Schlossinsel*).

⁴⁶ Seine Erinnerungen wird Anders F. Rasmussen – wenn überhaupt – erst nach dem Ende seiner Amtszeit als NATO-Generalsekretär schreiben.

⁴⁷ Das DIIS (Danish Institute for Strategic Studies) und das DUPI (Danish Institute of International Affairs) waren bis zum 1. Januar 2005 zwei selbstständig arbeitende Institute, die am besagten Datum zusammengelegt worden sind, wobei nur der Name DIIS blieb.

⁴⁸ Vgl.: Dov S. Zakheim: *The United States and the Nordic Countries During the Cold War*, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 33, 1998, Nr. 2, S. 115-129, hier: S. 116. Zakheim verweist u.a. auf die Memoiren von Henry Kissinger (Henry A. Kissinger: *Memoiren 1968-1973*, München 1979, sowie Henry A. Kissinger: *Memoiren 1973-1974*, München 1982.), George Shultz (George P. Shultz: *Turmoil and Triumph. Diplomacy, Power and the Victory of the American Ideal*, New York 1993.), Alexander Haig (Alexander Haig: *Geisterschiff USA. Wer macht Reagans Außenpolitik?*, Stuttgart 1984.) und Casper Weinberg (Casper Weinberg: *Fighting for peace: seven critical years in the Pentagon*, New York 1990).

⁴⁹ Vgl. u.a. die Memoiren von Madeleine Albright (Madeleine Albright: *Madam Secretary. Die Autobiographie*, München 2003.), James Baker (James Baker: *Erinnerungen. Drei Jahre, die die Welt veränderten*, Berlin 1996.), George Bush/Brent Scowcroft (George Bush; Brent Scowcroft: *Eine neue Welt. Amerikanische Außenpolitik im Zeichen des Umbruchs*, Berlin 1999.), Bill Clinton (Bill Clinton: *Mein Leben*, Berlin 2004.) und den dritten Band der Erinnerungen von Henry Kissinger (Henry A. Kissinger: *Jahre der Erneuerungen. Erinnerungen (1974-1976)*, München 1999.). Interessant für das Thema dieser Arbeit dürften in Zukunft die Erinnerungen von der ehemaligen Außenministerin Condoleezza Rice sein, die eine ausgebildete Politikwissenschaftlerin ist. Gerade was die Themen „Zweite NATO-Osterweiterung“ (bezüglich der Baltische Staaten) und der Aufbau einer Koalition der Willigen im Vorfeld des Dritten Golfkrieges betrifft, könnte sie der Forschung interessante Anstöße geben.

In der deutschen Politikwissenschaft gibt es nur wenige Autoren, die sich mit der dänischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik – gerade mit Betonung auf die Vereinigten Staaten von Amerika – befassen. Am ehesten sind neben der Dissertation von Jürgen Kortmann⁵⁰ noch die beiden NATO-Gründungsstudien von Gero von Gersdorff⁵¹ und Agilolf von Keßelring⁵² zu nennen, die erst kürzlich erschienen sind. Nicht vergessen werden sollten der Publizist Bernd Henningsen, der in der von Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker herausgegebenen zwölfbändigen Reihe „Die Deutschen und ihre Nachbarn“ einen Gesamtüberblick über die dänische Geschichte, Politik, Kultur und Gesellschaft gibt, sowie der Historiker Robert Bohn, der sich in seinem Werk aber größtenteils auf die Geschichte konzentriert.⁵³

Ebenfalls dünn gesät sind die Darstellungen oder Aufsätze dänischer Publizisten auf Deutsch. Erwähnt werden muss an dieser Stelle der Historiker Jörg-Peter Findeisen⁵⁴, der 1999 eine Geschichte Dänemarks veröffentlicht hat, ebenso wie Nikolaj Petersen⁵⁵, der in der von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann herausgegebenen Aufsatzsammlung zur Nationalen Außen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedstaaten auf knapp dreißig Seiten einen Überblick über die Motive des dänischen NATO-Beitritts gibt.

Da die dänische Bevölkerung de facto zweisprachig (dänisch und englisch) aufwächst,⁵⁶ publizieren viele Politikwissenschaftler aus Dänemark nicht nur in ihrer Heimatsprache, sondern auch auf Englisch. Die Fülle der Darstellungen und Aufsätze an dieser Stelle detailliert aufzuzählen, würde den Rahmen sprengen.

Aufgrund der Fülle von dänischen und englischen Darstellungen, Aufsätzen und Artikeln sowie Internetquellen erhebt die Arbeit bei der Untersuchung der politischen und politikwissenschaftlichen Diskussion keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es sei zum

⁵⁰ Vgl.: Jürgen Kortmann: Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten am Beispiel Irlands und Dänemarks, Bochum 1994.

⁵¹ Vgl.: Gero von Gersdorff: Die Gründung der NATO, München 2009.

⁵² Vgl.: Agilolf Keßelring: Die Nordatlantische Allianz und Finnland 1949-1961. Perzeptionsmuster und Politik im Kalten Krieg, München 2009.

⁵³ Vgl.: Bernd Henningsen: Dänemark, München 2009; Robert Bohn: Dänische Geschichte, München 2001.

⁵⁴ Vgl.: Jörg-Peter Findeisen: Dänemark: Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Regensburg 1999.

⁵⁵ Vgl.: Nikolaj Petersen: Dänemark und die atlantische Allianz 1949-1957, S. 101-128.

⁵⁶ So werden beispielsweise keine Filme aus den USA synchronisiert, sondern nur die dänische Übersetzung eingeblendet.

Abschluss dieses Abschnitts noch einmal darauf hingewiesen, dass es derzeit weder auf englisch noch auf dänisch eine Gesamtdarstellung über die dänisch-amerikanischen Beziehungen im Hinblick auf die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt, die zudem noch bis in die Gegenwart reicht. Diese fehlende Distanz sorgt dafür, dass ein umfassender Zugang zu den dänischen Archiven – gerade was die letzten zwanzig Jahre betrifft – gegenwärtig nicht möglich ist. So werden in dieser Arbeit Interviews, Artikel und Reden von dänischen Politikern berücksichtigt, ebenso wie Darstellungen, Aufsätze und Zeitungsartikel von dänischen Politikwissenschaftlern. Die Erforschung der dänisch-amerikanischen Beziehungen – besonders was die Zeit nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes betrifft – steht deshalb noch am Anfang. In dieser Arbeit können deshalb zunächst nur die Grundlinien nachgezeichnet werden, so zum Beispiel: die Änderung des Internationalen Systems durch den Wegfall der Sowjetunion, das dänische Engagement in der Sicherheitspolitik, der Krieg gegen den Terrorismus und der Karikaturenstreit. Es bleibt zu hoffen, dass durch diesen ersten Schritt detaillierte Untersuchungen zu diesem Thema oder auch zu Einzelaspekten angeregt werden, die die hier gezeigten Wertungen und Empfehlungen präzisieren, vervollständigen oder eventuell auch verändern.

1.4 Gang der Untersuchung

Die vorliegende Arbeit wird in vier Teile (Einführung/Theoretischer Teil – Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft) untergliedert:

1. Der theoretische Teil soll zunächst einmal eine der Großdenkschulen der Internationalen Beziehungen – den (Neo-)Realismus – vorstellen. Anschließend wird die gegenwärtige Kleinstaatenforschung diskutiert und auf das Beispiel Dänemark übertragen. In einem weiteren Kapitel werden die spezifischen Besonderheiten des dänischen Regierungssystems – besonders auf die Gestaltung der dänischen Außenpolitik bezogen – dargestellt und erläutert (Kapitel 2 und 3);
2. Im historischen Teil werden – ausgehend vom ersten Versuch der USA im Jahre 1865 dem Königreich Dänemark die Jungfraueninseln abzukaufen – die Beziehungen beider Länder bis zum Fall der Berliner Mauer dargestellt (Kapitel 4);

3. Anschließend werden die dänisch-amerikanischen Beziehungen seit dem Berliner Mauerfall analysiert, wobei auf folgende Punkte ein besonders Augenmerk gerichtet wird: allgemeine sicherheitspolitische Entwicklung Dänemarks seit 1990 sowie Kooperation und Konflikte zwischen den USA und Dänemark, wie z. B. die Änderung der dänischen NATO-Politik, Afghanistan, Irak und der Karikaturenstreit. Dabei werden auch die großen Entwicklungslinien der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik seit 1990 beziehungsweise 2001/2002 vorgestellt (Kapitel 5);
4. Abschließend wird ein Blick in die Zukunft der dänischen USA-Politik gewagt. Anhand von drei möglichen Szenarien soll eine mögliche zukünftige Entwicklung der dänisch-amerikanischen Beziehungen aufgezeigt werden, wobei es sich hierbei um keine Prognose handelt. Es sollen eher die Handlungsmöglichkeiten in den nächsten Jahren dargestellt werden. Ergänzend dazu werden die Zwischenergebnisse aus den vorangegangenen Kapiteln zusammengefasst, die unter 1.1 erwähnten Fragestellungen beantwortet und die in Kapitel 1.5 genannten Thesen verifiziert oder falsifiziert (Kapitel 6).

1.5 Thesen zur dänischen USA-Politik

Zum Ende dieses Kapitels sollen sechs Thesen zur dänischen USA-Politik formuliert werden, die im Verlauf der Arbeit entweder bestätigt oder widerrufen werden:

1. Kleinstaaten haben – im Gegensatz zu früher – einen größeren Einfluss auf die Gestaltung der Internationalen Beziehungen, wenn sie sich in Internationalen Organisationen engagieren.
2. Die USA stellen eine hohe Bedeutung für die dänische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar.
3. Die parteipolitische Zugehörigkeit eines dänischen Premierminister (sei er Sozialdemokrat oder rechter Liberaler oder Konservativer) hat einen erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.
4. Dänemark hat sich seit dem Ende des systemischen Konfliktes (Ost-West-Konflikt) zu einem verlässlichen Partner der USA entwickelt.
5. Umgekehrt kann sich Dänemark immer auf die amerikanische Unterstützung verlassen.

6. Dänemark würde sich im Falle einer Entscheidung zwischen der NATO oder einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik (ESVP) immer für die NATO entscheiden.

2. Theoretische und kulturelle Einflussfaktoren auf die dänische Außen- und Sicherheitspolitik

Im Mittelpunkt des zweiten Kapitels steht der theoretische Rahmen dieser Arbeit, auf dem die weiteren Abschnitte aufbauen. Zunächst einmal soll die generelle Aufgabe einer Theorie in den Internationalen Beziehungen vorgestellt und anschließend der Realismus und seine Fortentwicklung, der Neorealismus, dargestellt werden. Ergänzend dazu werden die wichtigsten Bestandteile der Englischen Schule erläutert, die ebenso wie der (Neo-)Realismus von einer Staatenwelt im Zustand der permanenten Anarchie ausgeht. Danach richtet sich das Augenmerk auf die in den Internationalen Beziehungen vorherrschende Kleinstaatentheorie, die sich für den Fall Dänemark geradezu anbietet.

2.1 Die Theorie in den Internationalen Beziehungen

„Um die internationale Ordnung verstehen, analysieren und bewerten zu können, müssen systematisch ausgewählte Ordnungsschemata entwickelt werden.“⁵⁷ Diese Ordnungsschemata stellen Theorien dar. Eine der bekanntesten Metaphern für den wissenschaftlichen Sinn und Zweck einer Theorie benutzte der Sozialwissenschaftler Karl Popper. Er sah in ihr ein „Netz, das wir auswerfen, um die Welt einzufangen – sie zu rationalisieren, zu erklären und zu beherrschen“⁵⁸. Durch die fortwährende Weiterentwicklung von theoretischen Ansätzen sollte es möglich sein, „die Maschen des Netzes immer enger zu machen“⁵⁹, d.h., die teilweise komplexen Abläufe in der Welt zu erläutern. Somit gelten Theorien als „Hauptinformationsträger wissenschaftlicher Erkenntnis“⁶⁰. Eine Theorie soll eine generelle Wahrheit erklären, und nicht nur eine bestimmte Situation deuten.⁶¹ Somit muss gewährleistet sein, dass die Rahmenbedingungen, unter denen eine Handlung X ein Ergebnis Y produziert, konstant bleiben.

⁵⁷ Zitiert nach: Andrea K. Riemer: Theorien Internationaler Beziehungen und neue methodische Ansätze, Frankfurt am Main 2006, S. 21.

⁵⁸ Zitiert nach: Karl R. Popper: Logik der Forschung, 4. Auflage, Tübingen 1971, S. 31.

⁵⁹ Zitiert nach: Ebda., S. 31.

⁶⁰ Zitiert nach: Riemer, Theorien Internationaler Beziehungen, S. 21.

⁶¹ Vgl.: Peter Filzmaier; Leonore Gewessler; Otmar Höll; Gerhard Mangott: Internationale Politik: Eine Einführung, Wien 2006, S. 67ff; Frank Schimmelfennig: Internationale Politik, Paderborn 2008, S. 42.

In der Wissenschaft füllen Theorien mehrere Funktionen aus:

- Erklärungs- und Interpretationsfunktion: Theorien erklären offensichtliche Tatbestände und „dienen als Erklärungsmittel zur Feststellung der Gründe warum ist das eingetreten, was jetzt der Fall ist“⁶²;
- Selektionsfunktion: Aus einer Vielzahl von Informationen sollen Theorien die wichtigsten Informationen herausfiltern, d.h., sie sollen wichtige Zusammenhänge von unwichtigen Zusammenhängen unterscheiden;
- Ordnungsfunktion: Unter der Ordnungsfunktion wird die gezielte Darstellung von Forschungs- und Beobachtungsobjekten verstanden. Die Theorie stellt demnach dar, „was eigentlich ist“ ;
- Prognosefunktion: Künftige Ereignisse sollen durch die Theorie genau vorhergesagt werden;
- Sozial- und Ideologiekritik;
- Theorien sollen die eigenen Richtigkeit prüfen (Tritt bei Fall x wirklich das Resultat y ein?) und gegebenenfalls neue Theorien hervorbringen.⁶³

Theorien helfen bei der Sortierung, Erschließung und Erklärung von mannigfachen und vielschichtigen Phänomenen in den internationalen ökonomischen und politischen Beziehungen. Sie unterstützen die Beschreibung und Untersuchung wiederkehrender Verhaltensmuster. Theorien können nach verschiedenen Kriterien unterschieden werden. So gibt es den Unterschied zwischen deduktiven und induktiven Theorien. Deduktive Theorien zeichnen sich dadurch aus, dass das abstrakte Konzept oder Modell, welches durch eine Vielzahl von Annahmen und Definitionen abgeleitet wird, am Beginn steht. Dabei basieren die Annahmen und Definitionen eher auf logische Schlussfolgerungen als auf empirische Nachweise. Die behauptete(n) Hypothese(n) werden mittels Falsifikation oder Verifikation überprüft und dann entweder bestätigt oder verworfen.⁶⁴ Induktive Theorien benutzen empirische Erkenntnisse und versuchen aus ihnen abstrakte und allgemeingültige Aussagen zu entwickeln.⁶⁵

⁶² Zitiert nach: Filzmaier, Internationale Politik, S. 69.

⁶³ Vgl.: Riemer, Theorien Internationaler Beziehungen, S. 21; Filzmaier, Internationale Politik, S. 69f.; Schimmelfennig, Internationale Politik, S. 44.

⁶⁴ Vgl.: Schimmelfennig, Internationale Politik, S. 43.

⁶⁵ Vgl.: Riemer, Theorien Internationaler Beziehungen, S. 21; Schimmelfennig, Internationale Politik, S. 43.

Zusätzlich kann man zwischen normativen und positiven Theorien differenzieren. Normative Theorien berufen sich auf eine Sache, wie sie im Idealfall sein sollte. Einsichten, die als richtig verstanden wurden, sollen vordergründig vermittelt werden, so dass sich aus ihnen Handlungsempfehlungen für Akteure aus Staat, Regierung und Wirtschaft ergeben. Im Gegensatz dazu sind positive Theorien empirisch-analytisch angelegt: Sie basieren darauf, dass die wissenschaftliche Erkenntnis und das politische Handeln zwei von einander unabhängige Ereignisse sind. Ein Kennzeichen positiver Theorien ist die klare Trennung von Werturteilen und Tatsachenaussagen. Sie wollen die Realität darstellen, wie sie tatsächlich ist und nicht – wie bei dem normativen Theorieansatz – wie sie sein sollte.⁶⁶

Grundsätzlich können Theorien keine „neutralen, absolut-objektiven oder wertfreien Instrumente“⁶⁷ darstellen, denn dazu sind sie vom gesellschaftlichen Umfeld, den vorherrschenden Ideen und der Kultur, in der sie zwangsläufig integriert sind, zu sehr geprägt. Andersherum kann eine Theorie ebenso ein gesellschaftliches Umfeld beeinflussen und gegebenenfalls verändern. Zusätzlich können Theorien häufig von den Merkmalen, die sie deuten wollen, selbst beeinflusst werden.⁶⁸ In den Internationalen Beziehungen dienen die verschiedenen Theorieansätze als „System beschreibender und erklärender Aussagen über Regelmäßigkeiten, Verhaltensmuster und Wandel des internationalen Systems und seiner Handlungseinheiten, Prozesse und Strukturen“⁶⁹.

Der Politikwissenschaftler Reinhard Meyers formulierte drei Ansprüche, die eine Theorie erfüllen muss:

1. Eine Theorie muss in der Lage sein, Sachverhalte und Prozesse unabhängig von Ort, Zeit, sowie unabhängig von spezifischen Akteuren oder Ereignissen deuten zu können, und darauf basierend, eine allgemeingültige Aussage formulieren.
2. In ihrer Gestalt muss die Theorie aus zwei Variablen bestehen (x, y) und in eine Wenn-Dann-Aussage eingebettet sein. Diese Aussage soll beschreiben, wie sich die X-Variable zwangsweise verändert, wenn die Y-Variable verändert wird.
3. Der dritte Anspruch betrifft die Reichweite der Theorie: Sie besitzt nur dann eine allgemeine Gültigkeit, wenn sie aus einer Fülle vermeintlich unabhängiger

⁶⁶ Vgl.: Riemer, Theorien Internationaler Beziehungen, S. 21.

⁶⁷ Zitiert nach: Ebda., S. 22.

⁶⁸ Vgl.: Ebda., S. 22.

⁶⁹ Kalevi J. Holsti: Change in the International System. Essays on the Theory and Practice of International Relations, Aldershot 1991, S. 160.

Begebenheiten und Verläufe einen übergeordneten Erklärungszusammenhang formulieren kann, der aus diesen Ereignissen, Handlungen und Tätigkeiten ein theoretisches Modell miteinander anschaulich in Verbindung setzt.⁷⁰

Der Realismus als Theorie in den Internationalen Beziehungen⁷¹ ist einer der „wirkungsmächtigsten Ansätze“⁷² im Fach Politikwissenschaft, auch wenn er seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes an Einfluss verloren hat.⁷³ Der Hauptvorwurf an die realistische Schule lautet, dass diese den Zusammenbruch des Ostblocks und die anschließende Auflösung der Sowjetunion nicht vorausgesehen hat.⁷⁴ Um dieses Dilemma zu beheben, hat sich eine neue Denkrichtung – der Begriff einer neuen Theorie in den Internationalen Beziehungen ist in der Forschung umstritten⁷⁵ – etabliert, die als (Sozial-)Konstruktivismus bezeichnet wird.⁷⁶

Doch die beiden Werke der Politikwissenschaftler Christian Rohde⁷⁷ und Carlo Masala⁷⁸ beweisen, dass der (Neo-)Realismus immer noch eine der plausibelsten Theorien in den Internationalen Beziehungen darstellt. Zudem sei darauf hingewiesen, dass im Bereich der Sozialwissenschaften keine Theorie existiert, „die als ein in sich geschlossenes Aussagesystem in allen Situationen eine Beschreibung, Erklärung und Voraussage von

⁷⁰ Vgl.: Reinhard Meyers: Theorien der Internationalen Beziehungen, in: Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 7. Auflage, Opladen 1998, S. 388-419, hier: S. 388.

⁷¹ Helga Haftendorn wies 1990 darauf hin, dass in den internationalen Beziehungen ca. zwanzig verschiedene Theorien zu den wichtigsten zählen würden. Vgl.: Helga Haftendorn: Theorie der internationalen Beziehungen, in: Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn 1990, S. 480-494, hier: S. 485.

⁷² Zitiert nach: Jan C. Irlenkaeuser: Einhegung oder Kooperation – Die amerikanische Chinapolitik unter Clinton und Bush, Frankfurt am Main 2005, S. 32.

⁷³ Vgl.: u.a. Jeffrey W. Legro; Andrew Moravcsi: Is Anybody Still a Realist?, *International Security*, Vol. 24, 1999, Nr. 2, S. 5-55, besonders S. 5ff.

⁷⁴ Vgl. Thomas Risse: Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik – Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Monika Medick-Krakau (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1999, S. 33-57, hier: S. 33; Christoph Weller: Internationale Politik und Konstruktivismus, *Weltrends*, Nr. 41, 2003/04, S. 107-123, hier: S. 108; Ergänzend dazu: Gert Krell: *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, 3. Auflage, München 2006, S. 347 sowie S. 369 und Christiane Lemke: *Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder*, 2. Auflage, München 2008, S. 19.

⁷⁵ Vgl.: Risse, Identitäten, S. 35; Ferner: Cornelia Ulbert: Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik, *Theoretische Ansätze und methodische Herangehensweisen*, in: Cornelia Ulbert; Christoph Weller (Hrsg.): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*, Wiesbaden 2005, S. 9-34, hier: S. 10.

⁷⁶ Begründer dieses Ansatzes ist der amerikanische Politikwissenschaftler Alexander Wendt mit zwei hauptsächlichen Schriften: Alexander Wendt: *Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics*, *International Organization*, Vol. 46, 1992, Nr. 2, S. 391-425; sowie Alexander Wendt: *Social Theory of International Politics*, Cambridge 1999.

⁷⁷ Vgl.: Christoph Rohde: *Hans J. Morgenthau und der weltpolitische Realismus*, Wiesbaden 2004.

⁷⁸ Vgl.: Carlo Masala: *Kenneth N. Waltz – Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern*, Baden-Baden 2005.

Prozessen ermöglichen kann⁷⁹. Analog zu den Naturwissenschaften müssen auch in den Sozialwissenschaften tragfähige Aussagen aus Teiltheorien oder so genannten Quasitheorien entwickeln werden,⁸⁰ wobei eine Quasitheorie raum- und zeitungebunden ist und anzeigt, unter welchen Bedingungen die Aussage gilt.⁸¹

2.2 Der Realismus

Der Realismus stellt eine der ältesten und wichtigsten Theorie in den internationalen Beziehungen dar.⁸² Dennoch kann nicht von einer einzigen und in sich geschlossenen Theorie gesprochen werden, da unter dem Begriff „Realismus“ eine Vielzahl von unterschiedlichen Denkansätzen zusammengefasst werden,⁸³ zu denen auch der Neorealismus gehört. Viele Annahmen, die in die realistischen Schule eingegangen sind, sind auch Bestandteile im Neorealismus, weshalb die Unterscheidung zwischen den beiden Ansätzen, die in dieser Arbeit auf zwei Abschnitte (2.2 und 2.3) aufgeteilt sind, hier nicht so scharf abgegrenzt werden.

Viele Ideen, die unter dem Begriff Realismus firmieren, basieren auf den Arbeiten vieler politischer Philosophen, deren Wirken ihre Wurzeln im Altertum hat: ausgehend von Thukydides⁸⁴, den der Politikwissenschaftler Steven Forde als eigentlichen Begründer des (Neo-)Realismus⁸⁵ bezeichnet, haben u.a. Kautilya⁸⁶, Niccolò Machiavelli⁸⁷,

⁷⁹ Michael Klöckner: Entwicklungsprobleme der US-amerikanischen Bündnisstrategie in Ostasien: Eine Fallstudie am Beispiel der Raketenabwehrpolitik der USA während der Präsidentschaft von William Jefferson Clinton, Frankfurt am Main 2003, S. 23, Anmerkung 9; Auch Filzmaier weist darauf hin, dass in den Internationalen Beziehungen keine allgemein gültige Theorie existiert; Vgl.: Filzmaier, Internationale Politik, S. 101.

⁸⁰ Vgl.: Hans Albert: Theorie und Prognose in den Sozialwissenschaften, in: Ernst Topitsch (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, Köln 1972, S. 126-143, hier. S. 131ff.

⁸¹ Vgl.: Klöckner, Entwicklungsprobleme, S. 23, Anmerkung 9.

⁸² Vgl.: Schimmelfennig, Internationale Politik, S. 66.

⁸³ Vgl.: Andreas Jacobs: Realismus, in: Siegfried Schieder; Manuela Spindler (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen 2006, S. 39-64, hier: S. 39.

⁸⁴ Thukydides (ca. 460 v. Chr. – 399/396 v. Chr.) war ein Historiker im alten Griechenland. In seinem Werk „Der Peloponnesische Krieg“ beschrieb er die Ursachen des gleichnamigen Krieges (431-404 v. Chr.) zwischen der Seemacht Athen und der Landmacht Sparta.

⁸⁵ Vgl.: Steven Forde: International Realism and the Science of Politics: Thucydides, Machiavelli, and Neorealism, in: International Studies Quarterly, Vol. 39, Juni 1995, Nr. 2, S. 141-160, hier: S. 147.

⁸⁶ Kautilya war wahrscheinlich ein Synonym für Chanakya (ca. 350 v. Chr. – ca. 283 v. Chr.), der Minister eines maurischen Kaisers in Indien vor über 2000 Jahren war. Von ihm überliefert ist das Lehrbuch „Arthashastra“, welches sich auch mit den Internationalen Beziehungen beschäftigt. In der Wissenschaft ist aber umstritten, ob das ganze Werk wirklich von Chanakya/Kautilya verfasst wurde.

⁸⁷ Niccolò Machiavelli (1469-1527) plädierte in seinem Hauptwerk „Il Principe“ („Der Fürst“, 1532) für die Staatsräson zuungunsten der christlich-moralische Herrscherlegitimation. Die Grundlage eines politischen Führers sollte nicht auf Ethik und Moral aufgebaut sein, sondern auf dem Erringen und Bewahren von Macht.

Thomas Hobbes⁸⁸, John Locke⁸⁹, sowie Jean-Baptiste Colbert⁹⁰ und Friedrich List⁹¹ eine wichtige Vorarbeit zum politischen Realismus geleistet. Einer der wichtigsten Vertreter aus den gerade erwähnten politischen Philosophen ist der Engländer Thomas Hobbes (1588-1679). Er sah in der Machtpolitik der einzelnen Staaten das steuernde Element in der Internationalen Ordnung. Geprägt durch seine persönlichen Erfahrungen definierte er den Frieden als Periode zwischen zwei Kriegen. Der Friede diene demnach nur dazu, sich auf den nächsten Krieg vorzubereiten. Unter diesen Bedingungen gibt es nur eine Möglichkeit, sein eigenes Überleben zu sichern: Da die Internationalen Beziehungen eine Arena darstellen, bei der jeder gegen jeden kämpft, und es keinen „Leviathan“⁹² gibt, der die Staaten zur Ordnung rufen kann, muss jeder Staat alles daran setzen, um für sein eigenes Überleben zu sorgen.⁹³ Nach diesem Denkmuster ist das internationale System wie ein Nullsummenspiel aufgebaut: Die Interessen des einen Staates schaden denen des anderen oder: Was der eine Staat gewinnt, muss der andere Staat zwangsläufig verlieren.⁹⁴ Gemäß dieser Sichtweise sind Moral, Ethik und der Respekt von Gesetzen oder Verträgen in den Internationalen Beziehungen quasi ausgeschlossen.

Die Vertreter des Realismus, als deren eigentlicher Begründer Hans J. Morgenthau mit seiner 1948 erschienenen Schrift „Politics among Nations“ gilt, gehen von einer pessi-

⁸⁸ Thomas Hobbes (1588-1679) gilt als Vertreter eines Staatsabsolutismus (Werke: „De Cive“ 1642/1657, „Leviathan“ 1651, „De Corpore“ 1655, „De Homine“ 1658). Wichtig sind seine Lehre vom Naturzustand und dem Gesellschaftsvertrag (Naturrecht). Da in der Natur das Recht des Stärkeren herrscht, kommt es zum Kampf jeder gegen jeden. Um diese Form der Anarchie zu verhindern, die für jeden einzelnen Bürger schädlich ist, muss dieser Zustand behoben werden, indem sich alle freiwillig einer Staatsmacht unterwerfen.

⁸⁹ John Locke (1632-1704) gilt als einflussreicher Vertreter der Aufklärung. Er ist mit seinem Hauptwerk „Essay Concerning Human Understanding“ (Erste Entwürfe 1671/Veröffentlichung: 1688/1689) der Begründer des englischen Empirismus. Sein Werk „Two Treatises of Government“ (Erste Niederschrift 1679/Veröffentlichung 1688/89) ist eine Abrechnung mit dem Absolutismus und ein Plädoyer für den Schutz der bürgerlichen Freiheitsrechte. In diesem Werk weist Locke aber auch auf die Unsicherheit des Menschen hin, der sich vor allem in einem Macht- und Besitztrieb äußert.

⁹⁰ Jean-Baptiste Colbert, Marquis de Seignelay (1619-1683) war ein französischer Minister und gilt als Hauptvertreter des Merkantilismus. Er schuf durch die staatliche Lenkung der französischen Wirtschaft die finanzielle Grundlage für den Absolutismus.

⁹¹ Friedrich List (1789-1846) war ein deutscher Nationalökonom und Wirtschaftspolitiker, der 1819 den Deutschen Handels- und Gewerbeverein gründete, um die deutsche Zolleinigung vorzubereiten, die 1834 in Kraft trat.

⁹² Vgl.: Thomas Hobbes: Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates, herausgegeben und eingeleitet von Irving Fetscher, 6. Auflage, Frankfurt am Main 1994 (Original: Leviathan, 1651), S. 134.

⁹³ „The particular international activity that, on the Hobbesian view, is most typical of international activity as a whole, or best provides the clue to it, is war itself. Thus peace, on the Hobbesian view, is a period of recuperation from the last war and preparation for the next“. Zitiert nach: Hedley Bull: The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics, New York 1977, S. 25; Vgl. ferner: Kenneth N. Waltz: Man, the State, and War. A Theoretical Analysis, New York 1959, S. 160; Kenneth N. Waltz: Theory of International Politics, New York 1979, S. 104; Glenn H. Snyder: Alliance Politics, Ithaca 1997, S. 17f.

⁹⁴ Vgl.: Ursula Lehmkuhl: Theorien internationaler Politik: Einführung und Texte, 2. Auflage, Oldenbourg 1997, S. 73.

mistischen Sichtweise aus, deren Wurzeln in der „westlichen, aufklärungs-basierten Denktradition“⁹⁵ liegen. Im Zentrum aller Denkansätze der realistischen Schule steht die Macht und das Gleichgewicht der Mächte. Unter Macht wird die Fähigkeit verstanden, auf die Verhaltensweisen anderer Staaten Einfluss zu nehmen, und zusätzlich die Einflussversuche anderer Staaten zu unterbinden,⁹⁶ denn das Hauptziel eines jeden Staates ist es, seine eigene Unabhängigkeit – seine Selbsterhaltung – zu bewahren.⁹⁷ Dementsprechend stellt der Wille zur Macht die wichtigste Triebfeder aller politischen Entwicklungen dar.⁹⁸ Durch den Einsatz von Macht können Staaten das internationale System zu ihren Gunsten verändern, beziehungsweise den gegebenen Status quo bewahren. Demzufolge kann Macht „als Fähigkeit Wandel zu schaffen beispielsweise zu verhindern definiert werden“⁹⁹.

Im Realismus konzentriert sich der Machtbegriff hauptsächlich auf die militärischen Fähigkeiten eines Akteurs, denn erst im Zuge des Neorealismus hat auch die wirtschaftliche Komponente - wenngleich auch nur schwach – Berücksichtigung gefunden.¹⁰⁰ Da jeder Akteur das Ziel hat, seine Macht aufrechtzuerhalten oder im günstigsten Fall noch zu erweitern, werden andere Akteure alles unternehmen, um eine Gegenmacht zu bilden, so dass entweder die Position des einen Akteurs relativiert wird, um ein Gleichgewicht herzustellen oder – wenn möglich – seine Stellung einzunehmen. Somit ist ein Staat wie die USA immer bemüht, seine Machtmittel wie das Militär, immer auf dem neuesten Stand zu halten, wohingegen andere Staaten wie zum Beispiel China oder auch

⁹⁵ Riemer, Theorien Internationaler Beziehungen, S. 41.

⁹⁶ „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“ Vgl.: Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. revidierte Auflage, Tübingen 1980, S. 28. Eine daran angelehnte Definition liefert Karl Deutsch. Aus seiner Sicht bedeutet Macht „dass man nicht nachgeben muss, sondern die Umwelt oder eine andere Person zum Nachgeben zwingen kann“. Vgl.: Karl W. Deutsch: Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven, Freiburg/Breisgau 1970, S. 93. Zwei Jahre zuvor unterschied Deutsch zwischen einem positiven und einem negativen Machtbegriff. Den positiven Machtbegriff definierte er als „Zielverwirklichung und Beherrschung der eigenen Umwelt“, den negativen als „Vetomacht oder zur Verhinderung irgendeines hochspezifischen Ergebnisses“. Beide Definitionen entstammen aus: Karl W. Deutsch: Analyse internationaler Beziehungen. Konzeptionen und Probleme der Friedensforschung, Frankfurt am Main 1968, S. 43. Ergänzend dazu eine Definition von Morgenthau: „Wenn von Macht gesprochen wird, ist die Herrschaft von Menschen über das Denken und Handeln anderer Menschen gemeint“. Vgl.: Hans J. Morgenthau: Internationale Politik: Der Kampf um die Macht, in: Helga Haftendorn (Hrsg.): Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen, Hamburg 1975, S. 78-88, hier: S. 79.

⁹⁷ Vgl.: Adam Watson: Diplomacy. The Dialogue between States, London 1984, S. 36.

⁹⁸ Vgl.: Stefano Guzzini: Realism in International Relations and International Political Economy, London 1998, S. 26; Joseph M. Grieco: Cooperation among Nations. Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade, Ithaca 1990, S. 39; John J. Mearsheimer: The False Promise of International Institutions, in: International Security, Vol. 15, 1994/1995, Nr. 1, S. 5-49, hier: S. 10; Waltz, Man, the State, and War, S. 203f; Waltz, Theory of International Politics, S. 126.

⁹⁹ Irlenkaeuser, Einhegung oder Kooperation, S. 33.

¹⁰⁰ Vgl.: Ebda., S. 33.

Russland bestrebt sind, den Vorsprung der Vereinigten Staaten auf dem Rüstungssektor in Zukunft einzuholen, oder - wenn möglich - zu überholen.¹⁰¹ Besitzt ein Akteur mehr Machtmittel als andere Akteure – quasi einen „Überschuss“ an Machtmitteln - besteht bei den anderen Akteuren die berechtigte Sorge, dass der Akteur diesen Überschuss auch nutzen kann.¹⁰²

Da der Realismus von einem pessimistischen Menschenbild ausgeht,¹⁰³ wird der immerwährende Ausbruch von Kriegen und Konflikten als wahrscheinlich oder sogar als zwangsläufig vorausgesetzt.¹⁰⁴ Dieses ergibt sich aus dem anarchischen internationalen System und dem Streben seiner Akteure nach mehr Macht und Einfluss. Hierbei sollte Anarchie nicht mit Chaos gleichgesetzt werden, es wird aus realistischer Sicht nur betont, dass es keine zentrale Ordnungsmacht gibt.¹⁰⁵

¹⁰¹ Nach der Theorie des Neorealismus werden das aufstrebende China und das auf seine Weltmachtposition bestehende Russland überdies versuchen, gegenüber der Supermacht USA im kaukasischen und zentralasiatischen Raum in Zukunft ein Gegengewicht aufzubauen. Vgl.: Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München 1998, S. 136.

¹⁰² Kenneth Waltz ist sich sogar sicher, dass Staaten, die diese Machtmittel haben, diese auch auf jeden Fall einsetzen werden, genauso, wie andere Staaten versuchen werden, ebenfalls nach einem Großmachtstatus zu streben, sofern sie die Ressourcen dafür haben, vgl.: Kenneth N. Waltz: Structural Realism after the Cold War, *International Security*, Vol. 25, 2000, No. 1, S. 5-41, hier: S. 13 sowie S. 33. Dieser Punkt ist zwischen den Neorealisten aber umstritten. Waltz selber war in den siebziger Jahren noch der Meinung, dass die Staaten daran interessiert seien, ein Gleichgewicht der Kräfte erhalten zu können und kein Interesse an einer überlegenen Machtposition hätten. Vgl.: Waltz, *Theory of International Politics*, S. 126 sowie Grieco, *Cooperation among Nations*, S. 39f. Dahingegen vertritt Mearsheimer die Auffassung, dass die einzelnen Staaten immer bestrebt sind, die größtmögliche Überlegenheit zu erlangen. Vgl.: Mearsheimer, *The False Promises of International Institutions*, S. 11f. An dieser Stelle zeigt sich der Unterschied zwischen defensiven (Neo-)Realisten, die die Auffassung vertreten, jeder Staat will nur seinen Platz im internationalen System sichern und den offensiven (Neo-)Realisten, die der Meinung sind, dass jeder Staat versucht, das Optimale mit Hilfe seiner ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen zu erlangen.

¹⁰³ Vgl. das Menschenbild bei Immanuel Kant: „Der Friedenszustand unter Menschen, die nebeneinander leben, ist kein Naturzustand (*status naturalis*), der vielmehr ein Zustand des Krieges ist, d.i. wenngleich nicht immer ein Ausbruch der Feindseligkeiten, doch immerwährende Bedrohung mit denselben. Er muss also gestiftet werden, denn die Unterlassung der letzteren ist noch nicht Sicherheit dafür, und ohne dass sie einem Nachbar von dem anderen geleistet wird (welches aber nur in einem gesetzlichen Zustande geschehen kann), kann jeder diesen, welchen er dazu aufgefordert hat, als einen Feind behandeln“. Zitiert nach: Immanuel Kant: *Zum ewigen Frieden*, Königsberg 1794, Nachdruck, S. 15.

¹⁰⁴ Vgl.: John J. Mearsheimer: *Back to the Future – Instability in Europe after the Cold War*, *International Security*, Vol. 15, 1990, No.1, S. 5-56, hier: S. 6. In der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung wurde lange Zeit das menschliche Verhalten als Individuum auf die Staaten übertragen, um ihr jeweiliges außenpolitisches Verhalten erklären zu können. Vgl.: Reinhard Meyers: *Die Lehre von den internationalen Beziehungen. Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick*, 2. korrigierter und erweiterter Nachdruck, Düsseldorf 1981, S. 37ff; James E. Dougherty; Robert L. Pfaltzgraff jr.: *Contending Theories of International Relations*, 3. Auflage, New York 1990, S. 81ff.

¹⁰⁵ Eine Definition für ein anarchisches System liefert Robert Lieshout: „[A] system with a comparatively low polarity that consists of two or more individuals, and that lack an agency with the capacity to enforce the promises the individuals concerned may have made to one another“. Zitiert nach: Robert Lieshout: *Between Anarchy and Hierarchy. A Theory of International Politics and Foreign Policy*, Aldershot 1995, S. 104.

Der Einsatz von militärischer Macht kann in der realistischen Theorie nicht ausgeschlossen werden, im Gegenteil: jeder Staat muss bereit sein, militärische Macht einzusetzen, um seine Position im internationalen System zu behaupten beziehungsweise zu verteidigen. Das Verhalten der Staaten untereinander wird durch das Sicherheitsdilemma definiert.¹⁰⁶ Jeder Staat versucht seine Stellung im internationalen System zu verteidigen und strebt nach mehr Macht, um Sicherheit vor einem Angriff zu bekommen.¹⁰⁷ Dieses mehr an Sicherheit bedeutet für einen anderen Akteur aber ein weniger an Sicherheit und somit ein mehr an Unsicherheit. Da das Streben nach Sicherheit ein Nullsummen-Spiel (zero sum game) darstellt, ist es unmöglich, „einen Gewinn für alle Beteiligten zu realisieren“¹⁰⁸.

Historisch betrachtet hat der Realismus in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts den Idealismus als vorherrschende Theorie in den Internationalen Beziehungen verdrängen können. Dadurch, dass die Nationalstaaten in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wieder in den Fokus der internationalen Ereignisse rückten, nahm auch der Einfluss der realistischen Schule wieder zu.¹⁰⁹ Die Stärken der realistischen Schule liegen in drei folgenden Gebieten: (1) die Analyse der europäischen Staatenkonkurrenz im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, (2) in der Analyse des Zweiten Weltkrieges und (3) in der Analyse der nuklearen Abschreckungsstrategie. Gleichwohl impliziert der Name „Realistische Schule“, dass die Theorie die Realität beinahe naturgesetzlich und objektiv abbildet, so dass für einen eventuellen Alternativentwurf kein Raum mehr ist: Die Welt, wie der Realismus sie beschreibt, ist eben so wie sie ist.

Dieses ist aber falsch, denn wie oben schon erwähnt wurde, existiert in den Sozialwissenschaften bislang keine Theorie, die in sich geschlossen ist. Schwächen zeigt der Realismus auf zwei Gebieten: Zunächst einmal geht der Realismus davon aus, dass die staatlichen Interessen nur durch die außenpolitische Struktur erklärt werden kann. Nicht berücksichtigt werden die innenpolitischen Einflussfaktoren der demokratischen Gesell-

¹⁰⁶ Als Begründer des Sicherheitsdilemmas gilt John H. Herz. In einer Situation treibt ein „aus gegenseitiger Furcht und gegenseitigem Misstrauen geborenes Unsicherheitsgefühl die Einheiten in einen Wettstreit um Macht dazu, ihrer Sicherheit halber immer mehr Macht anzuhäufen, ein Streben, das unerfüllbar bleibt, weil sich vollkommene Sicherheit nie erreichen läßt“. Zitiert nach: John H. Herz: *Weltpolitik im Atomzeitalter*, Stuttgart 1961, S. 130.

¹⁰⁷ Vgl.: Waltz, *Man, the State, and War*, S. 210; „states in the international system aim to maximize their relative power position over other states“. Zitiert nach: Mearsheimer, *The False Promise of International Institutions*, S. 11f.

¹⁰⁸ Irlenkaeuser, *Einhegung oder Kooperation*, S. 34.

¹⁰⁹ Vgl.: Jacobs, *Realismus*, S. 37f.

schaften. Staaten sind demnach keine homogenen Konstrukte – so wie sie die realistische Schule versteht – sondern in ihrer sozialen Zusammensetzung unterschiedlich geprägt.¹¹⁰ Den zweiten Bereich stellen die aktuellen Entwicklungen (Globalisierung, Global Governance) dar: Der Realismus hat Schwierigkeiten, die zunehmende Zusammenarbeit von Staaten und die Übertragung von Souveränität an Internationale Organisationen und Regime zu erklären. Auch nichtsoveräne Akteure werden in der realistischen Schule nicht beachtet.

Nach Riemer¹¹¹ lassen sich zwölf Prämissen der realistischen Schule zusammenfassen:

- Das menschliche Handeln steht in einem permanenten Widerspruch zwischen Norm und Realität, beziehungsweise seinem Willen etwas zu erreichen und dem Ergebnis.¹¹²
- Der Mensch besitzt nicht die Fähigkeit, immer moralisch und nach definierten Normen zu agieren. Die menschliche Selbstlosigkeit schlägt in Egoismus und Aggressivität um, sobald sich Menschen in Gruppen – wie beispielsweise in einem Staatswesen – organisieren.¹¹³ Die Gefahr des Machtmissbrauchs ist vorhanden. Dieses pessimistische Menschenbild wurde in der politischen Philosophie sowohl theologisch (der Heilige Augustinus; R. Niebuhr) als auch weltlich (Machiavelli, Hobbes, Locke und Morgenthau) begründet.
- Die Gefahr des Machtmissbrauchs führt zu einem Zustand der Angst. Um sich vor einem möglichen Angriff zu schützen, versucht der Mensch seine Sicherheit zu erhöhen. Die menschliche Natur ist verantwortlich für den Zustand der Furcht, der wiederum zu einem Machtstreben führt, durch das ein Individuum seine Sicherheit erhöhen möchte. Aber indem ein Mensch seine Sicherheit erhöht, muss ein anderer Mensch wiederum um seine Sicherheit fürchten.
- Das natürliche Staatsinteresse strebt ebenso wie das menschliche Interesse nach Macht – moralische und sittliche Ziele sind diesem Streben im Extremfall untergeordnet.

¹¹⁰ Vgl.: Riemer, Theorien Internationaler Beziehungen, S. 42.

¹¹¹ Vgl.: Ebda., S. 44f.

¹¹² Vgl.: Gottfried-Karl Kindermann: Hans J. Morgenthau und die theoretischen Grundlagen des politischen Realismus – Einleitung zu Morgenthaus Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963, S. 19-47, hier: S. 22.

¹¹³ Vgl.: Reinhold Niebuhr: Moral Man and immoral Society – Study in Ethics and Politics, New York 1932, S. 83; Alexander Siedschlag weist darauf hin, daß Niebuhrs „dualistisches Menschenbild“ „zweifelloso die Säule des klassischen Realismus“ ist. Zitiert nach: Alexander Siedschlag: Neorealismus, Neoliberalismus und postnationale Politik, Opladen 1007, S. 52.

- Politik, besonders internationale Politik¹¹⁴, ist von objektiven Gesetzen geprägt, die menschlicher Natur sind. Politisches Handeln im Allgemeinen konzentriert sich auf das Eigeninteresse des Handelnden (Staatsräson) und nicht auf moralisch begründete Normen (Absage an die christlich-moralische Herrscherlegitimation).
- Staaten streben danach, ihre Macht und ihren Einfluss zu maximieren.¹¹⁵ Politik dient als zunächst einmal drei Zielen: (1) die Erweiterung von Macht, (2) die Ausweitung von Macht und schlussendlich (3) der Demonstration der Macht.
- Die internationale Politik wird ausschließlich von den Staaten geprägt.
- Im Internationalen System herrschen anarchische Zustände;¹¹⁶ es gibt demnach keine dem Einzelstaat übergeordnete Ordnungsinstanz (Leviathan), die für Gerechtigkeit sorgt.
- Durch das Sicherheitsdilemma – auch als Gefangenendilemma bezeichnet – stellt das Streben eines Staates nach einer Optimierung seiner eigenen Sicherheit gleichzeitig für einen anderen Staat eine Bedrohung dar.
- Da ein jeder Staat darauf fixiert ist, seine eigenen Interessen zu wahren, gibt es im Internationalen System eine latente Konfliktbereitschaft – und schlussendlich sind Konflikte nicht immer zu vermeiden.
- Die internationale Politik stellt ein Nullsummenspiel dar: Erfolge eines Staates (zum Beispiel in den Bereichen Macht, Einfluss, Ressourcen und Territorien) bedeuten de facto Niederlagen eines anderen Staates.
- Die Staaten werden von ihrem Nationalen Interessen geleitet.¹¹⁷

Die folgenden vier Fragen stellen die Grundlage für den realistischen Forschungsansatz dar:

- Wodurch zeichnen sich Systemstabilitäten beziehungsweise Systeminstabilitäten aus?

¹¹⁴ „Internationale Politik umfasst die Gesamtheit aller Interaktionen, die auf die autoritative Verteilung von Werten jenseits staatlicher Grenzen gerichtet sind“; zitiert nach: Frank Schimmelfennig: Internationale Politik, Paderborn 2008, S. 22. Zudem ist Internationale Politik „Politik unter den Bedingungen der Anarchie“. Zitiert nach: Schimmelfennig, Internationale Politik, S. 23.

¹¹⁵ Vgl.: Joseph M. Grieco: Realist International Theory and the Study of World Politics, in: Michael Doyle; John G. Ikenberry (Hrsg.): New Thinking in International Relations Theory, Boulder 1997, S. 163-201, hier: S. 167.

¹¹⁶ Vgl.: Günther Auth: Theorien der Internationalen Beziehungen kompakt, München 2008, S. 18.

¹¹⁷ Vgl.: Wilhelm, Außenpolitik, S. 43; Xuewu Gu: Theorien der Internationalen Beziehungen. Einführung, München 2000, S. 39.

- Wie drückt sich das Machtgleichgewicht zwischen Staaten aus?
- Wie verhalten sich Großmächte untereinander und gegenüber mittleren und kleineren Staaten?
- Durch welche Auslöser kommt es zu Veränderungen des Gleichgewichts der Mächte?

2.3 Der Neorealismus

Der Neorealismus geht ebenfalls von der vorherrschenden Anarchie im Internationalen System aus. Demzufolge handeln die Staaten rational auf der Grundlage gegebener Interessen und Präferenzen.¹¹⁸ Hans Morgenthau erkannte die Ursache von Kriegen und Konflikten in den Fehlern der menschlichen Natur. Jedes Individuum will sich seinen Platz in der Gesellschaft sichern und behaupten. Um diesen Platz und die eigene Stellung in der Gesellschaft zu erlangen und zu verteidigen, muss das Individuum stetig nach Macht streben. Die Vertreter des Neorealismus (auch als strukturelle Realisten bezeichnet), wie z. B. Kenneth Waltz, sehen dagegen die Ursache von Kriegen und Konflikten in der Struktur des Internationalen Systems veranlagt.¹¹⁹ Ansätze, die den Menschen als Ausgangspunkt für alle Konflikte in den internationalen Beziehungen sehen, wertet er als first-image-Ansätze.¹²⁰ Aber auch der „second-image“ Ansatz, der die Herrschaftsordnung von Staaten als Ursache für die Entstehung von Kriegen aus-

¹¹⁸ Diese außenpolitischen Präferenzen können aus der rationalen Sichtweise definiert werden als „a set of underlying national objectives independent of any particular international negotiation to expand exports, to enhance security vis-a-vis a particular threat, or to realize some ideational goal“. Vgl.: Andrew Moravcsik: *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, Ithaca 1998, S. 20.

¹¹⁹ Vgl.: Tim Dunne; Brian C. Schmidt: *Realism*, in: John Baylis; Steve Smith (Hrsg.): *The Globalization of World Politics*, 2. Auflage, Oxford 2001, S. 162-181, hier: S. 147ff. Schon in seinem Werk „*Man, the State, and War*“ weist Waltz den Ansatz Morgenthaus zurück: „While human nature no doubt plays a role in bringing about war, it cannot be itself explain both war and peace, except by the simple statement that man’s nature is such that sometimes he fights and sometimes he does not“. Zitiert nach: Waltz, *Man, the State, and War*, S. 29. Waltz kritisiert an Morgenthaus pessimistischem Menschenbild die Tatsache, dass es, obwohl es in der Natur des Menschen liegt, ständig zu kämpfen, dennoch Zeiten des Friedens gibt. Wäre Morgenthaus Bild richtig, so gäbe es überhaupt keine Hoffnung auf Frieden: „If human nature ist he cause of war and if, as in the systems of the first-image pessimists, human nature is fixed, then we can never hope for peace“. Zitiert nach: Waltz, *Man, the State, and War*, S. 29. Waltz weist darauf hin, dass auch Immanuel Kant nicht der naiven Auffassung war, dass der Mensch gut und vernünftig sei und Konflikte lediglich durch „mistaken belief, inadequate knowledge, and defective governance“ ausbrechen würden. Zitiert nach: Kenneth N. Waltz: *Kant, Liberalism and War*, in: *Political Science Review*, Vol. 56, 1962, S. 331-340, hier: S. 331. Aus seiner Sicht verurteilte Kant zwar die Anwendung von Gewalt, fand sich aber mit der Tatsache ab, dass sie zum menschlichen Wesen dazugehöre. Vgl.: Mathias Albert: *Fallen der (Welt-)Ordnung*, Opladen 1996, S. 47. Insofern kommt Waltz zu dem Schluss, dass auch Kant dem realistischen Weltbild nicht allzu fern stand. Vgl.: Waltz, *Kant, Liberalism and War*, S. 340.

¹²⁰ Vgl.: Masala, Waltz, S. 31.

macht, genügen ihm nicht, denn ebenso wie Monarchien oder Republiken waren auch Demokratien immer wieder in Kriege verwickelt. Da das Zustandekommen von Kriegen demnach nicht an den inneren Strukturen eines Staates liegen kann, bestand für Waltz der Verdacht, dass „the international political environment has much to do with the ways in which states behave“¹²¹. Dementsprechend muss das third-image – nämlich die Struktur des internationalen Systems – die Ursache für den Ausbruch von Konflikten darstellen.¹²²

In einem internationalen System, das eine anarchische Struktur besitzt, versuchen Staaten ihre Positionen zu verbessern bzw. zu verteidigen. In den letzten knapp 350 Jahren – nach der Beendigung des Dreißigjährigen Krieges und dem Westfälischen Frieden – gab es immer wieder Staaten, die mit ihrer Position im internationalen System nicht zufrieden waren und durch Expansion ihren Einfluss vergrößern wollten. Dieses gilt beispielsweise für das Frankreich Napoleons ebenso wie für Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg, aber auch für Japan im Zweiten Weltkrieg oder auch für Libyen in den achtziger Jahren (Krieg gegen den Tschad). Doch nicht jeder Staat will um jeden Preis seine Stellung im internationalen System verbessern; so hat etwa Schweden nach dem Zweiten Weltkrieg einen strikten Kurs der Neutralität verfolgt, obwohl es zeitweise im Besitz der zweitgrößten Luftwaffe Europas gewesen ist. Es stellt sich die Frage, ob „ehrgeizige“ Staaten auf jeden Fall aufsteigen wollen und den Hegemon im internationalen System auf jeden Fall herausfordern oder ob dieses keine grundsätzliche Regel darstellt?

Über das Verhalten von Staaten bezüglich dieser gibt es im Neorealismus zwei unterschiedliche Denkansätze: Waltz vertritt den „defensiven Realismus“, in dem jeder Staat nur seine Einflussphäre verteidigen möchte und nicht zwangsläufig den Hegemon herausfordern wird. Im progressiven Realismus, der auch als „offensiver Neorealismus“¹²³ bezeichnet wird, kommt es dagegen auf jeden Fall zu einer Konfrontation zwischen dem führenden/stärksten Akteur eines internationalen Systems und seinen Herausfordern.¹²⁴ Insofern sollte sich der zur Zeit stärkste Akteur (dieses sind zur Zeit die USA) immer

¹²¹ Waltz, *Man, the State, and War*, S. 122.

¹²² Vgl.: Masala, Waltz, S. 32f.

¹²³ Ein bekannter Vertreter dieser Denkrichtung im realistischen Ansatz ist der Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer. Seine wichtigsten Werke sind u.a.: John J. Mearsheimer: *The False Promises of International Institutions* sowie John J. Mearsheimer: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001.

¹²⁴ So gibt Mearsheimer selber zu, dass diese Theorie ein „rather grim picture of world politics“ zeichnet. Zitiert nach: John J. Mearsheimer: *The False Promise of International Institutions*, S. 9.

auf eine Konfrontationen mit aktuellen oder künftigen Herausfordern vorbereiten, ohne sich darauf zu verlassen, dass Konflikte im Rahmen von Internationalen Organisationen – wie beispielsweise der UNO – friedlich gelöst werden können.¹²⁵ Denn in der Denkschule des Neorealismus werden Internationale Organisationen nur wenig Einfluss bei der Sicherung des Friedens zugetraut, welches sich aus der anarchischen Struktur des internationalen Systems ergibt.¹²⁶ Dieses soll aber nicht bedeuten, dass eine Zusammenarbeit verschiedener Staaten grundsätzlich ausgeschlossen sei, denn unter bestimmten Rahmenbedingungen können die Staaten somit ihre eigene Machtbasis vergrößern und ihre nationalen Interessen verfolgen.¹²⁷ Im Rahmen des Null-Summen-Spiels (zero sum game) könnten die Akteure eines Bündnisses gegenüber den Nichtteilnehmern profitieren. Somit kann festgestellt werden, „dass nach realistischem Verständnis Macht und das Streben nach selbiger das zentrale Element der internationalen Beziehungen ist“¹²⁸.

Zusammengefasst basiert der Neorealismus auf folgende vier Aussagen:¹²⁹

- Da es im internationalen System keinen Leviathan gibt, stellt es ein anarchisches System dar, in dem sich jeder Akteur (Staat) selbst helfen muss. Dieses Selbsthilfeprinzip inkludiert neben dem Aufbau einer starken Verteidigung auch den Abschluss von Bündnissen mit anderen Staaten, um für die eigene Sicherheit zu sorgen.¹³⁰
- Die maßgeblichen Einheiten („units“) des Internationalen Systems stellen die souveränen Nationalstaaten dar, die nach innen über ein Gewaltmonopol verfügen und nach außen versuchen, ihre Interessen durchzusetzen.¹³¹

¹²⁵ Vgl.: Steven L. Lamy: Contemporary Mainstream Approaches: Neo-Realism and Neo-Liberalism, in: John Baylis; Steve Smith (Hrsg.): The Globalization of World Politics, 2. Auflage, Oxford 2001, S. 187 sowie Christopher Layne: The Unipolar Illusion – Why new Great Powers will Rise, International Security, Vol. 17, 1993, Nr. 4, S. 5-51, hier: S. 51.

¹²⁶ Vgl.: John J. Mearsheimer: The False Promises of International Institutions, S. 7.

¹²⁷ Die Zusammenarbeit zwischen Staaten findet nach der (neo-)realistischen Schule aber nur so lange statt, solange beide oder mehrere Staaten von ihr profitieren. Sind die Ursachen der Zusammenarbeit nicht mehr gegeben, tritt der Regelfall – Wettbewerb und Konflikt – ein: „states are predisposed toward conflict and competition, and they often fail to cooperate even when they have common interests“. Zitiert nach: Grieco, Cooperation among Nations, S. 4. Vgl. zudem: Robert G. Gilpin: The Richness of the Tradition of Political Realism, in: Robert O. Keohane (Hrsg.): Neorealism and its Critics, New York 1986, S. 301-321, hier: S. 304; Waltz, Theory of International Politics, S. 102; Mearsheimer, The False Promises of International Institutions, S. 9.

¹²⁸ Irlenkauser, Einhegung oder Kooperation, S. 35.

¹²⁹ Vgl.: Riemer, Theorien Internationaler Beziehungen, S. 56f.

¹³⁰ Vgl.: Waltz, Theory of International Politics, S. 126.

¹³¹ Vgl.: Wilhelm, Außenpolitik, S. 48.

- Es existiert keine funktionale Unterscheidung zwischen den einzelnen Staaten im Internationalen System; alle Staaten haben quasi einen Auftrag: Sie müssen sich primär um ihre Sicherheit sorgen.¹³²
- Der einzig wichtige Unterschied zwischen den Staaten sind ihre verschiedenen Machtpotentiale. Die Verteilung von Macht zwischen den Staaten im System ist von immanenter Wichtigkeit.¹³³

Aus diesen vier Grundannahmen lassen sich vier theoretische Vermutungen aufstellen:¹³⁴

- Der Frieden kann nur durch ein (Mächte-)Gleichgewicht (balance of power) der Mächte garantiert werden. Optimal hierfür ist die Existenz einer bipolaren Machtkonstellation, wie sie von 1947-1989/1991 zwischen den USA und der UdSSR bestand.
- Um dieses Mächtegleichgewicht zu erlangen, sind die Akteure im Internationalen System darauf angewiesen, Allianzen und Gegenallianzen zu formen, um eine hegemoniale Macht ausbalancieren zu können.
- Das Vertrauen in Internationale Organisationen ist schwach. Da die Staaten im Internationalen System nach der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen streben, ist eine dauerhafte institutionalisierte Kooperation kaum möglich. Die Internationalen Institutionen beeinflussen das Verhalten von Staaten nur gering.¹³⁵ Wenn Staaten doch in Internationalen Organisationen zusammenarbeiten, dann nur unter der Prämisse, dass die jeweiligen Kooperationspartner durch die Zusammenarbeit nicht mehr profitieren als sie selbst.
- Der Aufstieg und Abstieg von hegemonialen Mächten ist in so einem geprägten Internationalen System quasi Gesetz.

Der Neorealismus unterscheidet sich vom Realismus in zwei Bereichen: (1) Im Zentrum des Realismus steht die Natur des Menschen, der als machtorientiertes Wesen handelt, während der Neorealismus auf dieses anthropologische Erklärungsmuster vollständig

¹³² Vgl.: Auth, Theorien der Internationalen Beziehungen, S. 47.

¹³³ Vgl.: Ebda., S. 47.

¹³⁴ Vgl.: Riemer, Theorien Internationaler Beziehungen, S. 57.

¹³⁵ Vgl.: Grieco, Cooperation among Nations, S. 32; Mearsheimer, The False Promises of International Institutions, S. 5-49; Stephen D. Krasner: Sovereignty. Organized Hypocrisy, Princeton 1999, S. 71f. und S. 237f; Kenneth N. Waltz: Reflections on Theory of International Politics: A Response to My Critics, in: Robert O. Keohane (Hrsg.): Neorealism and Its Critics, New York 1986, S. 322-345, hier: S. 336; Waltz, Structural Realism after the Cold War, S. 18-27.

verzichtet,¹³⁶ und sich komplett auf die Staaten im Internationalen System konzentriert. (2) unterscheiden sich beide Denkrichtungen in den Begriffen Macht und Sicherheit. Während im Realismus das Hauptziel der Akteure die Maximierung von Macht darstellt, geht der Neorealismus davon aus, dass die Erlangung von Sicherheit das oberste Ziel der Staaten sein sollte.¹³⁷

Doch ebenso wie der Realismus weist auch der Neorealismus einige Schwächen auf:

- Wie groß sind der Einflüsse von innerstaatlichen Machtverhältnissen und die innere Verfasstheit von Staaten auf die Gestaltung ihrer Außenpolitik?
- Wieso spielen Internationale Organisationen in der Internationalen Politik eine so bedeutende Rolle? Wie entstehen sie und in welchem Ausmaß beeinflussen sie das Verhalten und das Handeln der Staaten im Internationalen System?
- Warum streben Staaten nach Eigenständigkeit? Warum erkennen sie sich gegenseitig als souveräne Akteure an?
- Welchen Einfluss kann eine auf nationalstaatlicher Souveränität begründete Theorie in einer mehr und mehr globalisierenden Welt nehmen?¹³⁸

2.4 Die Englische Schule

Unter dem Begriff „Englische Schule“ hat sich in der Nachkriegszeit ein Alternativentwurf zur realistischen Schule in Großbritannien etabliert, auch wenn die Konturen dieser Schule als nicht „sonderlich scharf“¹³⁹ gelten. Ihre wichtigsten Vertreter sind u.a. Hedley Bull¹⁴⁰ und Herbert Butterfield, während die Zugehörigkeit von Edward H. Carr¹⁴¹ in der Forschung umstritten ist. Neben der Prämisse, dass die Staatenwelt anar-

¹³⁶ Vgl.: David A. Baldwin: Power and International Relations, in: Walter Carlsnaes; Thomas Risse; Beth A. Simmons (Hrsg.): Handbook of International Relations, London 2004, S. 177-191, hier: S. 182f; Niklas Schörnig: Neorealismus, in: Siegfried Schieder; Manuela Spindler (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen 2006, S. 65-92, hier: S. 65f. und S. 74.

¹³⁷ Vgl.: Grieco, Cooperation among Nations, S. 39; Waltz, Man, the State, and War, S. 210.

¹³⁸ Vgl.: Riemer, Theorien Internationaler Beziehungen, S. 57.

¹³⁹ Jürgen Hartmann: Internationale Beziehungen, 2. Auflage, Wiesbaden 2009, S. 41.

¹⁴⁰ Wichtigstes Werk: Hedley Bull: The Anarchical Society, New York 1977.

¹⁴¹ Wichtigstes Werk: Edward H. Carr: The Twenty Years' Crisis, 1919-1939. An Introduction to the Study of International Relations, Neuauflage, Houndmills 2001. Generell ist es nicht einfach, Wissenschaftler eindeutig zu bestimmten Schulen einzuordnen. So ordnet Christiane Lemke Carr als Vertreter der Englischen Schule ein, wohingegen Jürgen Hartmann ihn als Vertreter des Realismus sieht, denn Carr würde am Beginn einer Analysetradition stehen, die „auf Kriegsverhinderung durch eine Politik der Stär-

chistisch geprägt ist, hat die Englische Schule mit dem Realismus gemeinsam, dass „die Entwicklung und Bedeutung von Nationalstaaten in der Staatenwelt der internationalen Politik“¹⁴² im Zentrum ihrer Analysen steht. Unterscheiden tun sich beide Ansätze in dem Punkt, dass die britischen Wissenschaftler „der Machtfixiertheit der Staaten“¹⁴³, wie sie im Realismus vertreten wird, nicht teilen.

Im Zentrum der Englischen Schule steht die Frage, warum friedliche Interaktionen der Staaten generell die Regel sind, wobei dem Völkerrecht und den diplomatischen Konventionen eine wichtige Rolle zugeschrieben werden. Der Politikwissenschaftler Hedley Bull bemüht ebenso wie Morgenthau den Vergleich zwischen einem Menschen/Individuum und einem Staat. Während der einzelne Mensch normalerweise in einem intakten Staatswesen lebt und sich in die Gesellschaft einordnet – und den vorherrschenden Gesetzen unterordnet – muss, agieren im Gegensatz dazu die einzelnen souveränen Staaten „in einem anarchischen oder regierungslosen Zustand“¹⁴⁴, denn es gibt keinen obersten Souverän, der als ordnendes Element in das Internationale System eingreifen könnte. Da das Vertrauen in internationale Organisationen – ähnlich wie beim realistischen Ansatz – nach dem britischen Entwurf nicht vorhanden ist,¹⁴⁵ müssen diejenigen Staaten, die in der Lage sind, zunächst einmal ihr eigenes Territorium zu kontrollieren – die also „über eine interne Souveränität verfügen“¹⁴⁶ –, versuchen, als Ordnungsmächte in der internationalen Politik aufzutreten, denn nur Staaten die interne Souveränität besitzen, können auch externe Souveränität ausüben, und bilden somit die „einzigsten legitimen Akteure in den internationalen Beziehungen“¹⁴⁷. Diese Ordnungsmächte sollten laut Bull nach einem Gleichgewicht der Mächte streben, denn „der Begriff Gleichgewicht sagt, dass Macht derart verteilt sein sollte, dass kein Staat dominiert“¹⁴⁸.

Durch das Gleichgewicht der Mächte soll eine stabile Ordnung des Internationalen Systems gewährleistet werden. Dem Begriff „Völkerrecht“ kommt dabei eine wichtige Funktion zu, denn das Völkerrecht hat die Aufgabe, „die Grundregeln des Zusammen-

ke setzt“; Vgl.: Lemke, Internationale Beziehungen, S. 19 und Hartmann, Internationale Beziehungen, S. 21 und S. 41 (Zitat).

¹⁴² Lemke, Internationale Beziehungen, S. 19.

¹⁴³ Hartmann, Internationale Beziehungen, S. 40f.

¹⁴⁴ Hedley Bull: Die anarchische Gesellschaft, in: Karl Kaiser; Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Stuttgart 1985, S. 31-49, hier: S. 31.

¹⁴⁵ Vgl.: Hartmann, Internationale Beziehungen, S. 41.

¹⁴⁶ Lemke, Internationale Beziehungen, S. 20.

¹⁴⁷ Ebda., S. 20.

¹⁴⁸ Hedley Bull, Die anarchische Gesellschaft, S. 38.

lebens zwischen Staaten und anderen Akteuren der internationalen Gesellschaft“¹⁴⁹ festzulegen, damit die Staatenwelt – ebenso wie die Menschen – eine Gesellschaft bilden können,¹⁵⁰ um ein regelloses Gegeneinander zu verhindern.¹⁵¹ In diesem Ordnungssystem wird den Großmächten aber eine Sonderrolle zugeschrieben, denn durch ihre wirtschaftliche und militärische Stärke sind sie geradezu dafür prädestiniert, eine entscheidende Rolle bei auftretenden Streitfragen einzunehmen.¹⁵² Diese entscheidende Rolle gibt ihnen nach Bull auch das Recht, die militärische Auseinandersetzung als legitimes politisches Mittel zu suchen: „Da aber der Krieg ein allgemein akzeptiertes Verhaltensmuster bildet, das auf die Förderung gemeinsamer Ziele ausgerichtet ist, kann gar kein Zweifel daran bestehen, dass er bisher eine solche Institution war und auch heute noch ist“¹⁵³.

Die Frage nach der Stabilität des Internationalen Systems beziehungsweise der zukünftigen Gestaltung der Weltordnung ist heute aktueller denn je,¹⁵⁴ denn die derzeitige unipolare Weltordnung unter Führung der einzigen Supermacht USA scheint sich in einem Zustand der Auflösung zu befinden. Nach Bull streben die führenden Mächte nach einem Gleichgewicht im Internationalen System, so dass die Hegemonie eines Staates (also eine de facto unipolare Weltordnung) verhindert werden kann, andererseits sind sie legitimiert – auch dieses eine Hauptaussage von Bull – die Weltordnung beziehungsweise die Stabilität des Internationalen Systems auch durch militärische Mittel zu erzwingen. In den letzten zehn Jahren – Stand 2009 – gab es drei Fälle, die die Stabilität einer Region gefährdeten beziehungsweise die westliche Staatenwelt herausforderten: Den Kosovo-Krieg 1999, den Krieg gegen Afghanistan 2001 und den Dritten Golfkrieg 2003. Die Vertreibung der Kosovo-Albaner drohte die Stabilität der Anrainerstaaten

¹⁴⁹ Lemke, Internationale Beziehungen, S. 20.

¹⁵⁰ Vgl.: Hedley Bull: *Society and Anarchy in International Relations*, in: Herbert Butterfield; Martin Wight (Hrsg.): *Diplomatic Investigations: Essays in the Theory of International Relations*, London 1966, S. 35-50, hier: S. 48f.

¹⁵¹ Vgl.: Hedley Bull: *The Grotian Conception of International Society*, in: Herbert Butterfield; Martin Wight (Hrsg.): *Diplomatic Investigations: Essays in the Theory of International Relations*, London 1966, S. 51-73, hier: S. 52.

¹⁵² Vgl.: Lemke, Internationale Beziehungen, S. 20.

¹⁵³ Hedley Bull, *Die anarchische Gesellschaft*, S. 46. Diese Position Bulls ist in der Forschung umstritten, vgl.: Lemke, Internationale Beziehungen, S. 20.

¹⁵⁴ Vgl. u.a. die folgenden Aufsätze: Joachim Krause: *Die internationale Ordnung in der Krise – Warum die Uneinigkeit des Westens das gesamte System bedroht*, Internationale Politik, Jg. 62, Juli/August 2007, S. 8-20; Peter Bender: *Frieden muss erzwungen werden...und was wir sonst noch aus der Geschichte lernen können*, Internationale Politik, Jg. 62, Juli/August 2007, S. 48-53; Richard N. Haas: *The Age of Non-Polarity: What will follow US-dominance?*, Foreign Affairs, Vol. 87, Mai/Juni 2008, Nr. 3, S. 44-56; Wolfgang Nowak: *Kein Lotse an Bord. Amerikas Ohnmacht oder: Wer wird die multipolare Welt dominieren?*, Internationale Politik, Jg. 63, Juli/August 2008, S. 8-10; Robert Kagan: *Geschichte, die nicht enden will. Wer bestimmt die künftige Weltordnung: Die Demokratie oder ihre Feinde?*, Internationale Politik, Jg. 63, Juli/August 2008, 36-48.

Makedonien und Albanien zu gefährden, das Taliban-Regime bot dem Terrornetzwerk Al-Qaida Unterschlupfmöglichkeit und stellte für sie Trainingscamps zur Verfügung, wohingegen der Irak unter Saddam Hussein im Verdacht stand, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln und diese in Zukunft einzusetzen, wie dieses schon im Ersten Golfkrieg zwischen dem Irak und dem Iran (1979-1988) und gegen die kurdische Bevölkerung im Irak geschah.

Aus heutiger Sicht scheint die Zeit des Ost-West-Konfliktes im Rückblick eine Zeit der Stabilität und Verlässlichkeit gewesen zu sein.¹⁵⁵ Es existierten zwei Supermächte, die ihre jeweilige Interessensphäre abgesteckt hatten, wobei sich die westliche Welt (Europa, die USA und Japan) auf freiwilliger Basis zusammenschloss, während sich die Ostblockstaaten dem Hegemon Sowjetunion unterwerfen mussten. Als die Oppressionen durch die Sowjetunion mit der Aufhebung der Breschnew-Doktrin ausblieben, löste sich der östliche Block in einem kurzen Zeitabstand auf. Diese Epoche ist aber definitiv vorbei und es spricht vieles dafür, dass sich in den nächsten Jahren analog zum 19. Jahrhundert eine Pentarchie herausbilden kann, mit dem Unterschied, dass diese nicht auf Europa (Damals waren es die Großmächte Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich-Ungarn und Russland) konzentriert ist, sondern die gesamte Staatenwelt prägen wird (Mögliche Kandidaten: China, Europa, Indien, Russland, USA; eventuell Brasilien in Südamerika und Südafrika in Afrika).

In der Geschichte der Internationalen Beziehungen, die mit dem Westfälischen Frieden de facto begonnen haben, gab es in den letzten knapp 350 Jahren immer wieder Perioden des Krieges (zum Beispiel Erster und Zweiter Weltkrieg im Zwanzigsten Jahrhundert), genauso wie Phasen des Friedens. Dabei existierten immer wieder Großmächte, die das jeweilige Internationale System prägten und um die sich mittlere und kleinere Staaten scharrten. Dieses geschah teilweise aus Gründen der Profitgewinnung, andererseits aber auch, weil die eigene territoriale Unversehrlichkeit ansonsten gefährdet gewesen wäre. Doch welche Möglichkeiten hat ein Kleinstaat (wie zum Beispiel Dänemark) überhaupt, auf die internationale Politik Macht oder Einfluss auszuüben – und haben

¹⁵⁵ So erwähnte Henry Kissinger 1996 zurecht die Zunahme vieler Rivalitäten im Internationalen System, weist aber auch indirekt darauf hin, dass sich im Zeitraum des Ost-West-Konfliktes zwei atomar hochgerüstete Supermächte gegenüberstanden: „Wir waren Zeugen des Zusammenbruchs der alten Weltordnung und erleben jetzt eine Zeit, in der ein neues internationales System entsteht, das weniger ideologisch ausgerichtet ist, wodurch viele Rivalitäten freigesetzt werden. Es ist zugleich komplexer und weniger gefährlich“; vgl.: Henry A. Kissinger: Die Atlantische Gemeinschaft neu begründen, Internationale Politik, 50. Jg., Januar 1995, S. 20-26, hier: S. 26.

sich diese Möglichkeiten in den letzten Jahrzehnten entscheidend verändern können und wenn ja, wodurch? Diese Fragestellung führt in einen Teilbereich der Theorie der Internationalen Politik, der erst in den letzten sechzig Jahren allmählich an Einfluss gewonnen hat.

2.5 Die Rolle von Kleinstaaten im Internationalen System

Die Kleinstaatenlehre wurde in den Internationalen Beziehungen als eigenständige Denkrichtung lange vernachlässigt, denn bis zur Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts konzentrierte sich das wissenschaftliche Interesse auf die großen und mittelgroßen Akteure im Internationalen System, wohingegen die Kleinstaaten nur eine geringe Betrachtung erfuhren, da bis zu diesem Zeitpunkt angenommen wurde, dass ihre Einflüsse auf das Internationale System nur marginal wären.¹⁵⁶ Generell werden in den Internationalen Beziehungen zwischen vier – manchmal auch fünf – Staatengruppen unterschieden: Supermächten, Großmächten, Mittelmächten und Kleinstaaten. Einige Autoren führen auch Ministaaten (z. B.: Monaco, Andorra) als selbständige Gruppe an.¹⁵⁷ Der Politikwissenschaftler David Vital setzt die Staatenwelt mit einer Klassengesellschaft gleich und unterscheidet zwischen drei Klassen: Zur Klasse A zählen die Supermächte und die Großmächte, in Klasse B werden die Mittelmächte eingeordnet und die Klasse C setzt sich aus den Kleinstaaten (eventuell Ministaaten) zusammen.¹⁵⁸ Die Einteilung der Staaten nach Klassen findet durch folgende Merkmale statt: Größe, geographische Lage, Bevölkerungsgröße, natürliche Ressourcen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, militärische Kapazität, politisches System und der sozialen Struktur.¹⁵⁹ Diese Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten zeigt sich in der Stellung eines Staates im Internationalen System oder anders ausgedrückt: Diese Merkmale entscheiden, ob ein Staat die Möglichkeit hat, seine internationale Umwelt nach seinen Vorstellungen zu gestalten oder ob er von seiner internationalen Umwelt selbst gestaltet wird.¹⁶⁰

¹⁵⁶ Vgl.: R. O. Keohane: Lilliputians' Dilemmas: Small States in International Politics, in: International Organization, Vol. 24, 1969, Nr. 2, S. 291-310, hier: S. 291f.

¹⁵⁷ Vgl.: Michael Handel: Weak States in the International System, London 1990, besonders S. 9-65, hier: S. 10.

¹⁵⁸ Vgl.: David Vital: The Survival of Small States, Studies in Small Power – Great Power Conflict, New York 1971, S. 2-5.

¹⁵⁹ Vgl.: Maurice A. East: Size and Foreign Policy Behaviour. A Test of Two Models, in: World Politics, Nr. 25, 1973, S. 556-576, hier: S. 557.

¹⁶⁰ Vgl.: David Aphrasidze: Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens. Zur Rolle kleiner und schwacher Staaten in der neuen europäischen Friedensordnung, Baden-Baden 2003, S. 20.

So ist ein Staat wie die USA oder Russland in der Lage, seine internationale Umwelt eher zu prägen, als ein Staat wie zum Beispiel Bahrain oder Malta. In der Kleinstaatenforschung ist in den letzten Jahrzehnten der Versuch unternommen worden, einheitliche Definitionskriterien für einen Kleinstaat zu entwickeln.¹⁶¹ Das am häufigsten benutzte Merkmal zur Klassifizierung von Kleinstaaten stellt die Einwohnerzahl dar. Marriot und Masaryk bezeichnen alle Staaten Europas, die weniger als zwanzig Millionen Einwohner besitzen, als Kleinstaaten.¹⁶² Nach dieser Definition würden auch flächenmäßig große Staaten wie Norwegen¹⁶³, Schweden¹⁶⁴ und Finnland¹⁶⁵ als Kleinstaaten klassifiziert. Im Vergleich dazu senkt Barston die Schwelle für die europäischen Länder auf 10 bis 15 Mio. Einwohner herab,¹⁶⁶ wohingegen Sheffer ein Land mit bis zu 15 Mio. Einwohnern als Kleinstaat definiert.¹⁶⁷ Kapur vertritt die Auffassung, dass die Einwohnerzahl das beste Kriterium sei, einen Kleinstaat klassifizieren zu können, verweist aber auf den Unterschied zwischen einer entwickelten Industrienation und Entwicklungsländern. Während er eine Industrienation mit 20 Millionen Einwohnern als Kleinstaat bezeichnet, setzt er die Einwohnerzahl bei Entwicklungsländern auf 30 Millionen an.¹⁶⁸ Vital unterscheidet ebenso zwischen entwickelten und unterentwickelten Staaten und setzt dabei die Einwohnerzahl bei den westlichen Industriestaaten mit 10 bis 15 Millionen an, wohingegen er Staaten der Dritten Welt sogar noch mit 20 oder 30 Millionen Einwohnern als Kleinstaaten definiert.¹⁶⁹ Kramer differenziert ebenfalls zwischen Europa und der übrigen Welt und bezeichnet europäische Staaten mit weniger als fünf Millionen Einwohnern als klein.¹⁷⁰

Bei der Klassifizierung von Staaten wird oftmals auch auf wirtschaftliche Daten wie das BSP (Bruttosozialprodukt) oder das BIP (Bruttoinlandsprodukt) zurückgegriffen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stellt ebenso eine wichtige Grundlage für die Bewer-

¹⁶¹ Vgl.: Aphrasidze, Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 21.

¹⁶² Zitiert bei Handel, Weak States, S. 31.

¹⁶³ Norwegen: 4,7 Mio. Einwohner bei ca. 324 000 km² - Im Vergleich dazu Deutschland: 82,3 Mio. Einwohner bei 357 000 km².

¹⁶⁴ Schweden: 9,1 Mio. Einwohner bei ca. 450 000 km².

¹⁶⁵ Finnland: 5,3 Mio. Einwohner bei ca. 338 000 km².

¹⁶⁶ Vgl.: Ronald P. Barston: The other Powers: Studies in the Foreign Policies of Small States, London 1973.

¹⁶⁷ Vgl.: Gabriel Sheffer: The Security of Small Ethnic States: A Counter Neo-Realist Argument, in: Efraim Inbar; Gabriel Sheffer (Hrsg.): The National Security of Small States in a Changing World, London 1996, S. 9-40, hier: S. 10.

¹⁶⁸ Vgl.: Ashok Kapur: Nuclear Politics of Small States and Weak Powers, in: Efraim Inbar; Gabriel Sheffer (Hrsg.): The National Security of Small States in a Changing World, London 1996, S. 107-126.

¹⁶⁹ Vgl.: David Vital: The inequality of states, Oxford 1967, S. 8.

¹⁷⁰ Vgl.: Helmut Kramer zitiert in: Heinz Gärtner: Small States and Alliances, Part I, Concepts, European Security and Changing Alliances: Concepts and Institutions, Arbeitspapier Nr. 30, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Dezember 2000, S. 1.

tung der militärischen Macht dar. Es muss aber an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die absoluten Zahlen selten die reale Lage treffend widerspiegeln. Zudem stimmt die ökonomische Stärke einer Nation oftmals nicht mit der politischen oder militärischen Stärke überein.¹⁷¹ Das Fürstentum Monaco ist wirtschaftlich ein hoch entwickeltes Land (Dienstleistungssektor), aber der Einfluss, den es auf seine internationale Umwelt ausüben kann, ist ziemlich gering.¹⁷² Russland dagegen hatte besonders nach den misslungenen Wirtschaftsreformen unter Gaidar in den 90er Jahren erhebliche ökonomische Probleme, dennoch steht sein außen- und sicherheitspolitischer Einfluss auf das internationale System völlig außer Zweifel.

Der Unterschied zwischen einer Großmacht beziehungsweise einer Mittelmacht wird besonders auf dem militärischen Sektor deutlich, denn in diesem Punkt sind die Kapazitäten eines kleinen Staates eindeutig geringer als die eines großen. Ein Kleinstaat kann weder eine große Armee noch eine moderne Bewaffnung finanzieren. Auch wenn die Entwicklung von Präzisionswaffen und neuen Kriegsführungstechnologien den Kleinstaaten mit hohen ökonomischen Kapazitäten die Gelegenheit eröffnen, ihre Stellung gegenüber den größeren Staaten zu verbessern, können die Kleinstaaten im militärischen Sektor nicht jede Art von Waffen herstellen und sind obendrein auch noch an Lieferanten gebunden.¹⁷³ „Kleinstaaten haben Schwierigkeiten mit dem Erwerb von hochmodernen Technologien, es fällt ihnen relativ schwer, qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden und anschließend mit guten Jobangeboten von der Emigration abzuhalten.“¹⁷⁴

Somit ist ein Kleinstaat in der Regel nicht in der Lage, selbständig für seine eigene Sicherheit sorgen zu können. Der Politikwissenschaftler Rothstein sieht in der außenpolitischen Abhängigkeit bei den Sicherheitsfragen eine bedeutende Eigenschaft des Kleinstaates: „The Small Power is a state which recognizes that it can not obtain security primarily by use of its own capabilities, and that it must rely fundamentally on the aid of other states, institutions, processes, or developments to do so.“¹⁷⁵ Anders ausgedrückt können alle Staaten als klein charakterisiert werden, die abgesehen von ihrer messbaren

¹⁷¹ Vgl.: Aphrasidze, Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 22.

¹⁷² Anders verhält es sich beispielsweise mit dem Fürstentum Luxemburg, welches Sitz verschiedener europäischer Institutionen (u.a. Europäischer Rechnungshof) ist und durch seine Teilnahme an verschiedenen Internationalen Organisationen durchaus Einfluss auf wichtige Entscheidungsprozesse nehmen kann.

¹⁷³ Vgl.: Handel, Weak States, S. 87.

¹⁷⁴ Aphrasidze, Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 22f.

¹⁷⁵ Vgl.: Robert L. Rothstein : Alliances and Small Powers, New York 1968, S. 24 und 29.

Größe, Bevölkerungszahl, ökonomischen und militärischen Daten in Sicherheitsfragen von fremder Hilfe abhängig sind. Trotzdem weist Keohane zu Recht darauf hin, dass die Abhängigkeit von externer Hilfe kein ausschließliches Merkmal von Kleinstaaten darstellt. Im Zeitalter der wachsenden Interdependenz existieren nur wenige Staaten im Internationalen System, die Sicherheitsfragen unabhängig behandeln können. Dementsprechend müssten Deutschland und Malta in die gleiche Gruppe eingeordnet werden, da beide Staaten auf externe Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit angewiesen sind, folgert Keohane.¹⁷⁶ Ergänzend dazu muss hinzugefügt werden, dass im Zeitalter der Nuklearwaffen kaum ein Staat seine eigene Sicherheit gewährleisten kann, wenn er nicht ebenfalls über Atomwaffen verfügt. Dieses sind im gegenwärtigen Internationalen System gerade einmal acht Staaten (USA, GB, Frankreich, Israel, Pakistan, Indien, VR China und Russland)¹⁷⁷ und erklärt, warum der Iran und die VR Nordkorea (eventuell auch Venezuela oder Brasilien) zukünftig ebenfalls in den erlesenen Kreis der Atom-mächte gelangen möchten.

Gleichwohl ist die Abhängigkeit des Kleinstaates von externer Hilfe brisant und für ihn mit der Frage des Überlebens eng verknüpft. Kleinstaaten sind nicht in der Lage, einen wesentlichen Teil der Leistungen für ihre Gesellschaft in den ökonomischen, sozialen und sicherheitspolitischen Bereichen unabhängig zu erbringen. Sie treten deshalb für die internationale Zusammenarbeit ein, die heute häufig unter dem Begriff Interdependenz geläufig ist. Vor dem Hintergrund ihrer machtpolitischen Schwächen wäre es an dieser Stelle nicht falsch, „die Vorsilbe „Inter“ zu streichen und ausschließlich von Dependenz, zu sprechen“¹⁷⁸.

Gleichwohl existieren viele Staaten, die aufgrund ihres großen Territoriums, einer zahlreichen Bevölkerung, ergiebiger Bodenschätze oder sogar einer großen Armee, mächtig zu sein scheinen, aber dennoch nicht unabhängig sind. Gelegentlich liegt das Problem dieser Staaten nicht an einem Mangel an Ressourcen, sondern ist der limitierten Fähigkeit geschuldet, dieses Potential zu mobilisieren, vernünftig zu verteilen und zweckdienlich einzusetzen. Diese fehlerhaften internen Fähigkeiten bilden häufig die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen ab. In diesem Kontext wird zwischen

¹⁷⁶ Vgl.: Robert O. Keohane: Lilliputians Dilemmas: Small States in International Politics, Internationale Organisation, 23/1969, S. 291-310, hier: S. 293.

¹⁷⁷ Vgl.: Johannes Reef: Die Niederlande im internationalen System: Fallstudien zum Einfluss eines Kleinstaates, Hamburg 1995, S. 35.

¹⁷⁸ Aphrasidze, Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 23, basierend auf: Daniel Frei: Sicherheit, Grundfragen der Weltpolitik, Stuttgart 1977, S. 101-111.

starken und schwachen Staaten unterschieden.¹⁷⁹ Der Begriff des schwachen Staates weist also überwiegend auf die geringe interne Durchsetzungsfähigkeit der staatlichen Institutionen hin, weshalb dieser Begriff häufig mit denen als Dritten Welt bezeichneten Entwicklungsländern gleichgestellt wird. In den Staaten nördlich des Äquators können viele Staaten hinsichtlich ihrer Macht als schwach beziehungsweise klein bezeichnet werden (weak power), stellen aber, was die interne Durchsetzungsfähigkeit der Zentralmacht angeht, einen starken Staat dar (strong state).¹⁸⁰ Als Beispiele können die Schweiz, Belgien und Österreich genannt werden. Ist die interne Durchsetzungsfähigkeit eines Staates schwach, wirkt sich dieses häufig negativ auf seine außenpolitische Stellung aus. Ein schwacher Staat stellt machtpolitisch gesehen vorwiegend einen Kleinstaat dar, weil durch seine innenpolitischen Probleme seine außenpolitische Handlungsfähigkeit limitiert wird und er deshalb von externen Kräften leichter manipuliert werden kann. Der Begriff Sicherheit wird bei diesen Staaten als umfassendes Phänomen begriffen, weil für sie militärische, politische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen letztendlich eine Frage des Überlebens sein können.¹⁸¹ Die Existenz von Kleinstaaten ist demnach weniger durch interne Fundamente gesichert, sondern häufig lediglich durch ihre Anerkennung seitens der anderen Staaten. Ihre Staatlichkeit kann dementsprechend als eine international anerkannte „Fassade“¹⁸² bezeichnet werden.

Ein Kleinstaat ist also dementsprechend nur eine schwache Macht. So wird es auch von dem Politikwissenschaftler Frei gesehen, der sich vornehmlich mit der Kleinstaatenforschung befasst. Frei definiert die Kleinstaaten (small states) als Akteure, die mit verhältnismäßig geringer Macht (small power) ausgestattet sind.¹⁸³ Der Politikwissenschaftler Handel unterscheidet zwischen den beiden Begriffen „weak“ und „small“ und plädiert dafür, den Begriff „weak“ zu verwenden, da die Bezeichnung „weak power“ präziser sei als der Begriff „small power“.¹⁸⁴ Vital benutzt die Begriffe „Small State“ und „Small Power“ als Synonyme,¹⁸⁵ wobei er in seinen relativ jüngeren Arbeiten auf die Bezeichnungen „Minor“ und „Major“ hinweist. Die „Minorstaaten“ sind schwach

¹⁷⁹ Grundlegend: Barry Buzan: *People, States and Fear*, New York 1993.

¹⁸⁰ Vgl.: Ebda., S. 97f.

¹⁸¹ Vgl.: Allen G. Sens: *Cooperation under Neorealism. Bringing in the Small States (of Eastern and Central Europe)*, in: Michel Fortmann et al. (Hrsg.): *Multilateralism and Regional Security*, Canadian International Peacekeeping Training Centre 1997, S. 184-210, hier: S. 190 sowie Barry Buzan et al.: *Security, A New Framework for Analysis*, London 1998, besonders S. 105.

¹⁸² Buzan, *People*, S. 100-103 sowie ausführlicher Daniel Thürer: *Der „zerfallene Staat“ und das Völkerrecht*, *Die Friedenswarte*, Vol. 74, 3/1999, S. 275-306.

¹⁸³ Vgl.: Daniel Frei: *Sicherheit, Grundfragen der Weltpolitik*, Stuttgart 1977, S. 101.

¹⁸⁴ Vgl.: Handel, *Weak States*, S. 10.

¹⁸⁵ Vgl.: Vital, *Survival of Small States*, S. 2-5.

im Kontrast zu den „Majormächten“, erstere stellen aber die Mehrheit der Staatenwelt dar.¹⁸⁶

Das Blickfeld der Interessen eines Kleinstaates ist im Vergleich zu dem von Großmächten erheblich beschränkter. Für Kleinstaaten sind Konflikte, die sich an einem fernen Ort entzünden meistens nicht von besonderem Interesse, denn in ihrer Sicherheitspolitik konzentrieren sie sich vornehmlich auf ihre unmittelbare Region. Hierbei handelt es sich um Kleinstaaten, die sich in drei Kategorien unterteilen lassen: Um große Länder mit einer kleinen Bevölkerungszahl, um flächenmäßig kleine Staaten mit einer großen Einwohnerzahl und drittens um Staaten mit beliebiger Größe und Einwohnerzahl, die sich in der Weltpolitik hauptsächlich auf ihr eigenes Überleben konzentrieren.¹⁸⁷ Der Kleinstaat ist aufgrund interner und externer Einflüsse machtpolitisch von dem internationalen System abhängig. Er ist „systemabhängig“ oder „systemunwichtig“ (systemineffectual) und folgt nur einem Grundsatz: nämlich sich an die durch das internationale System gegebene Realität anzupassen.¹⁸⁸ Sein Überleben ist von zwei Faktoren abhängig: einerseits der Machtstruktur des internationalen Systems und andererseits von dessen regionaler Ausprägung.¹⁸⁹

Viele Politikwissenschaftler sind sich darin einig, dass die machtpolitische Rivalität zwischen den vorherrschenden Großmächten eine nicht zu unterschätzende Voraussetzung für das Überleben der Kleinstaaten ist, denn laut Aphrasidze und Handel ist die Großmachtrivalität „ein „Heavensent“ für die Kleinen,¹⁹⁰ denn solange Wölfe und Bären miteinander kämpfen, können die Schafe in Ruhe grasen“¹⁹¹. Die Anhänger des politischen Realismus bezeichnen die Kleinstaaten als „das Vakuum in einem Areal hohen Drucks“¹⁹². Der Kleinstaat kann nur dann überleben, wenn keine Groß- oder Mittelmacht sich sein Territorium einverleiben möchte, wie zum Beispiel die Sowjetunion gegenüber den Baltischen Staaten 1939/40, oder weil der Kleinstaat eine Funktion als

¹⁸⁶ Vgl.: David Vital: *Minor Power/Major Power Relations and the Contemporary Nation-state*, in: Efraim Inbar, Gabriel Sheffer (Hrsg.): *The National Security of Small States in a Changing World*, London 1996, S. 197-214, hier: S. 208f.

¹⁸⁷ Vgl.: Handel, *Weak States*, S. 9.

¹⁸⁸ Keohane kristallisierte zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes vier verschiedene Arten von Staaten heraus: system-determining (USA und UdSSR), system-influencing (UK, Frankreich, Deutschland, Japan, China, eventuell noch Indien), system-affecting (Kanada, Schweden, Pakistan, Brasilien, Argentinien) und system-ineffectual (alle übrigen), vgl.: R. O. Keohane: *Lilliputians Dilemmas*, S. 295f.

¹⁸⁹ Vgl.: Efraim Inbar: *Israel's Predicament in a New Strategic Environment*, in: Efraim Inbar; Gabriel Sheffer (Hrsg.): *The National Security of Small States in a Changing World*, London 1996, S. 155-174.

¹⁹⁰ Vgl.: Handel, *Weak States*, S. 171-195.

¹⁹¹ Aphrasidze, *Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 26.

¹⁹² Amry Vandenbosch: *The Small States in International Politics and Organization*, *The Journal of Politics*, 26/1964, S. 293-312, hier: S. 294.

Pufferzone beziehungsweise Trennlinie ausübt, die zwei oder mehrere Staaten voneinander separiert oder deren Einflussphäre voneinander abgrenzt – so diente Afghanistans Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert als Pufferstaat, der das russische Zarenreich von Britisch-Indien trennte. Kleinstaaten entstehen immer nur dann, wenn eine oder mehrere Großmächte nach einem verlorenen Krieg oder inneren Unruhen schwach sind und die Kontrolle über bestimmte Regionen verlieren („Neugründung“ des Staates Polen nach dem Ersten Weltkrieg). Wird beziehungsweise werden die Großmächte wieder stärker, droht der Kleinstaat seine Existenz zu verlieren oder verschwindet ganz. Ein Beispiel stellt die Teilung Polens dar: Nachdem die Großmächte Deutschland und die Sowjetunion im Hitler-Stalin-Pakt (in der Forschung auch als Ribbentrop-Molotow-Pakt bezeichnet) in einem geheimen Zusatzprotokoll ihre beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa festgelegt hatten, war das Schicksal Polens besiegelt. Ein weiteres Beispiel stellen die drei Baltischen Länder zwischen den beiden Weltkriegen dar, die im Deutschland der 30er Jahre als „Saisonstaaten“ titulierte wurden, weil sie nur zeitweise existieren konnten und nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 bis zu ihrer Unabhängigkeit 1991 als unselbstständige Republiken in den Verband der Sowjetunion aufgenommen wurden.¹⁹³

Dennoch existiert in der realistischen Schule der Internationalen Beziehungen keine Sicherheit dafür, dass die Unabhängigkeit eines Kleinstaates garantiert ist, wenn er von den Großmächten als Pufferstaat gebildet wurde, denn auch eine Pufferzone kann sich schnell zur Einflusszone wandeln. Die Großmächte können sich wie im Fall des Hitler-Stalin-Paktes zu Lasten der Kleinstaaten – in diesem Fall Polen und die Baltischen Staaten - gemeinsam verständigen und auch eine zeitweilig geschwächte Großmacht ist in der Lage, ihre inneren Defizite schnell zu überwinden und die Kontrolle über ihre Interessensphäre schnell wiederzuerlangen. Andererseits sollten sich die Kleinstaaten nicht auf Garantien oder Schutzversprechungen von Großmächten verlassen. Die Großmächte beachten die Kleinstaaten nicht, sobald ihre eigenen Interessen betroffen sind. Sie verletzen auch häufig die Abkommen, die sie mit Kleinstaaten vereinbart haben, und vergessen ihre Zusage, ihnen im Ernstfall beiseite zu stehen. Als Beispiel können die Zusicherungen von Großbritannien und Frankreich gegenüber Polen am Vorabend des Zweiten Weltkrieges genannt werden. Als Polen nach dem deutschen Angriff am 1. September 1939 die Hilfe der beiden Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges benötigte, blieb sie aus. Die Supermächte beziehungsweise Großmächte in der Internationalen Politik erfül-

¹⁹³ Handel, *Weak States*, S. 180.

len eher Abkommen mit ebenbürtigen Partnern als sich an die Vereinbarungen, die sie mit Kleinstaaten eingegangen sind, zu halten.¹⁹⁴ Ihre Absicht ist es, sich auf keine greifbaren Versprechungen den Kleinen gegenüber einzulassen.¹⁹⁵ Großmächte wünschen im Regelfall auch keine multinationalen Abkommen.¹⁹⁶ Sobald die Vereinbarungen ihnen nicht mehr unmittelbar nützlich sind, verletzen sie diese Abkommen und sogar die Grundprinzipien des Völkerrechts, wenn ihre Interessen dieses verlangen.¹⁹⁷ Beispiele dafür sind die dreimalige Teilung Polens, die Bildung des Cordon sanitaire nach dem Ersten Weltkrieg durch Frankreich sowie die Situation der ost- und mitteleuropäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg, als sie der Interessensphäre der Sowjetunion zugeschlagen wurden.¹⁹⁸

Auf der anderen Seite ist der realistische Erklärungsansatz wenig einleuchtend, wenn die wachsende Zahl von Kleinstaaten im Vergleich zum 19. Jahrhundert betrachtet werden: Es gab genau genommen drei Wellen, die zur Entstehung von neuen unabhängigen Staaten im 20. Jahrhundert führten.¹⁹⁹ Die erste Welle begann nach dem Ersten Weltkrieg, als sich im heutigen Osteuropa viele Staaten neu beziehungsweise wieder formierten. Die zweite Welle beinhaltete die Auflösung des Kolonialreiche in den 60er und 70er Jahren und betraf größtenteils den afrikanischen Kontinent und etwas geringer den asiatischen. Die dritte Welle trat gegen Ende des 20. Jahrhunderts infolge des Zusammenbruchs des Ostblocks und der Auflösung der Sowjetunion ein. Die Rolle der Kleinstaaten nimmt seitdem zumindest auf regionaler Ebene beständig zu. Es existieren viele Kleinstaaten, die alle Formen von prägenden Veränderungen innerhalb der Weltordnung miterlebt und dennoch ihre Selbständigkeit und Identität weiter entwickelt und gestärkt haben. Fast alle westeuropäischen Kleinstaaten haben heute den Aufstieg zu Wirtschaftsmächten geschafft und sind auch außenpolitisch sehr aktiv geworden. Bereits während dem Kalten Krieg war die Unterstützung der einzelnen Kleinstaaten –egal ob im Osten oder Westen – für die beiden Supermächte nicht nur von moralischer, sondern besonders auch von ökonomisch-militärischer Bedeutung.²⁰⁰

¹⁹⁴ „An agreement between two or more great powers always take precedence over an agreement between a great power and a weak state or states“. Zitiert nach: Handel, *Weak States*, S. 170.

¹⁹⁵ Vgl.: Aphrasidze, *Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 27.

¹⁹⁶ Siehe das Verhalten der USA bei Landminen, Antiraketenabkommen, internationalem Gerichtshof, Atomteststoppabkommen.

¹⁹⁷ „most international law is obeyed most of the time, but strong states bend or break laws when they choose to“. Zitiert nach: Kenneth N. Waltz: *Structural realism after the Cold War*, *International Security*, Vol. 25, Nr. 1, Winter 2000, S. 5-41, hier. S. 27.

¹⁹⁸ Vgl.: Aphrasidze, *Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 27.

¹⁹⁹ Sheffer, *National Security of Small States*, S. 9.

²⁰⁰ Vgl.: Robert O. Keohane. *The Big Influence of Small States*, *Foreign Policy*, 2/1971, S. 161-182.

Diese Fakten beweisen, dass die Abhängigkeit der Kleinstaaten vom gegebenen internationalen System nicht zu pessimistisch betrachtet werden sollte. Diese Tatsache wird ebenfalls in der Fachliteratur herausgearbeitet : In den Werken „power of the weak“ (Arnold Wolfers), „tyranny of the weak“ (Astri Surke), „weak but not meek“ (Annete Baker Fox), und „the tail that wags the dog“ beschreiben die Autoren, dass die Kleinstaaten sehr wohl in der Lage sind, auch ihre eigenen Interessen erfolgreich durchzusetzen.²⁰¹ Zwar bleiben Einmischungen der Großmächte in die internen Angelegenheiten der Kleinstaaten eher die Regel als die Ausnahme, dennoch besitzen aber auch die Kleinstaaten die Möglichkeit, das nationale System der Großen aus ihrer Sicht erfolgreich zu beeinflussen.²⁰² Ein Beispiel, das weiter unten beschrieben wird, ist der Einfluss der dänischsprachigen Lobby auf das Oval Office während und nach dem Ersten Weltkrieg bezüglich der Schleswigfrage, aber auch durch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, deren Mitglied Dänemark ist, hat das Königreich Einfluss auf außenpolitische Themenbereiche nehmen können, die ansonsten außerhalb seines Wirkungskreises behandelt worden wären.²⁰³

Kleinstaaten sind also in der Lage, das Bedürfnis von Großmächten nach Prestige und Glaubwürdigkeit für ihre eigenen Ziele zu nutzen.²⁰⁴ Im Vordergrund steht aber die Hauptaufgabe, dass sich die Kleinstaaten innerhalb des internationalen Systems zunächst auf ihr eignes Überleben konzentrieren müssen. Es stellt sich dabei die Frage, durch welche Strategien sie ihr Überleben sichern wollen. Viele Kleinstaaten verfolgten im 19. und 20. Jahrhundert eine ziemlich autonome Außenpolitik, wobei sich der Erfolg – gerade was die Staaten Osteuropas angeht – eher selten eingestellt hat. Als erfolgreiche Strategie ist in erster Linie die Neutralität zu erwähnen. Ein neutraler Kleinstaat muss aber innenpolitisch homogen sein und sollte zusätzlich bestimmte militärische Mittel besitzen. Die Neutralität stellt somit eine ziemlich teure Form der Eigenständigkeit dar und ist daher für Länder, die gegenwärtig ökonomische und soziale Probleme – also interne Probleme – haben, nur mit einer äußersten finanziellen Kraftanstrengung möglich. Somit gilt der Status der Neutralität für eine Vielzahl von schwachen Staaten

²⁰¹ Vgl.: Handel, Weak States, S. 45.

²⁰² Vgl.: Aphrasidze, Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 27f.

²⁰³ Vgl.: Henrik Larsen: Analysing the Foreign Policy of Small States in the EU. The Case of Denmark, Houndsmill 2005, S. 1 und S. 24ff.

²⁰⁴ Vgl.: A. G. Sens : Cooperation under Neorealism : Bringing in the Small States (of Eastern and Central Europe), in: Michel Fortmann et al. (Hrsg.): Multilateralism and Regional Security, Canadian International Peacekeeping Training Centre 1997, S. 184-210.

als nicht anstrengbar, da diese – wie viele Beispiele in der Geschichte zeigen – selbst bei internationaler Anerkennung von Großmächten nicht beachtet wird.²⁰⁵ Nur wenige Staaten konnten das Konzept der Neutralität auf Dauer erfolgreich umsetzen.²⁰⁶ So ist in der Epoche des Kalten Krieges Schweden (wie übrigens auch andere neutrale Kleinstaaten Europas) ein gutes Beispiel für ein „sicherheitspolitisches Trittbrettfahren“²⁰⁷: Das Land trat nicht der NATO bei, konnte aber von seinem atomaren Schutzschirm profitieren.²⁰⁸

Generell ist der außen- und sicherheitspolitische Handlungsspielraum von Kleinstaaten deutlich geringer als der von Großmächten. In der (neo-)realistischen Fachliteratur ist das am häufigsten behandelte Thema in Bezug auf die Kleinstaatenforschung die Frage nach ihrer Allianzbildung.²⁰⁹ Wie und nach welchen Eigenschaften suchen sich Kleinstaaten ihre außen- und sicherheitspolitischen Partner aus? Dabei wurden zwei unterschiedliche Arten von Allianzen analysiert: Allianzen, die nur zwischen Kleinstaaten eingegangen wurden, sowie bi- und multilaterale Kooperationen zwischen Kleinstaaten und Großmächten.²¹⁰ Es kristallisierte sich deutlich heraus, dass die Kleinstaaten versuchen, das eigene Manko an Macht durch die Zusammenarbeit mit fremden (Groß-)Mächten aufzuheben. Gemäß der historischen Erfahrung bringen die Kleinstaaten einer Allianz mit anderen Kleinstaaten weniger Vertrauen entgegen, da eine solche Allianz militärisch nur eine geringe Bedeutung hat. Der oder die Kleinstaaten könnten im Fall einer akuten Bedrohung gegenüber einem anderen Kleinstaat keine nennenswerte Hilfe leisten und eventuell zum zusätzlichen Problem werden. Ein weiterer Grund, warum Kleinstaaten ungern eine Allianz oder ein Bündnis miteinander eingehen, ist der Tatsache geschuldet, dass sie stets die Besorgnis haben, dass eine Allianz das wechselseitige „Exportieren“ interner Probleme antreiben könnte.²¹¹

²⁰⁵ Vgl.: Rothstein, *Alliances and Small Powers*, S. 30-34.

²⁰⁶ Vgl.: Ann-Sofie Dahl: *To Be Or Not To Be Neutral: Swedish Security Strategy in the Post-Cold War Era*, in: Efraim Inbar; Gabriel Sheffer (Hrsg.): *The National Security of Small States in a Changing World*, London 1996, S. 175-196.

²⁰⁷ Aphrasidze, *Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 29.

²⁰⁸ Vgl.: Dahl, *To Be Or Not To Be Neutral*, S. 187 und 192.

²⁰⁹ Vgl.: Aphrasidze, *Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 29.

²¹⁰ Detaillierte Studien zur Allianzbildung von Kleinstaaten bei: George Liska: *Alliances and the Third World*, Baltimore 1968 und H. Gärtner: *Small States and Alliances, Part I, Concepts, European Security and Changing Alliances: Concepts and Institutions*, Arbeitspapier Nr. 30, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Dezember 2000.

²¹¹ Vgl.: Buzan, *People*, S. 106 und Chapter 5, S. 186-230.

Der Politikwissenschaftler Liska vertritt die Meinung, dass Kleinstaaten multilaterale Allianzen vorziehen, in der sowohl mindestens eine Großmacht als auch mehrere Kleinstaaten Mitglieder sind, und sie nur dann, wenn sie von einer akuten Gefahr bedroht werden, bilaterale Beziehungen mit einer einzigen Großmacht aufnehmen.²¹² Der Multilateralismus wird von einem Kleinstaat gerade deshalb bevorzugt, weil er normalerweise dem großen Staat nicht allein gegenüberstehen möchte, sondern sich im Falle der multilateralen Kooperation auf die Unterstützung der anderen Staaten verlassen kann. Diese Anordnung macht es möglich, innerhalb der Allianz eine zweckmäßige Balance herzurichten. Falls das System des Multilateralismus allerdings versagen sollte, würde sich der Kleinstaat erneut eine Schutzmacht suchen.²¹³

Bei der Auswahl von Verbündeten nimmt auch die zeitliche Dimension eine wichtige Rolle ein. Die Kleinstaaten beziehungsweise deren Regierungen haben keine Zeit, den Entwicklungen in ihrem regionalen Umfeld lange zuzusehen. Darüber hinaus treffen falsche Entscheidungen in der Außenpolitik Kleinstaaten besonders empfindlich und unter Zeitdruck ist die Wahrscheinlichkeit ziemlich groß Fehler zu begehen. Um dieser mögliche Situation schon frühzeitig zu entgehen, tendieren die Regierungen von Kleinstaaten dazu, eine besondere Form der Außenpolitikgestaltung zu verfolgen, nämlich die des „Worst-case“-Szenarios. In einer kritischen Situation wird die Option verfolgt, die langfristig wahrscheinlich nicht die überzeugendste ist, die aber mit den gegenwärtigen Bedürfnissen des Überlebens übereinstimmt. Die Regierungen von Kleinstaaten orientieren sich bei ihrem außenpolitischen Handeln an dem Imperativ der aktuellen Sicherheitsbedürfnisse (imperatives of immediate security).²¹⁴

In den Analysen der Kleinstaatenforschung hat sich herausgestellt, dass die Kleinstaaten es vorziehen – insbesondere wenn sie sich in einer Krisensituation befinden – sich nicht auf die Seite der schwächeren Staaten zu stellen und so die (Macht-)Balance aufrechtzuerhalten, sondern mit den stärkeren Staaten (oder einer Großmacht) eine Koalition einzugehen. Diese Strategie entspricht nicht der Logik, denn wenn es zwei rivalisierende Blöcke gibt, wobei der eine Block (vielleicht auch nur eine Großmacht) stärker ist, müsste doch der Kleinstaat, der vor der Wahl steht, einem der beiden Blöcke beizutreten, sich eigentlich für den schwächeren Block entscheiden, um zu versuchen, die Ba-

²¹² Vgl.: Liska, *Alliances and the Third World*, erwähnt in Aphrasidze, *Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 30 und Keohane, *Lilliputians Dilemmas*, S. 301.

²¹³ Vgl.: Sens, *Cooperation under Neorealism*, S. 191.

²¹⁴ Rothstein, *Alliances and Small Powers*, S. 27; Keohane, *Lilliputians Dilemmas*, S. 295.

lance wiederherzustellen. Die Strategie, sich an den stärkeren Block anzuschließen, wird in der Politikwissenschaft als Anti-Gleichgewichtsstrategie („Antibalance of Power“ oder auch als „ABPB – Anti-Balance Power Behaviour“²¹⁵ bezeichnet) bezeichnet und ist auf die Furcht der Kleinstaaten zurückzuführen, im Ernstfall der schwächeren Allianz anzugehören und die eigene staatliche Existenz aufs Spiel zu setzen.²¹⁶ Aus Gründen der Existenzsicherung ist der Kleinstaat im Ernstfall sogar bereit, eine Allianz mit dem Staat einzugehen, von dem eine denkbare Gefahr ausgehen könnte. Diese Taktik des Kleinstaates kann im schlimmsten Fall einem politischen Selbstmord entsprechen, denn der starke Kooperationspartner könnte irgendwann kein Interesse an der Autonomie des kleinen Partners mehr haben und dessen Selbständigkeit weitgehend begrenzen, wenn nicht sogar aufheben. Zudem ist es durchaus denkbar, dass der mächtige Verbündete mittelfristig auch einer anderen und größeren Macht unterlegen könnte²¹⁷ und der Kleinstaat dann wieder auf sich alleine gestellt ist. Dies würde dann auch Folgen für den Kleinstaat haben.²¹⁸

Die Kleinstaaten müssen dementsprechend immer versuchen, auf der richtigen, der stärkeren Seite von zwei oder mehreren Machtblöcken zu stehen und können sich die Form des Balancing nicht erlauben, denn das Risiko, ihre eigene Souveränität zu gefährden, können sie sich schlichtweg aus Gründen des eigenen Überlebens nicht leisten. Deshalb verfolgen Kleinstaaten häufig der Antigleichgewichtsstrategie, die in der Politikwissenschaft auch unter dem Begriff Bandwagoning²¹⁹ bekannt ist. Aus der Sicht der realistischen Schule sind die Kleinstaaten demnach genötigt, sich ihre Sicherheit durch fremde Hilfe garantieren zu lassen. Sie sind also gezwungen, sich um eine Schutzmacht zu bemühen: „the small nation must look for the protection of its rights to the assistance of powerful friends“²²⁰. Das Bandwagoning kann für einen Kleinstaat oftmals die letzte Option darstellen. Kleinstaaten sorgen sich in erster Linie um ihr Überleben und begeben sich im Bedrohungsfall, gerade wenn sie keine Bündnismacht finden, die in der

²¹⁵ Vgl.: Anette Baker Fox, zitiert in: Handel, Weak States, S. 183.

²¹⁶ Vgl.: Aphrasidze, Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 30.

²¹⁷ Vgl.: Handel, Weak States, S. 185f.

²¹⁸ Vgl.: Aphrasidze, Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 30f

²¹⁹ Begriff von Kenneth Waltz eingeführt (er selber nennt Stefan Van Era als ursprünglichen Autor). Bandwagoning ist ein Gegenansatz zur „Strategie der Balance“ und bedeutet „joining up with the aggressive power to appease it or gain favourable treatment from it“; Kenneth Waltz: Theory of International Politics, New York 1979, S. 126.

²²⁰ Hans J. Morgenthau. Zitiert nach: Raimo Väyrynen: Small States: Persisting Despite Doubts, in: Inbar/Sheffer (Hrsg.): The National Security, London 1996, S. 41-75, hier: S. 42.

Lage ist, ein Gleichgewicht zur unmittelbaren Bedrohung herstellen zu können, in den Schutz des Stärkeren, nämlich in den Schutz des Staates, der sie eigentlich bedroht.²²¹

Somit geht es, was die Theorie der Allianzbildung von Kleinstaaten angeht, eigentlich um zwei Konzepte: die Gleichgewichtsbildung (Kleinstaaten formieren gegen eine anderen Allianz durch Bündnisse ein Gleichgewicht, und balancieren die ursprünglich stärkere Macht aus.) oder die Antigleichgewichtsbildung (Kleinstaaten schlagen sich auf die Seite des Stärkeren, weil sie sich zwei Dinge versprechen: Erstens die Aufrechterhaltung der eigenen Souveränität und zweitens die eventuelle Chance durch die Anlehnung an den Stärkeren profitieren zu können, sei es in wirtschaftlicher, territorialer oder aber auch militärischer Hinsicht.)²²² Stephan M. Walt weist darauf hin, dass Kleinstaaten generell zu einem Ausgleich tendieren, als ein Bandwagoning anzustreben, erwähnt allerdings ein anderes Phänomen: Je kleiner und schwächer ein Staat ist, umso eher neigt er dazu, die Strategie des Bandwagoning zu benutzen. Nach Walts Auffassung verfolgen diejenigen Staaten die Bandwagoningstrategie, die geographisch, wirtschaftlich und militärisch zu klein beziehungsweise zu schwach sind und aufgrund dieser Faktoren nicht in der Lage sind, einen nennenswerten Einfluss auf die Machtkonstellation im internationalen System ausüben zu können. Zusätzlich haben sie in den meisten Fällen keine andere Option und müssen sich auf das Bandwagoning einlassen, hoffen aber darauf, dass ihnen die Anlehnung an eine Großmacht mittel- und langfristig von Nutzen sein kann.²²³

Zusammengefasst können die Kleinstaaten im internationalen System mit der Strategie des Bandwagoning zwei unterschiedliche Ziele verfolgen: Einerseits das eigene Überleben zu sichern (Bandwagoning zur Überlebenssicherung) und/oder andererseits die Hoffnung, durch das Bandwagoning profitieren zu können (Bandwagoning aus Profitgier). Gärtner bezeichnet diese Möglichkeiten als „voice of opportunity“ und „bandwagoning for profite“. ²²⁴ Schweller sieht wiederum als Hauptgrund für diese Strategie die Gier nach Profit und nicht die Überlebenssicherung eines Kleinstaates. Er charakteri-

²²¹ Vgl.: Aphrasidze, Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 31.

²²² Vgl.: Eric J. Labs: Do Weak States Bandwagoning?, Security Studies, Vol. 1, Nr. 3, Spring/1992, S. 389-416; Robert G. Kaufman: To Balance or to Bandwagon, Security Studies, Vol. 1, Nr. 3, Spring/1992, S. 417-446; Stephen M. Walt: Alliance, Threats, and U.S. Grand Strategy: A Reply to Kaufman and Labs, Security Studies, Vol. 1, Nr. 3, Spring/1992, S. 448-483.

²²³ Vgl.: Stephen M. Walt: The Origins of Alliances, Ithaca 1987, S. 29ff; Walt, Alliance, Threats, and U.S. Strategy, S. 448-483, hier: 450f. und 469, sowie Kenneth N. Waltz: Structural Realism after the Cold War, International Security, Vol. 25, Nr. 1, Winter 2000, S. 5-41, hier: 38 – Waltz meint, dass Staaten mit begrenzten Kapazitäten und Spielraum auf den Wagen springen.

²²⁴ Vgl.: Gärtner, Small States and Alliances, S. 15.

siert „bandwagoning for profite“ als eine Form von „offensiv free-ride“²²⁵, „also ein offensives Trittbrettfahren“²²⁶. Analog zu den Großmächten existieren auch unter den Kleinstaaten Status-quo-orientierte und revisionistische Staaten, d.h. also Kleinstaaten, die sich mit dem bestehenden Status-quo abfinden beziehungsweise mit ihm einverstanden sind und solche, die ihn unter allen Umständen mittel- und langfristig ändern wollen. Die zu der Kategorie der Status-quo-orientierten Kleinstaaten gehörenden Länder, Schweller bezeichnet sie als „Schafe“, streben keine Systemänderungen an und ihr Bandwagoning konzentriert sich darauf, ihr eigenes Überleben zu sichern. Die Kategorie der revisionistischen Kleinstaaten, Schweller nennt sie „Schakale“, gehen mit den Supermächten oder Großmächten aus reiner Profitgier eine Allianz ein, welches in der Forschung mit den Begriffen „bandwagoning for profite“ oder „Schakal-Bandwagoning“ charakterisiert wird.²²⁷

In der Forschung ist die Auffassung verbreitet, „dass Kleinstaaten versuchen, die Situation auszubalancieren und selten die Absicht haben, sich anzupassen“²²⁸. Der Politikwissenschaftler Labs zeigt in seiner Fallstudie einige historische Beispiele auf, die dieses Verhalten bestätigen: So erwähnt er den Kleinstaat Belgien, der im Ersten Weltkrieg versuchte, die Situation auszubalancieren, aber im Zuge der Strategie des Schlieffen-Plans von Deutschland besetzt wurde. Ein weiteres Beispiel ist Finnland im Zweiten Weltkrieg. Zunächst stand Finnland alleine gegen die Sowjetunion und verlor nach anfänglichen Erfolgen den finnisch-sowjetischen Winterkrieg 1939-1940. Nach dieser Niederlage änderte der Staat seine Außenpolitik, schloss sich Deutschland an und wollte nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 (in Finnland wurde von einem „Fortsetzungskrieg“ gesprochen) seine verlorenen Gebiete zurückerobern. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg stand Finnland als einer der Verlierer des Zweiten Weltkrieges fest und musste bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes einen neutralen Status (kein EG-Beitritt; kein NATO-Beitritt) bewahren. Beide Situationen beweisen, dass diese Kleinstaaten nach ihren jeweiligen schlechten Erfahrungen das Bandwagoning abgelehnt haben.²²⁹ Die kleinen Staaten haben weiterhin das Ziel, so Labs, neutral zu bleiben. Erst in dem Fall, dass ihnen die Erfüllung dieses Ziels nicht gelingen sollte, werden sie aktiv und schließen sich Allianzen an, laut Labs jedoch nicht unbedingt den-

²²⁵ Vgl.: Randall L. Schweller: Bandwagoning for Profite: Bringing the Revisionist State Back in, *International Security*, Summer 1994, Vol. 19, Nr. 1, S. 72-107, hier. S. 88.

²²⁶ Aphrasidze, *Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 31.

²²⁷ Vgl.: Schweller, *Bandwagoning for Profite*, S. 93ff. und 101ff.;

²²⁸ Aphrasidze, *Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 32.

²²⁹ Vgl.: Labs, *Do Weak States Bandwagoning?*, S. 389-416.

jenigen Allianzen, die von der sie bedrohenden Großmacht angeführt wird.²³⁰ Sie suchen Schutz bei einer Großmacht, deren Interessen mit den eigenen einigermaßen übereinstimmen. „Falls dies nicht gelingt, bereitet sich der Kleinstaat auf einen Alleingang vor, was auch die Möglichkeit, allein zu kämpfen, miteinschließt.“²³¹ Nur wenn keine Alternativen mehr vorhanden sind, zieht ein Kleinstaat das Bandwagoning in Betracht.²³² Nach Labs liegt für Kleinstaaten das oberste Ziel darin, die staatliche Souveränität zu erhalten. Erst dann wird die Frage nach der Sicherheit verfolgt. Somit werden Kleinstaaten alle gegebenen Möglichkeiten ausnutzen, um ihre Selbstständigkeit bewahren zu können.²³³

Besonders prekär kann sich die Situation für die schwachen Staaten (failed states) entwickeln. „Intern zerrissen und ineffizient im Regieren“²³⁴, sind diese Staaten weder in der Lage, eine Zentralgewalt über ihr eigenes Territorium aufrechtzuerhalten, noch sich anderen Allianzen anzuschließen. Im Gegenteil, sie gelten als unerwünschte Partner für Bündnisse, da die anderen Staaten die Befürchtung haben, dass der failed state seine Instabilität exportiert. Somit fällt es dem failed state nicht gerade leicht, eine Schutzmacht zu finden, die sein Überleben garantieren kann. Bei den failed states steht der Begriff Sicherheit „im Sinne von Überleben“²³⁵ im Fokus. Es geht also vorrangig nicht „um die Wahrung von staatlicher Souveränität“²³⁶, denn eine Beschränkung seiner Autonomie würde ein failed state wohl eher akzeptieren.²³⁷

Dabei muss jede Strategie in ihrem konkreten Kontext betrachtet werden, wobei eine Vielzahl von Faktoren beachtet werden müssen: Die Lage des Kleinstaates, inklusive „seiner geographischen, wirtschaftlichen und politischen Bedeutung für größere Mächte, seine innere Stärke beziehungsweise Schwäche, seine unmittelbare Umgebung und die Form seiner Integration in das internationale System“²³⁸.

²³⁰ In diesem Punkt scheinen Aphrasidze und Labs nicht übereinzustimmen, doch Labs betont, dass die Absicht eines Kleinstaates, sich einer ihnen gesonnenen Macht anzuschließen, durchaus vorhanden ist. Falls dieses aber nicht gelingt, beziehungsweise die gesonnene Macht dennoch schwächer ist, als die ihnen feindlich gesonnene Macht, werden sie aktiv und versuchen mit der feindlichen Großmacht ins Geschäft zu kommen.

²³¹ Aphrasidze, Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 32.

²³² Vgl.: Labs, Do Weak States Bandwagoning?, S. 391-394.

²³³ Vgl.: Ebda., S. 407.

²³⁴ Aphrasidze, Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 32.

²³⁵ Ebda., S. 33.

²³⁶ Ebda., S. 33.

²³⁷ Vgl.: Labs, Do Weak States Bandwagoning?, S. 407.

²³⁸ Aphrasidze, Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 33.

Durch das letzte Beispiel kann vermutet werden, dass die innenpolitische Situation eines Staates einen viel größeren Einfluss auf die Gestaltung seiner Außen- und Sicherheitspolitik nimmt, als es von den (Neo)Realisten gemutmaßt wird. Ein Staat, der einen höheren gesellschaftlichen Zusammenhalt besitzt und zudem effizient organisierte Strukturen aufzuweisen hat, wie zum Beispiel Schweden, Costa Rica oder Irland, kann sich einen außenpolitischen Alleingang eher leisten als Staaten, bei denen diese Merkmale nicht so ausgeprägt sind, wie zum Beispiel Albanien, Bosnien-Herzegowina oder wie in Somalia kaum oder gar nicht vorhanden sind. Gerade der failed state Somalia mit seinen zahlreichen innenpolitischen Problemen lädt seine unmittelbaren Nachbarn wie beispielsweise Äthiopien dazu ein, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen. Kenneth Waltz, „stimmt zu, dass ein Staat, der schwache Institutionen hat und über knappe wirtschaftliche Ressourcen verfügt“²³⁹, die Strategie des Bandwagoning verfolgen muss, weil er letztendlich gar keine andere Wahl hat, um seine staatliche Souveränität zu wahren.²⁴⁰

Im Fall von schwachen Kleinstaaten wird das Bandwagoning etwas anders bewertet. Der Politikwissenschaftler Steven David vertritt die Meinung, dass die realistische Schule besonders bei weak states „die Bedeutung der internen politischen Lage bei der Gestaltung der Außenpolitik“²⁴¹ nicht genügend berücksichtigt. Die Regierungen von failed states fühlen sich von zwei Seiten bedroht: einmal von außen, aber auch – und das sogar in erster Linie – von innen. Bandwagoning bedeutet „im Fall dieser Länder „Omnibalancing“ also „die Ausschaltung“ von (bedrohlicheren) internen Gefahren durch die Anpassung an die externe Gefahr“²⁴². So betrachtet stellt das Omnibalancing keine reine Anti-Balance-Strategie dar, sondern eher den Versuch einer Regierung, „to balance against both internal and external threats in order to survive in power“²⁴³. In diesem Fall wird das Überleben der Regierung mit dem Überleben des Staates gleichgestellt.²⁴⁴

Die Annäherung an die externe Gefahr wird auch als Katz-Maus-Verhältnis bezeichnet. Diese Form von Freundschaft droht häufig in Gefangenschaft zu enden. Rothstein weist

²³⁹ Aphrasidze, Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 33.

²⁴⁰ Waltz zitiert in: Schweller, Bandwagoning for Profite, S. 78.

²⁴¹ Aphrasidze, Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 33.

²⁴² Ebda., S. 34.

²⁴³ Steven R. David: Explaining Third World Alignment, World Politics, Vol. 43, Nr. 2, January 1991, S. 233-256, hier: S. 236, sowie übergreifend: Steven R. David: Choosing Sides: Alignment and Realignment in the Third World, Baltimore 1991.

²⁴⁴ Vgl.: Aphrasidze, Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 34.

zu Recht darauf hin, dass „the small power may move not from insecurity to security, but from insecurity to the status of a satellite“²⁴⁵. Der Warschauer Pakt ist dabei ein Beispiel für eine „Al-Capone-Allianz“²⁴⁶, bei der die Großmacht nicht der Garant für die Sicherheit der anderen, kleineren Verbündeten ist, sondern – im Gegenteil – ihre Existenz im Ernstfall bedrohen kann. Dieses Militärbündnis war als Antwort auf die Gründung der NATO gebildet worden und sollte unter der Führung der Sowjetunion mögliche Angriffe der „kapitalistischen Staaten“ aus dem Westen abwehren. In der Tat diente der Warschauer Pakt aber de facto primär der Kontrolle der Regierungen Ostmitteleuropas. Der Aufstand in Ungarn (1956) oder die Reformbemühungen in der Tschechoslowakei (1968) wurden durch sowjetische Truppen oder durch Truppen des Warschauer Paktes (Prag 1968) niedergeschlagen. Die Kleinstaaten innerhalb einer Allianz wie dem Warschauer Pakt stehen dabei permanent unter dem Druck, entgegen den eigenen Interessen in einen Konflikt hineingezogen zu werden, da sie den Beschlüssen der Allianz Folge leisten müssen.²⁴⁷ Andererseits hat der Kleinstaat von einer Großmacht im Ernstfall keine Loyalität zu erwarten; im Gegenteil, er kann sich selbst überlassen werden, wenn der „Patron“²⁴⁸ kein Interesse mehr hat, die Rolle der Garantiemacht weiterhin zu übernehmen.²⁴⁹

Ideal für Kleinstaaten wäre ein internationales System welches auf den zwei Säulen kollektive Sicherheit und Völkerrecht basieren würde.²⁵⁰ In der Realität aber verfügt der Kleinstaat nur über einen begrenzten Einfluss auf das internationale System. Das bedeutet, er muss das internationale System so annehmen, wie es von den Großmächten geformt wurde beziehungsweise wird.²⁵¹ Dennoch kann die ständig wachsende Zahl von Kleinstaaten (so zum Beispiel auf dem Balkan 2006 (Montenegro) und 2008 (Kosovo)) als Indikator für eine Verbesserung ihrer Lage gewertet werden,²⁵² erwähnt sei an dieser Stelle nur das Stimmrecht in der UNO-Vollversammlung (One state, one vote), in der die Kleinstaaten aufgrund ihrer Anzahl eine Mehrheit stellen können. Auch in Europa kam es für die Kleinstaaten in den letzten zwanzig Jahren zu einer Verbesserung ihrer Situation: Sie müssen sich gegenwärtig nicht mehr zwischen den Alternativen Gleich-

²⁴⁵ Vgl.: Rothstein, *Alliances and Small Powers*, S. 61.

²⁴⁶ Keohane, *Lilliputians' Dilemma*, S. 302.

²⁴⁷ Vgl.: Gärtner, *Small States and Alliances*, S. 6.

²⁴⁸ Vgl.: Aphrasidze, *Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 34.

²⁴⁹ Sens, *Cooperation under Neorealism*, S. 189.

²⁵⁰ Vgl.: Väyrynen, *Small States*, S. 42.

²⁵¹ Vgl.: Aphrasidze, *Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 34.

²⁵² Vgl.: Dahl, *To Be Or Not To Be Neutral*, S. 180f.

gewicht oder Bandwagoning entscheiden.²⁵³ „Am Beispiel Schwedens, so Dahl, könne man von einer offensichtlichen Lageverbesserung der Kleinstaaten sprechen.“²⁵⁴ In Zeitalter des Kalten Krieges war der Handlungsspielraum Schwedens stark eingeschränkt. Das Land verfolgte eine Politik der kostenintensiven Neutralität, profitierte aber direkt durch den atomaren Schutzschirm der NATO, der auch das schwedische Territorium mit einschloss.²⁵⁵ Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich dann der außenpolitische Spielraum für das Land vergrößert,²⁵⁶ es wurde 1995 Mitglied der EU.

Der beachtliche Vorteil der westeuropäischen Kleinstaaten liegt in ihren ökonomischen Kapazitäten und ihrer innenpolitisch stabilen Struktur. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Machtbegriff fundamental gewandelt.²⁵⁷ Heutzutage sichert die ökonomische Stärke einem Staat eine positive Rolle im internationalen System, und alle westeuropäischen Kleinstaaten können unter diesem Aspekt als relativ starke Mächte bezeichnet werden.²⁵⁸ Somit kann im westeuropäischen Raum von einer neuen Ära für die Kleinstaaten gesprochen werden und auch im osteuropäischen Raum sind nach dem EU-Beitritt von zehn ost-, beziehungsweise südosteuropäischen Staaten positive wirtschaftliche Veränderungen absehbar.²⁵⁹ Diese Tatsachen bewertet die realistische Denkschule allerdings kritisch. Nach ihrer Auffassung findet besonders in Osteuropa ein keineswegs als positiv zu bewertender „Transitionsprozess“ statt. Die enorme Anzahl von Kleinstaaten in dieser Region mit ihren jeweiligen verschiedenen Minderheiten würde zu einer Verschärfung der Probleme führen. Durch die Minderheitenproblematik in den betreffenden Kleinstaaten ist ihre Stabilität in Frage gestellt und sie könnten ihre Instabilitäten in andere Allianzen oder Internationale Organisationen übertragen.²⁶⁰

²⁵³ Vgl.: Väyrynen, *Small States*, S. 49; Bei der Frage, ob die USA mit einer Koalition der Willigen das Recht haben, militärisch in den Irak einzumarschieren, konnten allerdings unterschiedliche Verhaltensweisen der europäischen Kleinstaaten beobachtet werden: So stellten sich die Kleinstaaten Dänemark, Estland, Lettland und Litauen auf die Seite der USA, wohingegen Belgien die militärische Intervention ablehnte und sich auf die Seite Frankreichs und Deutschlands stellte.

²⁵⁴ Aphrasidze, *Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 34.

²⁵⁵ Ebda., S. 34.

²⁵⁶ Vgl.: Ebda., S. 34.

²⁵⁷ Vgl.: R. L. Rothstein: *The Weak in the World of the Strong*, New York 1977, S. 43-47.

²⁵⁸ Vgl.: Marcel Dinu: *Small States Facing Globalization: Perspective for the 21st century*, *Romanian Journal of International Affairs*, Vol. 6, 1-2/2000, S. 27-39, hier: S. 30; Ganz im Gegenteil übrigens zum südeuropäischen Staat Griechenland, welcher - u.a. bedingt durch eine hohe Schattenwirtschaft - weit entfernt von einer stabilen Ökonomie ist, wie sie zum Beispiel die Kleinstaaten Dänemark oder die Niederlande besitzen. Ob Portugal ebenfalls in den nächsten Monaten Finanzhilfen von der EU oder des IWF beantragen muss, ist derzeit noch nicht definitiv vorhersagbar.

²⁵⁹ Vgl.: Aphrasidze, *Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens*, S. 35.

²⁶⁰ Vgl.: Eric J. Hobsbawm: *Nations and Nationalism since 1780*, Cambridge 1992, S. 184f.

Nach dem Ansatz der realistischen Schule haben sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zwei Typen von Kleinstaaten entwickelt: „Während entwickelte (intern stabile) Kleinstaaten durch die Integrations- und Globalisierungsprozesse im internationalen System an Bedeutung gewinnen“²⁶¹ konnten,²⁶² existieren andererseits schwache Kleinstaaten, die sich zum Problem für die gemeinsame Sicherheit entwickeln.²⁶³

Zum Abschluss dieses Abschnitts sollen die wichtigsten Möglichkeiten eines Kleinstaates noch einmal zusammengefasst werden: nach David Vital gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Kategorien von Kleinstaaten: diejenigen, die eine aktive Bündnispolitik betreiben, und diejenigen, die darauf bestrebt sind, ihre Neutralität zu bewahren.²⁶⁴ Es stellt sich die Frage, wie Kleinstaaten eine aktive Bündnispolitik gestalten können, wenn sie, was die reine Machtausübung betrifft, logischerweise den Super-, Groß- und Mittelmächten unterlegen sein müssten. Bei der Ausführung von Macht können zwei grundsätzliche Strategien unterschieden werden: die zwingende und die nicht-zwingende.²⁶⁵ Die zwingende Strategie beinhaltet Sanktionen, mit denen ein Akteur einen anderen Akteur unter Druck setzen kann. Diese Sanktionen können positiv (Belohnung) oder negativ (Bestrafung) ausfallen. Für diese Strategie muss der Akteur aber einen Großstaat, zumindest ein Mittelstaat, darstellen, denn sie erfordert einen hohen Umfang von militärischen und ökonomischen Kapazitäten, die ein Kleinstaat nicht aufbringen könnte, so dass diese Möglichkeit – auf das heutige Internationale System übertragen – nur ein halbes Dutzend Staaten verwirklichen könnten (USA, die EU, Russland, China, Indien; eventuell Japan, Südafrika und Brasilien).

Die nicht-zwingende Strategie kann von allen drei Staatengruppen (Groß – Mittelgroß – Klein) betrieben werden und umfasst die drei folgenden Handlungsweisen:

- a) Unterstützung: Staat A unterstützt Staat B bei einem Vorhaben, die im Interesse beider Staaten liegt, zu der der Staat B alleine aber nicht in der Lage wäre.

²⁶¹ Aphrasidze, Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 35.

²⁶² Vgl.: Väyrynen, Small States, S. 43.

²⁶³ Vgl.: Aphrasidze, Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens, S. 35.

²⁶⁴ Vgl.: David Vital: The Inequality of States. A Study of the Small Power in International Relations, Oxford 1967, S. 4.

²⁶⁵ Vgl.: G. Sjöstedt: Power Base: The Long Road from Definition to Measurement, in: K. Goldmann; G. Sjöstedt (Hrsg.): Power, Capabilities, Interdependence: Problems in the Study of International Influence, London 1979, S. 37-62, hier: S. 43.

- b) Stimulation: Staat A weist Staat B daraufhin hin, dass ein bestimmtes Vorhaben zu einem bestimmten Zeitpunkt möglich und erstrebenswert ist.
- c) Überredung: Staat A macht Staat B klar, dass eine Aktion auch im Interesse von Staat B liegt und notwendig ist.²⁶⁶

Durch die Komplexität des internationalen Systems ist eine genaue Unterscheidung dieser drei Möglichkeiten nur theoretisch möglich, denn in der Praxis treten diese meist in einer Kombination auf und lassen sich nicht so deutlich voneinander trennen.

Der Unterschied zwischen zwingenden und nicht-zwingenden Strategien ist in allen Definitionen des Machtbegriffes vorhanden. Die Politikwissenschaftler Ferris, Bachrach und Baratz unterscheiden in Bezug auf die Machtausübung zwischen zwei Extremen: der Machtausübung mit Sanktionen, die sie als „Macht (Power)“ im engeren Sinne verstehen und die Machtausübung ohne Sanktionen, die sie unter dem Begriff „Einfluss (Influence)“ zusammenfassen.²⁶⁷ Insofern definiert sich Einfluss als Macht mit nicht-zwingenden Strategien. Das bedeutet schlussendlich, dass Groß- und Mittelmächte Macht im reinsten Sinne ausüben können, für Kleinstaaten gilt demnach die Regel, dass sie nur über Einfluss, nicht aber über Macht im eigenen Sinne verfügen. Theoretisch kann dieser Einfluss durch eine nachhaltige Bündnispolitik vergrößert werden, denn Bündnisse schaffen einen engen und stetigen Kontakt zu den übrigen Mitgliedstaaten. Außerdem kann der Kleinstaat als Repräsentant des Bündnisses bei Verhandlungen fungieren und somit seinen eigenen Status erhöhen. Insofern ist es interessant, inwieweit gerade ein Kleinstaat in der Lage ist, in der Praxis durch seine Bündnispolitik Einfluss auszuüben. Problematisch aus wissenschaftlicher Sicht ist aber die Tatsache, dass das Vorgehen eines Staates von diversen Faktoren abhängig ist, so dass es im Endeffekt schwierig zu bestimmen ist, inwieweit dieses Vorgehen auf die Einflussnahme des einen auf den anderen zurückzuführen ist. Zudem wird ein Staat kaum bereit sein, eine derartige Beeinflussung offen einzugestehen, denn ein solches Zugeständnis würde ja auch die Grenzen der eigenen Souveränität aufzeigen.²⁶⁸

²⁶⁶ Vgl.: Sjölstedt, Power Base, S. 43.

²⁶⁷ Vgl.: Wayne H. Ferris: The Power Capabilities of Nation-States (International Conflict and War), Toronto 1973, S. 4f., sowie generell: Peter Bachrach; Morton S. Baratz: Decisions and Nondecisions: An Analytical Framework, American Political Science Review, Vol. 57, 1963, Nr. 3, S. 632-642.

²⁶⁸ Vgl.: Philip Everts; Guido Walraven (Hrsg.): The Politics of Persuasion, Implementation of Foreign Policy by the Netherlands, Aldershot 1989, S. 75.

2.6 Resümee

Zusammengefasst ist die Kategorisierung von Kleinstaaten in der Forschung durchaus umstritten. Zwar sind einige Instrumente entwickelt worden (Wirtschaftsleistung, Bevölkerungsgröße), aber auch in diesen Bereichen gibt es in der Forschung einen ziemlichen Dissens, denn ein Kleinstaat kann – obwohl er keine große Bevölkerungsanzahl hat – durchaus über eine große Fläche verfügen. So hat Australien gerade einmal 18 Mio. Einwohner und nimmt damit den 51. Rang in der Liste der bevölkerungsreichsten Staaten der Erde ein. Gleichwohl verfügt es über eine Fläche von ca. 7,7 Mio. km² (Rang 6 in der Liste der größten Staaten der Erde) und seine ökonomische Situation ist u.a. durch die Rohstofflieferungen an China relativ erfolgreich, denn immerhin ist Australien während der gegenwärtig andauernden Finanzkrise eines der wenigen Länder, die über ein positives Wirtschaftswachstum verfügen. Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang sein militärischer Beitrag, denn Australien unterstützt nicht nur UNO-Friedensmissionen, sondern auch den Wiederaufbau in Afghanistan. Deshalb eignet sich zur Kategorisierung von Kleinstaaten eine Definition von Maurice East: „This conventional model generally assumes that small states are characterized by one or more of the following: (1) small land area, (2) small total population, (3) small total GNP[Gross National Product] (or other measure of total productive capacity), and (4) a low level of military capabilities“²⁶⁹.

Gemessen an den vier oben erwähnten Indikatoren (Territorium, Gesamtbevölkerung, Bruttosozialprodukt und militärische Kapazitäten), muss Dänemark als Kleinstaat zwingend eingeordnet werden.²⁷⁰ Die Fläche des Königreiches beträgt 43 098 km², davon entfallen 29 766 km² auf die Halbinsel Jylland (Jütland). Insgesamt besteht der Staat aus 474 Inseln, wovon die Größten der Reihenfolge nach Sjaelland (Seeland/7026km²), Fyn (Fünen/2976km²), Lolland (1241km²), Bornholm (588km²) und Falster (514km²) sind. Die Føroyar(Färöer)-Inseln (ca. 1399km²/ 18 Inseln, davon 17 bewohnt) und Grønland (Grönland/ 2 166 086km²; davon ca. 410 449km² eisfrei) stellen in diesem Fall eine Ausnahme dar. Die Føroyar-Inseln besitzen seit 1948 einen Autonomiestatus und besitzen ein eigenes Parlament (Løgting) mit 33 Mitgliedern. Da Dänemark neben dem Justiz- und Polizeisektor, der Geld- und Währungspolitik auch für die Außen-, Sicherheits-

²⁶⁹ Maurice A. East: *Size and Foreign Policy Behaviour. A Test of Two Models*, World Politics, Nr. 25, 1973, S. 556-576, hier: S. 557.

²⁷⁰ Alle Daten stammen aus dem Fischer Weltalmanach 2010, Frankfurt am Main 2009, S. 140-142, sowie S. 548-565.

und Verteidigungspolitik der Inseln zuständig ist, senden die Føroyar-Inseln zwei Abgeordnete in das dänische Parlament (Folketing). Analog dazu ist die Situation von Grønland: Das Land besitzt seit 1979 einen Autonomiestatus, der am 21. Juni 2009 noch erweitert wurde.²⁷¹ Die Grönländer unterhalten ebenfalls ein eigenes Parlament (Landsting/Inatsisartut), doch über die Außen- und Sicherheitspolitik wird weiterhin in Kopenhagen entschieden. Ebenso wie die Føroyer entsenden die Grönländer zwei Abgeordnete in das dänische Parlament. Aufgrund der besonderen Situation zählt Dänemark trotz der engen Verbindung zu Grønland und den Føroyern aus geographischer Sicht zu den Kleinstaaten, denn auf der Rangliste, welches die größten Staaten der Erde (in km²) sind, nimmt das Land den 130igsten Platz ein.²⁷²

In Bezug auf die Bevölkerungsanzahl lässt sich Dänemark schon einfacher als Kleinstaat einordnen. Das Königreich Dänemark hat ca. 5,4 Millionen Einwohner und nimmt in der Rangliste der bevölkerungsreichsten Staaten den Platz 108 ein. Auch wenn die Einwohnerzahlen von den Føroyar (ca. 48 300 Einwohner) und Grønland (ca. 56 400 Einwohner) dazugezählt werden würden, ändert dieses nichts an der Einordnung.

Im Jahr 2008 betrug das Bruttoinlandsprodukt²⁷³ Dänemarks 233,3 Mrd. € (im Vergleich dazu. Deutschland. 2491,9 Mrd. €; USA: 14 265 Mrd. €). An diesem Indikator lässt sich ebenfalls der Status eines Kleinstaates ablesen. Das Bruttosozialprodukt²⁷⁴ Dänemarks betrug 2007 ca. 302,8 Mrd. \$ (im Vergleich dazu: Deutschland: 3,2 Billionen \$; USA: 13, 9 Billionen \$). Anhand dieser Zählen lässt sich Dänemark wiederum als Kleinstaat klassifizieren.

²⁷¹ Die Volksabstimmung zum „Selvstyre“ (Selbstbestimmungsgesetz) fand schon im November 2008 statt, wobei bei einer Wahlbeteiligung von 72% insgesamt 75,5% für die erweiterten Autonomierechte stimmten. Diese besagen, dass Grønland neben dem Justiz- und Polizeisektor auch die Rohstoffverwaltung selbständig übernehmen kann. Gerade der letzte Punkt ist für die Regierung in Nuuk (dän.: Godthåb) wichtig, denn unter der grönländischen Eisdecke werden enorme Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet.

²⁷² Vgl.: Der Fischer Weltalmanach 2010, Frankfurt am Main 2009, S. 548.

²⁷³ Das Bruttoinlandsprodukt dient als Wachstumsindikator für die volkswirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates. Es umfasst die Summe aller von In- und Ausländern innerhalb einer Volkswirtschaft für den Endverbrauch hergestellten Güter und erbrachten Dienstleistungen.

²⁷⁴ Das Bruttosozialprodukt [BSP] (auch als Bruttonationaleinkommen [BNE] bezeichnet) ist die jährliche von den Bürgern eines Staates erbrachte volkswirtschaftliche Gesamtleistung. Sie setzt sich zusammen aus dem BIP sowie den von Inländern im Ausland aus Arbeit und Kapital erwirtschafteten Einkommen, abzüglich der von Ausländern im Inland bezogenen Einkommen.

Auch der Verteidigungshaushalt spricht für die Einordnung Dänemarks in die Kategorie eines Kleinstaates. Während er von 2004 bis 2009 konstant 2,7 Mrd. € betrug,²⁷⁵ wurde er für das Jahr 2010 um ca. 100 Millionen angehoben. In Deutschland beträgt der Verteidigungsetat gegenwärtig 31,2 Mrd. €, in den USA sollen 2010 ungefähr 680 Mrd. \$ (ca. 500 Mrd. €) für den Verteidigungsetat veranschlagt werden.

²⁷⁵ Vgl.: die Homepage des dänischen Verteidigungsministeriums: <http://www.fmn.dk/eng/Defence%20budget/Pages/The%20defence%20budget.aspx>, (letzter Abruf, 15.03.2010).

3. Tradition und Natur der dänischen Außenpolitik

In ihrer Außenpolitikgestaltung muss jede dänische Regierung mehrere gegebene Faktoren berücksichtigen: Geographisch und kulturell betrachtet ein Teil Skandinaviens, orientierte sich das Königreich Dänemark aufgrund ökonomischer Zwänge nach Zentraleuropa. Dieses drückt sich an seiner Teilnahme an der Europäischen Union (damals Europäischen Gemeinschaften) ebenso wie an seiner Mitgliedschaft in der Nordischen Kooperation/Nordischer Rat aus. Zwischen diesen beiden geographischen Räumen versucht das Land fortwährend eine bestimmte Balance herzustellen.²⁷⁶ Insofern ist Dänemark bereit in der EU mitzuarbeiten, sorgt aber gleichzeitig mit den vier Opt-Outs²⁷⁷ (Ausnahmeregelungen) dafür, sich nicht allzu weit von seinen nordischen Nachbarstaaten zu distanzieren.

Die dänische Außenpolitik wurde in der Vergangenheit besonders durch seine geographische Lage geprägt, denn an seiner Nordspitze (Skagen) verbinden sich Nord- und Ostsee und Dänemark ist praktisch gemeinsam mit Norwegen und Schweden Hüter des Ein- und Ausgangs zur Ostsee, die für die deutsche Marine im Ersten und Zweiten Weltkrieg und für die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg für ihre Flotte eine wichtige strategische Bedeutung besaßen. Die neue internationale Lage nach dem Zweiten Weltkrieg und die Entwicklung des militärtechnologischen Sektors steigerte „die strategische Bedeutung noch aufgrund der Souveränität“²⁷⁸ des Königreiches über Grönland.

Trotz seiner geringen Größe und seines minimalen militärischen Gewichtes musste sich Dänemark aufgrund seiner geographischen Lage und seiner Abhängigkeit vom Außenhandel in die westliche Wertegemeinschaft integrieren. Um seine Interessen zu wahren trat Dänemark dem westlichen Verteidigungsbündnis NATO im April 1949 als Gründungsmitglied bei und wurde 1973 Mitglied der EG. Galt Dänemark lange als kritischer Akteur der westlichen Staatengemeinschaft, kam es im Jahr 1988 zu einem bis heute anhaltenden Wandel, der sich u.a. dadurch ausdrückt, dass das Königreich eine aktive Sicherheitspolitik führt.

²⁷⁶ Vgl.: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 149.

²⁷⁷ Die vier Opt-Outs betreffen: (1) die Währungsunion, (2) die Nichtteilnahme an einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, (3) die Innen- und Justizpolitik sowie (4) die EU-Bürgerschaft.

²⁷⁸ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 149.

3.1 Die Grundlinien dänischer Außenpolitik (1720-1949)²⁷⁹

Das Hauptziel der dänischen Außenpolitik von 1720 bis 1949 bestand darin, eine Neutralitätspolitik zu verfolgen und sich aus den Rivalitäten der europäischen Großmächte herauszuhalten. Die Wurzeln der dänischen Neutralität haben ihren Ursprung in dem Verlust des Großmachtstatus Dänemarks in Folge der Niederlage im Nordischen Krieg (1700-1720).²⁸⁰ Seitdem kann, nach dem dänischen Historiker Carsten Holbraad, zwischen vier Formen der dänischen Neutralitätspolitik von 1720-1949 unterschieden werden: (1) „ausgerichtete Neutralität“ (1720-1807), (2) „isolierte Neutralität“ (1814-1920), (3) „abwehrlose Neutralität“ (1920-1945) und (4) „nicht-ausgerichtete Neutralität“ (1945-1949).²⁸¹ Zwischen 1720 und 1807 wurde die Neutralität in einer mehr praktischen Art gehandhabt, denn in dieser Zeit ist Dänemark durchaus Allianzen mit anderen Staaten eingegangen. Trotzdem kann dieser Zeitraum als erster Abschnitt der dänischen Neutralitätspolitik eingeordnet werden.²⁸² 1807 verließ Dänemark seine Neutralität und ging ein Bündnis mit dem französischen Kaiser Napoleon ein. Diese Entscheidung erwies sich allerdings als Fehler, denn Dänemark verlor seine Flotte gegen England, ging Bankrott und musste Norwegen, welches seit 1380 zu Dänemark gehörte, 1814 an Schweden abtreten.²⁸³ Die folgenden Regierungen zogen ihre Lehren aus dem Desaster von 1814 und gingen überhaupt keine Allianzen mehr mit einer europäischen Großmacht ein.²⁸⁴

Dennoch betrieb Dänemark weiterhin eine gemäßigte Form der Machtpolitik: Als sich Mitte des 19. Jahrhunderts die Rivalität zwischen Preußen und Österreich-Ungarn abzeichnete, nutzte Dänemark seinen Einfluss an der südlichen Grenze, um seine Interes-

²⁷⁹ Maßgeblich zum Folgenden: Carsten Holbraad: *Danish Neutrality. A Study in the Foreign Policy of a Small State*, Oxford 1991; Jürgen Kortmann, *Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten am Beispiel Irlands und Dänemarks*, Bochum 1994; Harm G. Schröter: *Geschichte Skandinaviens*, München 2007.

²⁸⁰ Vgl.: Hans Branner: *The Danish Foreign Policy Tradition and the European Context*, in: Hans Branner; Morten Kelstrup (Hrsg.): *Denmark's Policy towards Europe after 1945: History, Theory and Option*, Odense 2000, S. 185-220, hier: S. 193.

²⁸¹ Branner verweist darauf, dass (1) in diesem Zeitraum das Streben nach außenpolitischer Neutralität kein alleiniges dänisches Phänomen war, dass (2) diese Politikrichtung keine Absicht der dänischen Regierung war, (3) dass dieser Politikstil in der damaligen öffentlichen Meinung Dänemarks so nicht empfunden wurde und (4) dass der Unterschied zwischen Neutralität und der aktiven Bildung von Allianzen nur eine Möglichkeit in der Außenpolitikgestaltung bedeutet. Vgl.: Branner, *Danish Foreign Policy Tradition*, S. 188ff.

²⁸² Vgl.: Carsten Holbraad, *Danish Neutrality*, S.13.

²⁸³ Vgl.: Uffe Østergaard: *Danish National Identity: Between Foreign Policy and Diffusion*, in: Hans Branner; Morten Kelstrup (Hrsg.): *Denmark's Policy towards Europe after 1945: History, Theory and Option*, Odense 2000, S. 139-184, hier: S. 155. Zusätzlich verlor Dänemark noch die Nordseeinsel Helgoland. Vgl.: Kortmann, *Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten*, S. 150.

²⁸⁴ Vgl.: Holbraad, *Danish Neutrality*, S. 20f.

sen in Schleswig-Holstein zu vertreten. Diese Versuche führten allerdings in die nächste Katastrophe, denn nach einem kurzen Krieg verlor Dänemark die Herzogtümer Schleswig-Holstein an Preußen.²⁸⁵ Diese Erfahrung führte dazu, dass das Königreich als ein kleiner und machtloser Staat wahrgenommen wurde, der von seinem großen Nachbarn im Süden abhängig sei. In den politischen Zirkeln galt die Meinung, dass der Aufbau einer eigenen Verteidigung sinnlos sei.²⁸⁶ Als Frankreich der dänischen Regierung 1870 das Angebot machte, in den Krieg gegen Preußen zu ziehen, lehnte die dänische Regierung ab.²⁸⁷ Der dänische Historiker Carsten Holbraad fasst die dänische Mentalität zu dieser Zeit zusammen:

„1870 was a turning-point in Danish foreign policy. Up till then it was still possible seriously to entertain the idea of redressing the losses of 1864 through alliance with another power and war with Prussia or Germany. In the following decades Denmark embraced the policy of neutrality in a more self-conscious manner than ever before... The debate concentrated on the legal position of the country in international society and on its political relations with the great-power neighbour. The major themes were the idea of neutralization and the fact of dependence. The pursuit of some sort of neutralized status derived from a desire for lasting peace, and revealed a considerable faith in the advance of la wand order in international society“²⁸⁸.

Es herrschte die Auffassung, dass das Königreich, um seine Sicherheit weiter zu wahren, eine enge Zusammenarbeit mit Norwegen und Schweden eingehen, ansonsten aber seinen Neutralitätspolitik weiterführen sollte²⁸⁹. Während des Ersten Weltkrieges verkündete Dänemark durch mehrere Deklarationen seinen neutralen Status und hielt sich aus dem Konflikt der europäischen Großmächte heraus. Nach Beendigung des Krieges reklamierte es von Deutschland die Region Nordschleswig, die es dann durch eine Volksabstimmung auch zugeschlagen bekam. Deutschland war in Folge des Versailler Friedensvertrages, der de facto ein Diktatfrieden war, seiner Großmachtrolle vorerst beraubt und Dänemark musste sich vorerst keine Sorge wegen einer möglichen Revanchepolitik machen.²⁹⁰ Die dänische Neutralitätspolitik schien sich bezahlt gemacht zu haben und wurde fortgesetzt:

„The political interests related basically to national security, and consisted ultimately in maintaining the territorial integrity and political independence of the country. This, it was still thought, meant staying on relatively good terms with the great powers, particularly with Germany, and keeping out of any wars that might occur. The economic interests had to do with prosperity, and centred on foreign trade. The most

²⁸⁵ Vgl.: Holbraad, Danish Neutrality, S. 38ff; Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 151f.

²⁸⁶ Vgl.: Ib Faurby: Decision Structures and Domestic Sources of Nordic Foreign Policies, in: Bengt Sundelius (Hrsg.): Foreign Policies of Northern Europe, Boulder 1982, S. 33-71, hier: S. 61f.

²⁸⁷ Vgl.: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 152.

²⁸⁸ Holbraad, Danish Neutrality, S. 56f.

²⁸⁹ Vgl.: Ebda., S. 29ff.

²⁹⁰ Vgl.: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 155.

important trading partners were Britain, which bought nearly two-thirds of Danish exports, and Germany, which supplied more than a third of the imports²⁹¹.

Ab 1920 begann die dritte Phase der dänischen Neutralitätspolitik, die so genannte „abwehrlose Politik“. Es herrschte die Meinung vor, dass der Kleinstaat nur eine geringe Verteidigung bräuchte, da Deutschland fortan keine Bedrohung mehr sei. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen engagierte sich das Land im Völkerbund und trat dort für eine kollektive Sicherheit und für Abrüstung ein, blieb aber trotzdem auf Distanz zu den europäischen Großmächten.²⁹² Nach der Machtübernahme Hitlers in Berlin verfolgte das Deutsche Reich eine Politik der Aufrüstung und setzte alles daran, die Bestimmungen des Versailler Vertrages außer Kraft zu setzen. Zwar gab es in den nordischen Ländern immer wieder Versuche, eine gemeinsame Kooperation auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik aufzubauen, doch spätestens mit seiner Rede in Lund im März 1937 erteilte der dänische Premierminister Stauning einer nordischen Allianz eine Absage:

„Ich habe die Begründung gelesen, daß sich Norwegen, Schweden und Finnland unsicher fühlen, wenn Dänemark seine Südgrenze nicht so schützt, wie es die Schweden wollen. Ist das nicht eine gefährliche Ansicht? Hat Dänemark die Aufgabe als Kettenhund oder eine andere Wachaufgabe im Namen des Nordens bekommen? Soweit mir bekannt ist, hat man niemals über so etwas verhandelt. Aus der Geschichte wissen wir, daß 1864 die Vermutung sehr verbreitet war, Schwedens Truppen würden Dänemark in dem damals aufgezwungenen Krieg zu Hilfe kommen, aber natürlich kam niemand²⁹³.

Noch am Vorabend des Zweiten Weltkrieges kam es zu einem weiteren Dissens zwischen den skandinavischen Staaten²⁹⁴: Dänemark schloss am 31. Mai 1939 einen Nichtangriffspakt mit Deutschland ab,²⁹⁵ während Norwegen und Schweden das Angebot Hitlers zurückwiesen.²⁹⁶

²⁹¹ Vgl.: Holbraad, Danish Neutrality, S. 61f.

²⁹² Vgl.: Villaume, Denmark and NATO, S. 30; Holbraad, Danish Neutrality, S. 59-62.

²⁹³ Zitiert nach: Roar Skovmand; Vagn Dybdahl; Erik Rasmussen: Geschichte Dänemarks 1830-1939. Die Auseinandersetzungen um nationale Einheit, demokratische Freiheit und soziale Gleichheit, Neumünster 1973, S. 436.

²⁹⁴ „Genau genommen zählen Dänemark, Island, Norwegen und Schweden, aber nicht Finnland, zu Skandinavien“. Zitiert nach: Schröter, Geschichte Skandinaviens, S. 7.

²⁹⁵ Karup Pedersen bezeichnet die Handlungen der dänischen Regierung als einen Versuch, die Großmacht im Süden nicht zu reizen und eine Politik der Anpassung zu verfolgen. Vgl.: Ole Karup Pedersen: Udenrigsminister P. Munchs opfattelse af Danmarks stilling i international politik, Kopenhagen 1970, S. 417.

²⁹⁶ Vgl.: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 156.

Kurz vor der Besetzung Dänemarks zeigte Churchill Verständnis für die Haltung der dänischen Regierung:

„Ich kann Dänemark keine Vorwürfe machen. Die anderen (nordischen Länder) haben doch einen Graben, über welchen hinweg sie den Tiger füttern können, aber Dänemark liegt so furchtbar nahe an Deutschland, dass es unmöglich sein wird, Hilfe zu bringen. Ich jedenfalls will es nicht übernehmen, Dänemark Garantie zu leisten. Für Dänemark kommt es darauf an, zu balancieren“²⁹⁷.

Der außenpolitische Ansatz Dänemarks war in dem Moment gescheitert, als die Wehrmacht das Königreich besetzte, obwohl die dänische Regierung bei Ausbruch des Krieges dem Deutschen Reich seine Neutralität zugesichert hatte.²⁹⁸ Die dänische Regierung war ebenfalls ein Opfer des Zeitgeistes geworden, der durch die Einrichtung des Völkerbundes und dem Streben nach Abrüstung auf eine konfliktfreie Welt gehofft hatte. Obwohl Dänemark durch das Deutsche Reich besetzt wurde, existierte weiterhin eine dänische Regierung.²⁹⁹ Deutschland hatte die Besetzung Dänemarks als eine Form des Schutzes deklariert und sicherte der dänischen Regierung zu, dass ihr Staatsgebiet nicht als Stützpunkt für Operationen gegen Großbritannien verwendet werden würde. So konnte die dänische Regierung trotz der Besetzung durch Deutschland weiter nach außen hin einen neutralen Status wahren.³⁰⁰ Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges

²⁹⁷ Zitiert nach: Ingo Ossendorff: „Den Krieg kennen wir nur aus der Zeitung“: Zwischen Kollaboration und Widerstand – Dänemark im Zweiten Weltkrieg. Studie zum 50. Jahrestag der Aktion „Weserübung“, dem 9. April 1990, Frankfurt am Main 1990, S. 16.

²⁹⁸ Deutschland startete das Unternehmen „Weserübung“ am 9. April 1940 (Besetzung Dänemarks und Norwegens) aus zwei strategischen Gründen: (1) um die schwedische Erzzufuhr zu sichern und (2) um eine breitere Angriffsbasis für den Handelskrieg gegen Großbritannien zu gewinnen. Da Deutschland Norwegen ohne die „dänische Landbrücke“ nicht würde halten können, musste Dänemark ebenfalls besetzt werden. Während die norwegischen Streitkräfte zwei Monate lang erbitterten Widerstand leisteten und erst nach der Einschiffung der Alliierten (3. – 7. Juni 1940) die Waffen streckten, kapitulierte Dänemark schon „vor dem Frühstück“. Zitate entnommen aus: Schröter, Skandinavien, S. 84.

²⁹⁹ Vgl.: Erich Thomsen: Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940-1945, Düsseldorf 1971, S. 7. Doch infolge einer wachsenden Widerstandsbewegung wurde den Dänen 1943 die Regierungsgewalt entzogen. Der dänische König Christian X. wurde zu einem Symbol des dänischen Widerstandes: „Von ihm ist folgende Anekdote überliefert: Die Deutschen hatten die Hakenkreuzfahne auf Schloss Christiansborg, dem Sitz des Folketing, gehisst. Christian X. befahl, sie durch einen dänischen Soldaten abnehmen zu lassen, worauf ein deutscher Offizier sagte, dieser Soldat würde erschossen werden. Christians Antwort war, dann werde er eben selbst dieser Soldat sein. Die Fahne wurde wieder durch den Danebrog ersetzt“. Zitiert nach: Schröter, Geschichte Skandinaviens, S. 85.

³⁰⁰ Vgl.: Holbraad, S. 79f.; Im Nachhinein deklarierte die dänische Regierung die deutsche Besetzung als friedlich, da sie nicht in feindlicher Absicht geschah: „Um die Anwendung der Haager Konvention von 1907 auszuschließen, nach deren Bestimmungen eine Besatzungsmacht zur Sicherung der öffentlichen Ordnung im besetzten Gebiet eine eigene Verwaltung einsetzen konnte, entschied sich die dänische Regierung, den Überfall auf ihr Land nicht als kriegerischen Akt und die militärische Besetzung nicht als occupatio bellica, sondern als – völkerrechtlich allerdings nicht definierte – occupatio pacifica bzw. sui generis zu betrachten. Folglich sah sie in der Gesandtschaft des Deutschen Reiches auch keine Okkupationsbehörde, und die Beziehungen zur Besatzungsmacht blieben für sie diplomatischer Natur. Diese Fiktionen, mit denen sie Anspruch auf Respektierung der dänischen Souveränität erhob, liefen freilich den Intentionen der Okkupationsmacht nicht zuwider“. Zitiert nach: Bundesarchiv (Hrsg.): Europa unterm Hakenkreuz, Band 7: Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945), Berlin 1992, S. 20.

versuchte Dänemark einen strikten Neutralitätskurs zwischen dem gerade im entstehenden Ost-West-Konflikt einzunehmen. Zeitweise glaubte die sozialdemokratische Regierung als Vermittler zwischen beiden Machtblöcken fungieren zu können.³⁰¹ Allerdings stellte sich schnell heraus, dass beide Großmächte an dieser Rolle kein Interesse hatten. Als offenkundig schien, dass die Sowjetunion weiterhin eine expansive Außenpolitik zu führen gedachte, wurde der dänischen Regierung klar, dass eine weitere Neutralitätspolitik keine Lösung sei und Dänemark die Hilfe des Westens unter Führung der USA benötigte.³⁰²

Die dänische Regierung wurde sich ihrer geographischen Lage bewusst, denn der Zugang zur Ostsee – beziehungsweise aus sowjetischer Sicht – der Zugang zum Atlantischen Ozean machte das Land für beide Supermächte interessant.³⁰³ Die erste Alternative aus diesem Dilemma herauszukommen, stellte der Aufbau eines rein skandinavischen Verteidigungsbündnisses mit Norwegen und Schweden dar.³⁰⁴ Doch wurde den Regierungen der drei Staaten klar, dass sie zu dritt kaum die Möglichkeit haben würden, ihre Unabhängigkeit zu bewahren, wobei Dänemark und Norwegen sich dieser Tatsache eher bewusst waren als das Königreich Schweden. Die Gespräche zwischen den skandinavischen Ländern begannen im Mai 1948, während zeitgleich die Idee eines westlichen Verteidigungsbündnisses unter Führung der USA Gestalt annahm. Die USA machten aber den skandinavischen Staaten klar, dass Staaten, die dem Verteidigungsbündnis nicht beitreten würden, auch vorrangig keine Lieferungen von militärischem Know-How erwarten dürften. „Urgently in need of arms and with no obvious alternative supplier in view, both Norway and Denmark then concluded...that there was no way ahead for a neutral and independent league, which was the only kind that Sweden could consider.“³⁰⁵ Folglich begann die dänische Regierung mit der Aufnahme von Verhandlungen, um dem militärischen Bündnis unter Führung der USA beizutreten, welches den Namen North Atlantic Treaty Organisation (NATO) erhielt.³⁰⁶

³⁰¹ Vgl.: Holbraad, Danish Neutrality, S. 86.

³⁰² Vgl.: Ebda., S. 86.

³⁰³ Vgl.: Villaume, Denmark and NATO, S. 30.

³⁰⁴ Der NATO-Beitritt Dänemarks und die erfolglosen Verhandlungen über die Gründung eines skandinavischen Verteidigungsbündnisses werden in Kapitel 4.3.1 behandelt.

³⁰⁵ Holbraad, Danish Neutrality, S. 96.

³⁰⁶ Vgl.: Fredrik Doerer: In Search of Security After the Collapse of the Soviet Union. Foreign Policy Change in Denmark, Finland and Sweden, 1988-1993, Stockholm 2008, S. 65.

3.2 Die Besonderheiten des dänischen Regierungssystems auf die Gestaltung der Außenpolitik³⁰⁷

Dänemark hat in den letzten 350 Jahren verschiedene Regierungssysteme erlebt. Nach der Niederlage gegen Schweden 1660 begann der dänische Absolutismus, der bis 1848 andauern sollte. Im Jahre 1848 löste in Paris das Verbot eines Reformbanketts die Februarrevolution aus, in deren Verlauf der „Bürgerkönig“ Ludwig Philipp I., Herzog von Orléans gestürzt wird. Auch im übrigen Europa – mit Ausnahme Englands und Russlands – kam es in allen großen Städten zu Unruhen, so auch in Kopenhagen. Nach dem Tod Christian VIII. am 20. Januar 1848 übernahm Frederik VII. die Amtsgeschäfte. Dieser galt als schwacher König und gab dem Drängen der Nationalliberalen nach und willigte in die Transformation des politischen Systems ein und verkündete eine Woche nach der Thronbesteigung, dass eine Gesamtstaatsverfassung für ganz Dänemark erstellt wird (28. Januar 1848).³⁰⁸ Frederik VII. betrachtete sich nicht mehr als absolutistischer König von Gottes Gnaden, sondern als „konstitutioneller König“³⁰⁹.

Eine verfassungsgebende Versammlung bereitete ein Grundgesetz (das sogenannte „Juni-Grundgesetz“ /juni-grundløven) vor, das der dänische König Friedrich VII. am 5. Juni 1849 unterzeichnen musste, und die erste Verfassung Dänemarks darstellt.³¹⁰ In dem „Juni-Grundgesetz“, das nach dem Vorbild der belgischen Verfassung von 1831 formuliert wurde, wurde die Einführung eines ausgeweiteten Wahlrechts festgelegt und ein Zwei-Kammern-Parlament (Landsting[1. Kammer] und Folketing [2. Kammer]) etabliert.³¹¹ Zudem setzten die Verfasser die schriftliche Festlegung wichtiger Bürger-

³⁰⁷ Maßgeblich zum Folgenden: Søren Z. Dosenrode: Danish EU-Policy Making, in: Hans Branner; Morten Kelstrup (Hrsg.): Denmark's Policy towards Europe After 1945: History, Theory and Options, Odense 2000, S. 381-402; Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten; Peter Nannestad: Das politische System Dänemarks, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Auflage, München 2009, S. 65-109; Niels-Jørgen Nehring: The Illusory Quest for legitimacy: Danish Procedures for Policy Making on the EU and the Impact of a Critical Public, in: Georg Sørensen; Hans-Henrik Holm (Hrsg.): And Now What? International Politics after the Cold War, Aarhus 1998, S. 60-81; Ellen Andrea Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess zur Schleswigfrage, S. 1-9; Rüdiger Wenzel: Das Parteiensystem Dänemarks. Entwicklung und gegenwärtige Struktur, Neumünster 1982;

³⁰⁸ Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess zur Schleswigfrage, S. 8.

³⁰⁹ Wenzel, Das Parteiensystem Dänemarks, S. 19.

³¹⁰ Im eigentlichen Sinne stellte die erste dänische Verfassung das Königliche Gesetz (Kongeloven) von 1665 dar, mit der der Absolutismus eingeführt wurde. König Frederik III. schaffte sowohl das alte Feudalsystem als auch den Reichsrat und den Reichstag ab. Dänemark war das einzige absolutistische Land in Europa, das über eine niedergeschriebene Verfassung besaß. Vgl.: Ebda., S. 19.

³¹¹ „Wahlrecht hatten alle Männer über 30 Jahre mit eigenem Haushalt, festem Wohnsitz in einer Gemeinde und den Bürgerrechten; letzteres bedeutete hauptsächlich, daß Sträflinge und Armenhilfsempfänger – auch ehemalige – kein Wahlrecht hatten.“ Zitiert nach: Ebda., S. 19.

rechte (Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) durch.³¹² Von nun an teilten sich der König und das Parlament die dänische Legislative, „die Exekutive behielt weiter der Monarch inne“³¹³, wohingegen „die Jurisdiktion unabhängig war“³¹⁴. Das Parlament erhielt das alleinige Budgetrecht und es durften keine Steuern erhoben werden, die nicht im Budgetgesetz, das jährlich beschlossen wurde, Erwähnung fanden.

Der König konnte die Regierung ernennen und entlassen. Die Regierung musste sich dem Parlament verantworten, wohingegen der König das „Prinzip der Verantwortungsfreiheit“³¹⁵ („The King can do no wrong“) in Anspruch nehmen konnte. Daraus ergibt sich die Tatsache, dass bei der „Ausfertigung eines Gesetzes neben der Unterschrift des Königs“³¹⁶ auch die Signatur eines Ministers (oder mehrerer Minister) benötigt wurde.

Während der Erstellung des „Juni-Grundgesetzes“ mussten die Verfasser auf eine andere Problemstellung Rücksicht nehmen: Sollte das „Juni-Grundgesetz“ nur für das eigentliche Königreich gelten oder bis zur Eidergrenze (also inklusive dem Herzogtum Schleswig)? Da Frederik VII. eine Gesamtstaatsverfassung für ganz Dänemark wollte, lehnten sich die Herzogtümer gegen den offensichtlichen Bruch des Ripener Vertrages auf.³¹⁷ Da Holstein Mitglied im Deutschen Bund war, beschloss der Bundestag, die Räumung Schleswigs von dänischen Truppen gewaltsam zu erreichen, um einer möglichen Annexion des Herzogtums durch Dänemark entgegenzutreten, den besonders die „Eiderdänen“ verfolgten und forcierten. Unter General Wrangel marschierten preußische Truppen im Auftrag des Deutschen Bundes nach Dänemark, doch die europäischen Großmächte Frankreich, Großbritannien und Russland setzten den Waffenstillstand von Malmö durch. Als Dänemark im Februar 1849 erneut in den Krieg zog, erlitt Preußen trotz seiner militärischen Siege eine diplomatische Niederlage. Auf Intervention von Frankreich und Russland musste es die Herzogtümer im Frieden von Berlin aufgeben.

³¹² Vgl.: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 159.

³¹³ Ebda., S. 159.

³¹⁴ Wenzel, Das Parteiensystem Dänemarks, S. 19.

³¹⁵ Ebda., S. 20.

³¹⁶ Ebda., S. 20.

³¹⁷ Die Formulierung „dat se bliven ewig thosamende ungethelet“ wurde im Ripener Vertrag festgelegt. Am 4. März 1460 wählten die Stände des Landes in Ripen den dänischen König Christian I. zum Herzog von Schleswig und zum Grafen von Holstein. Somit wurden die beiden Länder durch eine Personalunion mit Dänemark vereint. Christian I. musste sich festlegen, dass beide Länder – Schleswig und Holstein – nicht getrennt werden. Vgl.: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 7.

1850 wurde im ersten Londoner Protokoll festgelegt, dass die drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg „auf ewig ungeteilt“ sind.³¹⁸

Das „Juni-Grundgesetz“ galt aber für Dänemark bis zur Eidergrenze und schloss also das Königreich und das Herzogtum Schleswig mit ein.³¹⁹ Dieses verstieß aber gegen das Londoner Protokoll und wurde von den Großmächten auch so gewertet. So „verlangten die Großmächte die Wiederherstellung des Gesamtstaates durch den Erlaß einer für Königreich und Herzogtümer gleichermaßen geltenden Verfassung“³²⁰. Mit der Einführung der „Gesamtstaatsverfassung“ von 1855 wurde diese Forderung erfüllt und das „Juni-Grundgesetz“ besaß nur noch für das Königreich Gültigkeit.

Als Christian IX. 1864 eine von seinem Vorgänger, Frederik VII., erlassene Verfassung (die sog. Novemberversfassung 1863) bestätigte, die die Annexion des Herzogtums Schleswig vorsah, protestierten Preußen und Österreich-Ungarn gegen die Verletzung des Londoner Abkommens und forderten vom dänischen König die Rücknahme der Verfassung und „die Anerkennung der Londoner Protokolle durch Dänemark“³²¹. Da sich Christian IX. weigerte, kam es zum Deutsch-Dänischen Krieg von 1864. Nach der Erstürmung der Düppeler Schanzen und der Besetzung von Alsen muss Dänemark kapitulieren. Das Königreich muss im Frieden von Wien (Oktober 1864) die Herzogtümer Dänemark, Holstein und Lauenburg an Preußen und an Österreich abtreten.³²² Es kam zudem in den Jahren 1866 (Verschärfung der Wahlregeln im Landsting), 1915 (Aufhebung der Verschärfungen von 1866; Einführung des Frauenwahlrechts), 1920 (Änderung nach der Angliederung Nordschleswigs) und 1953 (Abschaffung des Landstings und Einführung der weiblichen Thronfolge) zu Änderungen des Grundgesetzes.

³¹⁸ Vgl.: Wenzel, S. 21 und S. 279, Anmerkung 35. Im Londoner Protokoll wurde zudem der Vorschlag schriftlich niedergelegt, „für dieses Gebiet eine Volksabstimmung über die nationale Zugehörigkeit Schleswigs abzuhalten. Trotz wiederholter Verhandlungen kam es nicht zu einem Konsens über die Durchführung einer Volksabstimmung, die somit unterblieb“. Zitiert nach: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess zur Schleswigfrage, S. 8.

³¹⁹ Vgl.: Wenzel, Das Parteiensystem Dänemarks, S. 21

³²⁰ Ebda., S. 21.

³²¹ Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess zur Schleswigfrage, S. 9.

³²² Am 14. August schlossen Preußen und Österreich den Gasteiner Vertrag, in dem beide europäischen Großmächte die Verwaltung der beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein aufteilten. Preußen übernahm die Verwaltung von Schleswig, wohingegen Österreich die Verwaltung Holsteins antrat. Dieser Vertrag war nach der Niederlage Österreichs im Deutschen Krieg 1866 (Kapitulation der hannoveranischen Armee bei Langensalza; Sieg der Preußen bei Königgrätz 1866) schon ein Jahr später wieder obsolet geworden. Österreich verzichtete im Prager Frieden (23. August 1866) auf Schleswig und die Herzogtümer Schleswig und Holstein wurden „verwaltungsmäßig zu einer preußischen Provinz zusammengelgt“. Zitiert nach: Ebda., S. 9.

1901 wurde außerdem zu einer einschneidenden Änderung bei der Regierungsbildung eingeführt:

„Der König, der seine Regierung bislang nur aus den konservativen Mitgliedern von Folketing und Landsting gebildet hatte, bezog nun die Mehrheit des Folketing ein. Seit 1901 gilt das Prinzip der Verantwortung gegenüber dem Parlament – eine Regierung, die nicht mehr das Vertrauen des Parlaments besitzt, muss seitdem entweder zurücktreten oder Neuwahlen ausschreiben“³²³.

Betrachtet man die Entwicklung Dänemarks seit der Einführung des „Juni-Grundgesetzes, hat nach Svensson der Demokratisierungsprozess in dem Königreich einen geradlinigen Verlauf genommen:

„Democratisation of the political regime in Denmark was a gradual process between 1834 and 1915, characterised by the most common sequence of development in Europe, i.e. liberalisation followed by inclusiveness. It has formed the basis for a relatively stable political system. Liberalisation developed gradually during the nineteenth century, first with civil rights in 1849, then with a competitive party system, and finally in 1901 with royal acceptance of parliamentarism“³²⁴.

Der Politikwissenschaftler Rüdiger Wenzel wertet die Entwicklung des politischen System Dänemarks dagegen als nicht so geradlinig wie Svensson:

„Das politische System Dänemarks als demokratisch-konstitutionelle Monarchie hat sich seit der ersten demokratischen Verfassung 1849 nicht ganz bruchlos und harmonisch entwickelt. Der Nationenbildungsprozeß war zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschlossen, und konservative Kräfte konnten zwar nicht aus eigener Macht, aber mit der Unterstützung der Großmächte im Süden und Osten nach dem verlorenen dänisch-schleswigischen Krieg 1864 wesentliche demokratische Rechte dieser Verfassung revidieren“³²⁵.

Das politische System Dänemarks gehört zu der Gruppe westlicher Demokratien und ist ein parlamentarisches System mit einer konstitutionellen Erbmonarchie³²⁶. Im Ver-

³²³ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 160. Dieses Prinzip wurde aber erst 1953 in der dänischen Verfassung verankert.

³²⁴ Palle Svensson: Parliament and Foreign Policy Making in Denmark, in: ISIA, Vol. 2, 1987, Nr. 3, S. 19-39, hier: S. 25.

³²⁵ Wenzel, Das Parteiensystem Dänemarks, S. 19.

³²⁶ Im Zuge der Verfassungsänderung von 1953 wurde das Thronfolgesetz geändert, so dass seitdem auch die weibliche Thronfolge möglich ist. Ein Sohn geht aber der älteren Schwester vor. Sollte ein Regent kinderlos bleiben, geht dessen Bruder einer Schwester vor. Ansonsten gilt das Prinzip der Erstgeburt in gesetzlicher Ehe. Vgl.: Thronfolgesetz vom 27. März 1953, §2-§5, in: Königlich dänisches Ministerium des Äußeren (Hrsg.): Dänemark. Ein offizielles Handbuch, Kopenhagen 1971, S. 125f. Zu einer Änderung des Gesetzes kam es in Folge des Referendums am 7. Juni 2009, bei der 78,8% der Dänen für eine Gleichstellung weiblicher Nachkommen bei der Thronfolge stimmten. Gemäss Paragraph 2 der dänischen Verfassung (Grundlov) ist das dänische Regierungssystem „indskrænket-monarkisk“, was übersetzt „beschränkt-monarchisch“ bedeutet. Im Paragraphen 3 („Den lovgivende magt er hos kongen og folketinget i forening. Den udøvende magt er hos kongen. Den dømmende magt er hos domstolene“; dt.: „Die gesetzgebende Gewalt liegt beim König und dem Folketing gemeinsam. Die vollziehende Gewalt liegt beim König. Die rechtsprechende Gewalt liegt bei den Gerichtshöfen.“) wird dem König die vollziehende Gewalt (d.h. die Exekutive) zugestanden, in der Verfassungswirklichkeit stellt die Regierung die Exekutive dar, der Monarch übt quasi durch die Minister seine Autorität aus, vgl.: §14 und §12 der dänischen

gleich zu anderen westeuropäischen Staaten existieren im dänischen Regierungssystem fünf Besonderheiten, die einen erheblichen Einfluss auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess ausüben: (1) die hohe Anzahl von Minderheitsregierungen, (2) die Regierung und ihre spezielle Administration, (3) das spezielle Kontrollsystem (Ausschusssystem) des dänischen Parlamentes (Folketing), (3) die tief in der Gesellschaft verankerte Konsensorientierung sowie (4) die Referenden in europäischen Fragen. Diese vier Faktoren werden zunächst dargestellt und anschließend ihr Einfluss auf die Diskursstruktur in Dänemark erläutert.

3.2.1 Die Minderheitsregierungen

Das dänische Parteiensystem galt bis zum Jahr 1973 als „politisch stabil“, doch infolge der Wahlen zum Folketing in diesem Jahr erhöhte sich die Zahl der im Parlament vertretenden Parteien von fünf auf zehn.³²⁷ Einen wesentlichen Faktor dieses zersplitterten Parlamentes stellt das Wahlsystem dar: Die Folketingswahlen finden nach dem Verhältniswahlrecht statt. In den Wahlkreisen werden 135 Mandate als Kreismandate und 40 Mandate als Ausgleichsmandate vergeben. Zu den insgesamt 175 Abgeordneten kommen noch die vier Vertreter der Färöer-Inseln und Grönland (je 2) hinzu. Da in Dänemark eine Zwei-Prozent-Sperrklausel³²⁸ existiert, schaffen auch so genannte Splitterparteien regelmäßig den Einzug in den Folketing.³²⁹

Verfassung (§14: „Kongen udnævner og afskediger statsministeren og de øvrige ministre.“ [dt.: „Der König ernannt und entläßt den Staatsminister und die übrigen Minister.“]; §12: „Kongen har med de i denne grundlov fastsatte indskrænkninger den højeste myndighed over alle rigets anliggender og udøver denne gennem ministrene.“[dt.: „Der König hat mit den in diesem Grundgesetz festgesetzten Einschränkungen die höchste Gewalt in allen Angelegenheiten des Königreiches inne und übt diese durch die Minister aus.“]), sowie: Jürgen Kortmann: Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten am Beispiel Irlands und Dänemarks, Bochum 1994, S. 161.

³²⁷ Gegenwärtig sind acht Parteien im dänischen Parlament vertreten.

³²⁸ Um an der Verteilung der Ausgleichsmandate partizipieren zu können, müssen die Parteien eine der folgenden drei Voraussetzungen erfüllen: (1.) Die Partei muss 1 Kreismandat bekommen haben, (2.) die Partei muss mindestens 2% der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben und (3.) „ihre Stimmenanzahl muß in 2 der drei Landesteile [Kopenhagen, Inseln ohne Kopenhagen, Jütland] so hoch sein wie die Zahl der Stimmen pro Kreismandat“; Bedingung 3 zitiert nach Wenzel, Parteiensystem Dänemarks, S. 33. Es hat sich bislang nur die Bedingung 2 als relevant erwiesen; vgl.: Wenzel, Parteiensystem Dänemarks, S. 33.

³²⁹ Vgl.: Wenzel, Parteiensystem Dänemarks, S. 32.

Dieses hatte zur Folge, dass von den siebzehn Regierungsbildungen seit 1973 bis heute sich nur eine auf eine Mehrheit im Parlament stützen konnte.³³⁰ Um seine Gesetzesvorschläge durch das Parlament bringen zu können, ist der dänische Premierminister darauf angewiesen, sich von einer oder mehreren Fraktionen außerhalb der Regierung eine feste Zustimmung zuzusichern.³³¹

Dieses gelang dem jetzigen NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen im Zeitraum 2005 bis 2007, als seine Regierung, bestehend aus den Liberalen (Venstre) und den Konservativen (Konservative Folkeparti), eine Regierung bildete und als Mehrheitsbeschaffer die Hilfe der Volkspartei (Dansk Folkeparti) in Anspruch nahm.³³² Gelingt es einer Regierung nicht, sich eine ständige Unterstützung einer Oppositionsfraktion zuzusichern, muss sie für jede Abstimmung versuchen, eine Mehrheit zu generieren. Die Situation der ständigen Mehrheitsbeschaffung erinnern an den reinen Parlamentarismus, wie er in der III. und IV. Republik Frankreichs³³³ stattfand. Die häufige Zahl von Regierungswechseln sorgte 1958 dafür, dass in Frankreich unter Charles de Gaulle und durch die Verfassung von Michel Débre eine neue Republik etabliert wurde, die sich seitdem durch Stabilität auszeichnet. Trotz der auf ersten Blick instabilen Regierungssituation hat sich das politische System in Dänemark als recht stabil gezeigt. Die Ursachen liegen u.a. in dem Ausschusswesen des Parlamentes und der dänischen Konsensorientierung (Regierung und Opposition) begründet.

³³⁰ Die Regierung unter Poul Nyrup Rasmussen konnte sich 1993 bei ihrer Bildung auf eine knappe Mehrheit stützen, doch schon ein knappes halbes Jahr später traten zwei Mitglieder der Zentrumsdemokraten aus ihrer Fraktion aus, so dass Rasmussen ebenso wie seine Vorgänger mit einer Minderheitsregierung Vorlieb nehmen musste; Vgl.: Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 78.

³³¹ Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 77.

³³² Die Regierung aus Venstre (52 Sitze) und Konservative Folkeparti (18) besaß nur 70 von 179 Sitzen im Folketing. Durch den Stimmenanteil der Dansk Folkeparti (24) gelang es, das Verhältnis auf 94 zu 179 zu verbessern und somit regierungsfähig zu sein. Schwieriger war die Situation nach der letzten Parlamentswahl 2007. Venstre (46) und Konservative Folkeparti (18) hatten auch mit der Dansk Folkeparti (25) keine Mehrheit im Folketing (89:179). Es gelang aber dem damaligen Premierminister, einen der beiden Abgeordneten der Färøer für eine permanente Zustimmung zu gewinnen.

³³³ Aktuellere Beispiele sind Italien besonders im Zeitraum 1945 bis 2001 sowie gegenwärtig die Tschechische Republik.

Abbildung 1: Dänische Regierungen seit 1973³³⁴

Regierungschef	Amtszeit	Regierungsparteien ³³⁵	Mandate	Regierungstyp
Poul Hartling	1973-1975	Liberale	22 ^a	Minderheit
Anker Jørgensen	1975-1977	Sozialdemokraten	53 ^a	Minderheit
Anker Jørgensen	1977-1978	Sozialdemokraten	65 ^a	Minderheit
Anker Jørgensen	1978-1979	Sozialdemokraten + Liberale	65 ^a + 21 ^a	Minderheit
Anker Jørgensen	1979-1981	Sozialdemokraten	69 ^a	Minderheit
Anker Jørgensen	1981-1982	Sozialdemokraten	59 ^a	Minderheit
Poul Schlüter	1982-1984	Konservative + Liberale + Zentrum + Christliche Volkspartei	26 + 20 ^a + 15 + 4	Minderheit
Poul Schlüter	1984-1987	Konservative + Liberale + Zentrum + Christliche Volkspartei	42 + 22 ^b + 8 + 4	Minderheit
Poul Schlüter	1987-1988	Konservative + Liberale + Zentrum + Christliche Volkspartei	38 + 19 + 9 + 4	Minderheit
Poul Schlüter	1988-1990	Konservative + Liberale + Radikalliberale	35 + 22 ^a + 10	Minderheit
Poul Schlüter	1990-1993	Konservative + Liberale	30 + 29 ^a	Minderheit
Poul Nyrup Rasmussen	1993-1994	Sozialdemokraten + Radikalliberale + Zentrum + Christliche Volkspartei	69 ^b + 7 + 8 + 4	Mehrheit ³³⁶
Poul Nyrup Rasmussen	1994-1998	Sozialdemokraten + Radikalliberale + Zentrum	62 + 8 + 5	Minderheit
Poul Nyrup Rasmussen	1998-2001	Sozialdemokraten + Radikalliberale	63 + 7	Minderheit
Anders Fogh Rasmussen	2001-2005	Liberale + Konservative	56 + 16	Minderheit
Anders Fogh Rasmussen	2005-2007	Liberale + Konservative	52 + 18	Minderheit
Anders Fogh Rasmussen	2007-2009	Liberale + Konservative	46 + 18	Minderheit
Lars Løkke Rasmussen	2009- ???	Liberale + Konservative	46 + 18	Minderheit

a inklusive einem nordatlantischen Mandat

b inklusive zwei nordatlantischen Mandaten

³³⁴ Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 78; Ergänzung der Regierung Lars Løkke Rasmussen durch den Autor dieser Arbeit.

³³⁵ Die Partei des Regierungschefs wird an erster Stelle genannt.

³³⁶ Bis Anfang 1994 führte Poul N. Rasmussen eine Mehrheitsregierung an. Dann traten zwei Mitglieder der Zentrumsdemokraten aus ihrer Fraktion aus und das erste Kabinett Rasmussen verlor daraufhin seine Mehrheit.

3.2.2 Die Regierung und ihre Administration

Für die Gestaltung der dänischen Außenpolitik ist nach der Verfassung³³⁷ die Exekutive, d.h. der König und die Regierung zuständig.³³⁸ Innerhalb der Regierung liegt die Gestaltung der Außenpolitik in der Verantwortung des Premier- und des Außenministers. Doch in der Verfassungswirklichkeit hat sich das dänische Parlament durch drei ständige Ausschüsse nicht nur ein Mitspracherecht gesichert (GrI§19.1 und §19.2); sogar der König darf in zwischenstaatlichen Angelegenheiten nur mit Zustimmung des Parlamentes handeln. Kurz zusammengefasst gibt es demnach vier³³⁹ Akteure, die Einfluss auf die Gestaltung der dänischen Außenpolitik haben: der König, der Premierminister, der Außenminister und das Parlament. Da dem König nur im Verteidigungsfall eine uneingeschränkte Rolle zufällt (GrI§19, Absatz 2), konzentriert sich die außenpolitische Entscheidungsfindung im engeren Sinn auf drei Akteure, wobei sich die Stellung des Premierministers gegenüber dem Außenminister seit der Weiterentwicklung der Europäischen Union gefestigt hat. Dagegen ist der Einfluss des Außenministeriums seit dem gescheiterten Maastricht-Referendum gesunken, was dazu führt, dass das Staats-

³³⁷ **§ 19 der dänischen Verfassung besteht aus drei Abschnitten und besagt:** „(1) Kongen handler på rigets vegne i mellemfolkelige anliggender. Uden folketingets samtykke kan han dog ikke foretage nogen handling, der forøger eller indskrænker rigets område, eller indgå nogen forpligtigelse, til hvis opfyldelse folketingets medvirken er nødvendig, eller som iøvrigt er af større betydning. Ejheller kan kongen uden folketingets samtykke opsige nogen mellemfolkelig overenskomst, som er indgået med folketingets samtykke.“ [dt.: „(1) Der König handelt in zwischenstaatlichen Angelegenheiten im Namen des Königreiches. Ohne Zustimmung des Folketing kann er jedoch keine Handlung vornehmen, die das Gebiet des Königreiches erweitert oder vermindert, und auch keine Verpflichtung eingehen, zu deren Erfüllung die Mitwirkung des Folketing erforderlich oder die sonst wie von größerer Bedeutung ist. Ebenso kann der König zwischenstaatliche Verträge, die mit Zustimmung des Folketings geschlossen worden sind, nicht ohne Zustimmung des Folketing kündigen.“] „(2) Bortset fra forsvar mod væbnet angreb på riget eller danske styrker kan kongen ikke uden folketingets samtykke anvende militære magtmidler mod nogen fremmed stat. Foranstaltninger, som kongen måtte træffe i medfør af denne bestemmelse, skal straks forelægges folketinget. Er folketinget ikke samlet, skal det uopholdeligt sammenkaldes til møde.“ [dt.: „(2) Außer zur Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff auf das Königreich oder auf dänische Streitkräfte kann der König ohne Zustimmung des Folketing keine militärischen Machtmittel gegen einen fremden Staat zur Anwendung bringen. Maßnahmen, die der König auf Grund dieser Vorschrift treffen sollte, müssen sofort dem Folketing vorgelegt werden. Ist der Folketing nicht versammelt, muss es sofort einberufen werden.“] „(3) Folketinget vælger af sin midte et udenrigspolitisk nævn, med hvilket regeringen rådfører sig forud for enhver beslutning af større udenrigspolitisk rækkevidde. Nærmere regler om det udenrigspolitiske nævn fastsættes ved lov.“ [dt.: „(3) Der Folketing wählt aus seiner Mitte einen Außenpolitischen Ausschuss, mit dem die Regierung sich vor jeder Beschlussfassung von größerer außenpolitischer Tragweite berät. Nähere Bestimmungen über den Außenpolitischen Ausschuss trifft das Gesetz.“].

³³⁸ Vgl.: Søren Z. Dosenrode: Danish EU-Policy Making, in: Hans Branner; Morten Kelstrup (Hrsg.): Denmark's Policy towards Europe After 1945: History, Theory and Options, Odense 2000, S. 381-402, hier: S. 391. Dabei muss beachtet werden, dass formell die Exekutive beim dänischen König liegt. In der Verfassungswirklichkeit wird die Exekutivgewalt vom Kabinett ausgeübt, das wiederum dem dänischen Premierminister unterstellt ist. Zwar wird der Premierminister vom König ernannt, er muss aber dafür Sorge tragen, dass er eine Mehrheit im Parlament darstellen kann, um seine Gesetze bewilligt zu bekommen.

³³⁹ Der Verteidigungsminister wird nicht dazu gezählt, da sein Einfluss ziemlich gering ist. Sollte das Königreich oder die dänischen Streitkräfte angegriffen werden, hätte der König den Oberbefehl inne und könnte ohne Zustimmung des Parlamentes Maßnahmen zur Verteidigung einleiten (GrI§19, Absatz 2).

ministerium die zentrale Position im Bereich der dänischen EU-Entscheidungsprozesse einnimmt.³⁴⁰ Trotz der dänischen Konsensorientierung gibt es bezüglich der Gestaltung der dänischen Außenpolitik traditionelle Konflikte um Einfluss und Ressourcen zwischen dem Außen- und Staatsministerium.

In der Verfassungswirklichkeit findet der außenpolitische Entscheidungsprozess in themenspezifischen Ausschüssen statt. Auf der Seite der Regierung gibt es insgesamt drei Ausschussebenen: Die unterste Stufe der Entscheidungsleiter stellen 32 EG-Sonderausschüsse³⁴¹ (EF-Special-Udvalgene) dar. Ihre Aufgabe ist die Ausarbeitung von Empfehlungen an die dänische Regierung, in denen sie aufzeigt, welche Position das Königreich bei einer anstehenden EU-Entscheidung einnehmen soll. Dabei unterhalten die verschiedenen Ausschüsse Kontakte zu den verschiedenen Ministerien und Verwaltungen, ebenso wie zu Fachleuten und Experten aus Wissenschaft und Praxis, als auch zu den betroffenen Interessenverbänden. Durch die vorangegangene, umfassende Konsultation der betroffenen Parteien erhalten die Empfehlungen der EG-Sonderausschüsse ein bedeutendes Gewicht, da sie der dänischen Konsensorientierung entsprechen.³⁴² Die Leitung der Ausschüsse übernimmt das jeweilige Ministerium, das auch für die Kontakte mit Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Institutionen in Brüssel zuständig ist. In jedem Ausschuss sind zudem auch Beamte des Außenministeriums vertreten, um für einen ständigen Informationsaustausch zu sorgen.

Die mittlere Ebene der Entscheidungsleiter stellt der EG-Ausschuss (EF-Udvalget) dar, dessen Leitung in den Händen des Außenministeriums liegt. Seine Aufgaben sind erstens die Koordinierung der EG-Sonderausschüsse und zweitens die Analyse ihrer Empfehlungen. Diese werden geprüft und diskutiert, bevor sie der Regierung vorgelegt werden. Dabei gilt es vor allem Überschneidungen oder gar widersprüchliche Empfehlungen zu vermeiden, beziehungsweise im (seltenen) Streitfall zu schlichten. Zudem werden Fragen von eher politischer als verwaltungstechnischer Natur herausgefiltert und an die Regierung übermittelt.³⁴³

³⁴⁰ Vgl.: Dosenrode, Danish EU-Policy, S. 390, Fußnote 15.

³⁴¹ Die unterste und mittlere Ausschussebene tragen eine EG(Europäische Gemeinschaften)-Bezeichnung, weil sich diese beiden Ebenen nur mit Entscheidungen beschäftigen, die noch im Rahmen der alten Verträge stattfinden.

³⁴² Vgl.: Dosenrode, Danish EU-Policy, S. 390.

³⁴³ Vgl.: Dorthe Pedersen; Ove K. Pedersen: The Europeanization of National Corporatism. When the State and Organizations in Denmark went to Europe together, Cos-Rapport Nr. 4, Kopenhagen 1995, S. 19.

Die höchste Verwaltungsebene stellt der Auswärtige Ausschuss der Regierung (Regeringens Udenrigspolitiske Udvalg) dar. Der Ausschuss behandelt Fragen über die grundsätzliche Ausrichtung der dänischen Außenpolitik. Zudem beschließt er Verhandlungspositionen in EU-Fragen, die alle drei Säulen betreffen. Der Unterschied dieses Ausschusses zu den anderen beiden ist, dass er sich auf alle Bereiche der EU konzentriert, während sich die mittlere und die unterste Ebene nur mit Fragen im Rahmen der alten EG beschäftigt. Der Ausschuss besteht aus einem ministeriellen Sonderkomitee unter der Leitung des Premierministers und tagt im Rahmen von Regierungskonferenzen.³⁴⁴

3.2.3 Das Kontrollsystem des dänischen Parlamentes

Laut der dänischen Verfassung hat das Parlament in der Außenpolitik nur eine beratende Funktion inne.³⁴⁵ In der Verfassungswirklichkeit aber hat sich bedingt durch die Schwäche der Regierungen (Stichwort: Minderheitsregierungen) der Einfluss des Folketings auf die Gestaltung der Außenpolitik erhöht. Traditionell stehen dem Folketing fünf Instrumente zur Verfügung, um auf die Gestaltung der Außenpolitik einzuwirken:

- Gesetzesvorschläge zu einem außenpolitischen Thema (Grl§41);³⁴⁶

³⁴⁴ Vgl.: Niels-Jørgen Nehring: The Illusory Quest for Legitimacy: Danish Procedures for Policy Making on the EU and the Impact of a Critical Public, in: Georg Sørensen; Hans-Henrik Holm (Hrsg.): And Now What? International Politics after the Cold War, Aarhus 1998, S. 60-81, hier: S. 61.

³⁴⁵ Vgl.: Grl§19 sowie Nehring, Illusory Quest, S. 62.

³⁴⁶ **Grl§41:** „(1) Ethvert medlem af folketinget er berettiget til at fremsætte forslag til love og andre beslutninger [dt.: „(1) Jedes Mitglied des Folketing ist berechtigt, Gesetzesvorlagen einzubringen oder andere Beschlüsse zu beantragen.“]“ „(2) Et lovforslag kan ikke endeligt vedtages, forinden det tre gange har været forhandlet i folketinget [dt.: „(2) Eine Gesetzesvorlage kann nicht verabschiedet werden, ehe sie nicht in 3 Lesungen vom Folketing erörtert worden ist.“]“ „(3) To femtedele af folketingets medlemmer kan overfor formanden begære, at tredie behandling tidligst finder sted tolv søgnedage efter forslaget vedtagelse ved anden behandling. Begæringen skal være skriftlig og underskrevet af de deltagende medlemmer. Udsættelse kan dog ikke finde sted, forsåvidt angår forslag til finanslove, tillægsbevillingslove, midlertidige bevillingslove, statslånslove, love om meddelelse af indfødsret, love om ekspropriation, love om indirekte skatter samt i påtrængende tilfælde forslag til love, hvis ikrafttræden ikke kan udsættes af hensyn til lovens formål [dt.: „(3) Zwei Fünftel der Mitglieder des Folketing können vom Vorsitzenden verlangen, dass die 3. Lesung einer Vorlage frühestens 12 Werkstage nach ihrer Annahme in zweiter Lesung stattfindet. Das Verlangen muss schriftlich eingereicht werden und mit den Unterschriften der beteiligten Mitglieder versehen sein. Der Aufschub kann jedoch nicht stattfinden, wenn die Vorlagen folgende Gesetze betreffen: Haushaltsgesetze, Nachtragsbewilligungsgesetze, vorläufige Bewilligungsgesetze, Staatsanleihegesetze, Gesetze über die Verleihung der Staatsangehörigkeit, Enteignungsgesetze, Gesetze über indirekte Steuern sowie in dringlichen Fällen Gesetzesvorlagen bezüglich solcher Gesetze, deren Inkrafttreten im Hinblick auf ihren Zweck nicht ausgesetzt werden kann.“]“ „(4) Ved nyvalg og ved folketingsårets udgang bortfalder alle forslag til love og andre beslutninger, der ikke forinden er endeligt vedtaget [dt.: Im Fall einer Neuwahl und am Ende eines Sitzungsjahres sollten alle Gesetze und andere Verfügungen, die nicht endgültig verabschiedet sind, fallengelassen werden.“]“

- Parlamentarische Fragen, die zu einer parlamentarische Resolution führen können, die für die Regierung bindend ist (GrI§53, in Verbindung mit GrI§20 sowie GrI§21),³⁴⁷
- Entsendung von Delegationen von Parlamentariern zu Internationalen Organisationen (zum Beispiel NATO oder OSZE);
- Kriegserklärungen und Friedensverträge erfordern die Zustimmung des Königs und des Parlamentes;
- Jährliche Debatten zur Außenpolitik und der Europapolitik.³⁴⁸

Ergänzend zu diesen Punkten nimmt das dänische Parlament durch drei ständige Ausschüsse Einfluss auf den außenpolitischen Gestaltungsprozess: (1.) der Europa-Ausschuss (Europa-Udvalget)³⁴⁹, (2.) der Auswärtige Ausschuss (Udenrigsudvalget) und (3.) der Verteidigungsausschuss (Forsvarsudvalget).³⁵⁰

Doch die schwachen Regierungen in Dänemark stellen nur einen Faktor da, weshalb der Folketing einen größeren Einfluss im außenpolitischen Gestaltungsprozess bekommen hat. Beim EG-Beitritt Dänemarks 1973 sicherte sich das Parlament im EG-Beitrittgesetz

³⁴⁷ **GrI§53:** „Ethvert medlem af folketinget kan med dettes samtykke bringe ethvert offentligt anliggende under forhandling og derom æske ministrenes forklaring [dt.: „Jedes Mitglied des Folketing kann mit dessen Zustimmung jede öffentliche Angelegenheit zur Beratung bringen und von den Ministern eine Erklärung darüber fordern.“]“ **GrI§20** „(1) Beføjelser, som efter denne grundlov tilkommer rigets myndigheder, kan ved lov i nærmere bestemt omfang overlades til mellemfolkelige myndigheder, der er oprettet ved gensidig overenskomst med andre stater til fremme af mellemfolkelig retsorden og samarbejde [dt.: „(1) Befugnisse, die auf Grund dieses Grundgesetzes den Behörden des Königreichs zustehen, können durch Gesetz in einem näher bestimmtem Umfang solchen zwischenstaatlichen Behörden übertragen werden, die durch gegenseitige Übereinkunft zwecks Förderung zwischenstaatlicher Rechtsordnung und Zusammenarbeit errichtet worden sind.“]“ (2) „Til vedtagelse af lovforslag herom kræves er flertal på fem sjettedele af folketingets medlemmer. Opnås et sådant flertal ikke, men dog det til vedtagelse af almindlige lovforslag nødvendige flertal, og opretholder regeringen forslaget, forelægges det folketingsvælgerne til godkendelse eller forkastelse efter de for folkeafstemninger i § 42 fastsatte regler [dt.: „(2) Zur Annahme diesbezüglicher Gesetzesvorlagen bedarf es einer Mehrheit von fünf Sechsteln der Mitglieder des Folketing. Wird eine solche Mehrheit nicht erreicht, wohl aber die für die Annahme allgemeiner Gesetzesvorlagen erforderliche Mehrheit, so wird, falls die Regierung an der Vorlage festhält, diese den Wählern des Folketing zur Annahme oder Ablehnung gemäß den in § 42 für Volksentscheide festgesetzten Vorschriften vorgelegt.“]“

GrI§21: „Kongen kan for folketinget lade fremsætte forslag til love og andre beslutninger [dt.: „Der König kann dem Folketing Gesetzesvorschläge sowie Vorschläge zu anderen Beschlüssen vorlegen lassen.“]“

³⁴⁸ Dosenrode, Danish EU-Policy, S. 392.

³⁴⁹ Die Anfänge des Europaausschusses lassen sich auf das Jahr 1961 datieren. Sein Name lautet damals Markedsforhandler (Marktverhandlungen). Seine Aufgabe war es, die Beitrittsverhandlungen Dänemarks zu begleiten. Nach dem EG-Beitritt Dänemarks wurde der Ausschuss in Marktausschuss umgenannt, seit dem Maastrichter Vertrag trägt es den Namen Europaausschuss; vgl.: Cordula Agnes Janowski: Die nationalen Parlamente und ihre Europa-Gremien, Baden-Baden 2005, S. 104, sowie Dosenrode, Danish EU-Policy, S. 394.

³⁵⁰ Vgl.: Dosenrode, Danish EU-Policy, S. 392.

(§6.2) ein Informationsrecht.³⁵¹ Dieses Gesetz erteilte der Regierung den Auftrag, den Folketing jährlich über die allgemeinen Entwicklungen in der EG/EU und über anstehende Entscheidungen des Ministerrates zu unterrichten. Doch schon einen Monat später musste die damalige amtierende Minderheitsregierung Hartling (Venstre) sich vor außenpolitischen Entscheidungen vergewissern, ob es für die Position der Regierung überhaupt eine Mehrheit im Parlament gibt. Dieses Zugeständnis hat sich in den letzten zwanzig Jahren dahingehend weiterentwickelt, dass die Regierung sich jetzt Verhandlungsmandate einholen muss. Ergänzend dazu hat es das dänische Parlament geschafft, immer früher und immer gründlicher informiert zu werden.³⁵²

Von den drei erwähnten Ausschüssen nimmt der Europa-Ausschuss³⁵³ die zentrale Position im parlamentarischen Kontrollsystem ein. Bei jedem weiteren Integrationsschritt der EG/EU hat sich der Ausschuss eine Vermehrung seiner Kompetenzen gesichert. Die erste gründliche Neureglung fand im Anschluss an die Ratifizierung der EEA 1987 statt.³⁵⁴ Seit 1997 muss der Ausschuss auch über die Implementierung von allen EU-Rechtsakten vom jeweiligen Minister unterrichtet werden. Denn nur circa 1/5 aller EU-Rechtsakte müssen durch das Parlament, ehe sie in nationales Recht umgesetzt werden können. Die anderen 4/5 werden direkt durch Verordnungen der Regierung umgesetzt und gehen am Parlament vorbei.³⁵⁵

Der Einfluss des Ausschusses wird dadurch erhöht, dass er die Schnittstelle zwischen dem administrativen und dem parlamentarischen System darstellt. Wohingegen andere ständige Ausschüsse nur vorbereitende Funktionen besitzen, kann der Europa-Ausschuss stellvertretend für den Folketing handeln.³⁵⁶ Die Sitzverteilung im Europa-Ausschuss ist proportional zur Parteistärke im Parlament und die 17 Mitglieder des Ausschusses sind gewöhnlich hochrangige Parteiführer.³⁵⁷ Den Vorsitz übernimmt eine der Regierungsparteien. Jede Partei, die mit mehr als zehn Abgeordneten im Folketing

³⁵¹ Vgl.: Dosenrode, Danish EU-Policy, S. 395; Nehring, Illusory Quest, S. 62.

³⁵² Vgl.: Dosenrode, Danish EU-Policy, S. 396.

³⁵³ Laut Geschäftsordnung sollen die bestehenden 23 EU-Fachausschüsse an der Mandatierung partizipieren, de facto hat sich der Europaausschuss aber als der federführende Ausschuss herauskristallisiert; vgl.: Andreas Maurer; Wolfgang Wessels: National Parliaments on their Ways to Europe: Losers or Latecomers?, Baden-Baden 2001, S. 104.

³⁵⁴ Vgl.: Wolfgang Schumann: Dänemark, in: Werner Weidenfeld; Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration, Bonn 1986, S. 346-352, hier: S. 346.

³⁵⁵ Vgl.: Dosenrode, Danish EU-Policy, S. 397.

³⁵⁶ Vgl.: Nehring, Illusory Quest, S. 63.

³⁵⁷ Vgl.: Dosenrode, Danish EU-Policy, S. 388. Neben den 17 Vollmitgliedern gehören dem Ausschuss noch 14 Ersatzmitglieder an, vgl.: Kortmann, Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 171.

vertreten ist, „ist automatisch zur Mitgliedschaft im Ausschuss berechtigt“³⁵⁸. Die kleineren Parteien müssen Abkommen über ihre Mitgliedschaft mit den größeren Parteien eingehen.³⁵⁹ Seit 1999 finden einige Sitzungen des Ausschusses öffentlich statt, nicht aber, wenn Entscheidungen beschlossen werden,³⁶⁰ denn im Grundsatz sind die Diskussionen im Ausschuss vertraulich:

„To the extent decided by the minister concerned or by the Chairman of the Committee, the members of the Committee and other persons who may be present during the debates are under an obligation to observe secrecy with regard to what they may learn in the Committee.“³⁶¹

Ein weiterer nicht zu unterschätzender Einflussfaktor des Ausschusses ist die Tatsache, dass der Minister persönlich vor dem Ausschuss erscheinen muss und sich nicht durch einen Beamten vertreten lassen kann.³⁶² Der Minister legt dem Ausschuss seinen Verhandlungsvorschlag vor, der am Ende des administrativen Prozesses von der Regierung bewilligt wurde. Die Ausschussmitglieder haben bei ihrer Sitzung mit dem Minister die Möglichkeit, Fragen zu stellen und ergänzende Vorschläge zu unterbreiten. Der Minister erhält nur dann ein Mandat, wenn sich sein Vorschlag einer parlamentarischen Mehrheit sicher sein kann. Dieses Mandat basiert dann auf der Basis der vorgestellten Position und kann nur abgeändert werden, wenn in der Ausschusssitzung explizit erwähnte Handlungsspielräume gewährt wurden.³⁶³ In der Regel werden im Ausschuss nur kleinere Änderungen beschlossen und es kommt sehr selten vor, dass ein Minister-vorschlag ganz abgelehnt wird. Diese Tatsache bedeutet aber nicht, dass der Ausschuss einen geringen Einfluss hat, sondern beweist vielmehr, dass der Minister schon im Vorfeld seinen Vorschlag so gestalten muss, dass er Aussicht auf Erfolg hat.³⁶⁴

Dieses Verfahren hat aber den Nachteil, dass der dänische Minister während einer Ministerratssitzung seine Position gegenüber neuen Entwicklungen nicht darlegen kann, da er erst einmal ein neues Mandat vom Europa-Ausschuss benötigt.³⁶⁵ Er ist demnach ohne ein Mandat des Ausschusses nicht in der Lage, auf die Debatten einen aktiven Ein-

³⁵⁸ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 171.

³⁵⁹ Der Europa-Ausschuss soll die Verhältnisse im Parlament abbilden, was aber aus mathematischer Sicht bei einer festen Zahl von 17 Mitgliedern als schwierig erscheint. Kleinere Parteien müssen sich bei ihrer Teilnahme an diesem prestigeträchtigen Ausschuss auf Kompromisse in anderen Politikfeldern einlassen.

³⁶⁰ Vgl.: Dosenrode, EU-Policy, S. 397.

³⁶¹ Folketing – International Department (Hrsg.): A Description of the E.E.C. Committee, Kopenhagen 1991, S. 4.

³⁶² Vgl.: Dosenrode, EU-Policy, S. 393.

³⁶³ Vgl.: Ebda., S. 393.

³⁶⁴ Vgl.: Dosenrode, Danish EU-Policy, S. 394.

³⁶⁵ Vgl.: Due, Denmark and the Court of Justice, 1999, S. 71.

fluss zu nehmen. Durch zwei Regelungen (10. Dezember 2004³⁶⁶ und 23. Juni 2006³⁶⁷) kam es zu einer Veränderung der Prozedur. Die Regierung muss im Europa-Ausschuss ihre Verhandlungsposition darstellen und ein Mandat einholen, noch bevor der Ratsvorsitz anfängt, mit dem Europäischen Parlament in informellen Sitzungen in Verhandlungen einzutreten. D.h., die Mandatierung durch den Ausschuss fängt zeitlich gesehen noch früher statt und die Regierung ist in der Pflicht, ihre Verhandlungsposition lange vor der ersten Lesung im Ministerrat darzustellen.³⁶⁸

Durch die Verabschiedung parlamentarischer Resolutionen erhält der Folketing ebenfalls Zugriff auf außenpolitische Entscheidungen, denn durch diese Resolutionen ist es dem Parlament möglich, den Rahmen für die allgemeine Ausrichtung der dänischen Außenpolitik festzulegen.³⁶⁹ Besonders in den 80er Jahren (Minderheitskabinette unter Premierminister Poul Schlüter) gelang es der Opposition, die Regierung in außen- und sicherheitspolitischen Debatten im Parlament zu überstimmen. Daraus folgte, dass die Regierung eine Politik verfolgen musste, die sie selber nicht unterstützte.³⁷⁰

Besonders durch die Arbeit des Europa-Ausschusses und die Verabschiedung von parlamentarischen Resolutionen erhält der Folketing eine effektive parlamentarische Kontrolle über die Regierung. Dieses Kontrollsystem, welches in der Forschung unter dem Begriff „dänisches Modell“ Eingang gefunden hat, stützt sich auf zwei entscheidende Faktoren. Durch die permanenten Minderheitsregierungen ist die Position der Regierung geschwächt, weil sie theoretisch betrachtet immer auf Abruf ist. Obschon die Regierung formal im Europa-Ausschuss nicht an das Mandat gebunden ist, ist sie es praktisch schon, denn wenn sich die Regierung dem Willen des Parlamentes widersetzt – und der Europa-Ausschuss stellt ein wesentliches Instrument im außenpolitischen Entscheidungsprozess für den Folketing dar, dann kann das Parlament der Regierung seine Unterstützung versagen.

³⁶⁶ Vgl.: „Beretning om reform af Folketingets behandling af Eu-sager“ [dt.: Bericht über die Reform der Folketing-Lesung über EU-Verfahren], 10. Dezember 2004, <http://www.eu-oplysningen.dk/dokumenter/ft/euu/beretninger/>, (letzter Abruf: 10.02.2010)

³⁶⁷ Vgl.: „Beretning om tidlig forelæggelse og åbenhed“ [dt.: Bericht über frühzeitige Unterbreitung und Offenheit“], 23. Juni 2006, <http://www.eu-oplysningen.dk/dokumenter/ft/euu/beretninger/>, (letzter Abruf: 10. 02. 2010)

³⁶⁸ Janowski, Nationale Parlamente, S. 108.

³⁶⁹ Nehring, Illusory Quest, S. 64.

³⁷⁰ Dosenrode, 2000, S. 392. Es handelte sich dabei um die „Fußnotenpolitik“ innerhalb der NATO, die in Kapitel 4.3.6 dieser Arbeit vorgestellt wird.

3.2.4 Konsensorientierung im dänischen Regierungssystem

Einen weiteren wichtigen Faktor stellt die Konsensorientierung im dänischen Regierungssystem dar.³⁷¹ In Dänemark besteht die Tradition konstruktiver und effektiver Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition. Diese in der politischen Kultur³⁷² fest etablierte Konsensorientierung und Kooperationsnorm ist die Garantie dafür, dass das dänische Regierungssystem trotz Minderheitskabinetten und Parteienzersplitterung funktioniert. Gabriel ordnet Dänemark als „einheitsstaatliche Konsensdemokratie“³⁷³ ein, die u.a. dadurch geprägt ist, dass es eine Machtteilung zwischen Regierung und Parlament gibt. Zudem existiert im dänischen Parlament eine Grundform der Großen Koalition, denn bei allen wichtigen Fragen einigen sich die beiden stärksten Parteien – gegenwärtig Venstre und die Sozialdemokraten – auf eine Grundhaltung, egal, welche der beiden Parteien in der Regierung vertreten ist. Die wichtigste Aufgabe einer Regierung ist es, gleich zu Beginn der Legislaturperiode zu verhindern, dass es eine offensichtliche Mehrheit gegen sie gibt. Sie muss versuchen, sich bei den „Stützparteien“³⁷⁴, d.h. den kleineren Parteien im Folketing, eine – wenn möglich – ständige Unterstützung zu sichern. Eine wichtige Rolle kann auch den vier Abgeordneten der Färöer-Inseln bzw. Grönlands zufallen. So gelang es Anders F. Rasmussen einen Abgeordneten der Färöer-Inseln für die Legislaturperiode von 2005-2007 für eine permanente Zustimmung zu gewinnen. Diese permanenten Bemühungen, eine eigene Mehrheit im Parlament stemmen zu müssen, sorgen – langfristig betrachtet – für eine ständige Zusammenarbeit verschiedener Parteien:

„The influence of the Folketing takes place in many informal ways, in particular by means of party groups. The various minority governments have had to find different majorities in parliament and therefore negotiate with their parliamentary representatives“³⁷⁵.

Diese ständige Zusammenarbeit führt dazu, dass beispielsweise „Abkommen zu Wirtschaftsfragen und zur Verteidigungspolitik zwischen der Regierung und einigen Oppo-

³⁷¹ Dosenrode, 2000, S. 394.

³⁷² Politische Kultur verstanden als „Set von Orientierungen über die politische Welt, die in einer sozialen Gruppe [...] verbreitet sind und die durch Sozialisation von einer Generation an die nächste weitergegeben werden“. Zitiert nach: Gunther Hellmann; Rainer Baumann; Wolfgang Wagner: Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden 2006, S. 187.

³⁷³ Oscar W. Gabriel: Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Opladen 1992, S. 14.

³⁷⁴ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 162.

³⁷⁵ Tove Lise Schou: Denmark, in: Jean Blondel; Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.): Cabinets in Western Europe, Basingstoke 1988, S. 175.

sitionspartier abgeschlossen³⁷⁶ werden. Die Politikwissenschaftler Jensen und Steffani gelangen zu dem Fazit, dass es den Oppositionsregierungen nicht primär um den Sturz der Regierung geht, sondern um Einfluss auf die Regierungspolitik zu gewinnen:

„Unter den in Dänemark gegebenen Parteiverhältnissen ist das Ziel der Oppositionsfraktionen denn auch primär auf die Einflußnahme auf die Regierungspolitik ausgerichtet, weniger auf die Ablösung der Regierung“³⁷⁷.

3.2.5 Das Referendum

Es existieren im politischen System Dänemarks zwei Formen des Referendums (Grl§42³⁷⁸): Einmal das obligatorische Referendum (bei Verfassungsänderungen, Ände-

³⁷⁶ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 163.

³⁷⁷ Olaf Jensen; Winfried Steffani: Königreich Dänemark, in: Wilfried Steffani (Hrsg.): Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG, Opladen 1991, S. 93-125, hier: S. 117.

³⁷⁸ Grl§42: (1) „Når et lovforslag er vedtaget af folketinget, kan en trediedel af folketingets medlemmer indenfor en frist af tre søgnedage fra forslagens endelige vedtagelse overfor formanden begære folkeafstemning om lovforslaget. Begæringen skal være skriftlig og underskrevet af de deltagende medlemmer“ [dt.: „(1) Wenn eine Gesetzesvorlage vom Folketing verabschiedet worden ist, kann ein Drittel der Mitglieder des Folketing innerhalb einer Frist von 3 Werktagen nach der Verabschiedung der Gesetzesvorlage beim Vorsitzenden den Volksentscheid über die Gesetzesvorlage beantragen. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und mit den Unterschriften der antragstellenden Mitglieder versehen sein“].

(2) „Et lovforslag, som kan undergives folkeafstemning, jfr. stk. 6, kan kun i det stk. 7 omhandlede tilfælde stadfæstes af kongen inden udløbet af den i stk. 1 nævnte frist, eller inden begæret folkeafstemning har fundet sted“ [dt.: „(2) Eine Gesetzesvorlage, die zum Volksentscheid gebracht werden kann (Absatz 6), darf nur in den in (Absatz 7) behandelten Fällen vor Ablauf der in (Absatz 1) genannten Frist - oder bevor der Antrag auf Volksentscheid gestellt worden ist - vom König bestätigt werden.“].

(3) „Når det er begæret folkeafstemning om et lovforslag, kan folketinget indenfor en frist af fem søgnedage fra forslagens endelige vedtagelse beslutte, at forslaget skal bortfalde“ [dt.: „(3) Wenn über eine Gesetzesvorlage der Volksentscheid beantragt wird, so kann der Folketing innerhalb einer Frist von 5 Werktagen nach der Verabschiedung der Vorlage beschließen, dass sie entfallen soll.“].

(4) „Træffer folketinget ikke beslutning i henhold til stk. 3, skal meddelelse om, at lovforslaget skal prøves ved folkeafstemning, snarest tilstilles statsministeren, der derefter lader lovforslaget bekendtgøre med meddelelse om, at folkeafstemning vil finde sted. Folkeafstemningen iværksættes efter statsministerens nærmere bestemmelse tidligst tolv og senest atten søgnedage efter bekendtgørelsen“ [dt.: „(4) Sofern der Folketing den in (3) vorgesehenen Beschluss nicht fasst, soll die Mitteilung, dass die Gesetzesvorlage der Prüfung durch Volksentscheid unterzogen werde, schnellstens dem Staatsminister zugestellt werden, der hierauf den Inhalt der Gesetzesvorlage nebst Mitteilung darüber, dass ein Volksentscheid stattfinden werde, bekannt gibt. Der Volksentscheid wird nach näherer Anordnung des Staatsministers frühestens 12 und spätestens 18 Werktage nach der Bekanntgabe abgehalten.“].

(5) „Ved folkeafstemningen stemmes for og imod lovforslaget. Til lovforslagets bortfald kræves, at et flertal af de i afstemningen deltagende folketingsvælgere, dog mindst 30 procent af samtlige stemmeberettigede, har stemt mod lovforslaget“ [dt.: „(5) Beim Volksentscheid wird für und gegen die Gesetzesvorlage abgestimmt. Für die Ablehnung der Vorlage ist erforderlich, dass eine Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Wähler des Folketing, jedoch mindestens 30% sämtlicher Stimmberechtigten, gegen die Gesetzesvorlage gestimmt haben.“].

(6) „Forslag til finanslove, tillægsbevillingslove, midlertidige bevillingslove, statslånslove, normeringslove, lønnings- og pensionslove, love om meddelelse af indfødsret, love om ekspropriation, love om direkte og indirekte skatter, samt love til gennemførelse af bestående traktatmæssige forpligtigelser kan ikke undergives folkeafstemning. Det samme gælder forslag til de i Par.Par. 8, 9, 10 og 11 omhandlede love såvel som de i § 19 nævnte beslutninger, der måtte være i lovs form, medmindre det

rungen des Wahlrechters und bei Souveränitätsübertragungen) und das fakultative Referendum, welches von einem Drittel der Abgeordneten im Folketing beschlossen werden kann. Das Ergebnis ist in beiden Fällen bindend, es können aber auch fakultative und nicht bindende Referenden abgehalten werden.³⁷⁹ Im Folgenden soll die Aufmerksamkeit auf das obligatorische Referendum gelenkt werden, da durch diese Form auch außenpolitische Entscheidungen getroffen werden. Die Verfassung von 1953 sieht in Artikel 20 eine Übertragung von Hoheitsrechten „in einem näher bestimmten Umfang“³⁸⁰ an Internationale Organisationen vor, die durch zwei Verfahren ermöglicht werden kann: (1) wenn sich eine 5/6-Mehrheit im Folketing dafür ausspricht oder (2) durch eine einfache parlamentarische Mehrheit gefolgt von einer Mehrheit der Bevölkerung in einem Referendum.³⁸¹

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind sechs europapolitische Referenden durchgeführt worden³⁸²:

for disse sidste ved særlig lov bestemmes, at sådan afstemning skal finde sted. For grundlovsændringer gælder reglerne i § 88“ [dt.: „(6) Gesetzesvorlagen, die Haushaltsgesetze, Nachtragsbewilligungsgesetze, vorläufige Bewilligungsgesetze, Staatsanleihegesetze, Gesetze über den Stellenplan für Staatsbeamte und -angestellte, Besoldungs- und Pensionsgesetze, Gesetze über die Verleihung der Staatsangehörigkeit, Enteignungsgesetze, Gesetze über direkte oder indirekte Steuern sowie Gesetze zum Zwecke der Erfüllung staatsvertraglicher Verpflichtungen betreffen, können nicht zum Volksentscheid gebracht werden. Dasselbe gilt für Vorlagen der in den §1 8, 9, 10 und 11 behandelten Gesetze wie auch für Anträge auf Beschlüsse der in § 19 genannten Art, soweit diese die Form von Gesetzen haben, es sei denn, dass für diese letztgenannten durch besonderes Gesetz bestimmt wird, dass ein solcher Entscheid stattfinden soll. Für Grundgesetzänderungen gelten die Bestimmungen in § 88.“].

(7) „I særdeles påtrængende tilfælde kan et lovforslag, som kan undergives folkeafstemning, stadfæstes af kongen straks efter dets vedtagelse, når forslaget indeholder bestemmelse herom. Såfremt en trediedel af folketingets medlemmer efter de i stk. 1 omhandlede regler begærer folkeafstemning om lovforslaget eller den stadfæstede lov, afholdes sådan folkeafstemning efter foranstående regler. Forkastes loven ved folkeafstemningen, kundgøres dette af statsministeren uden unødigt ophold og senest fjorten dage efter folkeafstemningens afholdelse. Fra kundgørelsesdagen er loven bortfaldet“ [dt.: „(7) In besonders dringlichen Fällen kann eine Gesetzesvorlage, über die der Volksentscheid zulässig ist, vom König sofort nach ihrer Verabschiedung bestätigt werden, falls die betreffende Gesetzesvorlage hierüber eine Vorschrift enthält. Sofern ein Drittel der Mitglieder des Folketing gemäß den in (Absatz 1) behandelten Bestimmungen einen Volksentscheid über die Vorlage oder das bestätigte Gesetz beantragt, wird ein solcher Volksentscheid nach diesen Bestimmungen abgehalten. Wird das Gesetz durch den Volksentscheid abgelehnt, so wird dies seitens des Staatsministers ohne unnötige Verzögerung und spätestens 14 Tage nach der Abhaltung des Volksentscheids bekannt gegeben. Mit der Bekanntgabe wird das Gesetz hinfällig.].

(8) „Nærmere regler om folkeafstemning, herunder i hvilket omfang folkeafstemning skal finde sted på Færøerne og i Grønland fastsættes ved lov“ [dt.: „(8) Nähere Bestimmungen über den Volksentscheid - auch darüber, in welchem Umfang ein Volksentscheid auf den Färöern und in Grönland stattfinden soll - werden durch Gesetz getroffen.“].

³⁷⁹ Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 88f.

³⁸⁰ „i nærmere bestemt omfang“ – Vgl.: GrI§20, abgedruckt in Fußnote 39 dieser Arbeit.

³⁸¹ Vgl.: Ole Due: Denmark and the Court of Justice of the European Communities, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Kopenhagen 1999, S. 63-82, hier: S. 66, sowie Martin Marcussen: Dänemark, in: Jürgen Bellers; Thorsten Brenner; Ines M. Gerke: Handbuch der Außenpolitik: Von Afghanistan bis Zypern, München 2001, S. 48-53, hier: S. 51.

³⁸² Insgesamt sind in Dänemark bislang sieben Referenden mit außenpolitischem Bezug durchgeführt worden, das erste (hier nicht erwähnte) fand 1916 statt und legitimierte den Verkauf der westindischen Inseln an die USA (siehe Kapitel 3.2 dieser Arbeit).

Abbildung 2: Übersicht über die Referenden zu außenpolitischen Fragen in Dänemark (1972-2000)

Gegenstand	Zeitpunkt	Beteiligung (%)	Gültige Ja-Stimmen (%)	Gültige Nein-Stimmen (%)	Resultat
EG-Beitritt	Okt. 1972	90,1	63,3	36,7	Annahme
EEA	Feb. 1986	75,4	56,2	43,8	Annahme ³⁸³
Maastricht	Juni 1992	83,1	49,3	50,7	Scheitern
Maastricht plus Edinburgh	Mai 1993	86,2	56,7	43,3	Annahme ³⁸⁴
Amsterdam	Mai 1998	74,8	55,1	44,9	Annahme
WWU, Phase 3 der Euro- Einführung	Sept. 2000	87,6	49	51	Scheitern ³⁸⁵

Durch das Maastricht-Referendum im Juni 1992 wurde zum ersten Mal eine Trennlinie zwischen der Elite und der Bevölkerung sichtbar. Stimmten sechs von acht Parteien im Folketing dem Vertragswerk zu, zeigte das Referendum den Parlamentariern die tiefe Skepsis der dänischen Bevölkerung bezüglich einer Vertiefung der EG auf.³⁸⁶ Nach der Niederlage einigten sich die dänischen Parlamentarier auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, einen „Nationalen Kompromiss“, der maßgeblich von der Sozialistischen

³⁸³ Nur konsultatives, kein bindendes Referendum, da keine Übertragung von Souveränitätsrechten gemäß GrI§20 stattfand. Premierminister Schlüter setzte aus reinem politischem Kalkül dieses konsultative Referendum ein, denn der Folketing hatte der Regierung die Ratifizierung der EEA verwehrt. Die Oppositionsparteien erklärten sich aber vor dem Referendum bereit, dieses als bindend anzuerkennen. Vgl.: Nehring, Illusory Quest, S. 66 und S. 73, sowie Nikolaj Petersen: The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Kopenhagen 1999, S. 101-122, hier: S. 103. Laut Nehring führte dies zu „paved the way for using referendums more frequently than required by the Constitution“. Vgl.: Nehring, Illusory Quest, S. 65. Aus dem Blickwinkel des Jahres 1998 (es fanden in den 90er Jahren insgesamt drei Referenden mit außenpolitischem Bezug statt) ist die Wertung beziehungsweise Auswirkung des Referendums von 1986 nachvollziehbar, aus der Sicht des Jahres 2010 aber inzwischen überholt, denn es gab seit zehn Jahren kein einziges Referendum zu einem außenpolitischen Thema mehr und Nehrings Verdacht, dass das Referendum zu einem Instrument der Regierung in außenpolitischen Fragen werden könnte – immerhin werden nur 30%-Zustimmung im Folketing für die Abhaltung eines Referendums benötigt –, um am Parlament vorbeizuregieren, hat sich nicht bewahrheitet.

³⁸⁴ Die Abstimmung im Parlament erreichte die 5/6-Mehrheit, ein Referendum war aber politisch notwendig.

³⁸⁵ Erstes Referendum in Bezug auf die vier Opt-Outs.

³⁸⁶ Vgl.: Ellemann-Jensen, Din egen dag er kort, S. 228; Schlüter, Siken et liv, S. 257.

Volkspartei verfasst wurde.³⁸⁷ Der „Nationale Kompromiss“ wurden von den europäischen Mitgliedsstaaten auf dem Gipfeltreffen im schottischen Edinburgh akzeptiert. Dadurch bekam Dänemark die vier Opt-Outs zugestanden, da sich das Land beziehungsweise die Mehrheit der Bevölkerung nicht an der fortschreitenden Integration der Europäischen Union beteiligen wollte, Dänemark aber auf der anderen Seite den Vertiefungsprozess der EU nicht blockieren wollte.³⁸⁸ Mit diesen Abänderungen kam es 1993 zu einem erneuten Referendum, in dem die dänische Bevölkerung den Maastrichter Vertrag im zweiten Anlauf billigte.

Dadurch kam dem Referendum eine wichtige Rolle zu und schon 1996 verkündete der Premierminister Poul Nyrup Rasmussen, dass auch im Zuge des Amsterdamer Vertragswerkes ein Referendum stattfinden würde, auch wenn die Veränderungen den §20 des Grundlov nicht berühren würden.³⁸⁹ Diese Entwicklung wurde noch durch die Tatsache verstärkt, dass die Regierung und das Parlament verbindlich beschlossen haben, dass die vier Ausnahmeregelungen von Edinburgh nur durch Referenden aufgehoben werden können.³⁹⁰ Der erste Versuch eine Ausnahmeregelung durch ein Referendum aufzuheben, scheiterte im September 2000.³⁹¹ Die dänische Regierung wollte an der dritten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) teilnehmen, die die Einführung des Euros beinhaltet, aber die dänische Bevölkerung legte ihr Veto ein.³⁹² Anlässlich dieser Entscheidung legten der Außenminister Niels Helveg Petersen und der Verteidigungsminister Hans Hækkerup ihre Ämter nieder, da sie einen fehlenden Handlungs- und Gestaltungsspielraum beklagten.³⁹³ Seitdem hat es in Dänemark keine Refer-

³⁸⁷ Die Sozialistische Volkspartei (Socialistik Folkeparti) erhielt bei den Wahlen im Dezember 1990 8,3% und durfte 15 Abgeordnete in den Folketing entsenden. Vgl.: Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 88. Vgl. den Einfluss der Sozialistischen Volkspartei bei Nikolaj Petersen: Denmark and the European Union 1985-96: A Two-level Analysis, in: Cooperation and Conflict, Vol. 31, 1996, Nr. 2, S. 185-210, hier: S. 199ff.

³⁸⁸ Vgl.: Hans Mouritzen: The Two Musterknaben and the Naughty Boy: Sweden, Finland and Denmark in the Process of European Integration, in: Cooperation and Conflict, Vol. 28, 1993, Nr. 4, S. 373-402, hier: S. 376.

³⁸⁹ Nehring, Illusory Quest, S. 65. Bezüglich der drohenden Zunahme von Referenden spricht Nehring auch von „a practise of referendums at the brink, or beyond, the constitutional needs“. Vgl.: Nehring, Illusory Quest, S. 60.

³⁹⁰ Nehring, Illusory Quest, S. 74.

³⁹¹ Marcussen erwartete im Zeitraum 2000-2002 insgesamt vier Referenden, mit denen die vier Ausnahmeregelungen abgeschafft werden sollten. Vgl.: Marcussen, Dänemark, 2001, S. 51.

³⁹² Bei der zweithöchsten Wahlbeteiligung in Bezug auf ein außenpolitisches Referendum votierten 53,2% gegen die Einführung des Euros.

³⁹³ Der dänische Außenminister Niels Helveg Petersen verwies in einer Rede in Peking am 10. November 1999 auf die Bedeutung des Euros für Europa und Dänemark: „I consider the Euro to be of vital importance to Denmark and Europe. Denmark is not participating in the Euro from the beginning, but it is likely that a referendum on Denmark's participation will take place next year or the year after“. Vgl.: Niels Helveg Petersen: Statement by Minister for Foreign Affairs Niels Helveg Petersen, Beijing Foreign Affairs College, China, 10. November 1999. Small staes can make a difference – Denmark in Europe, in:

enden mehr zu den vier Opt-Outs gegeben. Am 24. April 2008 ratifizierte der Folketing mit 90 zu 25 Stimmen (bei einer Enthaltung von 60 Abgeordneten) den EU-Reformvertrag³⁹⁴. Eine Volksabstimmung konnte durch das dänische Politikestablishment verhindert werden.

Neben dem verfassungsrechtlichen Aspekt haben Referenden in den letzten Jahrzehnten auch in die politischen Kultur des Landes Eingang gefunden. Gerade Parteien, die in europapolitischen Fragen gespalten sind, wie zum Beispiel die Sozialdemokraten, benutzen die Referenden, um diese Fragen aus der Innenpolitik und besonders aus dem Wahlkampf herauszuhalten, da sie ansonsten nicht inhaltlich geschlossen auftreten könnten.³⁹⁵ Zudem hatte der häufige Einsatz von Referenden – nicht nur in Bezug auf außenpolitische Fragen – zur Folge, dass sich die Bevölkerung für dieses Instrument sensibilisiert hat und nun vehement auf sein Mitspracherecht pocht.³⁹⁶ Doch durch die Abstimmung mit Ja oder Nein ergibt sich ein weiteres Problem: die Bevölkerung kann in diesem Abstimmungsschema nicht artikulieren, was sie wirklich möchte, sie kann ihren Protest beziehungsweise ihre Zustimmung nicht begründen. Die inhaltliche Interpretation des Nein haben in den letzten Jahrzehnten antieuropäische Bürgerbewegungen übernommen.

Die drei wichtigsten sind die „Folkebevægelsen mod EF-Unionen (Die Volksbewegung gegen die EU-Union)“, die „Junibevægelse (Die Juni-Bewegung), die „Enhedslisten (Einheitsliste)“. Diese Bürgerbewegungen gruppieren sich an den linksextremen und den rechtspopulistischen Enden des politischen Spektrums an, vertreten aber auch einen Großteil der politischen Mitte, die eine europaskeptische Einstellung hat. Seit dem negativen Maastricht-Referendum hat der Einfluss der Bürgerbewegungen zugenommen, was auch daran liegt, dass diese an den Wahlen zum Europaparlament teilnehmen. So konnten sie in den neunziger Jahren durchgängig circa ¼ der dänischen Sitze im Euro-

Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 196-203, hier: S. 201.

³⁹⁴ Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs sowie die Außenminister der 27 EU-Staaten den Vertrag von Lissabon, der das Ziel hat, die erweiterte EU demokratischer, transparenter und handlungsfähiger zu machen. Dieser Vertrag gilt als Antwort zu dem gescheiterten Vertrages über eine Verfassung für Europa. Dieses Vorhaben scheiterte, als Referenden in den Niederlanden und Frankreich 2005 negativ ausgingen. Auch in Dänemark sollte der Verfassungsvertrag durch ein Referendum bestätigt werden, doch durch die negativen Referenden in den Niederlanden und Frankreich war dieses obsolet geworden.

³⁹⁵ Vgl.: Marcussen, Dänemark, S. 51.

³⁹⁶ Vgl.: Petersen, The Danish Referendum, S. 102.

paparlament besetzen.³⁹⁷ Um dem Einfluss dieser Bürgerbewegungen entgegen zu treten und der Bevölkerung die europäische Idee näher zu bringen, hat der Folketing ein Bürgerinformationszentrum („Council for European Policy“) eingeführt.³⁹⁸

Die Kritik an den Referenden wird in Dänemark immer lauter, weil die Entwicklung gegen den Geist der Verfassung verstößt, da die Regierung in der Außenpolitik entmachtet wird. Zudem verstoßen häufige Referenden als Instrument der direkten Demokratie gegen das Grundverständnis der repräsentativen Demokratie.³⁹⁹

3.2.6 Das dänische Parteiensystem

Die Anfänge des dänischen Parteiensystems lassen sich auf 1848 datieren, als „erste Keimzellen der späteren Parteien“⁴⁰⁰ schon in der verfassungsgebenden Versammlung von 1848 vertreten waren.⁴⁰¹ Doch bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt kommen Parteien „weder in ihrer Eigenschaft als Parlamentsfraktionen noch als Organisation außerhalb des Parlamentes“⁴⁰² in der Verfassung nicht vor.⁴⁰³ Die Parteien hatten den Ruf, sich

³⁹⁷ Vgl.: Petersen, S. 114f.

³⁹⁸ Vgl.: Nehring, Illusory Quest, S. 66.

³⁹⁹ Vgl.: Kortmann, Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 163.

⁴⁰⁰ Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 90.

⁴⁰¹ Meyer datiert die Entstehung auf 1849. Vgl.: Kurt Bernd Meyer: Das Parteiensystem in Dänemark unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Gewerkschaften, Kiel 1997, S. 1. Der Kieler Politikwissenschaftler Werner Kaltefleiter definierte Parteien als „Wahlkonstellationen, in denen politische Eliten, Wähler und Interessengruppen miteinander verbunden sind“. Vgl.: Werner Kaltefleiter: Zwischen Krise und Stagnation. Aspekte der verfassungspolitischen Entwicklung 1972, in: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Bd. 6, Teil 2, Köln 1972, S. 43-66, hier: S. 50. Überträgt man diese Definition auf den Wahlkampf zur Verfassungsgebenden Reichsversammlung 1849, dann kann schon in diesem Zeitraum von Parteien gesprochen werden. Vgl.: Rüdiger Wenzel: Das Parteiensystem Dänemarks. Entwicklung und gegenwärtige Struktur, Neumünster 1982, S. 43.

⁴⁰² Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 90.

⁴⁰³ Dieses erinnert an die Weimarer Reichsverfassung (WRV), in der auch keine Parteien als Interessenvertreter vorgesehen waren. Erst mit der Einführung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 wurden die Parteien legitimiert. In **Artikel 21 GG** steht: „(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben. (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“ In Absatz zwei haben die Lehren aus Weimar Eingang erhalten: Im Parlament soll das Gemeinwohl im Zentrum stehen und nicht die Sonderinteressen der Parteien, vor allem wenn sie sich gegen das demokratische Regierungssystem stellen. In der Endphase von Weimar (ab 1930) konnte nur noch mit Präsidialkabinetten regiert werden, da die demokratiefeindlich gesinnten Parteien NSDAP und KPD über eine Mehrheit verfügten und eine stabile Regierungsbildung nicht mehr möglich war. Sollte in der gegenwärtigen Zeit abermals eine Partei das demokra-

nicht für das Gemeinwohl zu engagieren, sondern ihre speziellen Sonderinteressen zu verfolgen. So war bis in die Mitte der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts die Verwendung des Begriffs „Partei“ im dänischen Parlament untersagt.⁴⁰⁴

Ab 1860 existierten Gruppen und Koalitionen von geistesverwandten Politikern und so bildeten sich allmählich die Liberalen (Venstre) und die Konservativen (damals unter der Bezeichnung Højre) als eigenständige Parteien heraus. Diese Parteibildung fand von „oben“ statt,⁴⁰⁵ während sich die Sozialdemokraten ab 1880 von „unten“ gründeten. Letztere bauten in Dänemark ein Netz von lokalen Wählervereinigungen auf. Durch diese Organisationsstruktur konnten die Sozialdemokraten schon 1884 in den Folketing einziehen. Die Liberalen und Konservativen ahmten dieses Erfolgsmodell nach und gegen Ende des 19. Jahrhunderts existierten im dänischen Parteiensystem drei Parteien, die in der Lage waren Wähler zu mobilisieren und Wahlkämpfe durchzuführen.⁴⁰⁶ Die Konservativen vertraten die Interessen der städtischen Gewerbetreibenden, die Liberalen engagierten sich hauptsächlich für die Bauernschaft und die Sozialdemokraten bezogen ihre Wähler aus der städtischen Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum.⁴⁰⁷ 1905 veränderte sich das Parteiensystem, als sich die Radikalliberalen (Radikale Venstre) von den Liberalen abspalteten. Die Radikalliberalen wurden größtenteils von städtischen Intellektuellen und Bildungsbürgern geleitet, vertraten aber hauptsächlich die Interessen der Kleinbauern.⁴⁰⁸

tische Regierungssystem Deutschlands öffentlich ablehnen, könnte sie verboten werden, wie es mit der KPD 1956 geschah. Dieses Instrument sah die WRV nicht vor.

⁴⁰⁴ Vgl.: Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 90.

⁴⁰⁵ Vgl.: Kurt Bernd Meyer, Parteiensystem in Dänemark, S. 14.

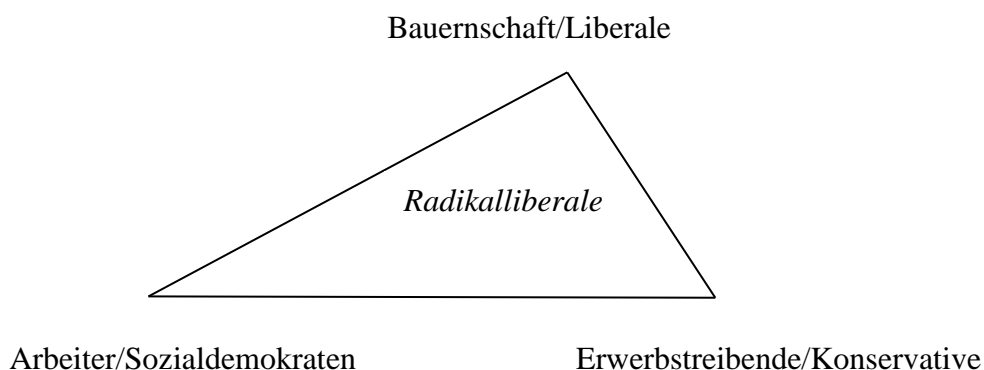
⁴⁰⁶ Vgl.: Mogens N. Pedersen: Eine kurzgefaßte Übersicht über die Entwicklung des dänischen Parteiensystems, in: Franz Urban Pappi; Hermann Schmitt (Hrsg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt am Main 1994, S. 91-108, hier: S. 96; Meyer, Parteiensystem in Dänemark, S. 16.

⁴⁰⁷ Vgl.: Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 91; Wenzel, Das Parteiensystem Dänemarks, S. 49.

⁴⁰⁸ Vgl.: Wenzel, Das Parteiensystem Dänemarks, S. 51f.; Meyer, Parteiensystem in Dänemark, S. 33ff.

Ab 1920 hatte sich ein Parteiensystem herauskristallisiert, welches deckungsgleich mit dem Dreieck des norwegischen Politikwissenschaftlers Stein Rokkan ist, durch das die soziale Verankerung einer Partei und die hauptsächlichen gesellschaftlichen Konfliktlinien aufgezeigt werden:

Abbildung 3: Das dänische Parteiensystem von 1884 bis 1920 und Rokkans Dreieck⁴⁰⁹



In Rokkans Dreieck markiert die Grundlinie den Wettbewerb zwischen den Sozialdemokraten und den Konservativen um die steigende Zahl der Angestellten, an dem die Radikalliberalen⁴¹⁰ nicht partizipieren konnten, Der linke Schenkel drückt den Kampf der Liberalen mit den Sozialdemokraten um die Stimmen der Kleinbauern und Landarbeiter aus, mit den Radikalliberalen als dritten Teilnehmer. Durch den rechten Schenkel wird der Wettbewerb um die Stimmen des Mittelstandes ausgedrückt, in dem sich hauptsächlich die Konservativen und die Liberalen gegenüberstanden.⁴¹¹

Dieses Vierparteiensystem prägte Dänemark bis 1947 und überstand sowohl die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ab 1929 als auch die deutsche Besatzungszeit (1940-1945).⁴¹² Zu ihrer Höchstzeit gelang es den vier Parteien ungefähr 90% der abgegebenen Stimmen bei Wahlen zum dänischen Parlament auf sich zu vereinigen.⁴¹³ Auch als die Arbeitslosenquote in Dänemark Anfang der 30er Jahre ca. 30% betrug, gelang es der kommunistischen Partei (DKP) nicht, im großen Maße in die Wählerschaft der So-

⁴⁰⁹ Zeichnung nach: Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 91, basierend auf Jørgen Elklit: Det klassiske danske partisystem bliver til, in: Jørgen Elklit; Ole Tonsgaard (Hrsg.): Valg og vælgeradfærd, Århus 1986, S. 21-38, hier: S. 37.

⁴¹⁰ In der Zeichnung kursiv eingetragen, da die Partei erst 1905 Eingang in das dänische Parlament fand.

⁴¹¹ Vgl.: Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 91.

⁴¹² Vgl.: Wenzel, Das Parteiensystem Dänemarks, S. 59ff (Nachweis Weltwirtschaftskrise) und S. 62ff (Besatzungszeit) und Meyer, Parteiensystem in Dänemark, S. 55-61 (Weltwirtschaftskrise)

⁴¹³ Vgl.: Mogens Pedersen, dänisches Parteiensystem, S. 98-101.

zialdemokraten einzubrechen. Dieses änderte sich bei den Wahlen zum Folketing 1945, als es ihr gelang, auf Anhieb 18 Mandate zu erreichen und die Radikalliberalen (3 Mandate) auf den fünften Platz zu verweisen. Dieser hohe Anteil erklärte sich dadurch, dass die kommunistische Partei gegen die deutschen Besatzer einen organisierten Widerstand aufbaute.⁴¹⁴ Auch wenn die DKP bei den nächsten Wahlen diesen Wahlerfolg nicht bestätigen konnte,⁴¹⁵ deutete sich bis 1973 an, dass sich das klassische Parteiensystem im Niedergang befand. Waren 1947 schon sechs⁴¹⁶ Parteien im Folketing vertreten, sollte sich diese Zahl bei der Erdrutschwahl 1973 auf zehn steigern.⁴¹⁷

Aus der heutigen Sicht lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die vier klassischen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg eine nicht mehr existierende Wirtschafts- und Sozialstruktur vertraten.⁴¹⁸ Dieses kam im Dezember 1973 zum Vorschein, als die vier etablierten Parteien gemeinsam nur noch 65% anstatt 90% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten. Dieses quasi über Nacht veränderte Parteiensystem, das ein Beobachter als „eine der international größten Niederlagen der Wahl- und Parteiengeschichte“⁴¹⁹ bewertete, stellt ein „stark fragmentiertes Mehrparteiensystem“⁴²⁰ dar, „bei dem die einzelnen Parteien aber noch immer in eine Rechts-Links-Dimension“ eingeordnet werden können⁴²¹. Erklärt wird der Wandel durch eine Änderung der klassischen dänischen Sozialstruktur und der „Auflösung traditioneller, geschlossener, sozialer Umwelten durch neue Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen“⁴²², die dazu geführt haben,

„daß die überkommenen sozialen Basiskonflikte an Schärfe und politischer Integrationskraft verloren haben. Ein wachsender Anteil der Wähler lebt in sich kreuzenden sozialen Kreisen, so daß seine Bindungen an gesellschaftliche normen – darunter ein gruppenspezifisches Wahlverhalten – gelockert wurden.“⁴²³

⁴¹⁴ Vgl.: Meyer, Parteiensystem in Dänemark, S. 66.

⁴¹⁵ Dieses lag auch daran, dass sich 1958 die Sozialistische Volkspartei von den Kommunisten abspaltete. Vgl.: Wenzel, Das Parteiensystem Dänemarks, S. 129.

⁴¹⁶ Die insgesamt vier Vertreter der Faröer-Inseln sowie Grönland werden hier nicht dazugezählt.

⁴¹⁷ Mandatsverteilung von 1947 abgedruckt bei Wenzel, Das Parteiensystem Dänemarks, S. 69; Mandatsverteilung ab 1960 bis November 2007 abgedruckt bei Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 88.

⁴¹⁸ Vgl.: Per Bendix: Valget som en politiker ser det, in: Ole Bohn (Hrsg.): Decembervalget 1973, København 1974, S. 9-24, hier: S. 19.

⁴¹⁹ Mogens Pedersen, dänisches Parteiensystem, S. 101.

⁴²⁰ Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 93.

⁴²¹ Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 93.

⁴²² Wenzel, Das Parteiensystem Dänemarks, S. 270f.

⁴²³ Wenzel, Das Parteiensystem Dänemarks, S. 271.

Abbildung 4: Wahlergebnisse und Sitzverteilung im dänischen Parlament seit 1973⁴²⁴

	Dez. 1973	Jan. 1975	Feb. 1977	Okt. 1979	Dez. 1981	Jan. 1984	Sep. 1987	Mai 1988	Dez. 1990	Sep. 1994	März 1998	Nov. 2001	Feb. 2005	Nov. 2007
Sozialdemokraten	25,6 46	29,9 53	37,0 65	38,3 68	32,9 59	31,6 56	29,3 54	29,8 55	37,4 69	34,6 62	36,0 63	29,1 52	25,8 47	25,5 45
Radikalliberale	11,2 20	7,1 13	3,6 6	5,4 10	5,1 9	5,5 10	6,2 11	5,6 10	3,5 7	4,8 8	3,9 7	5,2 9	9,2 17	5,1 9
Liberales	12,3 22	23,3 42	12,0 21	12,5 22	11,3 20	12,1 22	10,5 19	11,8 22	15,8 29	23,3 42	24,0 42	31,3 56	29,0 52	26,2 46
Konservative	9,2 16	5,5 10	8,5 15	12,5 22	14,5 26	23,4 42	20,8 38	19,3 35	16,0 30	15,0 28	8,9 16	9,1 16	10,3 18	10,4 19
Sozialistische Volkspartei	6,0 11	5,0 9	3,9 7	5,9 11	11,3 21	11,5 21	14,6 27	13,0 24	8,3 15	7,3 13	7,5 13	6,4 12	6,0 11	13,0 23
Gemeinsamer Kurs	-	-	-	-	-	-	2,2 4	1,9 0	1,8 0	-	-	-	-	-
Kommunisten	3,6 6	4,2 7	3,7 7	1,9 0	1,1 0	0,7 0	0,9 0	0,8 0	-	-	-	-	-	-
Einheitsliste	-	-	-	-	-	-	-	-	1,7 0	3,1 6	2,7 5	2,4 4	3,4 6	2,2 4
Linkssozialisten	1,5 0	2,1 4	2,7 5	3,7 6	2,7 5	2,7 5	1,4 0	0,8 0	-	-	-	-	-	-
Georgisten	2,3 5	1,8 0	3,3 6	2,6 5	1,4 0	1,5 0	0,5 0	-	0,5 0	-	-	-	-	-
Zentrumsdemokraten	7,8 14	2,2 4	6,4 11	3,2 6	8,3 15	4,6 8	4,8 9	4,7 9	5,1 9	2,8 5	4,3 8	1,8 0	1,0 0	-
Christliche Volkspartei	4,0 7	5,3 9	3,4 6	2,6 5	2,3 4	2,7 5	2,4 4	2,0 4	2,3 4	1,9 0	2,5 4	2,4 4	1,7 0	0,9 0
Fortschrittspartei	15,9 28	13,6 24	14,6 26	11,0 20	8,9 16	3,6 6	4,8 9	9,0 16	6,4 12	6,4 11	2,4 4	0,6 0	-	-
Dänische Volkspartei	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,4 13	12,0 22	13,3 24	13,9 25
Neue Allianz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,8 5
Andere	-	-	0,9	0,4	0,2	0,1	1,5	1,4	0,9	1,0	0,4	0	0,3	0
Gesamt	175	175	175	175	175	175	175	175	175	175	175	175	175	175
Wahlbeteiligung	88,7	88,2	88,7	85,6	83,2	88,4	86,7	85,7	82,8	84,3	85,9	87,0	84,5	86,6

In den vergangenen zehn Jahren haben sich im dänischen Parteiensystem zwei Tendenzen herauskristallisiert. Zum einen ist der schleichende Niedergang der Sozialdemokratischen Partei zu erwähnen. Gelang es ihr noch, in den Wahlen vom März 1998 einen Stimmenanteil von 36% zu erreichen, betrug dieser nach der letzten Wahl im November 2007 nur noch 25,5%. Sie verlor in diesem Zeitraum fast ein Drittel ihrer Mandate (von 63 auf 45 Mandate). Erklärt werden kann dieser Niedergang mit Personalquerelen und Führungsschwäche, aber auch mit ihrer programmatischen Schwäche. Es gelang der Partei in den letzten Jahren nicht, sich als alleiniger Garant für die Stabilität des Wohl-

⁴²⁴ Tabelle übernommen aus Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 88. Bei jeder Partei stehen die Prozentzahlen oben, während die untere Zahl auf die Anzahl der Sitze verweist. Es kommen zu den hier aufgeführten 175 Sitzen jeweils vier Sitze (2 Sitze von den Färöern sowie 2 Sitze von Grönland) hinzu.

fahrtsstaates darzustellen, zudem hatte sie auf wichtige gesellschaftliche Fragestellungen, wie zum Beispiel die Politikfelder Integration und Migration, keine Antworten.⁴²⁵ Die zweite Tendenz beinhaltet das Ausscheiden der Zentrumsdemokraten und der Christlichen Volkspartei aus dem Folketing. Beide Parteien spielten seit den 80er Jahren eine wichtige Rolle als Mehrheitsbeschaffer für eine sozialdemokratische oder eine liberal-konservative Regierung. Beide Parteien sind seit 2001 (Zentrumsdemokraten) beziehungsweise 2005 (Christliche Volkspartei) nicht mehr im Folketing vertreten. Als Resultat des Wahlergebnisses von 2001 formierte sich eine Minderheitsregierung bestehend aus den Liberalen (Venstre) – seit 2001 stärkste Partei im Folketing – und den Konservativen, toleriert von der rechtspopulistische Dänischen Volkspartei (seit 2007 benötigt die liberal-konservative Regierung zusätzlich noch die Stimme eines Abgeordneten der Färöer-Inseln).

Durch die Gründung der Partei „Neue Allianz“ wurde der Versuch gestartet, die Tradition der Zentrumsdemokraten und der Christlichen Volkspartei zu erneuern und die politische Mitte wieder zu besetzen. Die Wahlen zum Folketing im November 2007 verliefen allerdings enttäuschend und die „Neue Allianz“ konnte nur mit fünf Mandaten in das Parlament einziehen. Kurz nach der Wahl verließen zwei der neu gewählten Abgeordneten die Fraktion, so dass die „Neue Allianz“ nunmehr eine Splitterpartei darstellt.⁴²⁶

Derzeit sind acht Parteien plus die vier Vertreter der Färöer-Inseln und Grönland im Parlament vertreten. Die Regierungsbildung ist nur durch die Bildung von Koalitionen möglich, die ebenfalls einen oder mehrere Mehrheitsbeschaffer benötigt. Insofern ist die innen- und außenpolitische Diskursstruktur äußerst breit, denn die Regierung muss zusätzlich noch auf die Mehrheitsbeschaffer achten und ihnen ebenfalls ein Mitspracherecht einräumen.

⁴²⁵ Vgl.: Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 94.

⁴²⁶ Vgl.: Ebda., S. 94.

Abbildung 5: Mitgliederzahlen der politischen Parteien 1947-2005⁴²⁷

Angaben in 1000	1947	1957	1968	1977	1987	1998	2005
Sozialdemokraten	288	265	177	111	100	57	57
Konservative	79	98	140	47	45	24	18
Liberales	193	189	149	100	83	84	68
Radikalliberale	32	31	20	14	10	6	9
Kommunisten	45	18	10	11	6	-	-
Georgisten	11	9	2	3	2	-	-
Soz. Volkspartei	-	-	3	5	9	6	9
Linkssozialisten	-	-	3	3	1	0 ⁴²⁸	-
Christliche Volkspartei	-	-	-	11	10	7	Keine Angabe
Fortschrittspartei	-	-	-	4	4	3	-
Zentrumsdemokraten	-	-	-	2	2	1	-
Einheitsliste	-	-	-	-	-	2	4
Dänische Volkspartei	-	-	-	-	-	4	8
Alle Parteien	648	611	505	310	272	194	186
% der Wählerschaft	27	22	16	9	7	5	5

Dazu kommt, dass die politischen Parteien in der dänischen Gesellschaft schwach verankert sind. Waren noch 1947 ca. 648 000 Dänen Mitglied in einer Partei (das entsprach 27% der Wählerschaft),⁴²⁹ so sind es im Jahr 2005 gerade einmal 186 000 gewesen (das entspricht gerade einmal 5% der Wählerschaft).⁴³⁰ Während die Massenbasis der vier klassischen Parteien im Laufe der Jahrzehnte erodierte, gelang es den Parteien, die sich nach dem Krieg formierten, nicht, eine derartige Massenbasis zu entwickeln.⁴³¹

⁴²⁷ Vgl.: Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 92. Der Zeitraum von 1947 bis 1987 basiert auf: Jørgen Goul Andersen: Politik og samfund i forandring, Kopenhagen 1994, S. 124.

⁴²⁸ Die Mitgliederzahl liegt unter 1000. Da aus Gründen der Übersicht die Angaben in 1000 gemacht werden, d.h. eine 1 bedeutet 1000 Mitglieder, wird der Einfachheit halber der Wert auf 0 gesetzt.

⁴²⁹ Vgl.: Jørgen Goul Andersen: Politik og samfund i forandring, Kopenhagen 1994, S. 124.

⁴³⁰ Vgl.: Nannestad, Das politische System Dänemarks, S. 92.

⁴³¹ Ebd., S. 92.

3.3 Resümee

Insgesamt kann die dänische Diskursstruktur in außenpolitischen Angelegenheiten als sehr breit und sehr offen bezeichnet werden. An den außenpolitischen Debatten – und um die soll es an dieser Stelle gehen – nehmen nicht nur die Regierung, das Parlament und diverse Interessensverbände teil, sondern auch eine sehr gut organisierte und einflussreiche außerparlamentarische Opposition. Bei den Regierungsmitgliedern gilt der Premierminister als der Hauptdiskursträger. Zwar sollten der Außen- und der Verteidigungsminister nicht gänzlich übersehen werden, an den Einfluss des Premierministers reichen sie aber bei weitem nicht heran.

Die erhebliche Einwirkung des dänischen Parlamentes auf die außenpolitischen Entscheidungsprozesse zeigt sich daran, dass besonders der Europa-Ausschuss einen wichtigen Diskursträger darstellt. Durch die dänische Konsensorientierung ist es aber auch kleineren Parteien möglich, auf die Gestaltung der dänischen Außenpolitik einen beachtlichen Einfluss zu nehmen. Erinnerung sei an dieser Stelle noch einmal an den „Nationalen Kompromiss“ der nach dem negativen Maastricht-Referendum nötig wurde, und der größtenteils von der Sozialistischen Volkspartei (damaliger Stimmenanteil: 8,3%) verfasst wurde. Doch die dänische Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten ambivalent entwickelt. Sie besteht darauf, dass ihr das Instrument der direkten Demokratie – das Referendum – erhalten bleibt, um an den innen- und außenpolitischen Fragen unmittelbar partizipieren zu können und engagiert sich in zahlreichen Bürgerinitiativen. Auf der anderen Seite ist das Engagement in den politischen Parteien deutlich zurückgegangen.

Teil B Vergangenheit

4. Die Entwicklung der dänischen USA-Politik von 1865 bis 1987

Die außenpolitischen Beziehungen zwischen beiden Staaten beginnen genau genommen mit dem ersten Kontakt wegen dem Verkauf der Jungfraueninseln. 1865 hatte Dänemark nach Beendigung des deutsch-dänischen Krieges von 1864 gerade einen Großteil seines Territoriums (das heutige Schleswig-Holstein und die Region Nordschleswig) verloren. In den USA ging in diesem Jahr der vier Jahre währende Bürgerkrieg zu Ende. Bis 1917 galt die amerikanische Maxime, die der erste Präsident des Landes, George Washington, festlegte: Die USA sollten sich aus allen europäischen Händeln heraushalten und sich nicht in ihre Rivalitäten verstricken lassen.⁴³² Das einzige außenpolitische Interesse der USA konzentrierte sich auf Lateinamerika und ab 1895 auf die Konkursmasse der einstigen Kolonialmacht Spanien, welches sich im spanisch-amerikanischen Krieg 1898 den Amerikanern geschlagen geben musste.⁴³³ Erst Woodrow Wilson sollte die Maxime Washingtons aufgeben. Ab 1917 traten die USA in den Ersten Weltkrieg ein und sorgten durch frisches Material und neue Truppen für die Entscheidung an der Westfront.⁴³⁴ Der deutschen Seite blieb angesichts der Überlegenheit der Alliierten keine andere Alternative, als um Frieden zu bitten.⁴³⁵

Wilson, ein überzeugter Idealist, verfolgte mit dem amerikanischen Eingreifen in Europa ein weiterreichendes Ziel. Kriege sollten für alle Zeit verhindert werden, besonders weil sie auch die Weltwirtschaft in Mitleidenschaft zogen.⁴³⁶ Um einen dauerhaften Frieden in Europa möglich zu machen, sorgten die Siegermächte neben einer aktiven Politik der Abrüstung auch für die Etablierung einer internationalen Organisation, die alle zukünftigen Konflikte im Dialog und unter dem Begriff „Kollektiver Sicherheit“

⁴³² Vgl.: Hacke, Zur Weltmacht verdammt, S. 48f. Hacke weist darauf hin, dass Alexander Hamilton für George Washington der wichtigste Berater in außenpolitischen Angelegenheiten war: „Hamilton plädierte deshalb für außenpolitische Neutralität, solange die USA nicht in der Lage waren, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen. In Washingtons Abschiedsadresse von 1796 wurde dieses außenpolitische Credo wiederholt und schließlich von allen außenpolitischen Gruppierungen, auch von den Anhängern Jeffersons, respektiert: Realismus bedeutete außenpolitischer Status quo, Isolationismus und Neutralität. George Washington und Alexander Hamilton wollten Zeit gewinnen, damit sich das Land ohne außenpolitische Händel frei entwickeln könne“. Zitiert nach: Hacke, Zur Weltmacht verdammt, S. 49.

⁴³³ Vgl.: Hans R. Guggisberg: Geschichte der USA, 4. Auflage (fortgeführt von Hermann Wellenreuther), Stuttgart 2002, S. 163f; Jürgen Heideking: Geschichte der USA, Tübingen 1996, S. 233-237.

⁴³⁴ Vgl.: Udo Sautter: Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, 7. Auflage, Stuttgart 2006, S. 343f.

⁴³⁵ Vgl.: Ebda., S. 351.

⁴³⁶ Vergleiche das Kurzporträt über Woodrow Wilson bei Peter Schäfer; Ulrike Skorsetz: Die Präsidenten der USA in Lebensbildern: Von George Washington bis Bill Clinton, Berlin 1999, S. 299-310.

lösen sollte. Im Völkerbund, dem Vorgänger der UNO, sollten alle strittigen Fragen zwischen den Mitgliedsstaaten behandelt werden.⁴³⁷ Wilson stand 1918/1919 vor zwei wegweisenden Aufgaben. In Europa ging es für ihn darum, den Verlierern des Ersten Weltkrieges (Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei) gemäßigte Friedensbedingungen anzubieten, so dass das Aufkommen einer eventuellen Revanchepolitik von Anfang an im Keim erstickt werden sollte. Zudem – und dieses war Wilsons Spagat, an dem er in einer Zeit, wo eine Atlantiküberquerung nur durch eine mehrwöchige Schiffsreise möglich war, scheitern sollte – musste er den Senat überzeugen, dass sich die USA weiterhin auf dem europäischen Kontinent engagieren müssten, um einen dauerhaften Frieden in Europa zu ermöglichen. Beide Vorhaben gelangen ihm nicht: Die fünf Pariser Friedensverträge waren allesamt Diktatfrieden und nicht dazu geeignet, auf Dauer ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu etablieren.⁴³⁸ Zusätzlich lehnte der Senat die Mitgliedschaft der Vereinigten Staaten im Völkerbund ab.⁴³⁹

Die Folge war, dass genau zwanzig Jahre später, wiederum von Europa ausgehend, ein Krieg ausbrechen sollte, der in seiner Intensität den Ersten Weltkrieg bei weitem übertrafen sollte. Abermals stellte sich in den USA die Frage, ob man nicht erneut militärisch auf dem europäischen Kontinent eingreifen sollte. Die Entscheidung wurde nach dem japanischen Luftangriff auf Pearl Harbour gefällt.⁴⁴⁰ Die USA engagierten sich sowohl auf dem asiatischen als auch auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Es gelang Roosevelt und seinem Nachfolger Truman nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges eine neue Außenpolitik zu etablieren: 1945 galten die USA als die einzige Supermacht, denn sie verfügte als einziger Staat über die Atombombe, da die Sowjetunion erst vier Jahre später ein nukleares Potential vorweisen konnte. Die Vereinigten Staaten hatten zwei Kriege gleichzeitig (gegen Deutschland und gegen Japan) gewonnen und gingen nun daran, eine neue Weltordnung zu etablieren. Doch schon auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli – 2. August 1945) kam es zu einer Entfremdung zwischen den USA und Großbritannien auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Die Sowjetunion versuchte ihre Interessensphären in Osteuropa und Zentralasien weiter auszubauen.

⁴³⁷ Diese Aufgaben konnte der Völkerbund nicht erfüllen, denn er wurde von seinen Gründerstaaten mit wenigen Kompetenzen ausgestattet. Vgl.: Helmut Volger: Geschichte der Vereinten Nationen, 2. Auflage, Oldenbourg 2008, S. 1.

⁴³⁸ Vgl.: Sautter, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, S. 352.

⁴³⁹ Der Errichtung des Völkerbunds war im Versailler Vertrag festgelegt worden. Da der Vertrag in der Schlussabstimmung im Senat im März 1920 die Zweidrittel-Ratifizierungsmehrheit knapp verfehlte, blieben die USA dem Völkerbund fern. Vgl.: Heideking, Geschichte der USA, S. 272; Guggisberg, Geschichte der USA, S. 174.

⁴⁴⁰ Vgl.: Sautter, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, S. 425f.

en und ging gegenüber den USA auf Konfrontationskurs.⁴⁴¹ Ein dauerhaftes Engagement der USA in Europa machte aber nur dann Sinn, wenn die westeuropäischen Staaten ihre Rivalitäten beseitigten und sich zusammenschlossen, um sich vor einer eventuellen sowjetischen Expansionspolitik zu wappnen. Mit dem Abschluss des Brüsseler Vertrages, der ein militärisches Verteidigungsbündnis zwischen Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Ländern begründete, gaben diese Staaten den USA die erhoffte Vorlage.⁴⁴² In den Jahren 1948 und 1949 führten die USA aktive Gespräche mit diversen Staaten Nord-, West- und Südeuropas, um ein atlantisches Verteidigungsbündnis aufzubauen, welches am 4. April 1949 gegründet wurde.

Dänemark führte nach der Niederlage im Deutsch-Dänischen Krieg einen strikten Kurs der außenpolitischen Neutralität, der bis 1945 andauerte. Das Königreich musste nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einsehen, dass seine Neutralitätspolitik gescheitert war. Nach einem innenpolitischen Diskurs entschied sich das Königreich, an dem atlantischen Verteidigungsbündnis teilzunehmen, entwickelte sich aber besonders in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts zu einem schwierigen Verbündeten. Im Folgenden sollen die wichtigsten Wegstrecken der dänisch-amerikanischen Beziehungen im Zeitraum 1865 bis 1987 nachgezeichnet und anschließend zusammengefasst werden.

4.1 Der versuchte Verkauf der Westindischen Inseln⁴⁴³ 1865-1870⁴⁴⁴

In der Zeitspanne von 1865 bis 1870 kam es zu den ersten erwähnenswerten Verhandlungen zwischen den USA und Dänemark über den Verkauf der Westindischen Inseln (St. Thomas, St. John und Ste. Croix). Die dänische Westindische Handelskompanie nahm 1672 St. Thomas in Besitz, wohingegen die anderen beiden Inseln, St. John und St. Croix, erst 1718 bzw. 1733 in dänischen Besitz übergingen.⁴⁴⁵ Das Jahr 1865 war für beide Staaten einschneidend. Dänemark hatte 1864 die Niederlage im Deutsch-

⁴⁴¹ Vgl.: Heideking, Geschichte der USA, S. 337; Sautter, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, S. 452f; Schäfer und Skoretz, Die Präsidenten der USA, S. 365.

⁴⁴² Vgl.: Heideking, Geschichte der USA, S. 358, Sautter, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, S. 463f.

⁴⁴³ Unter Dänisch-Westindien (dän.: Dansk Vestindien) werden die Jungfraueninseln (dän.: Jomfruøerne) Saint Thomas, Saint John und Saint Croix, die heutigen Amerikanischen Jungfraueninseln (U.S. Virgin Islands) verstanden. Dabei werden die Namen Westindische Inseln (in englischsprachigen Darstellungen wie bei Pedersen werden sie als West Indies bezeichnet) und Jungfraueninseln synonym verwendet.

⁴⁴⁴ Maßgeblich zum Folgenden: Erik Overgaard Pedersen, The Attempted Sale of the Danish West Indies to the United States of America, 1865-1870, Frankfurt am Main 1997.

⁴⁴⁵ Vgl.: Ebda., S. iv.

Dänischen Krieg zu akzeptieren, wohingegen die USA nach vier Jahren das Ende des Sezessionskrieges erlebten. Dieser Konflikt zwischen den industrialisierten Nordstaaten und den landwirtschaftlich geprägten Südstaaten entzündete sich an der Abolition. Während der Norden sich unter Berufung auf die Menschenrechte für das Ende der Sklaverei einsetzte und aktiv für die Rückführung der farbigen Bevölkerung nach Afrika (wie beispielsweise bei der Gründung des afrikanischen Freistaates Liberia im Jahr 1847) eintrat, befürchtete der Süden durch den Verzicht auf die billigen Arbeitskräfte das Ende seines Baumwollmonopols. Sämtliche Versuche, den Konflikt friedlich zu lösen,⁴⁴⁶ scheiterten bzw. heizten - wie im Falle des Kansas-Nebraska-Konfliktes⁴⁴⁷ 1854 - den Konflikt noch weiter an.

Nachdem der Bundesstaat South Carolina und weitere zehn Staaten die „Konföderierten Staaten von Amerika“ gegründet hatten, um aus dem Staatswesen USA auszuschneiden, kam es zum Krieg, denn Präsident Lincoln setzte sich entschlossen für den Erhalt der Vereinigten Staaten von Amerika ein. Nach anfänglichen Erfolgen der Konföderierten (Bull Run 1861/62, Fredericksburg 1862 und Chancellorsville 1863) bedeutete die Schlacht bei Gettysburg 1863, bei der General Lee zum Rückzug gezwungen wurde, die Wende. Im April 1865 kapitulierte Lee bedingungslos bei Appomatox Court House und der Krieg war zugunsten der Nordstaaten entschieden.⁴⁴⁸ Der amerikanische Bürgerkrieg kostete insgesamt 620 000 Menschenleben,⁴⁴⁹ doch das Hauptziel Lincolns, die Einheit der Vereinigten Staaten von Amerika zu verteidigen, wurde erreicht. Unter der Führung des Nordens entwickeln sich die USA zu einer industriell führenden Wirtschaftsmacht. Der Süden hingegen war finanziell ruiniert und verlor an wirtschaftlicher Bedeutung (so verlagerte sich die lukrative Baumwollproduktion nach Ägypten und Indien).⁴⁵⁰

⁴⁴⁶ So beispielsweise im Missouri-Kompromiss 1820 [Trennung zwischen sklavenhaltenden und sklavenfreien Staaten] und im Clay-Kompromiss 1850 [Die Sklavenfrage wird den Einzelstaaten überlassen, d.h. jeder Bundesstaat kann frei entscheiden, ob er die Sklaverei erlaubt oder nicht].

⁴⁴⁷ Im Zuge des „Winning of the West“ entstanden neue Bundesstaaten (hier: Kansas und Nebraska), die mit ihrer Entscheidung, ob sie ein sklavenhaltender oder sklavenfreier Bundesstaat sein wollten, letztendlich die eine oder andere Seite im Gesamtgefüge USA verstärkten. Insofern kam es zu „eine Art Stellvertreterkrieg zwischen Norden und Süden“ (Heideking, Geschichte der USA, S. 160) in Kansas, bei der jede Seite der dortigen Bevölkerung ihr Gesellschaftsmodell aufzwingen wollte. Vgl.: Guggisberg, Geschichte der USA, S. 109f.

⁴⁴⁸ Vgl.: Heideking, Geschichte der USA, S. 166-175; Sautter, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, S. 228ff.

⁴⁴⁹ Vgl. die Zahlen bei Heideking (620 000 Gefallene, davon 360 000 aus dem Norden und 260 000 aus dem Süden) und Guggisberg (618 000 Gefallene, davon 360 000 aus dem Norden und 258 000 Gefallene aus dem Süden) sind quasi identisch. Vgl.: Heideking, Geschichte der USA, S. 174; Guggisberg, Geschichte der USA, S. 114.

⁴⁵⁰ Vgl.: Sautter, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, S. 244.

Schon lange vor 1865 gab es von Seiten der dänischen Regierung die Überlegung, ihren Teil der karibischen Jungfraueninseln zu verkaufen.⁴⁵¹ Bereits 1848 stellte sich heraus, dass die Insel aus finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht zur Last wurde. Als 1863 und 1864 neue Zolltarife auf Zucker von der Insel St. Croix erhoben wurden, verlor Dänemark endgültig das Interesse an dem Besitz der Inseln.⁴⁵²

Das erste Gesprächsangebot über den Kauf des dänischen Kolonialbesitzes initiierten die Vereinigten Staaten wenige Monate vor dem Ende des Sezessionskrieges. Während des Krieges erkannte die amerikanische Regierung, die eine Seeblockade gegen die Südstaaten/Konföderierten verhängte, dass den USA militärische Stützpunkte in der Karibik fehlten.⁴⁵³ Dänemark unterstützte im Sezessionskrieg die Nordstaaten und stellte der amerikanischen Marine die Infrastruktur auf St. Thomas zur Verfügung.⁴⁵⁴ William Henry Seward, der von 1861 bis 1869 als Außenminister unter den Präsidenten Abraham Lincoln und Andrew Johnson diente,⁴⁵⁵ wandte sich ab 1865 an den dänischen Botschafter in Washington D.C., Waldemar R. Raasloff, um den Kauf der Jungfraueninseln zu erörtern.⁴⁵⁶ Dieses war der erste offizielle Kontakt, nachdem die amerikanische Seite schon vorher den Kauf der Inseln in Erwägung gezogen hatte.⁴⁵⁷ Seward hatte die Befürchtung, dass sich Dänemark – wie es auch geschehen ist – an die Siegermächte des Deutsch-Dänischen-Krieges wenden könnte, um einen Tausch zwischen Nordschleswig und den Jungfraueninseln zu verwirklichen, oder das Österreich die Annexion der Inseln im Friedensvertrag forderte.⁴⁵⁸

In einem Schreiben des amerikanischen Dänemark-Beauftragten Bradford R. Wood (1800-1889) an Seward vom 15. Juli 1864 warnte dieser den amerikanischen Außenmi-

⁴⁵¹ Vgl.: Pedersen, *The Attempted Sale of the Danish West Indies*, S. vii. Aber auch während der Wiener Friedensgespräche 1865 zwischen Dänemark, Preußen und Österreich gab es von dänischer Seite das Angebot, den dänischen Kolonialbesitz gegen Nordschleswig einzutauschen, was die beiden Siegerstaaten des Deutsch-Dänischen Krieges aber ablehnten. Vgl.: Fridlev Skrubbeltrang: *Dansk Vestindien 1848-1880*, Vol. 5, *Vore gamle Tropekolonier*, Kopenhagen 1971, S. 69-72.

⁴⁵² Ove Hornby: *Koloniere i Vestindien*, Kopenhagen 1980, S. 262-293.

⁴⁵³ Vgl.: Pedersen, *The Attempted Sale of the Danish West Indies*, S. 4.

⁴⁵⁴ Vgl.: Ebd., S. 4.

⁴⁵⁵ Christian Hacke urteilt über ihn: „Er war der erste Außenminister, der mit Blick auf eine weltweite außenpolitische Verantwortung und Einflußnahme der USA dachte und handelte“. Zitiert nach: Hacke, *Zur Weltmacht verdammt*, S. 31.

⁴⁵⁶ Im 19. Jahrhundert war der Kauf oder Ankauf von Territorien ein durchaus gängiges Verfahren. So erwarben die Vereinigten Staaten 1803 von Frankreich das Louisiana Territorium, und 1867 kauften die USA – zur Zeit der Verhandlungen mit Dänemark über die Jungfraueninseln – Alaska von Russland.

⁴⁵⁷ Vgl.: Pedersen, *The Attempted Sale of the Danish West Indies*, S. 9.

⁴⁵⁸ Dass sich Österreich für die Verwaltung des Herzogtums Holstein entscheiden könnte, war aus amerikanischer Sicht anscheinend schwer vorstellbar.

nister vor einer möglichen österreichischen Annexion der Jungfraueninseln,⁴⁵⁹ die die Logistik der Seeblockade (der Sezessionskrieg war zu diesem Zeitpunkt noch nicht beendet) sicherlich erschwert hätte. Zudem spielte eine wichtige Rolle, dass Großbritannien und Frankreich – ganz zu schweigen von Spanien – fest in der Karibik etabliert waren, wohingegen die amerikanische Marine auf die Zusammenarbeit mit Dänemark angewiesen war.

Am 2. Januar 1865 wurde der dänische Botschafter Raasloff zum Neujahrsempfang von Präsident Lincoln eingeladen. Auf diesem begründete Seward die Position der USA: „events had compelled the United States to become a great maritime power, and consequently the possession of a harbor and depot in the West Indies had become a necessity“⁴⁶⁰. Seward wies außerdem darauf hin, dass sich Frankreich und Großbritannien eventuell in die Verhandlungen einmischen könnten.⁴⁶¹ Raasloff entgegnete, dass die dänische Regierung so kurz nach den territorialen Verlusten im Deutsch-Dänischen-Krieg kaum bereit sein werde, ihren Kolonialbesitz aufzugeben.⁴⁶² Und in der Tat lehnte die dänische Regierung das amerikanische Anliegen am 7. Januar 1865 ab.⁴⁶³

Die weiteren Gespräche zwischen Seward und Raasloff verzögerten sich u.a. auch, weil ein Attentat auf den amerikanischen Außenminister verübt wurde.⁴⁶⁴ Gegen Ende April 1865 entwickelte Raasloff ein perfides Modell: Dänemark sollte gleichzeitig mit Frankreich, Großbritannien und den USA über den Verkauf der Kolonien verhandeln, um auf diese Art und Weise den höchstmöglichen Preis zu erzielen.⁴⁶⁵ Diese Taktik sollte auch die finanziellen Einbußen nach dem Verlust der beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein mindern. In den Folgemonaten versuchte Raasloff die dänische Regierung von den finanziellen Vorteilen des Verkaufes zu überzeugen. Am 6. November 1865 fand ein Regierungswechsel in Kopenhagen statt, und das Kabinett Blume wurde durch das Kabinett Frijs (Regierungszeit 1865-1870) ersetzt. Frijs war von den Vorschlägen Raasloffs überzeugt,⁴⁶⁶ sah aber in dem amerikanischen Angebot auch die Gefahr, dass

⁴⁵⁹ Pedersen, *The Attempted Sale of the Danish West Indies*, S. 4f.

⁴⁶⁰ Zitiert nach: Ebda., S. 9.

⁴⁶¹ So wurde Christian Blume, der nach dem Deutsch-Dänischen-Krieg abermals zum Regierungschef Dänemarks (11. Juli 1864-6. November 1865) berufen wurde, von Sir Augustus Paget, dem Dänemark-Beauftragten der britischen Regierung, am 6. März auf das Gerücht angesprochen, ob Dänemark seinen Kolonialbesitz veräußern will. Vgl.: Ebda., S. 12.

⁴⁶² Vgl.: Ebda., S. 10.

⁴⁶³ Vgl.: Ebda., S. 38.

⁴⁶⁴ Vgl.: Ebda., S. 14.

⁴⁶⁵ Vgl.: Ebda., S. 14.

⁴⁶⁶ Vgl.: Ebda., S. 21 und S. 38.

sich wiederum die Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien durch den Verkauf verschlechtern könnten.⁴⁶⁷ Doch während Dänemark nun bereit war, dem Verkauf der Inseln zuzustimmen, befand sich der amerikanische Außenminister in einer heiklen Lage. Seward hatte den Vorschlag zum Kauf der Inseln mit Lincoln erörtert und obwohl auch Lincolns Nachfolger Johnson das Vorhaben unterstützte, war sich Seward nicht sicher, ob der Ankauf in den USA eine breite Unterstützung finden würde.⁴⁶⁸ Denn noch galt die Prämisse von Washington und Hamilton, die besagt, dass sich die USA aus allen Händeln in der Welt heraushalten sollten.

Bis Ende 1866 zogen sich die Verhandlungen weiter hin. Dänemark wollte mit einem Verkauf der Inseln nicht seine Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien verschlechtern, wohingegen es Seward nicht gelang, Dänemark einen Verkaufspreis anzubieten, der den Erwartungen des Königreiches einigermaßen entsprach. Im Januar 1867 startete Seward einen erneuten Anlauf.⁴⁶⁹ Im Juni 1867 schickte er Senator Doolittle nach Kopenhagen, der von Seward eine genaue Anleitung über die Summe bekam, über die er verfügen könnte:

„The price offered is five millions, which we have always stood ready to advance to ten millions. With a view to be able to do this we have, as the President knows, stopped upon Samana⁴⁷⁰ and Santo Domingo⁴⁷¹. If you find you can succeed forteen millions and no less, say so to the Danish Government⁴⁷²“.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde der Vertrag am 24. Oktober 1867 unterzeichnet. In ihm wurde festgelegt, dass der dänische König die Inseln St. Thomas und St. John für 7,5 Mio. \$ an die Vereinigten Staaten veräußert.⁴⁷³ In Dänemark wurde der Vertrag schnell ratifiziert, da er finanziell lukrativ erschien. In den USA fand die Ratifizierung allerdings nicht statt. Dieses lag größtenteils daran, dass sich die Regierung Jackson im Konflikt mit dem Kongress befand. Auch die Reise Raasloffs nach Washington im Winter 1868/69 blieb ohne Erfolg, weil es sowohl Seward als auch Außenminister Johnson nicht gelang, ihre Pläne im Senate Foreign Relations Committee durchzusetzen. Jacksons Nachfolger, Ulysses Grant, unterstützte die Ratifikation des Vertrages zunächst aus taktischen Gründen: Er konnte nicht eine amerikanische Expan-

⁴⁶⁷ Vgl.: Pedersen, *The Attempted Sale of the Danish West Indies*, S. 22.

⁴⁶⁸ Vgl.: Ebda., S. 23.

⁴⁶⁹ Vgl.: Ebda., S. 45.

⁴⁷⁰ Samana ist eine Provinz im Nordosten der Dominikanischen Republik.

⁴⁷¹ Santo Domingo (eigentlich Santo Domingo de Guzmán) ist die Hauptstadt der Dominikanischen Republik und besitzt den größten Hafen der Republik (La Haina).

⁴⁷² Zitiert aus: Pedersen, *The Attempted Sale of the Danish West Indies*, S. 51.

⁴⁷³ Vgl.: Ebda., S. 66.

sionspolitik in der Karibik propagieren, während er gleichzeitig auf St. Thomas verzichten würde.⁴⁷⁴

Als sich der Senat weigerte, den Vertrag über Santo Domingo zu ratifizieren, brachte Grant den Vertrag über St. Thomas nicht mehr in den Senat ein. Dieses sorgte dafür, dass sich die Beziehungen zwischen den USA und Dänemark in der Folgezeit abkühlten. Das Scheitern des Vertrages führte zum Rücktritt von Raasloff und leitete das Ende der Regierung Frijs ein.⁴⁷⁵ Pedersen gelangt zu dem Fazit:

„Without Raasloff’s excessive optimism in the St. Thomas negotiations, the project would most likely have been abandoned much earlier. Having become an ardent personal advocate of the transaction under the Bluhme Cabinet, he continued working for it even when the odds were insurmountable, and Frijs generally followed his advice. Upon the loss of the Duchies it was desirable to win a small victory in foreign policy. Raasloff must be blamed for not having faced the fact that the U.S. Senate could never be moved to go along with Seward’s plans. Thus great injustice was done to Denmark, which was left in a most humiliating situation with failures in both the West Indian sale and in the Schleswig-Holstein question“⁴⁷⁶.

4.2 Der Verkauf der Westindischen Inseln 1917 und die Schleswigfrage⁴⁷⁷ 1920⁴⁷⁸

Nachdem Deutschland 1918 die Friedensvorschläge Wilsons angenommen und sich auch bereit erklärt hatte, das politische Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten, meldete das Königreich Dänemark in Versailles als einziger neutraler Staat des Ersten Weltkrieges Gebietsansprüche gegenüber dem Deutschen Reich an. Schon vor dem Versailler Friedenskongress hatte sich die Regierung der Vereinigten Staaten mit der Schleswigfrage auseinandergesetzt: In den Jahren 1911-1917 gab es zwischen Däne-

⁴⁷⁴ Vgl.: Pedersen, *The Attempted Sale of the Danish West Indies*, S. 192; Das Verhalten Grants scheint darauf schließen zu lassen, dass der St. Thomas-Vertrag die von ihm geplante Annexion von Santo Domingo störte. Vgl.: Ebd., S. 160. Grant wollte Santo Domingo annectieren, um Brasilien zu zwingen, die Sklaverei abzuschaffen. Grants Gegenspieler in dieser Frage war Senator Charles Sumner, der der Meinung war, dass eine Annexion die Anzahl der autonomen Staaten im Westen, die von der dortigen Bevölkerung selbstständig verwaltet wurden, senken würde. Als der Senat den Vertrag nicht ratifizierte, war Grant mit seinem außenpolitischen Projekt gescheitert. Vgl.: William S. McFeely: *Grant: A Biography*, New York 1991, S. 349-352. Zur Stimmung der amerikanischen Bevölkerung über die Rolle der USA in der Karibik kurz und präzise: Schäfer und Skorsetz, *Die Präsidenten der USA*, S. 216.

⁴⁷⁵ Vgl.: Pedersen, *The Attempted Sale of the Danish West Indies*, S. 201.

⁴⁷⁶ Ebd., S. 201.

⁴⁷⁷ Dänemark proklamierte den nördlichsten Teil des heutigen Schleswig-Holsteins bis zur Eidergrenze aufgrund der dort lebenden dänischen Bevölkerung für sich. Auch wenn sie 1920 durch die Volksabstimmung nur das Gebiet „Nordschleswig“ zugesprochen bekommen haben, wurde im politischen Diskurs von der Lösung bis zur Eidergrenze gesprochen.

⁴⁷⁸ Maßgeblich zum Folgenden: Ellen Andrea Seehusen: *Der öffentliche Meinungsbildungsprozess zur Schleswigfrage in den Vereinigten Staaten nach dem Ersten Weltkrieg und Präsident Wilsons Friedensvorschläge*, Kiel 1987.

mark und den USA inoffizielle Verhandlungen, die beinahe zu einer Lösung der Grenzfrage geführt hätten, denn die Grenzfrage wurde von dänischer Seite mit einem möglichen Verkauf der zum Königreich gehörenden Jungfraueninseln (Karibik) verknüpft. Dieser Vorschlag wurde von der amerikanischen Seite wohlwollend aufgenommen, denn die USA waren an dem Erwerb der Insel St. Thomas und Grönland interessiert, da diese strategisch wichtige militärische Stützpunkte darstellten. Bereits während des Sezessionskrieges wurde der politischen Führung der USA die wichtige strategische Bedeutung der Insel St. Thomas bewusst. Nach dem Tauschkonzept sollte Dänemark die Inseln St. Thomas und Grönland an die Vereinigten Staaten abtreten und dafür als Gegenleistung die Inseln Mindanao, Palau und andere kleinere südliche Inseln der Philippinengruppe erhalten.⁴⁷⁹ Anschließend hätte es dann dem Königreich freigestanden, diese Inseln wiederum gegen das Gebiet in Schleswig, in dem überwiegend Dänen lebten, einzutauschen.

Doch trotz des Interesses der drei Seiten, dieses Vorhaben zu verwirklichen, kam der Tausch wegen der sich zuspitzenden Situation in Europa am Vorabend des Ersten Weltkrieges nicht zustande. Im Verlauf des Ersten Weltkrieges „beobachteten die USA das Grenzverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark genau“⁴⁸⁰. Die Vereinigten Staaten betrachteten die wachsende militärische Übermacht Deutschlands im Ostseeraum (Kriegshafen Kiel) mit Besorgnis, denn Russland beziehungsweise die Sowjetunion waren Anfang 1918 aus dem Krieg ausgeschieden und somit existierte kein Gegengewicht mehr zu einer möglichen deutschen Vorherrschaft über den Ostseeraum. Ergänzend kam noch hinzu, dass Deutschland durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal, dem heutigen Nord-Ostsee-Kanal, einen wichtigen Seefahrtsweg kontrollierte und bei einem erfolgreichen Angriff auf das militärisch schwache Dänemark das Skagerrak und den Großen Belt kontrollieren könnte.⁴⁸¹ Damit wären Skandinavien und die Sowjetunion vom Zugang zum Atlantik abgeschnitten worden. Auch wenn die Entwicklung des Krieges diese amerikanischen Befürchtungen nicht bestätigten, prägte dieses Szenario die Friedensverhandlungen in Versailles im Jahre 1919 entscheidend: So wurde zum Beispiel das Problem der zukünftigen Verwaltung des heutigen Nord-Ostsee-Kanals mit einer Lösung der Schleswig-Frage verknüpft.⁴⁸²

⁴⁷⁹ Vgl.: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 1f.

⁴⁸⁰ Ebda., S. 2.

⁴⁸¹ Vgl.: Ebda., S. 2f.

⁴⁸² Vgl.: Ebda., S. 3.

Auch in den USA wurde das Thema Nordschleswig in der öffentlichen Meinung diskutiert. Durch die große Anzahl deutscher und dänischer Einwanderer in den USA gelangte die Schleswigfrage in die regionale und überregionale Presse. Die in den USA lebenden dänischen Schleswiger stellten sich als zu jenen „unterdrückten“ Völkern gehörig dar, denen der amerikanische Präsident das Recht auf Selbstbestimmung zugebilligt hatte. Insofern gelang es ihnen mit Hilfe dieser Argumentation in der amerikanischen Bevölkerung Sympathien für ihr Anliegen zu gewinnen. Dagegen hatten die deutschen Einwanderer einen schlechten Stand, galt doch das Deutsche Reich als der eigentliche Aggressor in Europa, der das neutrale Belgien beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges einfach besetzte und sich mit Großbritannien im Krieg befand. Somit stieß die Verbreitung des deutschen Standpunktes in der Schleswigfrage nur auf ein geringes Echo in der amerikanischen Presselandschaft.⁴⁸³

Der amerikanische Präsident Wilson stand dem Anliegen der dänischen Immigranten positiv gegenüber und ließ seine Sympathie für die dänischen Forderungen in der amerikanischen Öffentlichkeit verbreiten. Die dänischen Forderungen stimmten mit den außenpolitischen Zielsetzungen der amerikanischen Regierung überein und so wurde die dänische Seite von der Wilson-Administration einseitig unterstützt. Mit dem Wissen um die amerikanische Unterstützung „und die dadurch begünstigte dänische Öffentlichkeitsarbeit in den USA“⁴⁸⁴, war die dänische Regierung in der Lage, ihre reservierte Politik gegenüber Deutschland als auch gegenüber den Alliierten Großbritannien und Frankreich im Ersten Weltkrieg fortzuführen. Offiziell war die dänische Regierung besonders darauf bedacht, jeglichem Konflikt mit der deutschen Regierung aus dem Weg zu gehen.⁴⁸⁵ Ferner war der dänischen Regierung bewusst, dass sich spätestens im Jahr 1918 der Schlüssel zur Schleswigfrage in den Händen der Siegermächte und in der von ihnen beauftragten Friedenskommission in Versailles befand. Somit konnten Konflikte zwischen der deutschen und der dänischen Regierung im Zeitraum 1921-1933 vermieden werden, und als Hitler 1933 Reichskanzler wurde, gab es vom Deutschen Reich nie den Versuch – trotz der Besetzung Dänemarks von 1940-1945 – das verlorene Gebiet Nordschleswig wieder zurück ins Reich zu holen. Im Gegenteil, Erich Thomsen charakterisiert das Verhalten Deutschlands im Zweiten Weltkrieg gegenüber Dänemark als „Sonderfall in der Außenpolitik des Dritten Reiches“⁴⁸⁶, denn „der Besetzung lagen rein

⁴⁸³ Vgl.: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 4.

⁴⁸⁴ Ebda., S. 5.

⁴⁸⁵ Vgl.: Ebda., S. 5.

⁴⁸⁶ Thomsen, Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark, S. 7.

militärische Gründe zugrunde. Weil die dänische Regierung keinen aktiven Widerstand leistete, blieben Regierung und Souveränität formal unangetastet. Dänemark blieb damit eine demokratisch gewählte Regierung erhalten⁴⁸⁷.

4.2.1 Der Schleswigsche Grenzkonflikt und die politischen Interessen der USA vor dem Ersten Weltkrieg

Die ersten Verhandlungen zwischen Dänemark und den USA über den dänischen Kolonialbesitz in der Karibik fanden gegen Ende des amerikanischen Sezessionskrieges statt. In der Öffentlichkeit kursierten Gerüchte, dass Dänemark über einen Umtausch Nordschleswigs gegen die dänische Kolonie, St. Thomas, mit Preußen verhandle. In mehreren Veröffentlichungen über die damals geführten Unterredungen wird darauf hingewiesen, dass Bismarck einem solchen Tausch durchaus positiv entgegenstand.⁴⁸⁸ Der Verkauf der Inseln an die USA scheiterte aber 1870 an dem Veto des amerikanischen Senats, was dazu führte, dass die offiziellen dänisch-amerikanischen Beziehungen für einen Zeitraum abkühlten.⁴⁸⁹

Nachdem Preußen die Herzogtümer Schleswig und Holstein in sein Staatsgebiet einverleibt hatte, übertrug es auch sein System auf die dänische Mehrheit in Nordschleswig. Streitpunkte waren u.a. eine preußische Schulreform, die vorsah, dass vornehmlich die deutsche Sprache an den Schulen unterrichtet werden sollte. Zudem galt auch für die dänischen Bürger im Norden Preußens die dreijährige Wehrpflicht, die sie aber nicht heimatnah stationiert ableisten konnten, sondern im fernen Ostpreußen, Pommern oder Schlesien. Die auftretenden politischen Spannungen im Gebiet Nordschleswig sollten aus dänischer Sicht durch einen Gebietstausch gelöst werden. Die dänische Regierung schlug einen Inseltausch vor, bei dem alle drei Seiten – Dänemark, die USA und Deutschland – profitieren würden. Die USA erlangte mit St. Thomas und Grönland zwei wichtige militärische Stützpunkte in der Karibik und im Atlantik, und die dänische Regierung könnte die im Tausch erhaltenen Inseln Mindanao, Palau und kleinere Inseln der Philippinengruppe wiederum gegen das Nordschleswig-Gebiet eintauschen.⁴⁹⁰

⁴⁸⁷ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 157.

⁴⁸⁸ Vgl.: Charles Tansill: The Purchase of the Danish West Indies, Baltimore 1932, S. 157-190.

⁴⁸⁹ Vgl.: Erik Overgaard Pedersen: The Attempted Sale of the Danish West Indies to the United States of America, 1865-1870, S. 199ff.

⁴⁹⁰ Vgl.: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 15.

Den USA kam dieses Angebot sehr gelegen. Nach dem Ende des verheerenden Bürgerkrieges begannen die Vereinigten Staaten ihre Position als Großmacht auf dem amerikanischen Kontinent auszubauen.⁴⁹¹ Im Jahre 1897 unterzeichneten „die USA mit der Annexion der Sandwichinseln (Hawaii) die erste territoriale Erwerbung außerhalb des amerikanischen Kontinents“⁴⁹². Im spanisch-amerikanischen Krieg gelang der amerikanischen Marine ein Seesieg über die Spanier, und Spanien musste im Pariser Frieden 1898 Guam, Puerto Rico und die Philippinen an die USA abtreten.⁴⁹³ Kuba wurde eine Republik, doch Amerika konnte auf der Karibikinsel bestimmte Hoheitsrechte wahrnehmen und erhielt die Möglichkeit, Flottenstützpunkte auf Kuba zu errichten (Guantanamo Bay ist bis heute ein amerikanischer Flottenstützpunkt).⁴⁹⁴ Damit schied Spanien aus der Reihe der europäischen Großmächte aus, wohingegen sich die Stellung der Vereinigten Staaten in der Karibik merklich stärkte. Das außenpolitische Ziel der amerikanischen Politik – gemäß der Monroe-Doktrin von 1823 – in den mittelamerikanischen Gebieten zu dominieren, wurde in den Bemühungen der USA um den Erwerb der sich unter dänischer Souveränität befindenden Inseln der Westantillen und dem nördlichen Grönland ab 1907 weiter verfolgt. Der Erwerb Grönlands stellte für die USA nicht nur aus ökonomischer Sicht, sondern auch aus militärischer Sicht, einen wichtigen Faktor dar.⁴⁹⁵

Bei den Verhandlungen mit Dänemark wurde der amerikanischen Seite klar, dass für Dänemark eine Lösung der Schleswigfrage die allerhöchste Priorität hatte. Der amerikanische Gesandte, Maurice Egan, erkannte, „dass wenn die Schleswigfrage zu dem Zeitpunkt mit den Interessen der Vereinigten Staaten verbunden würde, sich eine günstige Möglichkeit bot, Grönland und die westindischen Inseln für die USA zu erwerben“⁴⁹⁶. Somit plädierte er dafür, die mühsam verlaufenden Verhandlungen zwischen den USA und dem Königreich durch eine Verknüpfung mit der Schleswigfrage wieder in Schwung zu bringen. Der von der dänischen Seite favorisierte Inseltausch begann Formen anzunehmen. Das hätte allerdings zur Folge gehabt, dass Deutschland bei dem erwähnten Inseltausch im amerikanischen Interessengebiet im Fernen Osten präsent geworden wäre. Dieses wäre aber von amerikanischer Seite für positiv befunden worden, denn das Deutsche Reich hatte an der Niederwerfung des Boxeraufstandes in China

⁴⁹¹ Vgl.: Ebda., S. 16.

⁴⁹² Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 16.

⁴⁹³ Vgl.: Sautter, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, S. 322-325.

⁴⁹⁴ Vgl.: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 16.

⁴⁹⁵ Vgl.: Ebda., S. 17.

⁴⁹⁶ Ebda., S. 17.

im Sommer 1900 aktiv mitgeholfen und dafür gesorgt, dass die Machtverhältnisse im Fernen Osten stabil blieben. Und Deutschland, das seit 1884 ebenfalls Kolonialpolitik betrieb, hatte aus strategischen Gründen ebenfalls Interesse an einem Stützpunkt auf den Philippinen gehabt.⁴⁹⁷ Deutschland besaß in Asien Kolonien in Tsingtao und im Pazifischen Ozean (Kaiser-Wilhelm-Land, Bismarck-Archipel, sowie kleinere Inseln). Aufgrund der Entfernung zwischen diesen Kolonien, hätte ein Stützpunkt auf den Philippinen diese Logistik-Lücke leicht schließen können.

Generell betrachteten die amerikanischen Regierungen gegen Anfang des 20. Jahrhunderts das Aufkommen eines neuen Akteurs im Ostasiatischen Raum mit Sorge. Japan schien nach seinem Sieg gegen Russland im russisch-japanischen Krieg 1905 (Seeschlacht von Tsushima) auf dem Sprung zur Weltmacht zu sein. In den Vereinigten Staaten wuchs die Befürchtung, dass unter bestimmten Umständen China, Japan und Russland ein Bündnis eingehen könnten, welches wiederum die Europäer kurz- oder langfristig aus dieser Region verdrängen könnte. Frankreich drohte zu diesem Zeitpunkt seine Kolonie Tonking/Tonquin (das heutige Nordvietnam) an inländische Rebellen, die von China Unterstützung erhalten könnten, zu verlieren, wohingegen England bereits mit Japan ein Bündnis eingegangen war.⁴⁹⁸ Somit gelangte Egan in seinem Memorandum zum Ergebnis, dass Deutschland der zuverlässigste Partner der USA in der Region Ostasien sei.⁴⁹⁹

Schlussendlich unterstützten die USA das Vorhaben Dänemarks, da es für alle drei Seiten von Nutzen sein würde: Die amerikanischen Ziele (Erwerb von Flottenstützpunkten) wären mit dem Erwerb von St. Thomas und Grönland erreicht, das Deutsche Reich bekäme durch die Inseln im Fernen Osten einen langfristig sicheren Standort für seine wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten in dieser Region und Dänemark würde Teile seiner 1864 verlorenen Gebiete zurückerhalten. Damit würden letztendlich die politischen Spannungen zwischen dem Königreich und Deutschland beigelegt werden.⁵⁰⁰

⁴⁹⁷ Vgl.: Ebda., S. 19.

⁴⁹⁸ 1902 schlossen beide Staaten ein Bündnis ab, das sich gegen die Expansionspolitik Russlands in Ostasien wendete. Dabei zielte der russische Expansionsdrang auf die rohstoffreiche Mandschurei ab. Der japanische Versuch, sich mit Russland über eine Abgrenzung ihrer jeweiligen Interessenssphären in Korea und der Mandschurei zu verständigen, scheitert und der Russisch-Japanische Krieg bricht aus.

⁴⁹⁹ Vgl.: AM(eric)anF(oreign)R(elations), Band V, S. 24-73. Die Sammlung American Foreign Relations (AMFR) ist ein Nachschlagewerk, das alle Berichte und Protokolle über Beziehungen der Vereinigten Staaten zum Ausland seit den Gründerjahren enthält.

⁵⁰⁰ Vgl.: AMFR, Band V, S. 564. QB 62.

Dennoch kam dieser Tausch durch die Konflikte in Europa am Vorabend des Ersten Weltkrieges nicht zustande. Dänemark verkaufte 1916 die Insel St. Thomas an die USA und ließ sich diesen Verkauf in einem Referendum von seiner Bevölkerung 1917 bestätigen.

4.2.2 Der Einfluss Präsident Wilsons Selbstbestimmungsrecht auf die Schleswigfrage

Der amerikanische Präsident Wilson entwickelte seine Vorstellungen über einen stabilen Weltfrieden „unter dem Eindruck der Erschütterungen durch den Ersten Weltkrieg“⁵⁰¹ und den dadurch verbundenen großen Verlusten an Menschenleben. Nach vier Jahren erbitterter Kämpfe in West- wie in Osteuropa hatten die fünf europäischen Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich(-Ungarn) und Russland ihren Großmachtstatus eingebüßt und mit ihnen auch Europa seine Vormachtstellung.⁵⁰² Die Gründe der Antagonismen in Europa lagen – nach dem Geschichtsbewusstsein des amerikanischen Präsidenten – in der Tatsache begründet, dass sich die Großmächte Europas „auf Kosten kleinerer Mächte durch Machtpolitik ausgedehnt hatten“⁵⁰³. In den von den Großmächten besetzten Territorien werden die dort ansässigen Minderheiten „unterdrückt und an der Bildung eigener Nationalstaaten gehindert“⁵⁰⁴. Dabei betrachtete er besonders die politisch-militärische Entwicklung des Deutschen Reiches seit 1864 äußerst kritisch. Wilson war der Ansicht, dass „Probleme in Gebieten, die durch fremdes

⁵⁰¹ Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 34.

⁵⁰² Deutschland bekam im Friedensvertrag von Versailles in Artikel 231 die Schuld am Ausbruch des Krieges zugewiesen und sollte ursprünglich bis 1988 Reparationen an die Alliierten zahlen. England versuchte in der Zeit zwischen den Weltkriegen ein erneutes europäisches Gleichgewicht zwischen den Staaten zu errichten, war aber geschwächt durch die Umwandlung vom Empire zum Commonwealth. Frankreich wollte durch die hohen Reparationsforderungen zwei Ziele erreichen: Erstens die Garantie der eigenen Sicherheit durch die dauerhafte Schwächung Deutschlands und zweites eine hegemoniale Stellung in Europa. Tatsächlich begann Frankreich ab 1929 nach der Räumung des Rheinlandes mit dem Bau der Maginot-Linie, einem Verteidigungswall, der die zwei erwähnten Ziele obsolet machte. Österreich verlor durch den Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye den Großteil seiner Besitzungen (u.a. Anerkennung der Selbstständigkeit Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens und Jugoslawiens, Verbot eines Anschlusses an das Deutsche Reich). Russland war durch die Nachwirkungen der Russischen Revolution (24.10.-25.10. bzw. 6.11-7.11.1917) bis Mitte der Zwanziger Jahre geschwächt durch den Bürgerkrieg zwischen den Weißen und den Roten, den Zusammenbruch des Wirtschaftssystems des „Kriegskommunismus“ und den Russisch-Polnischen-Krieg 1920.

⁵⁰³ Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 34.

⁵⁰⁴ Ebd., S. 34. Vgl. zudem die Überblickswerke: Ray Stannard Baker: Woodrow Wilson and World Settlement, New York 1922 sowie Arthur S. Link: Woodrow Wilson and the progressive Era, New York 1954.

Militär besetzt waren und in denen Minderheiten unterdrückt wurden, durch das von ihm deklarierte Recht auf Selbstbestimmung gelöst werden⁵⁰⁵ konnten.⁵⁰⁶

Durch die Einführung des Selbstbestimmungsrechtes sollte durch die Gründung von Kleinstaaten in national gemischten Regionen eine ethnisch genaue Grenzziehung bestimmt werden, um dafür zu sorgen, dass die jeweiligen Nationalitäten ihren eigenen Staat bekamen. Um zu verhindern, dass sich die jeweiligen Ethnien auf umstrittene Sprachstatistiken oder angebliche geschichtliche Ansprüche beriefen, „sollte der politische Wille und die freie Entscheidung der Menschen, die in diesen Gebieten lebten, für künftige Grenzfürungen⁵⁰⁷ ausschlaggebend sein.⁵⁰⁸ Dabei wurde der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes nicht, wie vielfach beteuert wird, in Wilsons Vierzehn Punkten erwähnt, sondern bereits in seiner „Frieden ohne Sieg“ Rede vom 22. Januar 1917, in der er „für einen Ausgleichsfrieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen“⁵⁰⁹ plädiert.⁵¹⁰ Seine berühmte Vierzehn-Punkte-Rede hielt der amerikanische Präsident am 8. Januar 1918 vor dem amerikanischen Kongress. Die Vierzehn Punkte proklamierte er als Grundlage für einen Waffenstillstandsvertrag, „um den Krieg zu beenden und eine Friedensregelung zwischen den europäischen Großmächten herbeizuführen“⁵¹¹. Das Selbstbestimmungsrecht und die Vierzehn Punkte wurden in den anschließenden Pariser Friedensverträgen zu den Hauptideen für die politische Neugestaltung des europäischen Kontinentes.⁵¹²

In seiner Vierzehn-Punkte-Rede unterstrich Wilson die Rechte der Nationalitäten und die Wünsche der unter fremder Herrschaft lebenden nationalen Volksgruppen. Seine Ausführungen bedeuteten aber ausdrücklich keine Versprechungen dafür, „daß völkische Minderheiten – zum Beispiel durch Volksabstimmung – ihre Zugehörigkeit zu einem Lande selbst bestimmen könnten“⁵¹³. Die grundlegenden Theorien, die sich in den Vierzehn Punkten bereits ankündigten, hat Wilson im Jahre 1918 in verschiedenen Reden weiter entwickelt. Diese Reden erhielten die Namen „The Four Principles“, „Four Ends“ und „Five Particulars“. Erst in seiner Rede über die „Four Principles“ –

⁵⁰⁵ Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 34f.

⁵⁰⁶ Vgl.: The Adriatic Question, US Senate Document No. 127, 66th Congress, 2nd session, S. 23.

⁵⁰⁷ Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 35.

⁵⁰⁸ Vgl.: Ray Baker, Woodrow Wilson, S. 69.

⁵⁰⁹ Schäfer und Skorsetz, Die Präsidenten der USA, S. 305.

⁵¹⁰ Ellen Andrea Seehusen weißt in ihrer Dissertation auf eine Rede am 27. Mai 1916 hin, die auf S. 115 dieser Arbeit behandelt wird.

⁵¹¹ Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 35.

⁵¹² Vgl.: Ebda., S. 35.

⁵¹³ Ebda., S. 35.

den „Vier Grundprinzipien“ – vor dem Kongress am 11. Februar 1918 hat Wilson das Selbstbestimmungsrecht als politisches Ziel für eine bevorstehende Friedenskonferenz erwähnt: „National aspirations must be respected; peoples may now be dominated and governed only by their own consent“⁵¹⁴. Weiter heißt es: „Self-determination is not a mere phrase. It is an imperative principle of action, which statesmen will henceforth ignore at their peril“⁵¹⁵.

Wilson glaubte an die Entstehung eines dauerhaften, innen- sowie außenpolitisch soliden Regierungssystems, „wenn die politische Entwicklung der Staaten durch aktive Mitwirkung aller Bürger am demokratisch ausgerichteten Regierungssystem gesichert sei“⁵¹⁶. Denn ein „aus eigener Bestimmung im pazifistischen humanistischen Geist entwickelter Staat würde wohl kaum fremde Bevölkerungsgruppen unfreiwillig in seinen Grenzen zusammenhalten wollen“⁵¹⁷. Mit der Existenz dieser Form von Staaten, die der Realpolitik⁵¹⁸ im Sinne von Bismarck, Castlereagh oder Metternich eine Absage erteilten, könnte – dem Idealisten Wilson zufolge – der internationale Frieden dauerhaft gesichert und das internationale System befriedet werden.

Doch durch das Ergebnis des Ersten Weltkrieges und dem Hang der europäischen Siegermächte Frankreich und Großbritannien, in Europa eine neue Ordnung zu erschaffen – besonders Frankreich wollte nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in Europa eine Hegemonialstellung einnehmen – , war dieser idealistische Denkansatz, wie der Ablauf der Friedensverhandlungen in den fünf Pariser Vororten es dann ja auch zeigte, nicht befolgt worden. Wilsons Idee vom „Weltfrieden“ konnte nicht mit der Realpolitik der europäischen Siegermächte in Übereinstimmung gebracht werden.⁵¹⁹

⁵¹⁴ US Congressional Record, Vol. 56, Pt. 2, S. 1952.

⁵¹⁵ Ebda., S. 1952.

⁵¹⁶ Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 36.

⁵¹⁷ Ebda., S. 36.

⁵¹⁸ Nach Krell ist Realpolitik ein Begriff, „den der Journalist Ludwig von Rochau erfunden hat, um damit eine „nahe an der politischen Wirklichkeit orientierte Haltung“ zu charakterisieren. Der Begriff richtete sich seinerzeit gegen als realitätsfern gedeuteten Komponenten in der Programmatik des deutschen Liberalismus, insbesondere in den Revolutionsjahren 1848/49. Er wurde später verwendet, um den innen- und außenpolitischen Kurs des preußischen Premierministeren und dann deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck zu kennzeichnen. Damit war seine „Politik des Möglichen“ gemeint, die einen Mittelweg zwischen reiner (aktiver) Machtpolitik und reiner (passiver) Anpassung an vorgefundene Bedingungen zu gehen beanspruchte“. Zitiert nach: Gert Krell: Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, 4. Auflage, Baden-Baden 2009, S. 140.

⁵¹⁹ Vgl.: Ebda., S. 36f.

Woodrow Wilson war nicht der erste Politiker, der auf das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts hingewiesen hatte.⁵²⁰ Aber nach seiner Rede am 27. Mai 1916 in Washington vor der „League of Enforce Peace“, die inhaltlich für das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung eintrat, wurde Wilson von denjenigen, die der Meinung waren, „daß neue Grenzen aufgrund dieses Prinzips zugunsten der völkischen Minderheiten errichtet werden könnten, als Vertreter und Vorkämpfer dieser Idee anerkannt“⁵²¹. Die Proklamation der Wilsonschen Prinzipien sorgte dafür, dass für die dänisch stämmige Bevölkerung der Provinz Schleswig, die zum Zeitpunkt der Verkündung von Wilsons Prinzipien bereits fünfzig Jahre zum preußischen Staatsgebiet gehörte, eine realistische Grundlage für die Realisierung einer Volksabstimmung bestand. Obwohl die Schleswigfrage nicht direkt in den Vierzehn Punkten von Präsident Wilson erwähnt wurde, fühlte sich die dänische Bevölkerung dennoch von Wilsons Rede angesprochen. Sie definierte sich als „unterdrückte Volksgruppe mit dem Recht auf Selbstbestimmung“⁵²², wie es Wilson für nationale Minderheiten beabsichtigt hatte. Daher wurde Präsident Wilson in den Vereinigten Staaten von den dänisch gesinnten Schleswigern und der dänischen Bevölkerungsgruppe „als Symbolfigur für die Erfüllung ihrer Forderung nach Rückkehr Schlesiens zum „Mutterland“ Dänemark“⁵²³ gefeiert.

4.2.3 Präsident Wilson unterstützt die dänischen Forderungen

Die dänischsprachigen Schleswiger verbreiteten die Darstellung, dass sie sich zu jenen unterdrückten Völkern zählten, die sich durch spezielle geschichtliche Konstellationen unter der deutschen Souveränität befanden, die weder mit ihrer Kultur noch ihrer nationalen Mentalität geschweige denn ihrem politischen Willen übereinstimmte. Mit Hilfe dieser Argumentation konnten die Dänen die Sympathie der amerikanischen Bevölkerung und des amerikanischen Präsidenten für ihr Anliegen gewinnen. Der amerikanische Präsident Wilson hatte zudem seine generell bejahende Meinung zur Schleswigfrage und sein individuelles „Interesse an ihrer Durchsetzung gegenüber den dänisch interessierten Kreisen“⁵²⁴ wiederholt und ohne Einschränkungen zum Ausdruck gebracht. Anhand der Korrespondenzen von und an Präsident Wilson offenbart sich, dass sich der

⁵²⁰ Vgl.: Henri Hauser: *Le principe des nationalités: ses origines historiques*, Paris 1916, S. 24; Sarah Wambaugh: *Plebiscites since the World War*, Washington 1933, S. 3.

⁵²¹ Seehusen, *Der öffentliche Meinungsbildungsprozess*, S. 37.

⁵²² Ebda., S. 38.

⁵²³ Ebda., S. 38.

⁵²⁴ Ebda., S. 98.

amerikanische Präsident nachhaltig für die Interessen der dänischen Schleswiger engagiert hat.

Die Öffentlichkeit erhielt den Eindruck, dass diese dänenfreundliche Einstellung den Zielsetzungen des Präsidenten entgegenkam, auch weil eigens auf Bestreben des Präsidenten die Schleswigfrage in die Verhandlungen der Versailler Friedenskommission Eingang erhalten hat.⁵²⁵ Präsident Wilson war über die komplizierten politischen Verhältnisse in Schleswig und deren geschichtlichen Hintergründe, diese Wertung kann nach Seehusen vorgenommen werden,⁵²⁶ nur von der dänischen Seite informiert worden. Dadurch war er der Auffassung, dass es bei einer Lösung der Schleswigfrage nicht nur darum ging, „eine Minderheit aus preußischer Obrigkeit zu befreien“⁵²⁷, sondern es ging vielmehr darum, „in einem sprachlich nicht einheitlich strukturierten Gebiet eine gerechte Grenzziehung zwischen deutschen und dänischen Bevölkerungsgruppen zu finden, die seit Jahrhunderten mit den gleichen Ansprüchen“⁵²⁸ auf ihrem Heimatboden lebten.

Bei einem Blick auf die Sprachstatistiken – falls diese überhaupt die nationale Gesinnung feststellen können – wird anschaulich, dass im nördlichen Bereich auf dem Land die Mehrheit der Bevölkerung dänisch sprach, wohingegen in den Städten die Bevölkerung eher deutsch orientiert war. In den vom Königreich Dänemark eingeforderten „Teilen der zweiten und dritten Zone lebte eine große Anzahl der deutsch-sprachigen Bevölkerung, so dass eine detailliertere Untersuchung der Sprachverhältnisse in Schleswig notwendig gewesen wäre“⁵²⁹.

Auf der Versailler Friedenskonferenz wurde allerdings vornehmlich über eine Neuordnung des europäischen Kontinentes gesprochen, und so konnte schon aus Zeitgründen nicht über eine Grenzziehung in einer Region entschieden werden, in der gerade einmal 150.000 bis 200.000 Menschen lebten. Dennoch hatte sich Präsident Wilson - gemäß seinen eigenen Prinzipien - für eine Lösung der Schleswigfrage eingesetzt, und die dänische Öffentlichkeit schrieb ihm persönlich den Verdienst daran zu. Der entscheidende Durchbruch für die dänische Seite erfolgte durch einen Briefwechsel zwischen dem dänischsprachigen Pastor Knud Clausen Bodholdt, dem Präsidenten der „United Danish

⁵²⁵ Vgl.: Seehusen, Meinungsbildungsprozess, S. 98.

⁵²⁶ Vgl.: Ebda., S. 99.

⁵²⁷ Ebda., S. 99.

⁵²⁸ Ebda., S. 99.

⁵²⁹ Ebda., S. 99.

Church of America“, und dem amerikanischen Präsidenten im Oktober und November 1918. Pastor Bodholdt und seine Mitstreiter hatten in einem Brief dem amerikanischen Präsidenten den Vorschlag unterbreitet, den von Preußen 1864 angegliederten Landes-
teil Schleswig durch ein Referendum wieder an Dänemark zurückzuführen.⁵³⁰

Die Berater Wilsons erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden, auch, weil diesem Vorschlag eine Unterschriften-Petition angehängt war, die von einer beträchtlichen Zahl dänischstämmiger Amerikaner aus vielen Regionen der USA unterzeichnet worden war.⁵³¹ Präsident Wilson antwortete am 12. November 1918 in einem persönlich gehaltenen Brief an Pastor Bodholdt und versprach, dass das Unrecht in Schleswig so schnell wie möglich wieder gut gemacht werden würde.⁵³² Durch die positive Antwort wussten die dänischen Petenten den amerikanischen Präsidenten auf ihrer Seite und das Antwortschreiben Wilsons wurde von der amerikanischen, dänisch-amerikanischen und europäischen Presse abgedruckt.⁵³³

Aus dem diplomatischen Briefverkehr zwischen Präsident Wilson und dem dänischen König wird erkennbar, dass beide Seiten bereits vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges einen engen diplomatischen Kontakt unterhalten haben.⁵³⁴ Gegen Ende des Jahres 1918 besuchte Prinz Axel von Dänemark die Vereinigten Staaten und „hielt während seines Besuches in mehreren Bundesstaaten Vorträge über die Schleswigfrage“⁵³⁵. Am 20. November 1918 wurde vor über fünfhundert Gästen ein Essen zu Ehren des Prinzen gegeben, das von dem früheren amerikanischen Gesandten in Kopenhagen, Maurice Francis Egan, ausgerichtet wurde:

„Der Botschafter a.D. Egan sprach in seiner Rede leidenschaftlich über die Demütigungen, die das kleine Land Dänemark seit 1864 habe hinnehmen müssen und er bedauerte es, daß die Alliierten es damals allein gelassen hätten. Es hätte nie zugelassen werden dürfen, dass Preußen Südschleswig annektieren

⁵³⁰ Vgl.: Ebda., S. 101.

⁵³¹ Vgl.: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 101. Die Petition an Präsident Wilson v. amerikanischen Dänen ist abgedruckt in: Ellen Andrea Seehusen: Der öffentliche Meinungsbildungsprozess zur Schleswigfrage in den Vereinigten Staaten nach dem Ersten Weltkrieg und Präsident Wilsons Vorschläge, Quellenband, Kiel 1987, S. 203-254.

⁵³² Vgl.: Brief Wilson an Bodholdt vom 12. November 1918, abgedruckt in: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, Quellenband, S. 256f.

⁵³³ Vgl.: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 102.

⁵³⁴ Vgl.: Telegramm an Wilson von Christian X. vom 8. April 1918, abgedruckt in: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, Quellenband, S. 334.

⁵³⁵ Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 116.

konnte. Aber Amerika habe sich zu der Zeit mitten im Bürgerkrieg befunden und sei gezwungen gewesen, sich mit den eigenen Problemen zu befassen⁵³⁶.

Prinz Axel verwies in seiner Antwort auf die seit vielen Jahren bestehende Interessenlage beider Staaten und erinnerte an den Verkauf des dänischen Kolonialbesitzes an die Vereinigten Staaten im Jahre 1916. Er betonte den amerikanischen Einsatz im Ersten Weltkrieg und drückte seine Hoffnung aus, dass die Friedensverhandlungen in Paris eine Wiedervereinigung Dänemarks mit dem dänischsprachigen Teil Schleswigs möglich machen würden. Nach der Rückkehr des Prinzen sandte König Christian X. ein Danketelegramm an Präsident Wilson, der Prinz Axel sogar im Weißen Haus empfangen hatte, wo beide ebenfalls die Schleswigfrage erörtert hatten.⁵³⁷

Auch nach der Ratifizierung des Versailler Vertrages gab es einen Telegrammwechsel zwischen König Christian X. und dem amerikanischen Präsidenten. Der dänische König bedankte sich im Namen seines Volkes dafür, dass das vorgesehene Referendum aufgrund des persönlichen Einsatzes von Präsident Wilson abgehalten wird.⁵³⁸ In seiner Antwort bestätigte Wilson seine Erleichterung darüber, dass der ratifizierte Vertrag dafür gesorgt hätte, dass demnächst in Schleswig abgestimmt werden könnte.⁵³⁹

Insgesamt wurde der Bereich Nordschleswig in drei Abstimmungsgebiete unterteilt. Das erste Abstimmungsgebiet (Nordslesvig) fiel an Dänemark, da die dortige Bevölkerung mehrheitlich für eine Rückkehr ins dänische Mutterland gestimmt hatte. Im zweiten Abstimmungsgebiet (u.a. die Stadt Flensburg und der heutige Kreis Schleswig-Flensburg) entschied sich die Bevölkerungsmehrheit für den Verbleib bei Deutschland, so dass eine dritte Abstimmung von der dänischen Seite aufgegeben wurde.⁵⁴⁰

Trotzdem wertete Wilson das Ergebnis der ersten Volksabstimmung als wichtigen Erfolg und eine deutliche Bestätigung seiner Ideale. Er war davon überzeugt, dass der Frieden in diesem Gebiet auf Dauer gesichert worden ist, da nun der Hauptgrund für die

⁵³⁶ Ebda., S. 117. In einem Artikel der New Yorker Times vom 20. November 1918 „Egan tells New Yorkers, honoring Prince Axel, of the Theft of Schleswig-Holstein“ wird das Abendessen beschrieben. Der Artikel ist abgedruckt in: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, Quellenband, S. 335.

⁵³⁷ Vgl.: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 117f. Das Telegramm und das Antwort-Telegramm sind abgedruckt in Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 338 und besitzen wenig inhaltlichen Wert, zeigen aber die Vertrautheit zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem dänischen König.

⁵³⁸ Das Telegramm ist abgedruckt in: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, Quellenband, S. 339.

⁵³⁹ Vgl.: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 118. Das Telegramm ist abgedruckt in: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, Quellenband, S. 342.

⁵⁴⁰ Vgl.: Seehusen, Der öffentliche Meinungsbildungsprozess, S. 164ff.

Entstehung von Konflikten durch die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts beseitigt worden sei. Nach der erfolgten ersten – und aus dänischer Sicht erfolgreichen Abstimmung – bedankte sich König Christian X. in einem Telegramm beim Präsidenten und der amerikanischen Nation im Namen seines Landes für „die Befreiung des uralten dänischen Gebietes“⁵⁴¹.

4.3 Dänemark und die NATO⁵⁴²

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnte Dänemark zeitweise zwischen zwei außenpolitischen Optionen wählen. Einerseits bot sich die Möglichkeit an, einem skandinavischen Verteidigungsbündnis beizutreten, andererseits hatten sich einige westeuropäische Staaten zusammengeschlossen (Vertrag von Dünkirchen im März 1947; Brüsseler Vertrag im März 1948), um „eine europäische Sicherheitsarchitektur zum Schutz vor weiteren Kriegen in Europa aufzubauen“⁵⁴³. Mit dem Beitritt zur NATO engagierte sich Dänemark zum ersten Mal in einer multilateralen Verteidigungsallianz, gab seine Politik der strikten Neutralität auf und entschied sich im Bereich der Sicherheitspolitik für eine enge Bindung an die USA und Westeuropa.⁵⁴⁴ Doch die ersten acht Jahre in der NATO (1949-1957) bedeuteten für den Kleinstaat zunächst eine „oftmals schmerzhaft und umstrittene Anpassungen an das Dasein als Mitglied eines militärischen Bündnisses“⁵⁴⁵; besonders in einer Zeit starker internationaler Spannungen, in deren geographischen Wirkungsbereich das Land sich befand, denn seine Nordspitze Skagen bildete den Schnittpunkt der See- und Luftverbindungen einerseits zwischen Nord- und

⁵⁴¹ Seehusen, *Der öffentliche Meinungsbildungsprozess*, S. 119.

⁵⁴² Maßgeblich zum Folgenden: John Fitzmaurice: *Security and Politics in the Nordic Area*, Aldershot 1987; Nikolaj Petersen: *Optionsproblematikken i dansk sikkerhedspolitik*, in: Niels Amstrup; Ib Faurby (Hrsg.): *Studier i dansk sikkerhedspolitik tilegnet Erling Bjøl*, Århus 1978, S. 199-238; Nikolaj Petersen: *Danish and Norwegian Alliance Politics 1948-1949. A Comparative Analysis*, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 14, 1979, S. 193-210; Nikolaj Petersen: *Atlantpagten eller Norden? Den danske alliancebeslutning 1949*, in: Carsten Due-Nielsen; Johan Peter Noack; Nikolaj Petersen (Hrsg.): *Danmark, Norden og NATO 1948-1962*, Kopenhagen 1991, S. 17-42; Nikolaj Petersen: *Dänemark und die atlantische Allianz 1949-1957. Die kritische Entscheidung*, in: Norbert Wiggershaus, Winfried Heinemann (Hrsg.): *Nationale Außen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedsstaaten*, München 2000, S. 101-128; Poul Villaume: *Denmark and NATO through 50 years*, in: Bertel Heurlin: *Danish Foreign Policy Yearbook 1999*, Kopenhagen 1999, S. 29-61.

⁵⁴³ Gerd Höfer: *Europäische Armee. Vision oder Utopie?*, Hamburg 2008, S. 10.

⁵⁴⁴ Vgl.: Jan Szemjonneck: „Dänemark“, in: Wolfgang Gieler; Moritz Botts (Hrsg.): *Außenpolitik europäischer Staaten von Albanien bis Zypern*, Bonn 2007, S. 59-67; Eric S. Einhorn: *National Security and Domestic Politics in Post-War Denmark: Some principal issues 1945-1961*, Odense 1975, S. 1ff.

⁵⁴⁵ Petersen, *Dänemark und die atlantische Allianz*, S. 101.

Mitteleuropa sowie zwischen Ostsee und Atlantik.⁵⁴⁶ Die Hauptaufgabe bestand darin, die dänischen Ostseezugänge Sund, Kleiner Belt und Großer Belt zu kontrollieren und zusätzlich die Bewegungen der sowjetischen Ostseeflotte zu beobachten.⁵⁴⁷ Zudem lag das Königreich während des gesamten Ost-West-Konfliktes an der Verteidigungslinie, die die NATO im Eventualfall in Europa halten zu können hoffte.⁵⁴⁸

Die Mitgliedschaft in einem (Militär-)Bündnis bedeutete für den Kleinstaat eine neue Herausforderung, denn seit dem Ende des Großen Nordischen Krieges 1720 war das Land bestrebt, sich aus allen Bündnissen herauszuhalten und von einer Beteiligung an den Händeln der europäischen Großmächte abzusehen. Die einzige Ausnahme – die Unterstützung des von Napoleon regierten Frankreich ab 1807 – endete für Dänemark in einer politischen (Verlust von Norwegen) und wirtschaftlichen (Bankrott) Katastrophe. Diese Einstellung zur Neutralität verstärkte sich noch durch das Trauma der dänischen Niederlage im deutsch-dänischen Krieg 1864. Damit einher ging auch über Jahrzehnte hinaus die Vernachlässigung des militärischen Sektors, denn inoffiziell wurde die Verteidigung als sinnlos betrachtet, da das Land gegen den übermächtigen Nachbarn aus dem Süden militärischen ja doch keine Chance haben würde. Der dänische Politikwissenschaftler Nikolaj Petersen bringt die Mentalität bezüglich der Verteidigungspolitik mit einer Frage treffend auf den Punkt: „Was nutzt sie überhaupt?“⁵⁴⁹.

Während der deutschen Besatzung wurde in einem Großteil der Bevölkerung das Prinzip der Neutralität und die negative Mentalität bezüglich des Verteidigungssektors angezweifelt. Es sollte nie wieder einen 9. April (Tag der widerstandslosen Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen am 9. April 1940) in der dänischen Geschichte geben. Diese neue Denkweise konkurrierte mit der weiterhin gültigen alten, und in der direkten Nachkriegszeit (1945-1949) bestimmten diese beiden Denkansätze die Sicherheitsdebatte wie auch in der Zeit der Anpassung an das NATO-Bündnis (1949-1957). Die ersten Jahre der dänischen Bündnispolitik wurden im Wesentlichen von vier wichtigen Entscheidungen bestimmt:

1. Die Entscheidung zwischen einem skandinavischen Verteidigungsbündnisses oder einem Beitritt zur NATO (1948-1949);

⁵⁴⁶ Vgl.: Saskia Pagell: Souveränität oder Integration? Die Europapolitik Dänemarks und Norwegens von 1945 bis 1995, Frankfurt am Main 2000, S. 35.

⁵⁴⁷ Vgl.: Holbraad, Danish Neutrality, S. 111.

⁵⁴⁸ Vgl.: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 101.

⁵⁴⁹ Vgl.: Ebda., S. 101.

2. Der Abschluss des Grönland-Verteidigungsvertrages mit den Vereinigten Staaten (1951);
3. Die Entscheidung gegen die Stationierung von NATO-Truppen in Dänemark (1953);
4. Die Entscheidung gegen die Stationierung von Atomwaffen in Dänemark unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes.

Der fünfte Punkt (die dänische „Fußnotenpolitik“) spielte dagegen erst ab 1982 eine bedeutende Rolle.

4.3.1 Der Beitritt zur NATO und das Scheitern der skandinavischen Verteidigungsunion (1949)

Nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgten die beiden dänischen Premierminister Knud Kristensen (Venstre/von 1945-1947) und Hans Hedtoft (Sozialdemokrat/1947-1950) in der Außenpolitik zwei Ziele: Erstens sollte das Land der UNO beitreten, die 1945 in San Francisco gegründet wurde und quasi den nicht funktionierenden Völkerbund ablöste und zweitens zwischen den Regierungen in Washington und Moskau als Vermittler auftreten. Während Dänemark bereit war, sich im Rahmen der UNO aktiv zu beteiligen und auch die weitreichenden Sanktionsverpflichtungen akzeptierte,⁵⁵⁰ gestaltete sich die Umsetzung einer blockfreien Politik als schwierig.

Beide Premierminister vertraten die Auffassung, dass Dänemark aufgrund seiner besonderen strategischen Lage eine Art Brückenfunktion⁵⁵¹ zwischen den sich immer feindlicher gegenüberstehenden Machtblöcken einnehmen sollte und in möglichen Konflikten in der Funktion eines Vermittlers auf beide Seiten einwirken könnte.⁵⁵² Diese Auffassung verstärkte sich, als die beginnende Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR den aus dänischer Sicht wichtigsten Vorteil einer UNO-Mitgliedschaft – die

⁵⁵⁰ Vgl.: Hans Branner: Danmark i en større verden. Udenrigspolitikken efter 1945, Kopenhagen 1994, S. 21.

⁵⁵¹ Der Politikansatz des Brückenbauers (in Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit von dem CDU-Politiker Jakob Kaiser vertreten) geht ursprünglich zurück auf den dänischen Außenminister Peter Munch (1929-1940) zurück, der die Auffassung vertrat, dass sich der Kleinstaat Dänemark im internationalen System möglichst unauffällig verhalten und einen Gegner im Ernstfall mit Zugeständnisse besänftigen sollte.

⁵⁵² Vgl.: Holbraad, Danish Neutrality, S. 86; Anna Jóhannesdóttir: Der dänische Diskurs zur sicherheitspolitischen Orientierung in der Nachkriegszeit (1945-1949), in: Britta Joerißen; Bernhard Stahl (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Münster 2003, S. 224-253, hier: S. 224ff.

Sicherstellung kollektiver Sicherheit – gefährdete. Darauf „erfolgte in Dänemark wieder ein Neutralitätsreflex und mithin die Rückkehr zur blockfreien Politik“⁵⁵³.

Doch die außenpolitische Realität und die geographische Lage Dänemarks machten diesen Politikansatz zunichte, denn nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges musste die dänische Regierung gleich mehrere territoriale Probleme lösen: „Sowjetische Truppen hatten Bornholm besetzt, britisches Militär kontrollierte die Färöer-Inseln, die USA Grönland“⁵⁵⁴. Zudem waren die dänischen Streitkräfte schlecht ausgerüstet. Erklärte sich die Politik des Brückenbaus aus dänischer Sicht noch durch die sowjetische Besatzung Bornholms, die bis April 1946 andauerte⁵⁵⁵, kann die weitere Fortsetzung dieses Kurses durch den dänischen Premierminister Hans Hedtoft nur mit der Tradition des „System Munch“ (Dänemark als Kleinstaat, der sich im internationalen System unauffällig verhalten sollte) erklärt werden. Hedtoft warnte noch im Januar 1948 vor einem Beitritt Dänemarks zu einer der beiden Machtlöcher:

„We must not at all place our country in any bloc. We are a member of the United Nations, and must do our duty there as a Nordic country. In all areas we must strive to realize those democratic ideals which are expressed in our constitution, and must maintain our right and duty freely to express our opinion to both the East and the West. May I add that, in my view, it cannot be a Danish or a Nordic interest to exacerbate the all too obvious antagonisms between East and West. A final rupture between those great powers which were united in the pursuit of victory in the war will be a catastrophe for all of us – perhaps not least for the Nordic countries“⁵⁵⁶.

Doch die Politik des Brückenbaus geriet im Frühjahr 1948 an ihre Grenzen.⁵⁵⁷ In der Tschechoslowakei, die sich ebenfalls diesen außenpolitischen Ansatz zu Eigen gemacht hatte, kam es im Februar 1948 zu einem kommunistischen Putsch. Das neutrale Finnland musste ein Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion unterzeichnen, wodurch

⁵⁵³ Jóhannesdóttir, *Nachkriegszeit (1945-1949)*, S. 225.

⁵⁵⁴ Kortmann, *Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten*, S. 183.

⁵⁵⁵ Bis Februar 1946 waren auf der Insel Bornholm noch 3000 sowjetische Soldaten stationiert. Vgl.: Kurt Jürgensen: *Die Stellung Bornholms*, in: Robert Bohn; Jürgen Elvert (Hrsg.): *Kriegsende im Norden. Vom heissen zum kalten Krieg*, Stuttgart 1995, S. 189-214, hier: S. 194f. Am 20. Februar erklärte der dänische Vertreter in Moskau, Thomas Døssing, dass die neu aufgebauten dänischen Streitkräfte in der Lage seien, wieder ihre Aufgaben auf der Ostseeinsel übernehmen zu können. Zwei Wochen später, am 5. März 1946, erklärte der sowjetische Außenminister Molotov dem dänischen Vertreter, dass die Sowjetunion mit dem Abzug ihrer Truppen beginnen werde, aber nur wenn Dänemark in der Lage sein, die Insel mit eigenen Truppen zu besetzen, ohne ausländisches Militär einzubeziehen. Vgl.: Bent Jensen: *Tryk og tilpasning. Sovjetunionen og Danmark siden 2. Verdenskrig*, Kopenhagen 1987, S. 49ff. Grundlegend: Mary Dau: *Danmark og Sovjetunionen: 1944-49*, Kopenhagen 1969, hier: S. 112ff; Warum die UdSSR diese strategisch wichtige Insel in der Ostsee einfach aufgab, ist bis heute unklar.

⁵⁵⁶ Holbraad, *Danish Neutrality*, S. 91, Anmerkung 1.

⁵⁵⁷ Vgl.: Karl Molin; Thorsten B. Oelsen: *Security Policy and Domestic Politics in Scandinavia 1948-1949*, in: Thorsten B. Oelsen (Hrsg.): *Interdependence versus Integration: Denmark, Scandinavia and Western Europe 1945-1960*, Odense 1995, S. 62-81, hier: S. 62.

es quasi seine Unabhängigkeit verlor.⁵⁵⁸ In Dänemark wuchs die Angst vor der sowjetischen Expansionspolitik, die sich zu Ostern 1948 (Påskekrisen) zu einer regelrechten Kriegshysterie entwickelte,⁵⁵⁹ welche zudem noch von führenden Repräsentanten der Truman-Administration geschürt wurde.⁵⁶⁰ Wollte Dänemark einen 9. April in der dänischen Geschichte abermals vermeiden, musste es sich einen sicherheitspolitischen Partner suchen. Übrig blieben von drei Möglichkeiten zwei Optionen: Der Aufbau einer skandinavischen Verteidigungsunion, um sich im Verbund mit Norwegen und Schweden aus dem weiter verschärfenden Ost-West-Konflikt herauszuhalten⁵⁶¹, oder alternativ der Beitritt zum Brüsseler Vertrag und eine enge sicherheitspolitische Anlehnung an die Vereinigten Staaten.

Die dritte Möglichkeit schied früh aus, denn die UdSSR kam als Partner nicht infrage. Diese Feststellung hatte weniger mit der Tatsache zu tun gehabt, dass die Sowjetunion ein ideologisch-kommunistisches Staatswesen darstellte, sondern eher mit der Tatsache, dass die Sowjetunion an die Tradition des russischen Imperialismus anknüpfen wollte. Zudem erkannte die dänische Regierung eine machstrategische Änderung im Ostseeraum. War bis 1939 eine deutsch/sowjetische Balance im Ostseeraum gesichert, so schlug diese in den Folgejahren um. Von 1939 bis ca. 1944 herrschte ein Übergewicht Deutschlands im Ostseeraum vor, und beginnend ab 1944 stellte die UdSSR die stärkste Macht im Baltischen Meer dar.⁵⁶² Die skandinavischen Anrainerstaaten – und somit auch Dänemark – mussten sich gegen mögliche sowjetische Überfälle wappnen. Diese Prämisse galt im Übrigen sowohl für Norwegen, das „nach Wegfall des ehemals finnischen Petsamo-Korridors nordwestlich von Murmansk eine direkte Grenze zur UdSSR besaß“⁵⁶³, als auch für das hochgerüstete Schweden, das nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges über eine Luftwaffe mit über 1000 Flugzeugen verfügte und nach der britischen Royal Air Force die zweitgrößten Luftstreitkräfte in Westeuropa stellte.⁵⁶⁴

⁵⁵⁸ Vgl.: Jóhannesdóttir, Nachkriegszeit (1945-1949), S. 226.

⁵⁵⁹ Vgl.: Finn Laursen: Die Europa-Diskussion in Dänemark, in: Wilfried Loth (Hrsg.): Die Anfänge der Europäischen Integration 1945-1960, Bonn 1990, S. 157-164, hier: S. 160.

⁵⁶⁰ Vgl.: Holbraad, Danish Neutrality, S. 92.

⁵⁶¹ Vgl.: Martin Heisler: Denmark's Quest for Security: Constraints and Opportunities within the Alliance, in: Gregory Flynn (Hrsg.): NATO's Northern Allies: The Security Policies of Belgium, Denmark, the Netherlands and Norway, New Jersey 1985, S. 57-112, hier: S. 62f.

⁵⁶² Vgl.: Gersdorff, Gründung NATO, S. 64

⁵⁶³ Ebda., S. 64.

⁵⁶⁴ Vgl.: Schröter, Skandinavien, S. 92f; Olav Riste: Nordic Union or Western Alliance? Scandinavia at the Crossroads, 1948-1949, in: The Atlantic Pact Forty Years Later, S. 127-142, hier: S. 127; Nikolaj Petersen: Isolation oder Verstrickung? Dänemark und die militärische Integration in Europa 1948-1951, in: Die westliche Sicherheitsgemeinschaft, S. 167 – 189, hier: S. 171; Poul Villaume: Allieret med forbed. Danmark, NATO og den kolde krig. En studie i dansk sikkerhedspolitik 1949-1961, Kopenhagen 1995, S. 56-60 sowie S. 91-100.

Im April 1948 hielt der norwegische Premierminister Einar Gerhardsen eine Rede, in der er die theoretische Idee einer skandinavischen Zusammenarbeit im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich ansprach. Schweden ergriff daraufhin die Initiative und legte den Regierungen von Dänemark und Norwegen konkrete Vorschläge vor.⁵⁶⁵ 1948 kam es zwischen den drei skandinavischen Königreichen zu ersten Verhandlungen über eine Nordische Verteidigungsgemeinschaft.⁵⁶⁶ Im September wurde ein gemeinsames nordisches Verteidigungskomitee installiert, in dem bis Januar 1949 die Möglichkeiten für den Aufbau einer skandinavischen Verteidigungsunion (SVU) erörtert werden sollten.⁵⁶⁷ Als die sowjetische Führung von derartigen Plänen erfuhr, wies sie das Modell einer die Neutralitätspolitik während der nordischen Militärkooperation strikt zurück. Bereits im Zweiten Weltkrieg hatte die UdSSR „die schwedische Neutralitätspolitik als de facto pro-finnisch und pro-deutsch“⁵⁶⁸ interpretiert. Und eine skandinavische Militärkooperation musste aus der Sicht Moskaus eine anti-sowjetische Ausrichtung besitzen. Die Sowjetunion hatte die Befürchtung, dass sich das skandinavische Verteidigungsbündnis langfristig an einem westlichen Militärbündnis unter Führung der USA beteiligen würde, „zumal bereits britische Waffenlieferungen und amerikanische Flugzeuglieferungen an die beiden skandinavischen Länder den Eindruck eines sich gründenden angloamerikanischen Militärblocks verstärkten“⁵⁶⁹. Somit standen die Chancen für die Errichtung einer skandinavischen Verteidigungsunion schon am Anfang eher schlecht, denn sie hätte „gegen den Einspruch – vielleicht sogar Widerstand – der Sowjetunion durchgesetzt werden müssen“⁵⁷⁰.

Zusätzlich zu der Reaktion aus Moskau erschwerten auch die sicherheitspolitischen Vorstellungen die Verhandlungen. Norwegen verfolgte das Ziel, dass sich die skandinavische Verteidigungsunion eng an den Westen anlehnen sollte, wohingegen Schweden für „eine neutrale und blockfreie Ausrichtung“⁵⁷¹ plädierte. Dem Königreich Dänemark

⁵⁶⁵ Vgl.: Jóhannesdóttir, Nachkriegszeit (1945-1949), S. 226.

⁵⁶⁶ Basierend auf: PRO, FO 371/65961 – Public Record Office, Kew, Surrey, Großbritannien, Foreign Office, FO 371, Foreign Office Files, Political Departments, General Correspondance – So existierte die Sorge Großbritanniens wegen einer möglichen Annäherung Dänemarks an Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, sowie nach dem Krieg die vermehrte Sorge, dass auch Norwegen eine Appeasement-Politik gegenüber der Sowjetunion fahren könnte.

⁵⁶⁷ Vgl.: Jóhannesdóttir, Nachkriegszeit (1945-1949), S. 226.

⁵⁶⁸ Gersdorff, Gründung NATO, S. 66.

⁵⁶⁹ Ebda., S. 66.

⁵⁷⁰ Ebda., S. 66.

⁵⁷¹ Vgl.: Jóhannesdóttir, Nachkriegszeit (1945-1949), S. 226.

blieb in dieser Dreierkonstellation nur die Vermittlerrolle übrig, obwohl es de facto die norwegische Position befürwortete.⁵⁷²

Schwedens Wunsch nach Bündnisfreiheit war insofern verständlich, als das Königreich als einziger Staat nicht in den Krieg verwickelt wurde und auch keine fremde Besatzung über sich hatte ergehen lassen müssen, während Dänemark und Norwegen von der Wehrmacht und Teile Finnlands von der Sowjetunion besetzt wurden. Aber Dänemark und Norwegen hingen bis Anfang 1948 noch der Illusion an, auf eine Brückenpolitik setzen zu können. Erst durch die Hegemonialstellung der Sowjetunion im Ostseeraum, die Enttäuschung über die Vereinten Nationen, die durch die Blockadepolitik der Sowjetunion im Sicherheitsrat schwerlich die Rolle als Garant für kollektive Sicherheit übernehmen konnten, setzte allmählich ein sicherheitspolitisches Umdenken ein.⁵⁷³

Die Entscheidung über den weiteren sicherheitspolitischen Weg der drei Königreiche stand im Schatten der Drohgebärden aus Moskau, die bei Norwegen und Dänemark die Befürchtung hegten, dass die Sowjetunion auch im Ostseeraum eine expansive Außenpolitik führen möchte. So wandte sich der norwegische Außenminister Halvard Lange bereits im Frühjahr 1948 hilfeschend an London, um dem britischen Außenminister Bevin die Lage zu schildern. Bevin leitete das Ansinnen Norwegens nach Washington mit dem dramatischen Appell „before Norway goes under“⁵⁷⁴ weiter. Die Hilferufe aus Oslo gaben Bevin kurz vor dem Abschluss des Brüsseler Vertrages die Möglichkeit, in Washington auf die sicherheitspolitische Lage in Europa aufmerksam zu machen. Seine Absicht war es, die amerikanische Regierung sozusagen als militärische Schutzmacht in einem Bündnis dauerhaft an und in Europa zu binden.⁵⁷⁵

Aber auch die dänische Seite blieb in dieser Lage nicht untätig: Der dänische Außenminister Gustav Rasmussen hatte gegenüber seinen amerikanischen Gesprächspartnern

⁵⁷² Ein Beispiel von vielen stellt das Treffen der Außenminister Dänemarks, Norwegens und Schweden am 7. September 1948 in Stockholm dar, auf dem Norwegen und auch Dänemark eine Anlehnung an den westlichen Block befürworteten, wohingegen der schwedische Außenminister den Wunsch auf eine neutrale Ausrichtung betonte. Vgl.: Keßelring, Nordatlantische Allianz, S. 120.

⁵⁷³ Vgl.: Olav Riste: NATO, the Northern Flank, and the Neutrals, in: Gustav Schmidt (Hrsg.): A History of NATO, Vol. 3, Houndsmills 2001, S. 241-255, hier: S. 247-250; Don Cook: Forging the Alliance: NATO 1945 to 1950. With an Introduction of Lord Carrington, London 1989, S. 214ff; Helge Ø. Pharo/Knut Einar Eriksen: Norwegen in der NATO 1950-1956, in: Norbert Wiggershaus; Winfried Heinemann: Nationale Außen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedstaaten, München 2000, S. 79-99, hier: 80f; Nikolaj Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, 102f.; Nikolaj Petersen: The Dilemmas of Alliance: Denmark's Fifty Years With NATO, in: Gustav Schmidt (Hrsg.): A History of NATO – The First Fifty Years, Vol. 3, Houndsmills 2001, S. 275-293, hier: S. 277.

⁵⁷⁴ Vgl.: Britisches Aide-Mémoire, 8.3.1948, FRUS 1948, Vol. 3, S. 47.

⁵⁷⁵ Vgl.: Gersdorff, Gründung NATO, S. 328.

durchblicken lassen, dass Dänemark nicht die Absicht habe, sich der schwedischen Neutralitätspolitik anzuschließen. Den amerikanischen Vorschlag, sich dem Brüsseler Vertrag anzuschließen, wiesen Dänemark, Norwegen und Schweden zurück,⁵⁷⁶ da sie nicht der Auffassung waren, dass die Brüsseler Vertragsgemeinschaft politisch und militärisch stark genug wäre, im Ernstfall der Sowjetunion entgegenzutreten.

Dänemark, das bislang zwischen beiden Optionen (Skandinavische Verteidigungsunion/Westliche Verteidigungsallianz) hin und her schwankte, obwohl es allmählich doch eine Lösung, an der die Vereinigten Staaten beteiligt wären, guthieß, hatte damit eine rein westeuropäischen Lösung ohne die USA ausgeschlossen. Als London abermals ein Bündnisangebot an Kopenhagen schickte, erinnerte der dänische Außenminister Gustav Rasmussen an eine Aussage Churchills im Zweiten Weltkrieg, als dieser 1940 trocken festgestellt hatte, dass Großbritannien Norwegen helfen möchte, aber nicht in der Lage sei Dänemark zu unterstützen. Nun würde die britische Regierung versuchen, Kopenhagen mit einem Bündnisangebot in Verlegenheit zu bringen. Der dänischen Regierung liege aber nichts an einem rein westeuropäischen Bündnis, sondern nur an einer unilateralen Zusage der USA, die Sicherheit des Königreiches zu schützen.⁵⁷⁷

Aber auch die westeuropäischen Mächte sahen die eventuelle Teilnahme Dänemarks und Norwegens – an die Teilnahme Schwedens glaubte man nicht mehr – an einem gemeinsamen Verteidigungsbündnis durchaus mit unterschiedlichen Standpunkten. Aus der Sicht Großbritanniens galten Norwegen mit seiner langgezogenen Atlantikküste und Dänemark als Hüter über die Ostseeausgänge und zudem Eigentümer des strategisch wichtigen Grönland als potentiell wichtige Mitglieder eines Militärbündnisses. Der britische Außenminister Bevin und die Mehrheit im Foreign Office „betrachteten beide Länder nicht als abgelegene Nordflanke, sondern als integralen Bestandteil strategischer Kommunikationslinien für die See- und Luftverteidigung und der Nachschublinien zwischen Europa und Amerika“⁵⁷⁸. Einen anderen Standpunkt nahm Frankreich ein: „Weder eine Verteilung von US-Militärhilfe auf zu viele Schützlinge noch eine zu weite Verlagerung der Verteidigungsachse nach Norden lag im französischen Sicherheitsinte-

⁵⁷⁶ Vgl.: FRUS 1948, Vol. 3, S. 65. "We should press for the immediate inclusion in Western Union of Norway, Sweden, Denmark, and Iceland." Zitiert nach: Gersdorff, Gründung NATO, S. 328.

⁵⁷⁷ Vgl.: PRO, FO 371/73056/Z2949, i.V.m. Tel.3244/577/G, Bevin an Randall, 16.3.1948; Tel.3245/302/G, Bevin an Jerram, 16.3.1948.

⁵⁷⁸ Gersdorff, Gründung NATO, S. 331.

resse“⁵⁷⁹, welches besonders auf die Rheinverteidigung und natürlich aufgrund seiner Kolonialbesitzungen in Afrika und Asien nicht nur auf Europa konzentriert war.

Im Februar 1949 kündigte Norwegen an, dass es sich um eine NATO-Mitgliedschaft bemühen wolle.⁵⁸⁰ Damit war die skandinavische Verteidigungszusammenarbeit gescheitert. Trotz vieler Verhandlungen der Premier-, Außen- und Verteidigungsminister in Karlstad, Kopenhagen und Oslo wollte keines der Königreiche auf seine Präferenzen verzichten.⁵⁸¹ Nach dem Scheitern der gemeinsamen Verteidigungsallianz versuchte Dänemark noch mit Schweden ein bilaterales Abkommen abzuschließen, doch die Schweden weigerten sich, ein solches Abkommen auszuhandeln.⁵⁸²

Doch warum musste eine skandinavische Verteidigungsgemeinschaft scheitern? Zwar wurde der offizielle Grund – nämlich die verschiedenen Präferenzen der drei Königreiche schon erwähnt – doch stellt sich die Frage, ob der Norden Europas überhaupt eine sicherheitspolitische Einheit darstellt. Glaubt man dem Politikwissenschaftler Falk Bomsdorf, stellt Nordeuropa keine sicherheitspolitische Einheit dar: „Auch wenn der Norden ein hohes Maß an Einheitlichkeit aufweist, bildet er doch keineswegs eine Einheit“⁵⁸³. Und in der Tat scheinen die „nordischen Gemeinsamkeiten“ die Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten – besonders im Bereich der Sicherheitspolitik – zu verdecken.⁵⁸⁴ Zwar besitzen die skandinavischen Staaten (inklusive Finnland) eine gemeinsame „Tradition zur Neutralität“⁵⁸⁵, doch die sicherheitspolitischen Herausforderungen waren für jeden einzelnen skandinavischen Staat nach dem Zweiten Weltkrieg unterschiedlich.

So musste Finnland nach seiner Niederlage im Zweiten Weltkrieg einen Freundschaftsvertrag (1947)⁵⁸⁶ mit der Sowjetunion eingehen und konnte erst nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eine unabhängige Außenpolitik führen: Der Beitritt zur EU, der 1995 erfolgte, wäre während des Ost-West-Gegensatzes nicht möglich gewesen.

⁵⁷⁹ Ebda., S. 332.

⁵⁸⁰ Vgl.: Jóhannesdóttir, Nachkriegszeit (1945-1949), S. 226. Der Hauptgrund für den plötzlichen Umschwung war die Drohung der USA, den beiden skandinavischen Königreichen im Falle eines Nicht-NATO-Beitrittes keine Sicherheitsgarantien zu geben und kein Kriegsmaterial mehr an beide Staaten zu liefern. Vgl.: Jóhannesdóttir, Nachkriegszeit (1945-1949), S. 231.

⁵⁸¹ Vgl.: Gersdorff, Gründung NATO, S. 333.

⁵⁸² Vgl.: Håkan Wiberg: The Nordic Security Community: Past, Present, Future, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen: Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 121-137, hier: S. 127; Jóhannesdóttir, Nachkriegszeit (1945-1949), S. 227.

⁵⁸³ Felix Bomsdorf: Sicherheit im Norden Europas. Die Sicherheitspolitik der fünf nordischen Staaten und die Nordeuropapolitik der Sowjetunion, Baden-Baden 1989, S. 21.

⁵⁸⁴ Vgl.: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 186.

⁵⁸⁵ Ebda., S. 186.

⁵⁸⁶ Vgl.: John Fitzmaurice: Security and Politics in the Nordic Area, Aldershot 1987, S. 18f.

Schweden besaß durch seine Neutralität im Zweiten Weltkrieg auf einmal eine moderne und de facto die zweitgrößte Luftwaffe in Europa und war nicht auf die militärische Hilfe der USA angewiesen, wenngleich es während dem Systemischen Konflikt auch Nutzen von dem nuklearen NATO-Verteidigungsschirm zog.

Island besaß keine eigenen Truppen und war in Verteidigungsfragen vollkommen von den USA abhängig, besaß aber für die NATO aufgrund seiner strategischen Lage im Nordatlantik eine wichtige Rolle.⁵⁸⁷ Island trat deshalb der NATO bei, stellte aber die Bedingung, keine eigenen Streitkräfte aufbauen zu müssen.⁵⁸⁸

Dänemark und Norwegen traten der NATO 1949 bei. Während Norwegen für die Allianz aufgrund seiner Lage – langgestreckte Atlantikküste, gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion – ein bedeutendes Mitglied war, stellte Dänemark, „das eher ein Ostsee- als ein nordatlantischer Staat ist“⁵⁸⁹, den Hüter der Ostsee dar. Durch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Deutschland, die nach den Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg besonders in den 60er Jahren nicht einfach war, wurde die Sicherheit der Cimbrischen Halbinsel gewährleistet.

Diese sicherheitspolitische Konstellation (Dänemark und Norwegen als NATO-Mitglieder, Schweden als neutraler Staat, der sicherheitspolitisch eher nach Westen orientiert war, und Finnland, das offiziell ebenfalls ein neutraler Staat war, der vertragliche Verpflichtungen mit der Sowjetunion besaß) bezeichnete Arne Brundtland 1966 als „nordic balance“⁵⁹⁰. Auch wenn Johan Jørgen Holst davor warnt, die Bezeichnung des skandinavischen Sicherheitssystems als „nordic balance“⁵⁹¹ nicht überzubewerten, hat sich der Begriff dennoch etabliert.

⁵⁸⁷ Vgl.: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 186.

⁵⁸⁸ Vgl.: Schröter, Skandinavien, S. 92.

⁵⁸⁹ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 187.

⁵⁹⁰ Vgl. den Aufsatz von Arne O. Brundtland: The Nordic Balance, in: Cooperation and Conflict, Vol. 1, 1966, Nr. 2, S. 30-63.

⁵⁹¹ „The theory of the “Nordic Balance” exercises a normative impact on securitypolicy-making, particularly in the three core area countries. It is most often deployed in support of the status quo, and against measures which may be perceived as introducing new elements into the situation. The term „theory“ is an overstatement, and the term “balance” has frequently been burdened with unrealistic assumptions about mechanistic automaticity of systemic responses to change in any of the components of the system.” Zitiert nach: Johan J. Holst: Five roads to Nordic Security, in: Cooperation and Conflict, Vol. 7, 1972, Nr.1, S. 133-137, hier. S. 133.

Ein weiterer Faktor, warum die gemeinsame Verteidigungsunion nicht zustande kam, hatte schlichtweg geographische Gründe: Während Dänemark ein flächenmäßig kleines Land mit einer hohen Bevölkerungsdichte ist, besitzen Finnland, Norwegen und Schweden flächenmäßig große Staatsgebiete mit geringer Bevölkerungsdichte. Während die flächenmäßig großen Länder „auf eine Verteidigung ihres Staatsgebietes in der Tiefe hoffen konnte[n]“⁵⁹², wäre Dänemark wohl kaum in der Lage gewesen, einem feindlichen Angriff lange standzuhalten. Dementsprechend mussten Dänemark einerseits, Norwegen und Schweden andererseits zwei unterschiedliche Verteidigungsstrategien verfolgen, die die Chanc auf eine gemeinsame Verteidigungspolitik sichtlich erschwer-
te:

„Military alliances are not usually built among equals or semi-equals. They tend to form around a major power that procures enough of the „collective good“ known as military security which a group of smaller states can attach themselves to. Sweden simply is not large enough to fill this role for one Nordic country, let alone three others“⁵⁹³.

Nachdem sich Norwegen für ein NATO-Beitritts-gesuch entschieden hatt, musste auch die dänische Regierung zwangsläufig eine Entscheidung fällen. Der dänische Premierminister Hans Hedtoft und sein Außenminister Gustav Rasmussen erklärten sich nun bereit, an der einzigen – und vor allen Dingen – letztendlich realistischen Alternative, am Atlantikpakt, teilzunehmen.⁵⁹⁴ Hedtoft musste sich aber vorher erst einmal die Zustimmung im Folketing holen, bevor er eigenständig über einen dänischen NATO-Beitritt hätte verhandeln können. Am 27. Februar bekam der Premierminister einen Grundsatzbeschluss von der Sozialdemokratischen Führung übermittelt. Laut diesem durfte Hedtoft Verhandlungen mit anderen demokratischen Nationen aufnehmen und sich einem Bündnis anschließen, wenn dieses der sicherheitspolitischen Lage Dänemarks dienen würde.⁵⁹⁵ Am 15. März erhielt Dänemark das Angebot, der NATO beizutreten. Für die USA stellte die Zugehörigkeit Grönlands zum dänischen Königreich das entscheidende Motiv für den dänischen NATO-Beitritt dar:

⁵⁹² Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 187.

⁵⁹³ Nils Peter Gleditsch; Håkan Wiberg; Dan Smith: The Nordic Countries: Peace Dividend or Security Dilemma?, in: Cooperation and Conflict, Vol. 27, 1992, Nr. 4, S. 323-347, hier: S. 337.

⁵⁹⁴ Vgl.: Petersen, The Dilemmas of Alliance, S. 277; Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 103;

⁵⁹⁵ Vgl.: Jóhannesdóttir, Nachkriegszeit (1945-1949), S. 227. Durch den Beschluss bekam Hedtoft quasi eine Handlungsvollmacht und der Weg zum NATO-Beitritt war frei. Vgl.: Nikolaj Petersen: Atlantpagten eller Norden? Den danske alliancebeslutning 1949, in: Carsten Due-Nielsen; Johan Peter Noack; Nikolaj Petersen (Hrsg.): Danmark, Norden og NATO 1948-1962, Kopenhagen 1991, S. 17-44, hier: S. 41.

„For the Americans, the most solid reason for having Denmark as an ally was the bases on Greenland. Thus the cold war had not only given the country a need for allies, but had also made it at last „alliance-worthy“. After having played a generally rather passive role in international politics since the eighteenth century, Denmark was once again in a position to take some part in the system of the balance of power“⁵⁹⁶.

Im März 1949 flog Außenminister Rasmussen nach Washington, wo er sich über Chancen und Risiken einer dänischen NATO-Mitgliedschaft informieren wollte. Die USA forcierten nun die Gründung der NATO (bzw. Weiterentwicklung des Brüsseler Vertrages) und schon am 23. März 1949 fand die Abstimmung über den dänischen NATO-Beitritt statt. Da Hedtofts innenpolitischer Koalitionspartner, die Sozialliberalen (Radikale Venstre), weiterhin an der dänischen Neutralitätspolitik festhielt, suchte er sich die Unterstützung der prowestlichen Liberalen (Venstre) und Konservativen, die ebenfalls für eine sicherheitspolitische Bindung an den Westen eintraten.⁵⁹⁷ Die Parteien Det radikale Venstre und Retsforbundet (Kommunisten) stellten wegen des NATO-Beitritts einen Antrag auf ein Referendum, der aber von der Mehrheit im Folketing abgelehnt wurde. Bei der Abstimmung votierten 119 Abgeordnete (Sozialdemokraten, Liberale, Konservativen und ein Mitglied der kommunistischen Partei) für den NATO-Beitritt und 23 dagegen.⁵⁹⁸ Dänemark hatte seine jahrhundertealte Neutralitätspolitik aufgegeben und vollzog einen Wechsel hin von einer blockfreien Politik zu einem Mitglied der westlichen Militärallianz.⁵⁹⁹ Galt bislang jeder dänische Verteidigungsversuch als nicht lohnenswert und ohne Sinn („Was nutzt sie überhaupt?“),⁶⁰⁰ so hat der 9. April 1940 die dänische Mentalität doch entschieden verändert. Nun wollte man wenigstens symbolisch für seine Freiheit kämpfen. Besonders deutlich ist diese Veränderung bei den Sozialdemokraten vollzogen worden, die sich in dieser Frage an die Position der beiden bürgerlichen Parteien (Liberale und Konservative) angenähert.⁶⁰¹

4.3.2 Dänemark und die militärische Integration (1950)

Nach einer knapp 200 Jahre währenden Neutralitätspolitik musste sich die dänische Sicherheits- und Verteidigungspolitik von Grund auf verändern. Es galt, sich den An-

⁵⁹⁶ Holbraad, Danish Neutrality, S. 103

⁵⁹⁷ Vgl.: Gersdorff, Gründung NATO, S. 334.

⁵⁹⁸ Vgl.: Erik Rasmussen; Roar Skovmand: Det radikale Venstre 1905-1955. 50 års folkeligt og politisk virke, Kopenhagen 1955, S. 321ff. sowie Bjarne Hastrup: Vores Danmark – Dansk demokrati og velfærd, Kopenhagen 1994, S. 225f.

⁵⁹⁹ Vgl.: Branner, Danmark i en større verden, S. 24.

⁶⁰⁰ Heisler, Denmark's Quest for Security, S. 58.

⁶⁰¹ Vgl.: Holbraad, Danish Neutrality, S. 93.

forderungen innerhalb eines Bündnisses anzupassen. Doch die militärische Integration verlief zunächst schleppend. Dieses lag einerseits an dem 1950 ausgebrochenen Korea-Krieg, an dem das Königreich nicht teilnahm. Dieses lag andererseits aber auch an der mangelhaften Vorbereitung der dänischen Politiker in diesem Bereich. Auch wenn die dänische Regierung einen möglichen NATO-Beitritt (bzw. eine enge Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich mit den Vereinigten Staaten) zu keinem Zeitpunkt definitiv abgelehnt hatten, schien sich die politische Klasse Dänemarks doch auf eine Gestaltung einer skandinavische Verteidigungsunion konzentriert zu haben. Als aber Dänemark der NATO beitrug, hatten die meisten kein Verständnis für das Hauptziel des militärischen Bündnisses: Die Strategie der NATO bestand darin, einen Krieg durch strategische Abschreckung zu verhindern.⁶⁰²

Der dänische Premierminister wurde mit zwei Tatsachen konfrontiert: Zum einen hatte Hedtoft feste Zusagen sowohl von Großbritannien als auch von den Vereinigten Staaten erwartet, dass beide Staaten Dänemark im Kriegsfall mit Waffen und Personal unterstützen würden.⁶⁰³ Zum anderen hat der Verteidigungsausschuss im April 1950 einen mittelfristigen Verteidigungsplan angenommen, der vorsah, dass im Kriegsfall mit der Sowjetunion die Rhein-Ijssel-Linie die angestrebte Verteidigungslinie sei. Dieses hätte zur Folge gehabt, dass die Cimbrische Halbinsel mit Ausnahme des Nord-Ostsee-Kanals der Roten Armee offen gestanden hätte.⁶⁰⁴ Bei einem Treffen mit der amerikanischen Botschafterin Eugenie Anderson machte Hedtoft aus seiner Enttäuschung keinen Hehl und sagte, dass ihr früherer „Eindruck seiner zweifelnden Haltung gegenüber der Wirksamkeit der NATO für die Sicherheit und Verteidigung Dänemarks sich bestätigte und verstärkte“⁶⁰⁵.

Die Wende vollzog sich im Sommer 1950. Infolge des Korea-Krieges baten die USA ihre Verbündeten, ihre Verteidigungsanstrengungen zu erhöhen. Dänemark erklärte sich dazu sofort bereit. Betrag der dänische Verteidigungshaushalt für das Jahr 1949/1950 310 Millionen Kronen, so „genehmigte die Regierung für die nächsten zwei Jahre zusätzliche Verteidigungsausgaben in Höhe von 300 Millionen Kronen, dazu noch einmal

⁶⁰² Vgl.: Villaume, *Alliiert med Forbehold*, S. 91-120.

⁶⁰³ Vgl.: Kortmann, *Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten*, S. 189; Petersen, *Dänemark und die atlantische Allianz*, S. 107.

⁶⁰⁴ Vgl.: Kortmann, *Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten*, S. 189.

⁶⁰⁵ Petersen, *Dänemark und die atlantische Allianz*, S. 107.

100 Millionen Kronen für Zwecke der Zivilverteidigung⁶⁰⁶. Ein weiterer Vorschlag aus den USA am 15. September 1950 sah vor, gemeinsame NATO-Streitkräfte aufzustellen. Dieses Angebot inkludierte, dass sich die USA im Kriegsfall auf dem europäischen Kontinent engagieren würden.⁶⁰⁷ Problematisch aus dänischer und norwegischer Sicht war aber die geplante Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, denn die Jahre der Besatzung waren für beide skandinavischen Staaten zu diesem Zeitpunkt gerade einmal erst sechs Jahre her.

Positiv bewertete die dänische Seite⁶⁰⁸ die Zusage der Vereinigten Staaten, das gesamte Bündnisgebiet verteidigen zu wollen, denn somit wäre auch die Südflanke Jütlands durch die USA geschützt. Erst am 26. September konnte der dänische Außenminister aufgrund der innenpolitischen Situation im Nordatlantikrat eine Stellungnahme zum amerikanischen Vorschlag abgeben:

„Die Dänen stimmen (1) der Verteidigung so weit ostwärts wie möglich in Deutschland und (2) den von den USA vorgeschlagenen integrierten Verteidigungskräften zu. Die Dänen gehen davon aus, daß jede nationale Regierung so bald wie möglich Truppenteile für diese integrierten Kräfte benennt und sich mit diesem Thema auseinandersetzt. Aufgrund der geographischen Lage sind jedoch dänische Truppen allein nicht in der Lage, Dänemark zu verteidigen, und Dänemark geht davon aus, daß ein Auftrag der integrierten Verteidigungskräfte die Verteidigung ganz Westeuropas einschließlich Dänemarks ist. Bezüglich der deutschen Beteiligung vertreten die Dänen die Auffassung, daß alle verfügbaren Kräfte zur Verteidigung Westeuropas herangezogen werden sollten und nehmen an, daß der amerikanische Vorschlag eine Grundlage für die Beteiligung Deutschlands ohne Wiederbelebung des deutschen Militarismus bildet. Die Dänen vertreten die Auffassung, daß die grundlegende Struktur der NATO nicht verändert werden sollte. Insbesondere der NATO-Rat sollte weiterhin als oberstes Gremium mit der Führung betraut bleiben⁶⁰⁹.

Dänemarks Hauptanliegen war die Bemühung um die eigene Sicherheit. Es wollte von Anfang an verteidigt und nicht befreit werden und die dänischen Truppen waren nicht in der Lage, im Kriegsfall ihr Land alleine verteidigen zu können. Im Januar 1952 wies Verteidigungsminister Harald Petersen (Venstre) im dänischen Parlament noch einmal auf diese Punkte hin:

⁶⁰⁶ Ebda., S. 107. In den Jahren 1949-1953 verdreifachte sich der Verteidigungshaushalt Dänemarks. Vgl.: Villaume, Denmark and NATO, S. 32; Fitzmaurice, Security and Politics, S. 42.

⁶⁰⁷ Vgl.: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 189.

⁶⁰⁸ Der Ausdruck „die dänische Seite“ wird deshalb verwendet, weil Anfang des Monats September Neuwahlen angesetzt wurden. Aufgrund der innenpolitischen Situation nahm der dänische Botschafter Henrik de Kauffmann an der NATO-Sitzung teil. Da de Kauffmann für die dänische Regierung keine verbindliche Aussage machen konnte, bat der dänische Botschafter um eine Woche Aufschub. Die dänische Politik war zu diesem Zeitpunkt nicht handlungsfähig. Das Parlament hatte keine Sitzungsperiode und auch der außenpolitische Ausschuss war noch nicht gebildet worden. Insofern mussten sich die vier Vorsitzenden der Parteien zusammensetzen: Am 23. September unterstützten die Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen den amerikanischen Vorschlag, wohingegen sich die Sozialliberalen enthielten. Vgl.: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 108.

⁶⁰⁹ Die Rede von Gustav Rasmussen ist zitiert nach: Ebda., S. 109.

„Wenn es uns gelingen sollte, die Verteidigungslinie weiter nach Osten zu verschieben, wodurch Norddeutschland in den verteidigten Bereich einbezogen würde, wäre sogleich erkennbar, daß dadurch auch die Halbinsel Jütland geschützt würde, was von ausschlaggebender Bedeutung für die Verteidigung von Dänemark wäre. Auf diese Weise könnte die Bodenverteidigung von Jütland nach vorn an die gemeinsame Front in Deutschland verlegt und damit natürlich erheblich verstärkt werden“⁶¹⁰.

Auch im Januar 1952 stellte die größte Befürchtung der dänischen Regierung die Sicherheitslage im Süden des Landes dar. Auch wenn Dänemark der Idee von integrierten Streitkräften teilweise auch kritisch gegenüberstand, weil eine „unliebsame Verpflichtung“⁶¹¹ befürchtet wurde, hat sich „die Angst vor dem Ausgeliefertsein“⁶¹² letztendlich doch durchgesetzt. Die dänische Regierung war der Meinung, dass ein Staat bei einer Zusammenarbeit mit anderen Staaten immer ein Stück der eigenen Souveränität aufgeben muss. Nachdem SHAPE und andere höhere Kommandoebenen der NATO gegründet worden waren, fand die Bildung regionaler Kommandobehörden statt. Dänemark wurde dem Bereich Nord (Stab Oslo, Norwegen) zugeordnet, so dass innerhalb der NATO-Strukturen auch eine intensive skandinavische Zusammenarbeit stattfand. Zusätzlich umging das Königreich den Bereich Mitte, der – falls es wirklich zu einem Angriff der Roten Armee gekommen wäre – am intensivsten umkämpft gewesen wäre.⁶¹³

4.3.3 Der Grönlandverteidigungsvertrag von 1951

Die USA erkannten bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts die strategische Bedeutung Grönlands und planten vor dem Ersten Weltkrieg auf der Insel Stützpunkte zu errichten. Im Zuge des Kaufs der Jungfraueninseln 1916 akzeptierten die Vereinigten Staaten das dänische Interesse an ganz Grönland, unterrichtete das Königreich 1920 aber, dass die Vereinigten Staaten einen Verkauf Grönlands nicht dulden werde.⁶¹⁴ Nachdem die Wehrmacht Dänemark im April 1940 besetzt hatte, rissen die Kontakte zwischen Kopenhagen und Grönland sofort ab. Die dänischen Autoritäten auf Grönland suchten in Washington um Schutz nach. Da die dänische Regierung in außenpolitischen Angelegenheiten handlungsunfähig war, handelte der dänische Botschafter in Washington,

⁶¹⁰ Die Rede von Harald Petersen ist zitiert nach: Ebda., S. 110.

⁶¹¹ Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 110.

⁶¹² Ebda., S. 110.

⁶¹³ Vgl.: Ebda., S. 111.

⁶¹⁴ Vgl.: FRUS (Foreign Relations of the United States) 1955 – 9 II: 38; Clive Archer: The United States Defence Areas in Greenland, in: Cooperation and Conflict, Vol. 23, 1988, S. 123-144, hier: S. 123f; Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 192.

Henrik de Kauffmann, eigenmächtig ein Abkommen mit den USA aus und sicherte ihnen vier Stützpunkte auf Grönland zu.⁶¹⁵ Noch zu Friedenszeiten (die USA traten erst im Dezember 1941 in den Zweiten Weltkrieg ein) errichteten die USA Flugplätze auf Grönland und bauten die Hafenanlagen aus.⁶¹⁶ Nach dem Kriegseintritt der USA entwickelte sich Grönland als wichtige Drehscheibe zwischen den USA und Großbritannien. „Am Ende des Zweiten Weltkrieges unterhielten die USA 13 Flugplätze, vier Marinebasen sowie eine Reihe von Wetterstationen auf Grönland“⁶¹⁷.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wollten die USA angesichts der Fortschritte im Bereich der Luftfahrt- und Raketentechnik, die in den nächsten Jahren noch zunehmen würden, ihre Präsenz im strategisch wichtigen Grönland nicht aufgeben und dort ohne zeitliche Limitierung weitere Stützpunkte errichten bzw. weiter ausbauen.⁶¹⁸ Dieses Vorhaben fand zunächst auch die Zustimmung Dänemarks: Eine der ersten außenpolitischen Handlungen der neuen dänischen Regierung war die Anerkennung und die Verlängerung des Stationierungsabkommens („Agreement relating to the defense of Greenland“).⁶¹⁹ Doch bereits 1946 fand ein Umdenken in der dänischen Regierung statt, und das Abkommen sollte so bald wie möglich aufgehoben werden. Zu dieser Zeit war die Ostseeinsel Bornholm noch von sowjetischen Truppen besetzt gewesen und die dänische Regierung befürchtete, dass bei Erfüllung der amerikanischen Stationierungswünsche auf Grönland, die Sowjetunion auch Ansprüche auf Bornholm stellen könnte.⁶²⁰ Es folgten schwierige Verhandlungen zwischen beiden Ländern, bis die dänische Regierung im Jahr 1948 – wegen der synchron anfangenden Gespräche über einen eventuellen NATO-Beitritt oder einer skandinavischen Verteidigungsunion – entschied, das Thema Grönland in den Hintergrund zu drängen.⁶²¹

Nach dem dänischen NATO-Beitritt mussten die Interessen zwischen den USA und Dänemark in Einklang gebracht werden. Für die USA besaßen weitere Stationierungsrechte auf Grönland allerhöchste Priorität:

⁶¹⁵ Vgl.: DUPI: Grønland under den kolde krig. Dansk og amerikansk sikkerhedspolitik 1945-68, Kopenhagen 1997, S. 50-53.

⁶¹⁶ Vgl.: Paolo Coletta: United States Navy and Marine Corps Bases, Westport 1985, S. 132f.

⁶¹⁷ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 193.

⁶¹⁸ Grönland wurde von den U.S.Joint Chiefs als strategisch „außerordentlich wichtig“ eingestuft; Vgl.: FRUS 1946, I, S. 1174.

⁶¹⁹ Vgl.: Archer, The United States Defence Areas in Greenland, S. 125.

⁶²⁰ Vgl.: HSTL, HSTP,PSF, box 220, Memorandum for the President, 36th meeting des NSC, 23.3.1949; Villeneuve, Allieret med forbehold, S. 277-280, 301f., 394-399, 850ff.

⁶²¹ Vgl.: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 112.

„Apart from the base agreements with Denmark over Greenland and with Iceland, American military opinion was initially little interested in Scandinavia at this time. These bases were considered vital and among the most important to American defence policy, and therefore, for that reason only, Denmark was considered politically important“⁶²².

Auf der anderen Seite hoffte die dänische Regierung auf eine Sicherheitsgarantie von Großbritannien und den USA. Dänemark musste einräumen, dass es nicht in der Lage war, sein eigenes Königreich verteidigen zu können und somit auch kaum für die Sicherheit Grönlands würde sorgen können. Dennoch betonte das Königreich, dass es immer noch der Vertreter grönländischer – und damit auch dänischer – Interessen sei.⁶²³ Ende 1949 kam es ebenfalls zu Gesprächen zwischen Vertretern beider Länder und auch an dieser Stelle zeigte sich, dass die Verhandlungen quasi festgefahren waren. Abermals wurden die Gespräche zurückgestellt, und beide Seiten warteten die NATO-Planung für den Atlantik ab. Im Herbst 1950 einigte sich die Regionale Planungsgruppe Atlantik im Verteidigungsplan auf den künftigen Status Grönlands: Der Plan hielt die Wahrscheinlichkeit einer sowjetischen Bedrohung Grönlands für gering, so dass für die Verteidigung der Insel nur örtliche (wahrscheinlich dänischen Truppen) bereitgestellt werden müssten. Sollte der Ernstfall eintreten (d.h. ein Angriff der Sowjetunion), dann sollten die USA und Kanada Verstärkungskräfte stellen. Der Plan sah zwei amerikanische Luftstützpunkte in Grönland vor, die vorrangig den Luftverkehr über den Atlantik unterstützen sollten. Somit hätte sich an den bisherigen Gegebenheiten auf Grönland nichts geändert, und die Interessen der USA und Dänemarks fänden Eingang in den Verteidigungsplan.⁶²⁴

Nachdem aber die Regionale Planungsgruppe Kanada-USA konsultiert worden war, kam es zu einer Änderung der Prioritäten: „Der NATO-Stützpunktbedarf in Grönland war plötzlich sowohl qualitativ als auch quantitativ gestiegen.“⁶²⁵ Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte hatte erreicht, seine Polstrategie in der Planungsgruppe durchzusetzen, durch welche sich das Hauptaugenmerk der Strategie nunmehr auf Thule in Nordgrönland und nicht mehr auf den südlichsten Teil der Insel konzentrierte.⁶²⁶ Der neue Plan sah vor, dass ein großer Bereitstellungsflugplatz für Mittelstreckenbomber in Thule ge-

⁶²² Fitzmaurice, Security and Politics, S. 25; „Greenland’s importance to the NATO alliance is often overlooked but cannot be overstated.“ Zitiert nach: Dov S. Zakheim: NATO’s Northern Front: Developments and Prospects, in: Cooperation and Conflict, Vol. 17, 1982, S. 193-205, hier: S. 202. Im Juni 1946 erstellten US-Stabschefs eine Liste, auf der die Regionen eingezeichnet waren, die für die USA eine hohe strategische Bedeutung besaßen: Grönland wurde dabei die gleiche Bedeutung zugewiesen wie Island und den Azoren. Vgl.: Archer, The United States Defence Areas in Greenland, S. 127.

⁶²³ Vgl.: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 112.

⁶²⁴ Vgl.: Ebda., S. 112.

⁶²⁵ Ebda., S. 112.

⁶²⁶ DUPI, Grönland under den kolde krig, S. 112ff.

baut werden sollte. Somit kam es auch zu einer wesentlichen Veränderung der Strategie: War das Bündnis bisher darauf ausgerichtet, ein mögliches Eindringen der Sowjetunion in Grönland abzuwehren, so wurde die Insel nunmehr ein wichtiger Standpunkt für die strategische Nuklearoffensive des Bündnisses.⁶²⁷

Als diese Änderungen der dänischen Regierung bekannt wurden, traten erhebliche Vorbehalte gegen die neue Strategie zu Tage. Im März 1951 sollten die dänisch-amerikanischen Verhandlungen über Grönland beginnen und die dänische Seite versuchte weiterhin, ihre Interessen auf Grönland zu vertreten. Der amerikanische Vertragsentwurf zielte aber darauf ab, dass sich die Präsenz der USA in Grönland enorm verstärken würde, und dass „den US-Streitkräften viel Handlungsspielraum auf den Stützpunkten selbst und darüberhinaus eingeräumt werden sollte“⁶²⁸. Um ihren Einfluss weiterhin zu wahren, stellten die dänischen Vertreter fünf Bedingungen auf:

1. Die USA sollten respektieren, dass Grönland zu Dänemark gehöre. Im Falle eines Angriffs auf Grönland, sollten die USA den dänischen Truppen zu Hilfe kommen;
2. Der Vertrag sollte ausschließlich auf die Verteidigung Grönlands beschränkt bleiben.
3. Dänemark bestand darauf, dass der amerikanische Bedarf an Stützpunkten begrenzt werden sollte.
4. Dänemark stellte den USA drei so genannte Verteidigungsräume (Narssarsuaq/Südgrönland; Søndre Strømfjord/Westgrönland sowie Thule/Nordgrönland) zur Verfügung, allerdings sollten die USA ihre Aktivitäten außerhalb dieser Verteidigungsräume einschränken.
5. Es existiert ein Fraternisierungsverbot zwischen dem US-Personal und der einheimischen Bevölkerung.

Für die USA war nur der zweite Punkt ein Dorn im Auge, denn sie hatten weitreichendere Pläne im Auge, als sich nur auf die Verteidigung Dänemarks zu beschränken. Deshalb wurde in den Vertrag schließlich auch die Verteidigung des NATO-Territoriums

⁶²⁷ Vgl.: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 112.

⁶²⁸ Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 113.

aufgenommen, ohne aber die neue globale strategische Rolle Grönlands besonders zu erwähnen.⁶²⁹

Insgesamt gelang es dem Königreich, wichtige Vorgaben in den Grönland-Verteidigungsvertrag zu platzieren. Die USA akzeptierten die dänischen Forderungen in den Bereichen, in denen die dänische Souveränität „formal betroffen war“⁶³⁰. Andererseits erreichten die USA ihr Hauptziel: drei große Luftwaffenstützpunkte, auf denen sie ohne die Einmischung Dänemarks Schalten und Walten konnten. Zwar gab es für Dänemark nur einen kleinen Verhandlungsspielraum, denn der Vertrag wurde (1) offiziell auf Antrag der NATO ausgehandelt und (2) hatte das NATO-Mitglied Großbritannien der dänischen Regierung die Empfehlung gegeben, dass Dänemark den amerikanischen Wünschen entgegenkommen sollte. Auf der anderen Seite hatte Dänemark seine eigenen Verteidigungsprobleme und musste sich den amerikanischen Wünschen in bestimmten Bereichen annähern, da das Königreich nun mal nicht in der Lage war, Grönland im Eventualfall zu verteidigen und sich zudem eine Verschlechterung der Beziehungen mit Washington nicht erlauben konnte. Dennoch war Dänemark bestrebt, für seine Leistungen auch eine Gegenleistung zu erhalten. Bereits Ende 1949 argumentierte Premierminister Hedtoft im Außenpolitischen Ausschuss des Parlamentes, dass

„vor dem Auspielen der letzten Karte, nämlich Grönland, festgestellt werden muss, was die Amerikaner wollen und was sie uns im Gegenzug geben können. Wir können keine amerikanische Politik in Grönland akzeptieren, die eine weitere Verschlechterung der Stellung Dänemarks gegenüber der Sowjetunion bedeutet. Dänemark muss Opfer bringen, jedoch auch eine Antwort auf die Frage fordern, welche Garantien für Dänemarks Sicherheit als Gegenleistung abgegeben werden“⁶³¹.

In diesem Beitrag verwies Hedtoft auf die „Grönlandkarte“. Durch den Besitz von Grönland und der strategischen Bedeutung für die amerikanische Sicherheitspolitik, versuchte Dänemark mit Hilfe von Konzessionen an die Amerikaner, sich selbst sicherheitspolitische Vorteile zu sichern.⁶³² Die großzügige Dauernutzung Grönlands stellte aus dänischer Sicht den Großteil des dänischen Beitrages zur atlantischen Verteidigungsgemeinschaft dar, womit die geringen Investitionen in den anderen militärischen Bereichen gerechtfertigt wurden.⁶³³ Und Grönland kam im weiteren Verlauf des Kalten Krieges für die USA und die NATO eine wichtige Funktion zu:

⁶²⁹ Vgl.: Ebda., S. 113f; DUPI, Grønland under den kolde krig, S. 120ff.

⁶³⁰ Ebda., S. 114.

⁶³¹ Zitiert nach: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 114.

⁶³² Ebda., S. 115.

⁶³³ Vgl.: Gersdorff, Gründung NATO, S. 336.

„Grönland wurde ein wichtiges Glied in der Kette amerikanischer Frühwarnstationen, weil (wie über der sowjetischen Kola-Halbinsel) auch über Grönland die Flugbahnen strategischer Interkontinentalraketen verlaufen würden. Zusammen mit Stützpunkten in Clear/Alaska und Fylingdales Moor/England bildete Thule das Frühwarnsystem für Angriffe mit ballistischen Raketen. Auf Grönland finden sich in der Folge außerdem Kontroll- und Kommunikationssysteme für die US-Verteidigung, Stationen zur Satellitenkontrolle sowie Basen zur U-Boot-Bekämpfung“⁶³⁴.

Der Luftwaffenstützpunkt Thule wurde bis 1952 zu einem großen nuklearstrategischen Luftstützpunkt ausgebaut. Auf ihm wurden u.a. Mittelstreckenbomber stationiert, die Moskau innerhalb von fünf Stunden (Die Entfernung Thule-Moskau beträgt 4400 Kilometer) erreicht hätten.⁶³⁵

4.3.4 Militärstützpunkte auf dänischem Territorium? (1952/1953)

Der dänische Außenminister Gustav Rasmussen flog im März 1949 nach Washington, um sich dort mit dem amerikanischen Außenminister Dean Acheson über die Vor- und Nachteile eines dänischen NATO-Beitrittes auszutauschen. Auch die Frage über die Stationierung ausländischer Truppen wurde in diesem Gespräch angeschnitten. Acheson beteuerte seinem dänischen Amtskollegen, dass die USA nicht davon ausgehen würden, „daß auf dänischem Gebiet irgendwelche Stützpunkte eingerichtet werden müßten“⁶³⁶. Somit konnte Rasmussen im Folketing die Frage nach der Einrichtung ausländischer Stützpunkte im Königreich negieren.

Doch die Situation änderte sich Anfang der 50er Jahre. Die Verteidigungsplanung der NATO war der Auslöser, der diese Frage wieder auf die Tagungsordnung setzte. Der Militärausschuss wies in einem Bericht im November 1951 an den NATO-Rat darauf hin, dass die Luftstreitkräfte von Dänemark und Norwegen nicht ausreichen würden, um die Nordflanke im Eventualfall zu schützen. Der Bericht ging davon aus, dass die Luftstreitkräfte beider Länder gerade einmal die Hälfte der Kapazitäten betragen würden, die für die Verteidigung als notwendig erörtert wurden. Um diese Lücke in der Verteidigung zu schließen, sollten zwei taktische Geschwader (150 Tagjäger und Kampfbomber) dauerhaft in Dänemark stationiert werden.⁶³⁷ Zu Jahresbeginn wurde der Vorschlag

⁶³⁴ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 193.

⁶³⁵ Vgl.: Nils Lund: Die strategische Stellung der skandinavischen Länder im Rahmen der russischen und der amerikanischen Polarstrategie, in: Wehrkunde, Nr. 6, Bonn 1955, S. 224-229, hier: S. 224f.

⁶³⁶ FRUS 1949, IV, S. 193f.

⁶³⁷ Vgl.: Villaume, Allieret med forbehold, S. 403, sowie 408f. Villaume vermutet, dass es den USA nicht nur darum ging, die Luftverteidigung Dänemarks sicherzustellen, sondern dass die USA (1) die Absicht hatten, Einsätze von SAC-Bombern in Richtung Sowjetunion durch Tagjäger decken zu lassen oder (2) im Kriegsfall mit den Tagjägern eingedrungene sowjetische Bomber zu bekämpfen. Vgl.: Villaume, Al-

an führende Militärs und Politiker weitergegeben, und Admiral Quistgaard, der ranghöchste Militär im Land, sprach sich für die Stationierung aus, da im Kriegsfall eine starke Luftwaffe in der Lage sei, die Mobilmachung von Heer und Marine zu sichern. Er mahnte zum Abschluss seines Schreibens die Regierung, diese Möglichkeit nicht verstreichen zu lassen:

„Angesichts der sehr gewichtigen militärischen Gründe empfehle ich mit Nachdruck, daß die Regierung – trotz möglicher politischer Vorbehalte – der dauernden Stationierung alliierter Kräfte zur Verstärkung der dänischen Verteidigung zustimmt. Es sollten alle militärischen Voraussetzungen für die wünschenswerte schlagkräftige Verteidigung des ganzen Landes geschaffen werden“⁶³⁸.

Die dänische liberal-konservative Regierung unter Erik Eriksen musste diese Frage in den nächsten Monaten aber trotz der Warnungen von Quistgaard sehr behutsam behandeln, da sie eine Minderheitenregierung darstellte, die von den Sozialliberalen (Anhänger der Neutralitätspolitik) unterstützt wurden. Im Februar 1952 stimmte die dänische Regierung dem Ausbau zwei dänischer Flughäfen nach amerikanischen Normen zu, betonte aber, dass damit keine dauerhafte Stationierung amerikanischer Truppen einhergehen dürfe. Im Sommer versuchte die Regierung die Zustimmung der Sozialdemokraten für ihre angestrebte Stationierungspolitik zu gewinnen, aber auch wenn es zeitweise danach aussah, als könnte die Sozialdemokratie für dieses Vorhaben gewonnen werden, so regte sich an Herbst 1952 an der Parteibasis allmählich der Widerstand. Der dänische Vertreter in NATO-Fragen, Schram-Nielsen, stellte eine Liste mit fünf Punkten auf, die als Bedingung für eine mögliche Stationierung unbedingt erfüllt werden mussten:

1. Ohne das dänische Einverständnis (ein de facto Vetorecht) dürfen die im Königreich stationierten Truppenteile der US-Luftstreitkräfte nicht abgezogen werden.
2. Die Flugplätze dürfen nicht für strategische, sondern nur für taktische Zwecke verwendet werden.
3. Das NATO-Truppenstatut soll gelten.
4. In Friedenszeiten stellen dänische NATO-Truppenführer den Flugplatzkommandanten, in Kriegszeiten werden die Flugplätze unter NATO-Befehl gestellt.

liert med forbehold, S. 406ff. bzw. S. 446f. Petersen weist allerdings daraufhin, dass diese Thesen nicht belegt werden können. Vgl.: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 117.

⁶³⁸ Zitiert nach: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 117.

5. Die Stützpunktvereinbarung wird mit einer angemessenen Kündigungsfrist versehen, die ein oder zwei Jahre betragen soll.⁶³⁹

Die amerikanische Seite konnte diese Forderungen nicht akzeptieren. Die Truppen der amerikanischen Luftwaffe standen unter dem Oberbefehl von SHAPE und hatten die Aufgabe, ganz Westeuropa zu verteidigen und nicht nur das Königreich. Auch eine Kündigungsklausel widersprach den Interessen der USA. Einverstanden waren sie hingegen mit dem zweiten Punkt, der die Nutzung des Flugplatzes nur für strategische Ziele vorsah.⁶⁴⁰ Auch bei weiteren Gesprächen Ende Januar 1953 konnte kein Ergebnis bezüglich des dänischen Vetorechtes und der Kündigungsklausel erzielt werden und die dänische Regierung brach die Verhandlungen ab.⁶⁴¹

Gescheitert ist das Vorhaben aber nicht nur an den beiden Punkten, über die die USA und Dänemark keine Einigung treffen konnten, sondern vielmehr an mehreren Faktoren:

1. Norwegen: Der Bericht des Militärausschusses verwies ursprünglich darauf, dass die Luftstreitkräfte beider Länder – Dänemark und Norwegen – nicht den Anforderungen der NATO entsprachen. Zudem war Norwegen seit 1949 durch eine Zusage an die Sowjetunion gebunden, die beinhaltete, dass das Königreich keine fremden Truppen auf seinem Territorium stationieren durfte. Dänemark selbst hatte eine solche Zusage nicht gegeben, aber beim Abzug der sowjetischen Truppen von Bornholm das Versprechen geben müssen, dass keine ausländischen Truppen auf der Ostseeinsel stationiert werden.
2. Stalins Tod: Nach dem Tod von Stalin schien sich für einen kurzen Zeitraum der Ost-West-Konflikt zu entspannen und Dänemark wollte – besonders unter der zweiten Regierung von Hans Hedtoft (September 1953-Februar 1955) – eine Politik der Entspannung gegenüber der Sowjetunion verfolgen. (Dieses Motiv erklärt den Grund, warum es nach 1953 keinen erneuten Versuch gab, über eine Truppenstationierung zu verhandeln.)
3. Dänemarks Innenpolitik: In der Bevölkerung wurde eine Stationierung von ausländischen Truppen abgelehnt. Ein Motiv dafür waren die negativen Erfahrungen, die Island mit der Stationierung (Konflikte zwischen der einheimischen Be-

⁶³⁹ Vgl.: Villaume, *Allieret med forbehold*, S. 444.

⁶⁴⁰ Vgl.: *Ebda.*, S. 446.

⁶⁴¹ Vgl.: *Ebda.*, S. 453ff; Petersen weist darauf hin, dass das Ansinnen zu diesem Zeitpunkt aber schon längst verworfen worden war. Vgl.: Petersen, *Dänemark und die atlantische Allianz*, S. 119.

völkerung und den ausländischen Truppen) gemacht hatte. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Gallup, die nicht veröffentlicht wurde, zeigte, daß 57% der Bevölkerung die Stationierung ablehnten, wohingegen nur ein Fünftel der Bevölkerung sie befürworteten. Da die Entscheidung durch ein Referendum hätte bestätigt werden müssen, wäre ein Scheitern leicht im Bereich des Möglichen gewesen. Zudem gab es 1953 einen Regierungswechsel. Die Regierung Eriksen wurde von der Regierung Hedtoft abgelöst, Hedtoft benötigte für seine Regierung die Stimmen der Sozialliberalen (Radikal Venstre). Die Stationierungsgegner waren und auch schon gegen den NATO-Beitritt Dänemarks Partei ergriffen hatten.⁶⁴²

Das Nein des dänischen Politikestablishments sollte von langer Dauer sein. Selbst die christlich-liberale Opposition akzeptierte das Stationierungsverbot. In den 60er Jahren wurde das Stationierungsverbot als Teil der „Nordic Balance“ gewertet. Da sowohl Dänemark als auch Norwegen keine fremden Truppen auf ihren Territorien akzeptierten (Ausnahmen waren u.a. gemeinsame Truppenübungen), entwickelte sich „der skandinavische Raum zu einem Niedrigspannungsraum in der internationalen Sicherheitspolitik“.

4.3.5 Dänemarks Nein zu Atomwaffen (1957)

In den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges setzten die USA zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die Atombombe ein, zerstörten Hiroshima (6. August 1945) und Nagasaki (9. August 1945) und zwangen Japan zur Kapitulation. Durch den Einsatz dieser Waffe wurden die USA zu einer Supermacht, denn kein anderer Staat besaß zu diesem Zeitpunkt die Atombombe. Die Sowjetunion setzte in den nächsten Jahren alles daran, ebenfalls in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Im August 1949 fand die erste sowjetische Atombombenexplosion statt und die Sowjetunion erklärte sich ebenfalls zur Atommacht. Auch im Bereich der Raketentechnik machte die UdSSR Fortschritte und konnte im August 1957 die erfolgreiche Erprobung einer Interkontinentalrakete vermelden. Ebenfalls im Jahr 1957 gelang der Sowjetunion der Start des ersten künstlichen Erdsatelliten („Sputnik“/Oktober 1957). Ein zweiter Start erfolgte am 3. November. Der technologische Erfolg der UdSSR sorgte in der westlichen Welt – be-

⁶⁴² Vgl.: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 119ff.

sonders in den USA – für einen Schock. Die UdSSR war nunmehr nicht nur im Besitz von Atomwaffen, sie hatte auch die Instrumente zur Verfügung, diese Waffe in vielen Regionen der Welt einzusetzen.

Als Dänemark im April 1949 der NATO beitrug, wurde das Thema atomare Bewaffnung kaum erörtert. Natürlich war die Tatsache, dass sich Atomwaffen im Besitz der USA fanden, für die westeuropäischen Staaten ein beruhigendes Gefühl, falls es doch zu einem Angriff der Sowjetunion kommen sollte. Grundsätzlich konzentrierte sich die westliche Verteidigungsallianz aber auf die territoriale Verteidigung. Dennoch unternahm das Königreich in diesen Jahren alles, um die UdSSR nicht zu provozieren. So verzichtete Dänemark nach Beginn des Koreakrieges auf die Lieferung vorher erbetener amerikanischer Luftwaffengeschwader, um die Sowjetunion nicht unnötig zu provozieren. Dieses Verhalten bedeutete de facto einen Verzicht auf die eigene Verteidigung in einer Krisenzeit.⁶⁴³ Somit verließen sich Dänemark und Norwegen auf die atomare Abschreckung des Bündnisses und unternahmen erst ab 1950 finanzielle Anstrengungen, um den militärischen Sektor zu vergrößern. Dänemark war zu diesem Zeitpunkt sowohl zur See, als auch durch Luftangriffe verwundbar. Hinzu kam das Dilemma der offenen Südflanke, denn Deutschland besaß 1949 noch keine Armee. Deshalb musste die NATO eine defensive Verteidigungsstrategie aufstellen und sich im Fall eines sowjetischen Angriffes auf die Rhein-Ijssel-Linie zurückziehen und diese – bestenfalls, wie Montgomery betonte – halten.⁶⁴⁴ Das dänische Partiestablishment sah zudem die Atomwaffe sehr kritisch. Nachdem die UdSSR in den Besitz der Atombombe gekommen war, gab es auf dänischer Seite die Befürchtung, dass die Sowjetunion aus strategischen Gründen mit Atomwaffen angreifen könnte.⁶⁴⁵ Als die USA im November 1949 im Militärausschuss der NATO den Vorschlag machten, dass sie die Zuständigkeit für den strategischen Bombeneinsatz – und damit auch über den Einsatz der Atombombe – bekämen, gab es Proteste von Admiral Quistgaard, dem dänischen Vertreter, denn er teilte die Befürchtung, dass diese Regelung einen atomaren Präventivschlag auf Kopenhagen geradezu provozieren würde. Zudem könnte die Zustimmung in der dänischen Öffentlichkeit bei Bekanntwerden dieses Vorhabens drastisch schwinden.⁶⁴⁶ Insofern plädierte

⁶⁴³ Vgl.: Riste, NATO, S. 253; Petersen, The Dilemmas of Alliance, S. 278-284.

⁶⁴⁴ Vgl.: Gersdorff, Gründung NATO, S. 335f.

⁶⁴⁵ Vgl.: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 122.

⁶⁴⁶ Vgl.: Ebda., S. 122.

Quistgaard dafür, den Begriff Atomwaffen im strategischen Konzept nicht zu verwenden, wie es dann auch geschah.⁶⁴⁷

1957 gab es den amerikanischen Vorschlag, „den europäischen NATO-Mitgliedsstaaten taktische Atomwaffen unter einem doppelten Verschlusssystem zur Verfügung zu stellen“⁶⁴⁸. Dass eines Tages dänische Truppen mit Atomwaffen ausgestattet werden würden, überstieg bis zu diesem Zeitpunkt die Vorstellungskraft des dänischen Politikestablishments. Zwar gab es 1955/56 von einigen dänischen Experten die Überlegung, dass im Ernstfall in Dänemark eingesetzte amerikanische Truppen im Besitz von Atomwaffen sein könnten, darüber hinaus spielte dieses Thema aber keine Rolle in den sicherheitspolitischen Debatten im Königreich.⁶⁴⁹

Bereits Anfang 1957 wurde Dänemark mit dem Thema Atombewaffnung konfrontiert: Die US-Regierung bot Dänemark an, die königlichen Streitkräfte mit konventionell bestückten „Nike“-Luftabwehrflugkörper und Artillerieflugkörper vom Typ „Honest John“ zu bestücken. Die sozialdemokratische Regierung gab im März 1957 ihr Placet für die Lieferung von „Nike“. Doch wenige Tage später traf ein Schreiben des sowjetischen Premierministers Nikolaj Bulganin in Kopenhagen ein. In diesem Schreiben warnte er den dänischen Premier- und Außenminister vor der Anschaffung der „Nike“, da die USA mit dieser Lieferung die „Dislozierung von Atomwaffen“⁶⁵⁰ vorbereiten wollten. Bulganin wies darauf hin, dass für das Königreich ein Atomkrieg existenzbedrohend sei.⁶⁵¹

Der Wahlkampf in Dänemark war 1957 nicht durch Innen-, sondern durch Sicherheitspolitik geprägt. Der amtierende Premierminister Hansen (Sozialdemokrat) betonte in der Öffentlichkeit, dass Dänemark die Flugkörper „Nike“ und „Honest John“ nicht stationiert hätte, wenn sie von den USA mit Atomwaffen ausgestattet worden wären. Seine Partei ging mit dem Slogan „Keine Atomwaffen für Dänemark“ in den Wahlkampf. Nach der Wahl konnten die Sozialdemokraten mit den Sozialliberalen und der Gerechtigkeitspartei eine Koalition bilden. Die Koalition war sich darin einig, dass in Däne-

⁶⁴⁷ Im Text wurde die Formulierung „ausnahmslos alle Waffentypen“ verwendet. Vgl.: Villaume, *Allieret med forbehold*, S. 503f.

⁶⁴⁸ Petersen, *Dänemark und die atlantische Allianz*, S. 123.

⁶⁴⁹ Vgl.: Ebd., S. 123.

⁶⁵⁰ Petersen, *Dänemark und die atlantische Allianz*, S. 123.

⁶⁵¹ Der Briefwechsel zwischen Bulganin und Hansen ist abgedruckt in: *Dansk sikkerhedspolitik 1948-1966*, hrsg. Von Udenrigsministeriet, Bd. 2, Kopenhagen 1969, S. 349-354 (Brief Bulganins), S. 355-359 (Antwort Hansens).

mark keine Atomwaffen stationiert werden, befürwortete aber dennoch die Stationierung der Flugkörper vom Typ „Nike“ und „Honest John“.⁶⁵² Dänemarks Haltung zur Stationierung von Atomwaffen wurde den anderen NATO-Mitgliedsstaaten bei der NATO-Ratssitzung im Dezember 1957 mitgeteilt. Auf dieser Sitzung unterstützte Dänemark den norwegischen Vorschlag, „die Dislozierung von Mittelstreckenflugkörpern in Europa zu verschieben“⁶⁵³. Auch wenn der Vorschlag nicht angenommen wurde, konnte Premierminister Hansen in dieser Sitzung sein Anliegen publik machen, das er einen Monat später im Folketing wiederholte:

„Unser Nein muß vor dem Hintergrund der geographischen Lage Dänemarks gesehen werden. Wenn man die Reichweite moderner Waffen berücksichtigt, ist es schwierig, vorauszusagen, welche Länder in einem künftigen Krieg am meisten exponiert sein werden, aber es ist eine historische Tatsache, daß Pläne für die Verteidigung des Raumes, zu dem Dänemark gehört, seit dem Bestehen der NATO die ganze Aufmerksamkeit der östlichen Staaten auf sich ziehen und zu starken Reaktionen Anlaß geben. Es ist deshalb wichtig, daß wir auf Maßnahmen verzichten, die – wenn auch ungerechtfertigter Weise – als Provokation ausgelegt werden könnten und damit den Entspannungsprozeß beeinträchtigen“⁶⁵⁴.

Zusammengefasst gab es zwei Ursachen, die die Einführung von taktischen Atomwaffen in den dänischen Streitkräften verhinderten:

1. Die innenpolitischen Ursachen: Die dänische Sozialdemokratie hatte nach dem Zweiten Weltkrieg eine 180° Kehrtwende im Bereich der Sicherheitspolitik hinter sich gebracht. Nach der Befreiung des Königreiches musste Dänemark eine aktive Sicherheits- und Verteidigungspolitik führen, um einen erneuten 9. April in der dänischen Geschichte zu verhindern. Als es um die Frage ging, ob Dänemark NATO-Mitgliedstaat werden sollte oder nicht, stellten sich die Sozialdemokraten auf die Seite der Befürworter. Im Jahr 1957 stellte sich die Situation ein wenig anders dar. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Hansen erklärte Dänemark auf der NATO-Ratssitzung im Dezember quasi zu einem kernwaffenfreien Land, obwohl er den USA inoffiziell die Stationierung von Nuklearwaffen auf Grönland zubilligte.⁶⁵⁵ Aber auch Hansens Koalitionspartner, die Sozialliberalen, brauchten beinahe ein Jahrzehnt, bis sie die NATO-Mitgliedschaft Dänemarks respektierten. Ab 1960 akzeptierten auch die bürgerlichen Parteien

⁶⁵² Vgl.: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 124. Dabei betonte die Koalition, dass „unter den derzeitigen Bedingungen“ die Stationierung von Atomwaffen nicht akzeptiert werden.

⁶⁵³ Ebda., S. 124.

⁶⁵⁴ Dansk sikkerhedspolitik, Bd.2, S. 366f.

⁶⁵⁵ Vgl.: Gersdorff, Gründung NATO, S. 336.

Dänemarks Verzicht auf Atomwaffen. Generell scheint das Stationierungsverbot von Atomwaffen einen überparteilicher Kompromiss darzustellen.

2. Die Rolle der Sowjetunion: Auch wenn Dänemark in das westliche Verteidigungsbündnis integriert ist, haben seine Regierungen wiederholt seit 1945 versucht, es nicht zur Konfrontation mit der Sowjetunion kommen zu lassen. Im Wissen dieser Furcht schrieb Bulganin seinem dänischen Amtskollegen einen Brief, in dem er ihn auf die Gefahren eines Atomkrieges aufmerksam machte. Petersen glaubt, dass der sowjetische Protest gegen die Stationierungen der Flugkörper „Nike“ und „Honest John“ der Auslöser war, der in Dänemark zu einem Stationierungsverbot führte.⁶⁵⁶

Dänemarks Nein zu Atomwaffen aus dem Jahre 1957 erschien im Sommer 1995 in einem anderen Licht. In einem Bericht der Regierung an das dänische Parlament kam heraus, dass die USA mit Wissen der damaligen dänischen Entscheidungsträger Atomwaffen auf Grönland stationiert hatten:

„Laut Bericht war der US-Botschafter in Dänemark im November 1957 an Premierminister Hansen mit der Anfrage herangetreten, ob Dänemark von der Entscheidung Amerikas, Atomwaffen auf Grönland zu stationieren, informiert werden wolle. Er fügte hinzu, daß die Amerikaner nach ihrem Dafürhalten befugt seien, aufgrund des Grönlandvertrages Waffen dieses Typs zu stationieren. Laut Bericht reagierte Hansen darauf mit der Übermittlung eines sicherheitsmäßig hoch eingestuften persönlichen Schreibens an den amerikanischen Botschafter, in dem er die amerikanische Interpretation des Verteidigungsvertrages zur Kenntnis nahm. Er erwähnte auch, daß keine konkreten Pläne für die Stationierung solcher Waffen vorgelegt worden seien, und daß die Vereinigten Staaten nicht um die Stellungnahme der dänischen Regierung nachgesucht hätten. Vor diesem Hintergrund sehe er keinen Anlaß, zu diesem Fall eine Stellungnahme abzugeben.“⁶⁵⁷

Der Verzicht von Premierminister Hansen wurde von den USA als Zustimmung gewertet. Im Juli 1995 – also fast vierzig Jahre nach der Stationierung informierten die Vereinigten Staaten die Regierung Poul Rasmussen, dass die USA im Zeitraum Februar bis Oktober 1958 vier Atombomben auf dem Luftstützpunkt Thule stationiert hatten. Zudem sind Gefechtskörper im Zeitraum 1959-1965 mit vier „Nike Hercules“-Batterien ebenfalls in Thule stationiert worden. „So unterlag also die dänische Politik des Verzichts auf Atomwaffen einer zeitlichen („unter den derzeitigen Umständen“) und einer geheimen räumlichen (nur auf das kontinentaleuropäische Dänemark begrenzten) Einschränkung.“⁶⁵⁸

⁶⁵⁶ Vgl.: Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 125.

⁶⁵⁷ Petersen, Dänemark und die atlantische Allianz, S. 126.

⁶⁵⁸ Ebd., S. 126.

4.3.6 Der NATO-Doppelbeschluss und die dänische „Fußnotenpolitik“(1982-1988)

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre beherrschte die Modernisierung der auf Westeuropa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen (SS-20) die sicherheitspolitische Debatte in der westlichen Wertegemeinschaft. Die USA und die UdSSR hatten 1972 im SALT I – Abkommen⁶⁵⁹ einen Rüstungskontrollvertrag abgeschlossen, der die Begrenzung der Atomwaffen auf ein vergleichbares Niveau voraussah. Allerdings blieben die Ungleichgewichte in Europa bestehen und wurden vertraglich fixiert, so dass die Sowjetunion im konventionellen Bereich und bei den stationierten Mittelstreckenwaffen ein deutliches Übergewicht besaß. Dieses ließ bei den Westeuropäern die Zweifel anwachsen, ob denn die amerikanische Schutzgarantie – die Verteidigung Westeuropas bei einem eventuellen sowjetischen Angriff – auch im Ernstfall gelten würde. Die Modernisierung der SS-20, die die alten SS-3 und SS-4 ablösten und im Vergleich zu den Vorgängermodellen drei verschiedene Atomsprengköpfe tragen konnten, so dass es möglich gewesen wäre, mit einer Rakete drei verschiedene westeuropäische Städte atomar anzugreifen, vermehrte die Sorgen der Westeuropäer – allen voran des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt – bezüglich der amerikanischen Sicherheitsgarantie.⁶⁶⁰ Wenn die Sowjetunion Europa angegriffen hätte, dann hätten die USA einen atomaren Gegenschlag gegen die Sowjetunion führen müssen. Dieses hätte aber wiederum einen atomaren Angriff der Sowjetunion auf eine amerikanische Großstadt bedeutet; und Schmidt war sich nicht sicher, ob die USA dieses Risiko im Ernstfall eingehen würden.

Neben der Modernisierung mit SS-20 Mittelstreckenraketen gab es zudem ein anderes Streitthema zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion: Seit einigen Jahren stagnierten die Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen in Europa (MBFR/Mutual and Balanced Force Reductions), bei denen das konventionelle Übergewicht der Sowjetunion abgebaut werden sollte.⁶⁶¹ Vor diesem Hintergrund hielt Helmut Schmidt im Oktober 1977 eine Rede vor dem Londoner Institut für Strategische Studien (IISS), in der er vom Westen Maßnahmen einforderte, mit denen die wachsenden Disparitäten in den Bereichen der nuklearen Mittelstreckenwaffen

⁶⁵⁹ SALT= Strategic Arms Limitation Treaty

⁶⁶⁰ Vgl.: Stöver, Der Kalte Krieg, S. 408; Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 251; Hacke, Zur Weltmacht verdammt, S. 292.

⁶⁶¹ Vgl.: Helga Haftendorn: Sicherheit und Stabilität. Die Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss, München 1986, S. 93.

und der konventionellen Waffen beendet werden sollten.⁶⁶² Schmidts Ziel war nicht, ein Gleichgewicht durch Aufrüstung herzustellen. Er trat dafür ein, dieses Gleichgewicht auf niedrigerem Rüstungsniveau herzustellen, wozu ein SALT-II- beziehungsweise SALT-III-Abkommen nötig gewesen wäre.⁶⁶³ Im Januar 1979 kam es auf der französischen Insel Guadeloupe zu einem Treffen zwischen James Carter, James Callaghan, Valéry Giscard d'Estaing, bei dem die künftige NATO-Verhandlungslinie festgelegt wurde. Sie mündete im NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979.

Der NATO-Doppelbeschluss sah vor, dass die Westeuropäer ihre Mittelstreckensysteme bis 1983 modernisieren würden,⁶⁶⁴ falls die Sowjetunion nicht auf das Verhandlungsangebot des Bündnisses einging, das vorsah, die Systeme auf beiden Seiten paritätisch zu begrenzen. Die Stationierung der Pershing-II-Raketen war in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien, Belgien und den Niederlanden vorgesehen, sie erfolgte dann aber ausschließlich in Deutschland.⁶⁶⁵

Das NATO-Bündnis war in der Frage der Nachrüstung innerlich gespalten. Es gab diejenigen, die eine harte Linie vertraten und unbedingt nachrüsten wollten, während andere wiederum Verhandlungen mit der Sowjetunion aufnehmen wollten. Im Herbst 1979 fiel dann die Entscheidung, dass die NATO die oben erwähnte Doppelstrategie verfolgen wollte.⁶⁶⁶ Die Sowjetunion warf der NATO daraufhin öffentlich vor, dass sie gar nicht verhandeln wolle, sondern dabei sei, neue Waffensysteme in Mitteleuropa zu stationieren. Dieser Vorwurf war allerdings falsch, denn der Impuls des erneuten Rüstungswettlaufes ging eindeutig von der Sowjetunion durch die Modernisierung ihrer Mittelstreckenraketen aus.⁶⁶⁷ Trotzdem gab es daraufhin in vielen Staaten Westeuropas, in denen die NATO ihre Mittelstreckenraketen aufstellen wollten, Protestkundgebungen

⁶⁶² Vgl.: Thomas Risse-Kampen: Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970-1987, Frankfurt am Main 1988, S. 34. Zum Zeitpunkt der Rede Schmidts ging es zunächst um die Mittelstreckensysteme mit größerer Reichweite (1000 bis 5500 km, Long Range INF beziehungsweise LRINF). Erst später kamen im Rahmen der „doppelten Null-Lösung“ die Mittelstreckenwaffen kürzer Reichweite hinzu (150 bis 1000 km, Short-Range INF SRINF), vgl. die Terminologie bei Risse-Kampen, Null-Lösung, S. 11.

⁶⁶³ Vgl.: Helga Haftendorn: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, Stuttgart 2001, S. 273.

⁶⁶⁴ Die Modernisierung sah die Stationierung von 108 Pershing-II Raketen (sog. LRINF) und 96 Marschflugkörpern vor.

⁶⁶⁵ Vgl.: Haftendorn, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung, S. 282.

⁶⁶⁶ Vgl.: Richard C. Eichenberg: Dual Track and Double Trouble: The Two-Level Politics of INF, in: Peter B. Evans; Harold K. Jacobsen; Robert D. Putnam (Hrsg.): Double-Edged Diplomacy: International Bargaining and Domestic Politics, Berkeley 1993, S. 44-76, hier: S. 47ff.

⁶⁶⁷ Vgl.: Ib Faurby: Danish Alliance Policy 1967-1993: From Quiet Adaptation via Loud Disagreement to Cautious Involvement, in: Carsten Due-Nielsen; Nikolaj Petersen (Hrsg.): Adaptation and Activism: The Foreign Policy of Denmark 1967-1993, Kopenhagen 1995, S. 55-91, hier: S. 64f.

gegen die Stationierungsabsicht.⁶⁶⁸ In Dänemark schlossen sich inhaltlich der linke Flügel der Sozialdemokraten, die Sozialisten und die Friedensbewegung zusammen und protestierten gegen den NATO-Doppelbeschluss.⁶⁶⁹ Sie behaupteten, dass die USA - basierend auf einer nukleare Aufrüstung - absichtlich auf einen Konfrontationskurs mit der Sowjetunion zusteuern würden.⁶⁷⁰

Kurz vor Beginn des NATO-Gipfeltreffens im Dezember 1979 veränderte die sozialdemokratische Regierung in Dänemark ihre Position, obwohl sie in der vorherigen Regierungsperiode zusammen mit den Liberalen aktiv an der Gestaltung des Doppelbeschlusses mitgewirkt hatte. Die Regierung wollte die NATO veranlassen, die Entscheidung über den NATO-Doppelbeschluss für ein halbes Jahr außer Kraft zu setzen, so dass innerhalb dieser sechs Monate mit der Sowjetunion Verhandlungen aufgenommen werden könnten. Dieses Anliegen wurde aber von den anderen NATO-Mitgliedsstaaten zurückgewiesen.⁶⁷¹ Trotz ihres Widerstandes gegen den NATO-Doppelbeschluss akzeptierte die dänische Regierung am Ende die Entscheidung des Bündnisses, denn Dänemark war ja nicht direkt von der Entscheidung betroffen, da im Königreich die Mittelstreckenraketen nicht aufgestellt würden.⁶⁷² Das Land musste nur die mit der Aufstellung verbundenen Kosten – wie jedes NATO-Mitglied – nach einem festgelegten Schlüssel übernehmen. Dennoch gab es unter den Sozialdemokraten einige hochrangige Mitglieder, die mit der Stationierungspolitik nicht einverstanden waren.⁶⁷³ Im Dezember 1979 verabschiedete die NATO den Doppelbeschluss und nach 1981 wurde den Regierungen der USA und der Bundesrepublik klar, dass die Sowjetunion nicht an den Verhandlungstisch zurückkehren würde. Somit musste der nächste Schritt erfolgen, um nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren: Die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen in Europa.⁶⁷⁴ Im mehreren NATO-Mitgliedstaaten – darunter Dänemark wie auch in der Bundesrepublik – „spaltete“ sich der linke Flügel der sozialdemokratischen Parteien ab und

⁶⁶⁸ Vgl.: Ebda., S. 64f.

⁶⁶⁹ Vgl.: Hans-Henrik Holm: A Democratic Revolt? Stability and Change in Danish Security Policy 1979-1989, in: Cooperation and Conflict, Vol. 24, 1989, Nr. 3, S. 179-197, hier: S. 191.

⁶⁷⁰ Vgl.: DUKK (Danmark under den kolde krig): Den sikkerhedspolitiske situation 1945-1991, Band 3, 1979-1991, Kopenhagen 2005, S. 59-63.

⁶⁷¹ Vgl.: Holm, Democratic Revolt, S. 184.

⁶⁷² Die dänischen Regierungen standen Atomwaffen immer sehr distanziert gegenüber. Dieses kommt auch in folgendem Zitat zum Ausdruck: „Überhaupt betont man in Dänemark, daß Nuklearwaffen allein politische Waffen seien, nicht aber potentielle Instrumente militärischen Handelns. Dementsprechend haben dänische Stellen keinerlei konkrete Vorbereitungen für die Aufnahme von Nuklearwaffen getroffen; die dänischen Streitkräfte führen keine Manöver durch, in denen ein Einsatz westlicher Kernwaffen simuliert würde; sie üben, soweit erkennbar, auch nicht das Zusammenwirken mit alliierten Truppen, von denen Nuklearwaffen eingesetzt würden“. Zitiert nach: Bomsdorf, Sicherheit im Norden Europas, S. 49f.

⁶⁷³ Vgl.: Villaume, Denmark and NATO, S. 42f.

⁶⁷⁴ Vgl.: Doeser, In Search of Security, S. 69.

nahm offen gegen die Stationierungspolitik Stellung. In der Bundesrepublik kostete die de facto Spaltung der SPD ihre Teilhabe an der Regierung, und Helmut Schmidt, der die Debatte mit seiner Rede vor dem IISS 1977 angeschoben hatte, verlor sein Amt als Bundeskanzler. In Dänemark unterstützte der rechte Flügel der Sozialdemokraten gemeinsam mit den Mitte-Rechts-Parteien die Stationierungspolitik, wohingegen der linke Flügel der Sozialdemokraten in Opposition ging.⁶⁷⁵

Dänemarks sicherheitspolitische Ausrichtung – gerade was die NATO betraf – sollte ab 1979 einen ambivalenten Charakter einnehmen. Christian Holbraad charakterisiert die Jahre von 1949 bis 1989 in Bezug auf die NATO-Mitgliedschaft als „latente Neutralität“⁶⁷⁶, wohingegen Dov Zakheim, ein Vertreter des US-Verteidigungsministeriums, die dänische Sicherheitspolitik im Jahre 1982 als „Friction, Frustration and Disappointment“⁶⁷⁷ bezeichnet. Er kritisiert die passive Haltung Dänemarks gegenüber dem NATO-Doppelbeschluss und die Negation der sowjetischen Bedrohung: „It is ironic, therefore, that despite a clear pattern of Pact efforts to establish the Baltic as a Soviet lake, Denmark has been amongst the most reluctant of Alliance members to increase its level of defense spending“⁶⁷⁸. Kortmann weist auf die zwei Bedrohungsperzeptionen des Königreiches hin:

„Der widerstrebende Beitritt zur NATO prägte in der Folge die dänische Sicherheitspolitik. Einerseits wurde die NATO-Mitgliedschaft als Beitrag zur Sicherheit Dänemarks empfunden, andererseits versuchte Dänemark gleichzeitig, die angenommene Bedrohung durch Schritte zur Entspannung zu verringern. Die Bedrohung Dänemarks wurde zweifach interpretiert: Als militärischer Akteur bildete der Warschauer Pakt die eine, die Struktur des internationalen Systems mit der Gefahr eines Atomkrieges die andere Bedrohung der dänischen Sicherheit. War die militärische Bedrohung durch den Warschauer Pakt bis in die 80er Jahre hinein der wichtigste Bezugspunkt für die dänische Verteidigungspolitik, so rückte die „alternative Mehrheit“ im dänischen Parlament die strukturelle Bedrohung in den Mittelpunkt“⁶⁷⁹.

Er gelangt aber zu dem Fazit: „Wo essentielle dänische Sicherheitsinteressen berührt waren, folgte Dänemark den NATO-Richtlinien prompt“⁶⁸⁰.

Im Mai 1982 verabschiedete das dänische Parlament drei Gesetze, die die dänische Verteidigungspolitik in den nächsten zweieinhalb Jahren prägen sollte. Die Gesetze stellten

⁶⁷⁵ Vgl.: Eichenberg, Dual Track, S. 49ff.

⁶⁷⁶ So die Kapitelüberschrift in: Holbraad, Danish Neutrality, S. 108-168.

⁶⁷⁷ Dov S. Zakheim: NATO's Northern Front: Developments and Prospects, in: Cooperation and Conflict, Vol. 17, 1982, S. 193-205, hier: S. 200.

⁶⁷⁸ Zakheim, NATO's Northern Front, S. 200f.

⁶⁷⁹ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 196.

⁶⁸⁰ Ebda., S. 199.

einen Kompromiss zwischen den Parteien dar. Insgesamt gab es drei Positionen: Die extreme Linke (Sozialistische Volkspartei und die Linkssozialisten) plädierte für eine Kürzung des Haushaltes, der linke Flügel der Sozialdemokraten und die Radikalliberalen befürworteten eine Null-Lösung, wohingegen das bürgerliche Lager (rechter Flügel der Sozialdemokraten, die Liberalen und die Konservativen) eine deutliche Erhöhung anstrebten.⁶⁸¹ Der Kompromiss zwischen den Parteien sorgte dafür, dass die Verteidigungsanstrengungen unter den Vorgaben der NATO blieben und der Umfang der dänischen Streitkräfte reduziert wurde⁶⁸²:

„1982 erhöhten sich die Ausgaben um ein Prozent, für 1983 und 1984 war eine Steigerung um jeweils 0,5 Prozent vereinbart worden. An den dänischen Leistungen wurde Kritik aus der NATO laut, weil sie unter den Vorgaben des Bündnisses aus dem Jahr 1978 blieben, wonach Dänemark seinen Etat um jährlich drei Prozent steigern sollte. 1979 war Dänemark nur zu einer Steigerung von 0,25 Prozent, 1980 um 0,6 Prozent bereit. Durch den Kompromiß wurde nicht verhindert, daß der Umfang der dänischen Streitkräfte reduziert werden mußte: Das Heer sank bis Ende 1984 um 1500 Soldaten auf einen Personalbestand von 7000, die Zahl der Kriegsschiffe um zwei Einheiten auf 37, die Luftwaffe um zwölf auf 92 Flugzeuge. Die Regierung reagierte auf Kritik mit dem Verweis, daß Dänemark dafür erhöhte Ansätze für modernere Waffen aufwies“⁶⁸³.

Im August 1982, als sich die dänische Wirtschaft – wie fast alle Volkswirtschaften der westeuropäischen Staaten – in einer Rezession befanden, verlor die sozialdemokratische Regierung die Unterstützung der Sozialliberalen (Radikale Venstre) und damit ihre Parlamentsmehrheit. Sie musste die Regierungsverantwortung an eine Koalition bestehend aus den Konservativen, den Liberalen, den Zentrumsdemokraten und der Christlichen Volkspartei übergeben. Diese Minderheitsregierung bekam vom Folketing Unterstützung in ihrer Wirtschaftspolitik, aber im Bereich der Sicherheitspolitik wurde schnell deutlich, dass sich eine „alternative Mehrheit“ im Parlament bilden könnte.⁶⁸⁴ Nach einigen Monaten bildeten die Sozialdemokraten, die Sozialliberalen, die Sozialisten und die Linkssozialisten diese alternative Mehrheit und fingen an, parlamentarische Resolutionen im Bereich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit gegen den Willen der amtierenden Regierung zu verabschieden.⁶⁸⁵

⁶⁸¹ Vgl.: Ebda., S. 204f.

⁶⁸² Zu den dänischen Verteidigungsanstrengungen äußerte sich Helmut Schmidt gewohnt sarkastisch: „I have mentioned our own forces numbering 500 000 soldiers; I should mention also the American forces, about 200 000, and French forces, British forces, Dutch and Belgian forces, Canadian forces, and even a Danish general“. Zitiert nach: Erling Bjøl: Denmark: between Scandinavia and Europe, in: International Affairs, Vol. 62, 1986, Nr. 4, S. 601-617, hier: S. 609.

⁶⁸³ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 204.

⁶⁸⁴ Vgl.: Doeser, In Search of Security, S. 69.

⁶⁸⁵ Vgl.: Klaus C. Pedersen: Denmark and the European Security and Defence Policy, in: Alyson J.K. Bailes; Gunilla Herolf; Bengt Sundelius (Hrsg.): The Nordic Countries and the European Security and Defence Policy, Oxford 2006, S. 37-49, hier: S. 42.

Die Folge aus diesem Verhalten war, dass der traditionelle Konsens zwischen den Konservativen, den Liberalen und den Sozialdemokraten entzwei ging. Obwohl es weiterhin eine relativ erfolgreiche Zusammenarbeit auf dem Feld der Wirtschaftspolitik gab, wurde die Politik der „alternativen Mehrheit“ bis zum Herbst 1988 weitergeführt. Es existierten demnach zwei Institutionen, die dänische Außenpolitik gestalteten: Die dänische Regierung und der Folketing.⁶⁸⁶ In der Tat gab es von 1982 bis 1988 drei verschiedene Mehrheitsoptionen im Bereich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im Parlament:

1. Eine große Koalition, die aus den vier Regierungsparteien, der Fortschrittspartei, den Sozialdemokraten und den Sozialliberalen bestand und die dänische NATO-Mitgliedschaft unterstützte;
2. Eine Koalition der unter Punkt 1 erwähnten Parteien minus den Sozialliberalen, die die Verteidigungspolitik unterstützte, sowie
3. Eine große Koalition bestehend aus den Sozialdemokraten, den Sozialliberalen, der Sozialistischen Volkspartei, den Linkssozialisten (1982-1987) und dem „Gemeinsamen Kurs (1987-1988), welche den Kurs der dänischen Politik innerhalb der NATO bestimmte, besonders auf dem Feld der Nuklearwaffenpolitik.⁶⁸⁷

Diese dritte Mehrheitsoption stellte die so genannte „alternative Mehrheit“ dar.⁶⁸⁸ Die dänische Regierung versuchte in den Folgejahren eine Sicherheitspolitik zu führen, bei der die Mitarbeit innerhalb der NATO eher traditionell passiv angelegt war. Zudem bemühte sie sich, die amerikanische Außenpolitik, die nunmehr auf Konfrontationskurs zur Sowjetunion ging, nicht zu kritisieren. Dennoch gelang es der parlamentarischen Opposition immer wieder, offizielle Vorbehalte gegen grundlegende NATO-Grundsätze im Parlament zu verabschieden.⁶⁸⁹ Diese Vorbehalte waren gekennzeichnet durch eine tiefe Skepsis gegenüber dem Militärbündnis im Allgemeinen und gegen die Außenpolitik der USA im Besonderen. Die Debatte zwischen der Regierung und der parlamentarischen Mehrheit konzentrierte sich darauf, ob Dänemark den NATO-Doppelbeschluss mittragen sollte oder nicht. Die parlamentarische Opposition war gegen den Doppelbeschluss und die Art und Weise, wie dieser von den Großmächten an die NATO-Partner

⁶⁸⁶ Vgl.: Holm, *Democratic Revolt*, S. 180.

⁶⁸⁷ Vgl.: Nikolaj Petersen: *Denmark and NATO 1949-1987*, Oslo 1987, S. 34.

⁶⁸⁸ Vgl.: Doeser, *In Search of Security*, S. 69.

⁶⁸⁹ Vgl.: Ebda., S. 69.

herangetragen wurde.⁶⁹⁰ Im Gegensatz dazu haben sich 1979 einige Mitglieder der Mitte-Rechts-Regierung – als sie sich noch in der Opposition befanden – öffentlich dafür ausgesprochen, das durchaus einige Raketen auch auf dänischem Boden aufgestellt werden könnten.⁶⁹¹

Die Regierung musste, der besonderen parlamentarischen Situation von 1982 geschuldet, eine Sicherheitspolitik führen, zu der sie selbst gezwungen wurde.⁶⁹² Trotzdem zog sie es vor, im Amt zu bleiben, denn bei wichtigen ökonomischen Entscheidungen konnte sich die Minderheitsregierung auf die Stimmen der Sozialliberalen verlassen.⁶⁹³ Im Zeitraum von 1982 bis 1983 sorgte die parlamentarische Opposition dafür, dass die dänische Regierung ihre Teilnahme an einem NATO-Infrastrukturprojekt beenden sollte, da es nach ihrer Auffassung dazu diene, die Aufstellung von INF-Raketen zu unterstützen. Zwischen 1982 bis 1986 zwang die Opposition die Regierung Fußnoten in die NATO-Kommuniqués einsetzen zu lassen, die sich mit dem Stationierungsprogramm befassten. Aber auch andere sicherheitspolitisch relevante Fragestellungen waren Streitpunkte zwischen der Regierung und dem Parlament, so zum Beispiel das amerikanische SDI-Programm („star wars“) und die Modernisierung des NATO-Atomwaffenarsenals. Insofern ist es kein Wunder, dass die Opposition die Regierung zwang, ebenfalls Fußnoten in NATO-Kommuniqués einzusetzen, die sich mit dem SDI-Programm beschäftigten.⁶⁹⁴ Hier zeigte sich ein Hauptziel der parlamentarischen Opposition, der es darum ging, Dänemark - sowohl zu Friedens- als auch zu Kriegszeiten - zu einer atomwaffenfreien Zone zu erklären. Diese Idee kombinierte mit dem Vorhaben anderer sozialdemokratischer Regierungen in Skandinavien, den Norden komplett zu einer Region frei von Atomwaffen zu erklären.⁶⁹⁵

⁶⁹⁰ Vgl.: Carsten Due-Nielsen; Nikolaj Petersen: Denmark's Foreign Policy since 1967: An Introduction, in: Carsten Due-Nielsen; Nikolaj Petersen (Hrsg.): Adaptation and Activism: The Foreign Policy of Denmark 1967-1993, Kopenhagen 1995, S. 11-54, hier: S. 33.

⁶⁹¹ Vgl.: Villaume, Denmark and NATO, S. 42f.

⁶⁹² Vgl.: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 206.

⁶⁹³ Vgl.: Bertel Heurlin: Danish Security Policy over the last 50 Years – Long-term Essential Security Priorities, DUPI Working Paper 7, Kopenhagen 2001, S. 10 sowie DUKK, Danmark under den kolde krig, S. 74.

⁶⁹⁴ Vgl.: Villaume, Denmark and NATO, S. 42-45.

⁶⁹⁵ Vgl.: Holbraad, Danish Neutrality, S. 123f; Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 200-204. Zu den Motiven fasst Mützenich zusammen: „In Dänemark dient das Thema der Wählermobilisierung und dem außen- und sicherheitspolitischen Aspekt, ein Maximum an politischer Entspannung im Verhältnis zu Osteuropa zu erzielen“. Zitiert nach: Rolf Mützenich: Atomwaffenfreie Zonen und internationale Politik. Historische Erfahrungen, Rahmenbedingungen, Perspektiven, Frankfurt am Main 1991, S. 235.

Zwischen 1982 und 1988 gelang es der parlamentarischen Opposition insgesamt 23 Resolutionen, die die NATO betrafen, im Folketing zu verabschieden. Diese Resolutionen forderten von der Regierung, dass sie sich für folgende Ziele einsetzen sollte:

1. einen totalen Atomwaffenteststop,
2. ein Ost-West-Abkommen zum gegenseitigen Verzicht auf das Erstschlagsrecht,
3. die Zusage der USA, das Frühwarnsystem auf Grönland nur defensiv zu nutzen;
4. Skandinavien zu einer kernwaffenfreien Zone zu machen.⁶⁹⁶

Dank der Sozialliberalen konnten diese Resolutionen allesamt durch das Parlament gebracht werden, ohne die Regierung zu stürzen. Denn das paradoxe an dieser Situation war ja, dass die amtierende Regierung eine Mehrheit im Parlament besaß, weil die Sozialliberalen bei allen Abstimmungen an der Seite der Mitte-Rechts-Regierung zu finden war, mit nur einer Ausnahme, und diese betraf eben die Sicherheitspolitik.⁶⁹⁷ Es blieb den Ministern und den dänischen Militärs überlassen, die Fußnotenpolitik Dänemarks ihren Bündnispartnern zu erläutern.⁶⁹⁸ Die Fußnotenpolitik sorgte für einen Riss in den Beziehungen zu den USA. Bei mehreren Anlässen versuchten die außenpolitischen Mitarbeiter des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf die dänischen Sozialdemokraten einzuwirken, ihre NATO-Politik zu ändern.⁶⁹⁹ Trotzdem beabsichtigten Premierminister Poul Schlüter (Konservative Parti) und sein Außenminister Uffe Ellemann-Jensen (Venstre), weiterhin gute Beziehungen mit den USA zu führen.⁷⁰⁰

Eine Schlüsselfigur nahm die dänische Sozialdemokratie bei der Gestaltung der Fußnotenpolitik ein. Hatte sie 1948/49 noch mehrheitlich für den Beitritt zur NATO gekämpft, so veränderte sich 1982 ihre sicherheitspolitische Ausrichtung um 180°. Ohne das Mitwirken der dänischen Sozialdemokraten an der parlamentarischen Opposition hätte diese niemals eine Mehrheit im Parlament stellen können. Im Parlament selbst konnte sie sich dann in sicherheitspolitischen Fragen auf das Mitwirken der Sozialisten und der Sozialliberalen verlassen.⁷⁰¹ Es ist eine Tatsache, dass die Sozialdemokraten dem

⁶⁹⁶ Vgl.: Erik Boel: Socialdemokratiets atomvåbenpolitik 1945-88, Kopenhagen 1988, S. 233-239.

⁶⁹⁷ Vgl.: Holm, Democratic Revolt, S. 192f.

⁶⁹⁸ Vgl.: Thomas Pedersen: Denmark and the European Union, in: Lee Miles (Hrsg.): The European Union and the Nordic Countries, London 1996, S. 81-100, hier: S. 42f.

⁶⁹⁹ Vgl.: Nikolaj Petersen: Europæisk og globalt engagement 1973-2003. Dansk udenrigspolitik historie 6, Kopenhagen 2004, S. 258.

⁷⁰⁰ Vgl.: Ebda., S. 474.

⁷⁰¹ Vgl.: Pedersen, Denmark and the European Union, S. 42.

NATO-Doppelbeschluss seit 1979 kritisch gegenüberstanden.⁷⁰² Dennoch hätte eine ausgewogene und verantwortungsvolle Sicherheitspolitik den dänischen Interessen sowohl in der westlichen Wertegemeinschaft als auch im Bündnis gedient.⁷⁰³ Der damalige Außenminister Uffe Ellemann-Jensen (Venstre/Außenminister von 1982-1993) bewertet die Fußnoten-Periode als ein dunkles Kapitel der dänischen Außenpolitik,⁷⁰⁴ da das Land das atlantische Bündnis im Stich gelassen hat.⁷⁰⁵ Dass das Land kein außenpolitisch verlässlicher Partner gewesen sei, lag daran, dass die dänische Innenpolitik so gespalten war.⁷⁰⁶ Die damalige Opposition, bestehend aus Sozialdemokraten, Sozialliberalen und zwei sozialistischen Parteien, konnte durch ihre Mehrheit der Regierung Beschlüsse aufzwingen, die sie in Verruf bei ihren NATO-Partnern brachte. Schuld daran gibt Ellemann-Jensen besonders den Sozialdemokraten, da diese in ihrer Rolle als verantwortungsvolle und regierungstragende Partei versagt hätten,⁷⁰⁷ da sie immer dann, wenn sie sich in der Opposition wiederfände, ein sozialdemokratisches Doppelspiel gegen die befreundeten NATO-Staaten spielte.⁷⁰⁸

Während der 80er Jahre etablierte sich in den USA und in den westeuropäischen Bündnisstaaten der Begriff „Dänemarkisierung“ (Denmarkization), der eng an den Begriff der „Finnlandisierung“ angelehnt ist. Die „Finnlandisierung“ sollte die Einschränkung Finnlands bei der Außenpolitikgestaltung charakterisieren. Durch die Fußnoten-Periode war die dänische Regierung in der Sicherheitspolitik durch die „negative Mehrheit“ im Parlament auch eingeschränkt. Der Unterschied zwischen beiden Staaten bestand aber darin, dass Finnland aufgrund seines mächtigen Nachbarn Sowjetunion nicht in der Lage war, eine eigenständige Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu führen, wohingegen im Fall Dänemark die besondere Konstellation im Parlament die Ursache für die Einschränkungen war. Generell verwies der Begriff „Dänemarkisierung“ auf die Mentalität im Königreich, die eigene Sicherheit den verbündeten Nationen zu überlassen: „Wie damals der Begriff „Dänemarkisierung“ benutzt wurde, bezeichnet er die

⁷⁰² Vgl.: Gerd Petersen: *Inden for systemet – og udefor: Erindringer*, Kopenhagen 1998, S. 308f.

⁷⁰³ Vgl.: Ellemann-Jensen, *Din egen dag er kort*, S. 276f; Engell, *På slotsholmen*, S. 161.

⁷⁰⁴ Vgl.: Uffe Ellemann-Jensen: *Fodfejl. Da Danmark svigtede under den kolde krig*, Kopenhagen 2005, S. 7.

⁷⁰⁵ Vgl.: Ebda., S. 7.

⁷⁰⁶ Vgl.: Ebda., S. 373.

⁷⁰⁷ Vgl.: Ebda., S. 361.

⁷⁰⁸ Vgl.: Ellemann-Jensen, *Fodfejl*, S. 74.

Tendenz eines Landes, seine eigene Sicherheit anderen zu überlassen, ohne selbst einen angemessenen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten“⁷⁰⁹.

Hans-Henrik Holm gelangt zu einem ähnlichen Fazit: „Use of the concept „Denmarkization“ suggested much more than a low spender in the military area. It was used to suggest that Denmark did not live up to the Alliance agreements“⁷¹⁰. Holm betont aber auch, dass der Begriff das amerikanische Missfallen mit den europäischen Bündnisstaaten bezüglich einer gemeinsamen Sicherheitspolitikgestaltung und in Rüstungsfragen ausdrückt: „...Denmarkization was a general term for what Americans in particular saw as weak European governments that gave in to popular sentiments and opinions on security policy“⁷¹¹. Doch auf der anderen Seite entfernte sich Dänemark durch die Parlamentsbeschlüsse immer weiter von seinen Bündnispartnern, denn mit dem Vorhaben, den NATO-Doppelbeschluss aufzuschieben, und der Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Skandinavien wurde das Prinzip der Abschreckung gegenüber der Sowjetunion quasi ausgehöhlt. Aus der Sicht der Bündnismitglieder schien es so auszusehen, dass Dänemark wieder einmal ein Opfer seines alten außenpolitischen Reflexes der Neutralitätspolitik zu werden schien: „...during the last few years official Danish security policy has probably moved closer to the positions of the peace movement on certain policy issues than that of any other NATO government“⁷¹².

Die Fußnoten-Periode in den 80er Jahren mag zeitweise Dänemarks Ansehen beschädigt haben, inhaltlich existierten aber kaum neue Forderungen. Die Kritik Dänemarks an der Stationierung oder den Einsatz von Atomwaffen gab es schon in den 40er und 50er Jahren. Für einen Ausgleich mit der Sowjetunion war das Königreich schon nach dem Zweiten Weltkrieg eingetreten, als es eine Brückenpolitik zwischen beiden Machtblöcken verfolgen wollte. Geändert hat sich aber in der Zeit der Fußnoten-Periode der Ton im Umgang mit den Bündnismitgliedern.⁷¹³ Und doch gab es zwischen allen Parteien im Folketing hinsichtlich einer sicherheitspolitischen Frage einen Kompromiss: Das besonders für die nordamerikanischen Staaten strategisch-wichtige Grönland fand in keiner der 23 Resolutionen eine Erwähnung: „...it also represents a realisation by the Soci-

⁷⁰⁹ Nikolaj Petersen: Der Beitrag Dänemarks zur NATO, in: Europa Archiv, Jahrgang 37, 1982, Nr. 21, S. 603-610, hier: S. 604.

⁷¹⁰ Holm, *Demokratic Revolt*, S. 180.

⁷¹¹ Ebda., S. 180.

⁷¹² Michael A. Krasner; Nikolaj Petersen: *Peace and Politics: The Danish Peace Movement and Its Impact in National Security Policy*, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 23, 1986, Nr. 2, S. 155-173, hier: S. 156.

⁷¹³ Vgl.: Kortmann, *Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten*, S. 212.

al Democrats and Radical Liberals of the central importance of Greenland to American security and to Denmark's NATO membership: a challenge here would have major consequences for Danish security policy"⁷¹⁴. Kortmann bewertet die Fußnoten-Periode als „überinterpretiert“⁷¹⁵, denn von gerade einmal 23 Resolutionen blieben lediglich 2 Fußnoten in NATO-Kommuniqués übrig: Die eine war ein Vorbehalt gegen die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses (übrigens zusammen mit Griechenland), die andere kritisierte das amerikanische SDI-Projekt.⁷¹⁶

4.4 Resümee

Die dänisch-amerikanischen Beziehungen im Zeitraum zwischen 1865 bis 1988 können insgesamt als wechselseitig zusammengefasst werden. Zeitweilig existierten Interessenüberschneidungen – in solchen Zeiten waren sich beide Seiten relativ schnell einig – doch im Zeitalter der Demokratie dauern öffentliche Meinungsbildungsprozesse länger, und vor allem in außenpolitischen Angelegenheiten. Der erste nennenswerte und inhaltlich interessante Kontakt zwischen beiden Staaten berührte die Frage über einen Kauf beziehungsweise Verkauf der karibischen Insel St. Thomas. Von 1865 bis 1870 verhandelten beide Regierungen miteinander und wären sich auch einig geworden, wenn nicht der amerikanische Senat sein Veto eingelegt hätte. Weiterhin galt das Interesse künftiger Regierungen der USA, die Insel St. Thomas zu einem Militärstützpunkt auszubauen, denn bis 1898 stellten die Spanier die Hegemonialmacht in Lateinamerika dar, während sich die USA nach dem vier Jahre währenden Sezessionskrieg erst einmal erholen und ihr Land – besonders den zerstörten Süden – wieder neu aufbauen mussten. Trotzdem – und das ist der Verdienst von Außenminister William Seward – dachten die USA strategisch und wollte ihre Stellung in der Karibik dauerhaft ausbauen, um ihren Einfluss in der Region – gemäß der Monroe-Doktrin von 1823 – zu erhöhen.

Die USA wussten, dass sie bei einer erneuten Anfrage nach dem Erwerb der westindischen Inseln der dänischen Regierung ein Angebot machen mussten, bei dem auch Kopenhagen würde profitieren können. Die alles entscheidende Idee kam vom amerikanischen Gesandten in Kopenhagen, Maurice Egan, der in der Schleswigfrage den Kernpunkt für die Wiederaufnahme der Verhandlungen entdeckte. Die Idee des Inseltauschs

⁷¹⁴ Archer, *The United States Defence Areas in Greenland*, S. 139.

⁷¹⁵ Kortmann, *Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten*, S. 213.

⁷¹⁶ Vgl.: Ebda., S. 213.

ging von der dänischen Regierung aus, aber ohne die Unterstützung der USA wäre die Wiedergewinnung Nordschleswigs nicht möglich gewesen. Der Kleinstaat Dänemark benötigte also einen „Patron“, der ihm bei diesem Anliegen würde helfen können, denn alleine konnte Dänemark gegen die Regionalmacht Preußen, später – entscheidend größer – gegen Deutschland, nichts ausrichten. Dem Verkauf der westindischen Inseln stimmte Dänemark 1916 zu. Einmal, weil die USA das dänische Interesse an Grönland unterstützte und zweitens, weil sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ja vielleicht eine Möglichkeit bezüglich der Schleswigfrage ergeben könnte.

Diese Hoffnung bewahrheitete sich schließlich. Die USA unter ihrem Präsidenten Woodrow Wilson setzten sich für die dänischen Interessen in der Schleswigfrage ein und durch das persönliche Engagement von Wilson wurde dieses Thema auf den Friedenskonferenzen von Paris – in diesem Fall Versailles – behandelt. Ohne den amerikanischen Einsatz wäre Nordschleswig allem Anschein nicht zurück nach Dänemark gekommen, denn der Kleinstaat selbst war während des Ersten Weltkrieges neutral geblieben, auch wenn sich Großbritannien eine andere Haltung gewünscht hätte. Von der britischen Seite hatte Dänemark während der Friedensverhandlungen auf jeden Fall keinen Beistand zu erwarten. Insofern handelte es sich um einen Alleingang Wilsons, der – obgleich von dänischen Interessensvertretern falsch oder besser gesagt einseitig informiert – nach seinem Verständnis als liberaler Historiker den Wunsch der Dänen gemäß dem Recht der Selbstbestimmung erfüllte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA bereit, sich durch multilaterale Institutionen (so zum Beispiel die NATO) zu binden, und den westeuropäischen Staaten Einflussmöglichkeiten zu erlauben. Auf der anderen Seite erkannten die Europäer den Vorrang der USA in allen wichtigen sicherheitspolitischen Bereichen an,⁷¹⁷ so dass die USA die Möglichkeit bekamen, die (einzelnen) Außen- und Sicherheitspolitiken der Europäer zu beeinflussen.⁷¹⁸ Diese Darstellung beschreibt auch das dänisch-amerikanische Verhältnis während des Ost-West-Konfliktes. Genauso wie im Falle Frankreich (zum Beispiel durch den Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO 1965 unter de Gaulle), oder der Bundesrepublik (Gegensatz zwischen Nixon und Brandt sowie Carter und Schmidt) gab es auch zwischen dem Kleinstaat und der Su-

⁷¹⁷ Vgl.: John G. Ikenberry: *Institutions, Strategic Restraint, and the Persistence of American Postwar Order*, *International Security*, Vol. 23, 1998/1999, No. 3, S. 43-78, hier: S. 46.

⁷¹⁸ Vgl.: John S. Duffield: *NATO's Functions After the Cold War*, *Political Science Quarterly*, Vol.109, 1994/1995, Nr. 5, S. 763-787, hier: S. 785.

permacht durchaus einen kritischen Dialog. Dabei muss aber auch beachtet werden, dass Dänemark vor seinem NATO-Beitritt beinahe 200 Jahre eine Außenpolitik der Neutralität geführt hatte und sich das Königreich in die Strukturen eines Bündnisses erst einmal hineinfinden musste. So zog das Land aus den Debatten zwischen 1949-1987 die Lehre, dass ein Bündnis und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten ein Geben und Nehmen ist. Deshalb waren viele Entscheidungen des Königreiches, die auch die anderen westeuropäischen Länder betrafen, für diese nicht immer nachvollziehbar: So sprach sich das Land gegen die Stationierung von Atomwaffen aus, wohingegen die NATO-Strategie aufgrund ihrer Unterlegenheit auf dem konventionellen Sektor eindeutig auf die Abschreckung durch Atomwaffen ausgerichtet war. So verlangte Dänemark offiziell, das auch die Insel Grönland eine atomwaffenfreie Zone sein sollte, obwohl die NATO-Polstrategie eindeutig vorsah, dass, falls ein sowjetischer Angriff stattfinden würde, der Luftstützpunkt Thule in Nordgrönland geradezu ideal war, um innerhalb von fünf Stunden Moskau mit atomaren Waffen zu erreichen, was wiederum einen wesentlichen Teil der Abschreckung ausmachte.

In der Tat – dieses kam offiziell erst 1995 heraus – stationierten die USA trotz dem offiziellen Verbot Dänemarks Atomwaffen auf ihren Stützpunkten, auf die Dänemark – dieses war vertraglich festgelegt – keinen unmittelbaren Zugriff erhielt.

Problematisch wurde das Verhältnis zwischen den USA und Dänemark während der Fußnotenpolitik. Die amerikanische Reagan-Administration wusste zwar durchaus die isolierte Lage der amtierenden Regierung in Fragen der Sicherheitspolitik im Folketing zu bewerten, jedoch drohten die Resolutionen, die im dänischen Parlament verabschiedet wurden, die wesentliche NATO-Doktrin zu unterwandern, und dieses zu einem Zeitpunkt, als sich der Osten und der Westen wieder auf Konfrontationskurs gingen. Im Zeitraum von 1979 bis 1987 kam es zu einer zweiten Phase des Kalten Krieges. Neben der Modernisierung ihrer Mittelstreckenraketen, setzte die Sowjetunion die Rote Armee 1979 in Afghanistan ein, und gleichzeitig wurde im Iran die amerikafreundliche Schah-Dynastie abgesetzt. Spätestens 1981 stellte sich zudem heraus, dass die Sowjetunion nicht auf das Gesprächsangebot der NATO eingehen würde, gemeinsam im Bereich der Mittelstreckenraketen abzurüsten und – gemäß dem NATO-Doppelbeschluss und der Logik des Gleichgewichtes – die westlichen Bündnismitglieder nachrüsten müssten.

Durch einen überragenden Wahlsieg wurde Ronald Reagan im Januar 1981 US-Präsident. Er löste den in außenpolitischen Fragen unglücklich wirkenden James Carter ab, der weder die Brisanz der sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen für Westeuropa erkannte, noch die Ereignisse im Mittleren Osten richtig einzuschätzen wusste. Eine glückliche Hand bewies er nur, als der ägyptisch-israelischen Friedensvertrag im amerikanischen Camp David 1980 unterzeichnet wurde. Die Sowjetunion forcierte ab 1979 ihre expansive Außenpolitik und intervenierte in Afghanistan. Zudem erkannte sie in den Massendemonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss in den westeuropäischen Staaten eine Möglichkeit, die Westeuropäer von den USA trennen zu können (Gorbatschow sollte dieses ab 1985 mit dem Begriff „gemeinsames Europäisches Haus“ ebenfalls versuchen). Ronald Reagan vertrat mit seinen engsten Mitarbeitern, u.a. Außenminister George Shultz (1982-1989) und Verteidigungsminister Casper Weinberger (1981-1987), den Ansatz, eine „Politik der Stärke“ zu führen. Die USA sollten ihre Rüstungsanstrengungen verbessern, um somit die Sowjetunion in einen Rüstungswettlauf zu zwingen, den sie aufgrund ihrer nicht vorhandenen Technologie langfristig verlieren musste. Außerdem waren in der UdSSR um 1980 bereits genügend finanzielle Mittel im militärischen Sektor gebunden, die wiederum für den Aufbau einer konsumorientierten Wirtschaft fehlten. Um 1980 war die Sowjetunion trotz ihrer großen landwirtschaftlichen Flächen gezwungen, Getreide aus den USA zu importieren.⁷¹⁹ Die sowjetische Wirtschaft war de facto eine Mangelwirtschaft. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt sprach im Hinblick auf den wirtschaftlichen Status der Sowjetunion von einem Obervolta mit Atomraketen. Der Vergleich mit dem heutigen Staat Burkina Faso sollte ein Hinweis darauf sein, dass die Produktivität der sowjetischen Volkswirtschaft gerade einmal der Produktivität eines afrikanischen Entwicklungslandes entsprach, aber die Sowjetunion aufgrund ihres atomaren Potentials einen wichtigen Stellenwert im internationalen System einnahm.

Durch seine Fußnotenpolitik ab 1982 unterlief Dänemark aber demonstrativ den Reaganschen Ansatz einer Politik der Stärke und zusätzlich die bis dato (und bis 1989/1991) erfolgreiche NATO-Doktrin der Abschreckung. Aus der sowjetischen Sicht konnte das dänische Verhalten durchaus als Indiz gewertet werden, dass der Zusammenhalt der westeuropäischen Staaten beziehungsweise der atlantischen Verteidigungsallianz doch nicht ganz so eng war, wie es nach außen hin schien. Übersehen wurde dabei aber, dass

⁷¹⁹ Aufgrund von Missernten bzw. mangelhafter Logistik beim Einbringen der Ernte war die Sowjetunion schon in den 70er Jahren gezwungen gewesen, Getreide aus den USA oder Kanada zu importieren. Vgl.: Kissinger, Memoiren 1968-1973, S. 1345-1350.

die dänische Fußnotenpolitik größtenteils seine Ursachen in der Selbstfindung der dänischen Sozialdemokratie hatte. Sie musste Anfang der 80er Jahre die Regierungsverantwortung an eine Mitte-Rechts-Regierung abgeben, da es ihr nicht gelang, die Wirtschaftskrise in Dänemark in den Griff zu bekommen. Gerade eben in der Opposition gelandet, benötigte die Partei ein Thema, mit dem sie wieder bei ihrer Wählerklientel punkten konnte, und dieses Thema war die Sicherheitspolitik. Die neu entstandenen Friedensgruppen (Nej til Atomvåben/Nein zu Atomwaffen und Kvinder for Fred/Frauen für Frieden) beeinflussten vor allem sozialdemokratische Politiker, gegen den NATO-Doppelbeschluss Stellung zu nehmen. Insgesamt bestand die sozialdemokratische Partei Anfang der 80er Jahre in sicherheitspolitischen Fragen aus drei Flügeln: (1) dem traditionellen Flügel, der weiterhin die Zusammenarbeit mit den NATO-Mitgliedern wünschte, (2) dem (zahlenmäßig stärksten) pragmatischen Flügel und (3) einem radikalen linken Flügel, der einen vollständigen Wechsel in der dänischen Sicherheitspolitik verlangte. Dem linken Flügel gelang es beim Parteitag im September 1984 einen Antrag gegen die Parteiführung durchzusetzen, der „einen atomwaffenfreien Status für Dänemark in Friedens- und Kriegszeiten“⁷²⁰ beinhaltete. Gemeinsam stellte sich die dänische Sozialdemokratie an die Seite der dänischen Sozialisten, die die Änderung der sicherheitspolitischen Ausrichtung bei den Sozialdemokraten enthusiastisch begrüßte, und den Sozialliberalen, die diese Änderung eher technokratisch-kühl hinnahmen.

Doch obwohl die dänisch-amerikanischen Beziehungen während der Jahre 1982-1988 litten, wusste die Reagan Administration ganz genau, dass hinter der dänischen Außenpolitik in jenen Jahren nicht die Mitte-Rechts-Regierung stand, sondern dass diese durch die parlamentarischen Resolutionen dazu gezwungen wurde, die Vorgaben aus dem Folketing umzusetzen. Doch obwohl es eine „alternative Mehrheit“ im dänischen Parlament gab, die immer wieder wichtige Resolutionen verabschiedete, blieb die für die USA wichtigste sicherheitspolitische Frage quasi außen vor: Der Status von Grönland wurde in den sechs Jahren der Fußnoten-Politik nicht in Frage gestellt. Offensichtlich wusste die „alternative Mehrheit“ genau, wie weit sie gehen konnte. Sicherheitspolitisch war Dänemark nach wie vor von den USA abhängig und im dänischen Parlament wusste man um die strategische Bedeutung Grönlands für die USA (1920 betonten die Vereinigten Staaten, dass ein dänischer Verkauf Grönlands an einen dritten Staat für sie nicht akzeptabel sei!). Und diese Bedeutung hat sich für die USA seit 1920 sogar noch erhöht (NATO-Polstrategie/Raketenabwehrsystem).

⁷²⁰ Vgl.: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 209.

Teil C Gegenwart

5. Die Entwicklung der dänischen USA-Politik von 1988-2008

Die Veränderung der dänischen Außenpolitik von 1988 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann durchaus als eine stetige Weiterentwicklung bezeichnet werden. Zwar war Dänemark an vielen friedenserhaltenden UN-Missionen beteiligt und engagiert sich in diesem Bereich weiterhin intensiv,⁷²¹ doch stand eine aktive Teilnahme an militärischen Operationen beziehungsweise die Wiederaufbauhilfe in einem Kriegsgebiet bis in die 90er Jahre hinein nicht auf der Tagesordnung. Seit seinem Austritt aus der Neutralitätspolitik übt Dänemark als Kleinstaat einen wichtigen Einfluss in den Internationalen Organisationen aus (EU, NATO, UNO, OSZE und WTO), spielt aber auch eine aktive Rolle in der Ostseeregion.⁷²² Insgesamt konzentriert sich Dänemarks Außenpolitikgestaltung auf fünf wichtige Gebiete:

1. Demokratie, Menschenrechte und die Gestaltung der Internationalen Ordnung;
2. Sicherheitspolitik und Krisenmanagement;
3. Weltwirtschaft;
4. Internationale Entwicklungshilfe;
5. Regionale Zusammenarbeit (Ostseeregion).⁷²³

Dänemarks Wandel von einem Sicherheitsimporteur zu einem Sicherheitsexporteur fand zu einem Zeitpunkt statt, in der sich das Internationale System grundlegend änderte. Die NATO verlor mit der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 ihre „existentielle verteidigungspolitische Bedeutung“⁷²⁴. Doch bis zum heutigen Tag stellt die NATO die einzige Organisation dar, „die Nordamerika und Europa im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik institutionell miteinander verbindet“⁷²⁵.

⁷²¹ So erklärte Dänemark als einer der ersten Staaten 2006 seine Bereitschaft, die UNIFIL-Mission der Vereinten Nationen im Libanon zu unterstützen. Vgl.: Anders F. Rasmussen: Danish Domestic and Foreign Policy. Speech by the Danish Prime Minister Anders Fogh Rasmussen at a meeting with foreign ambassadors to Denmark, Copenhagen (12. Januar 2007), abgedruckt in: Nanna Hvidt; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2008, Kopenhagen 2008, S. 119-127, hier: S. 124.

⁷²² Vgl.: Niels Helveg Petersen: Statement by Minister for Foreign Affairs Niels Helveg Petersen, Beijing Foreign Affairs College, China, 10. November 1999 – Small states can make a difference – Denmark in Europe, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 196-203, hier: S. 196.

⁷²³ Vgl.: Ebda., S. 198.

⁷²⁴ Marco Overhaus: Die deutsche NATO-Politik. Vom Ende des Kalten Krieges bis zum Kampf gegen den Terrorismus, Baden-Baden 2009, S. 21.

⁷²⁵ Ebda., S. 26.

Dänemark war bereit, einen sicherheitspolitischen Gestaltungswillen zu zeigen und seinen Einfluss in Internationalen Organisationen geltend zu machen. Doch zunächst müssen zwei Begriffe erklärt werden: der sicherheitspolitische Gestaltungswille sowie die Sicherheits- und Einflussinteressen in einem institutionalistischen Analyserahmen. Der Gestaltungswille lässt sich durch „den Einsatz von politischem, diplomatischen, finanziellen und/oder militärischem Kapital“⁷²⁶ feststellen. Der Politikwissenschaftler Rob de Wijk unterscheidet bezüglich der NATO-Transformation zwischen zwei Gruppen: den „Traditionalisten“, die sich am vorhandenen Status quo orientieren und ihn nicht verändern wollen, und den „Aktivisten“, die auf einen Transformationsprozess drängen.⁷²⁷ Insgesamt gibt es zwischen diesen beiden Extremata fünf verschiedene Ausprägungen:

1. „Aktivist/Initiative“: Durch eigene Initiativen kann ein Staat den Transformationsprozess aktiv gestalten und begleiten.
2. „Aktive Anpassung“: Ein Staat greift die Initiativen anderer Staaten auf und versucht diese zu modifizieren und als eigene Erfindung zu verkaufen.
3. „Passive Anpassung“: In diesem Fall passt sich der Staat an die Mehrheitsmeinung beziehungsweise der dominierenden Position im Bündnis an.
4. „Obstruktion“: Ein Staat möchte den Status quo bewahren und versucht, mögliche Veränderungen zu unterlaufen, so zum Beispiel dadurch, selbst eigene Initiativen zu entwickeln und andere Partner auf seine Seite zu ziehen.
5. „Verhinderungspolitik/Veto-Politik“: In diesem Fall tritt ein Staat als aktiver Verhinderer beziehungsweise Veto-Spieler auf und blockiert alle möglichen Veränderungen. Auf die NATO bezogen kann der betreffende Staat im NATO-Rat ein Veto einlegen.

Die Mitglieder der NATO befinden sich in einem Spannungsfeld zweier Funktionsbereiche: die der „kooperativen Sicherheit“ und der „militärischen Reaktions- und Interventionsfähigkeit“. Kooperative Sicherheit wird definiert als „eine Strategie zur Einflussgewinnung auf andere Staaten durch kooperative Normen und Verhaltensweisen sowie durch die Schaffung positiver Anreizstrukturen“⁷²⁸. Dem Militär kommt in diesem Fall eine rein politische Aufgabe zu, nämlich die Kooperationspartner miteinander

⁷²⁶ Overhaus, NATO-Politik, S. 27.

⁷²⁷ Vgl.: Rob de Wijk: NATO and the Brink of a New Millenium. The Battle for Consensus, London 1997, S. 71.

⁷²⁸ Overhaus, NATO-Politik, S. 28.

zu verbinden und Vertrauen zu schaffen. Militärische Reaktions- und Interventionsfähigkeit wird definiert als

„die primär militärisch definierte Handlungsfähigkeit gegenüber dritten Akteuren. Dabei kommt es besonders auf operative Fähigkeiten der Streitkräfte an, deren Aufgabe vor allem darin besteht, durch Druck, Abschreckung oder sonstige Zwangsmaßnahmen Sicherheit für die Mitglieder der Institution zu schaffen“⁷²⁹.

Nach dem Ende des systemischen Konfliktes schienen die unmittelbaren militärischen Bedrohungen und Risiken zunächst einmal nicht mehr existent zu sein, doch der Zweite Golfkrieg, die einsetzende Auflösung Jugoslawiens und die Unwägbarkeiten, die mit dem Zerfall der Sowjetunion zusammenhingen (enormes nukleares und konventionelles Arsenal, Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, aufkeimender Nationalismus in den ehemaligen Republiken der Sowjetunion), machten schnell deutlich, dass die Gefahr eines zukünftigen Atomkrieges zwischen den beiden Supermächten nicht mehr existent war. Sie bedeutete aber auch, dass sich die zukünftigen Konflikte nun auf die verschiedenen Ethnien konzentrieren würden, die in einem Staatswesen zusammenlebten. Somit konnten die Konfliktherde der Zukunft identifiziert werden: Zentralasien, Naher und Mittlerer Osten, Nord- und Zentralafrika sowie Südostasien.⁷³⁰

Auch in den USA wurden um 1990 die Stimmen lauter, dass mit dem Ende der Sowjetunion die amerikanische Mission in Europa erledigt sei und die USA sich vom europäischen Kontinent zurückziehen sollten, was einen Rückfall der Vereinigten Staaten von Amerika in die alte Politik des Isolationismus bedeutet hätte.⁷³¹ Trotzdem gelang es der Bush-Administration (1989-1992) und der Clinton-Administration (1993-2000), die Mehrheit der legislativen Institutionen (Repräsentantenhaus und Senat) zu überzeugen, dass sich die USA weiterhin in den zentralen Konfliktherden der Welt engagieren sollten, besonders, wenn nachhaltig amerikanische Interessen betroffen sind.⁷³²

⁷²⁹ Overhaus, NATO-Politik, S. 28.

⁷³⁰ Vgl.: Erhard Forndran: Herausforderungen und Chancen europäischer Sicherheit nach der Auflösung der Sowjetunion, in: Erhard Forndran; Hartmut Pohlmann (Hrsg.): Europäische Sicherheit nach dem Ende des Warschauer Paktes, Baden-Baden 1993, S. 11-114, hier: S. 36.

⁷³¹ Vgl.: Erhard Forndran; Herausforderungen und Chancen europäischer Sicherheit nach der Auflösung der Sowjetunion, S. 51 sowie Werner Weidenfeld: Europa im Umbruch: Perspektiven einer neuen Ordnung des Kontinents, in: Werner Weidenfeld; Walther Stützel (Hrsg.): Abschied von der alten Ordnung: Europas neue Sicherheit, Gütersloh 1990, S. 7-17, hier: S. 13.

⁷³² Über die Schwierigkeiten von George Bush innenpolitische Unterstützung für seinen außenpolitischen Kurs zu bekommen, vgl.: Hacke, Zur Weltmacht verdammt, S. 516-520.

Dieser Politikansatz war teilweise erfolgreich (Jugoslawien, Mazedonien, Haiti), scheiterte aber besonders medienwirksam in Somalia. Nach dem 11. September 2001 kam es zu einem fundamentalen Wechsel in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Nach dem Angriff praktisch „aus dem Nichts“ rückte die Konfliktregion Naher und Mittlerer Osten, die die damalige Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice der Einfachheit halber als Broader Middle East (betroffen ist die gesamte arabische Welt von Marokko bis Pakistan, exklusive Indonesien) bezeichnete, in den Fokus der USA. Teils durch direkte militärische Mittel (Afghanistan, Irak), teils durch diplomatischem Druck (Aufgabe des libyschen Atomprogrammes 2002, Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon, Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde) und durch finanzielle und humanitäre Hilfe (u.a. Unterstützung der Erdbebenopfer in Afghanistan und Pakistan 2005) sollte diese Region befriedet werden, doch –Stand Januar 2010 – ist es noch ein weiter und langer Weg, bis sich die ersten wirklich greifbaren Resultate dort einstellen werden.

Dänemark hat sich nach der Änderung seiner sicherheitspolitischen Ausrichtung als vollwertiges Mitglied der NATO erwiesen und treibt den aktuellen Transformationsprozess des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses durch eigene Vorschläge voran.⁷³³ An den Missionen, an denen sich die NATO (Irak) nicht beteiligt hatte beziehungsweise sich zunächst auch nicht beteiligen wollte (ISAF), nahm Dänemark im Rahmen einer Koalition der Willigen teil. Das Königreich engagierte sich von Anfang an in der ISAF in Afghanistan und sicherte zusammen mit britischen Truppen von Mai 2003 bis August 2007 den Wiederaufbau im südlichen Irak (Basra).

5.1 Das Ende der „Fußnotenpolitik“

Zum Ende der dänischen Fußnoten-Periode kam es im April 1988. Bereits seit 1985 gab es im Folketing die Debatte, ob Dänemark gegenüber den NATO-Mitgliedstaaten nicht eine ähnliche Politik wie Neuseeland führen sollte: Neuseeland legte 1985 fest, dass jedes amerikanische Schiff, welches einen neuseeländischen Hafen anlaufen wolle, zunächst eine formale Garantie an die Regierung ausstellen sollte, dass sich an Bord des

⁷³³ Vgl.: David A. Larsen; Line S. Friborg; Kristian S. Kristensen: Transforming NATO. Risks, Challenges and Opportunities, Kopenhagen 2006, S. 2ff, und S. 9-12.

Schiffes keine Atomwaffen befinden würden.⁷³⁴ Das Thema erhielt neue Nahrung, als im Herbst 1987 zwei amerikanische Kriegsschiffe den Hafen von Kopenhagen anliefern.⁷³⁵ Am 14. April brachten die Sozialdemokraten eine Resolution ins Parlament ein, die - ebenfalls wie in Neuseeland - die Regierung verpflichten sollte, fremde Schiffe zu informieren, dass das Königreich keine Atomwaffen auf seinem Gebiet dulden würde. Die Resolution unterschied sich bezüglich der neuseeländischen darin, dass die NATO-Verbündeten „nicht verpflichtet gewesen [wären], zu garantieren, dass ihre Schiffe keine Atomwaffen an Bord mitführten“⁷³⁶. Die dänische Regierung brachte eine Gegenresolution ein, in der sie sich bereit erklärte, andere Staaten über die „dänische Auffassung“ in dieser Frage zu informieren, die Gegenresolution scheiterte aber an den Stimmen der Sozialliberalen (Radikale Venstre).⁷³⁷ Die Regierung vertrat die Auffassung, dass ankommende Schiffe nicht über die dänische Politik informiert werden müssten, da sie die dänische Position kennen und sicherlich auch respektierten.⁷³⁸

Nachdem die sozialdemokratische Resolution im Parlament verabschiedet worden war, griff Schlüter den sozialdemokratischen Vorsitzenden Auken im Folketing hart an.⁷³⁹ Der dänische Premierminister war der Auffassung, dass diese Resolution die dänische NATO-Vollmitgliedschaft gefährden könnte. Und tatsächlich hatte die britische Regierung schon vor der Abstimmung darauf hingewiesen, dass eine Verabschiedung der oppositionellen Resolution es unmöglich macht, dass britische Schiffe Dänemark sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten anlaufen könnten.⁷⁴⁰ Auch der amerikanische

⁷³⁴ Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den USA und Neuseeland wurde daraufhin beendet. Vgl.: Petersen, *Europæisk og globalt engagement 1973-2003*, S. 347. Schon 1967 gab es von der dänischen Regierung (eine Koalition angeführt von der Sozialdemokratie) den Versuch, von den USA eine solche Garantie zu erhalten. Die US-Administration antwortete darauf, dass in einem solchen Fall die Zusammenarbeit auf dem Marinesektor beendet werden würde. Vgl.: Villaume, *Denmark and NATO*, S. 47. Neuseeland verlor darüber hinaus auch den Status eines Verbündeten im ANZUS-Pakt. Vgl.: Kortmann, *Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten*, S. 211.

⁷³⁵ DUKK (Danmark under den kold krig), S. 175f.

⁷³⁶ Kortmann, *Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten*, S. 211.

⁷³⁷ Am Ende wurde die „norwegische Lösung“ befürwortet. Der Botschafter derjenigen Nation, aus dessen Land das einen dänischen Hafen anlaufende Schiff kam, wurde über die dänische Politik informiert.

⁷³⁸ Vgl.: Schlüter, *På talerstolen*, S. 335.

⁷³⁹ Einen Tag vor der Abstimmung existierten zwei Resolutionen. Die Frage, die sich stellte, war, über welche Resolution wird zuerst abgestimmt. In einem Telefongespräch am Abend vorher zwischen Premierminister Schlüter und dem sozialdemokratischen Vorsitzenden Auken einigten sich beide Parteien, dass über die Resolution der Regierung als erstes abgestimmt werden würde. Es gibt aber im dänischen Parlament den Brauch, dass, wenn 17 Unterschriften im Parlament gesammelt werden, es eine Abstimmung im Parlament gibt, über welche der beiden Resolutionen zunächst abgestimmt wird. Und am nächsten Tag sammelten die Sozialdemokraten (Auken war der erste, der unterschrieb und sich nicht an die Abmachung mit Schlüter hielt) eben diese 17 Stimmen und erreichten durch die „alternative Mehrheit“, dass über die Resolution der Opposition zuerst abgestimmt wird. Vgl.: Lasse Budtz: *Her stod vi af: Fodnoterne, der skabte historie*, Kopenhagen 1998, S. 286f.; Engell, *På slotsholmen*, S. 234; Schlüter, *Sikken et liv*, S. 221ff.

⁷⁴⁰ Vgl.: Petersen, *Inden for systemet*, S. 39.

Außenminister George Shultz verwies darauf, dass die Absicht der Resolution die Strategie der Abschreckung unterläuft: „... in a way which is inconsistent with the U.S. ‘neither confirm nor deny’ policy would undercut the nuclear deterrence policy on which NATO’s security is based“⁷⁴¹.

Am 19. April 1988 hielt Premierminister Schlüter im Parlament eine Rede, in der er betonte, dass die verabschiedete Resolution eine Bedrohung der dänischen NATO-Vollmitgliedschaft sei, da nunmehr auch keine NATO-Marineübungen in dänischen Gewässern stattfinden könnten. Da es sich bei dieser Resolution um eine Frage von großer Bedeutung handelt, müssen Neuwahlen über die weitere sicherheitspolitische Ausrichtung Dänemarks entscheiden. Die Neuwahlen wurden für den 10. Mai 1988 festgesetzt. In den Wochen bis zu der Parlamentswahl vertraten Schlüter und Ellemann-Jensen das Argument, dass Dänemark sich als verlässlicher Partner erweisen müsste, besonders in einer Zeit, in der sich die beiden Weltmächte nicht mehr diametral gegenüberstanden, sondern die gemeinsamen Zusammenarbeit – auch auf dem Abrüstungssektor (INF-Vertrag von Dezember 1987) – suchten.⁷⁴² In den Wahlen vom 10. Mai 1988 verlor die „alternative Mehrheit“ insgesamt sieben Sitze, während die Regierungsparteien ihre Sitzanzahl bestätigen konnte. Dennoch musste nun eine neue Regierung gewählt werden, um eine Weiterführung der Fußnotenpolitik zu verhindern.⁷⁴³ Der christlich-liberalen Regierung gelang es, die Sozialliberalen (Radikale Venstre) für eine gemeinsame Koalition zu gewinnen, doch mussten sich die drei Parteien auf eine gemeinsame Basis im Bereich der Sicherheitspolitik verständigen.⁷⁴⁴ Nach einigen Wochen Verhandlungen kam die neue Regierungskoalition zu der Auffassung, dass einige der 23 Resolutionen unter den Bedingungen der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR ihre frühere Relevanz verloren haben.⁷⁴⁵

⁷⁴¹ DUKK, S. 302. Michael Pugh vertritt die Meinung, dass die Frage der Abschreckung innerhalb der NATO eher von psychologischer als von militärischer Bedeutung war: „Support for extended nuclear deterrence has been a key determinant of loyalty in NATO, though not to the point that allies are required to station nuclear weapons on their soil. An ally has the right to refuse such missiles, and Canada succeeded in removing American nuclear warheads over a period of some 15 years. But allies fall a „loyalty test“ if they seek to prevent a temporary nuclear presence in their territorial waters... So fragile was the web, it seems, that the indiscipline of a fly in one corner would threaten to unravel the whole structure“. Zitiert nach: Michael Pugh: Nuclear warship visiting: storms in ports, in: *The World Today*, Vol. 10, 1989, S. 180-182, hier: S.182.

⁷⁴² Vgl.: Ellemann-Jensen: *Et lille land*, S.60; Schlüter, *På talerstolen*, S. 337.

⁷⁴³ Vgl.: Faurby, *Danish Alliance Policy 1967-1993*, S. 70.

⁷⁴⁴ Vgl.: DUKK, S. 190; Schlüter, *Sikken et liv*, S. 226; Ellemann-Jensen, *Fodfejl*, S. 257.

⁷⁴⁵ Vgl.: Ellemann-Jensen, *Din egen dag er kort*, S. 301.

Nach der Bildung einer „christlich-(sozial-)liberalen“ Koalition aus Konservativen, Liberalen und Sozialliberalen einigten sich die Parteien im dänischen Parlament (mit Ausnahme der „Sozialistischen Volkspartei“) am 30. Juni 1988 darauf, eine Verteidigungskommission einzusetzen, die die Grundlagen für die dänische Verteidigungspolitik in den 90er Jahren definieren sollte. Die Parteien versuchten, zum sicherheitspolitischen Konsens vor der Fußnotenperiode zurückzukehren:

„And consensus is decisive for a small country like Denmark. Without it we cannot expect to be able to contribute constructively to the extremely important negotiations on arms control and disarmament that lay ahead in the coming years“⁷⁴⁶.

Der Bericht der Verteidigungskommission entwickelte zwei Fallbeispiele, die in den nächsten Jahren eintreten könnten. Als „best case“ wurden der Fortbestand des Warschauer Paktes und der Abschluss eines Abkommens über die Begrenzung der konventionellen Waffen in Europa angesehen. „Als „worst case“ wurde 1988 dagegen betrachtet, was im Zuge der Auflösung des Warschauer Paktes schließlich Wirklichkeit wurde: Ein Zusammenbruch des Ostblocks und eine anschließende Destabilisierung.“⁷⁴⁷ Diese beiden Fallbeispiele machen deutlich, dass die dänische Sicherheitspolitik 1988 immer noch in dem Bewahren von alten Strukturen dachte, ohne die Veränderungen wahrzunehmen. Deshalb mahnte Ole Wæver aufgrund des sich schnell wandelnden internationalen Systems 1991 eine dringende Umorientierung der dänischen Sicherheitspolitik an:

„Die Verteidigung lag gut und sicher bei der NATO. Sinn, Richtung, Ausformung – alle die schwierigen Fragen wurden von der Ost-West-Konfrontation beantwortet. Mit dem Wegfall der alten Ordnung droht eine Re-Nationalisierung der Verteidigung in Europa, die keiner wünscht oder wünschen kann“⁷⁴⁸.

In dem Bericht der Verteidigungskommission aus dem Jahr 1988 wurde außerdem die Kritik der NATO an den aus der Sicht des Bündnisses zu niedrigen dänischen Verteidigungsausgaben aufgegriffen. Die Kommission verwies auf die Tatsache, dass der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt in allen NATO-Mitgliedstaaten zwischen 1984 und 1988 gesunken sei. Die Verteidigungskommission sprach sich dagegen aus, sich nur auf die reinen Finanzen bei der Beurteilung der Verteidigungslasten zu konzentrieren:

⁷⁴⁶ Udenrigsministeriet (Hrsg.): Udkast til udenrigsministeriets tale ved konsultmødet (Rede von Außenminister Ellemann-Jensen vor dänischen Honorarkonsuln), Kopenhagen 13. Juni 1989, S. 5.

⁷⁴⁷ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 214.

⁷⁴⁸ Ole Wæver: Forsvarspolitik og union, in: Udenrigs, 1991, Nr. 2, S. 14-31, hier: S. 15.

“The Commission believes a description of Alliance cooperation and burden-sharing within the Alliance should be broad. Thus defence burdens must not be equated to economic contributions. How to distribute these burdens must be viewed also in terms of the advantages enjoyed by large and small nations individually by virtue of Alliance membership”⁷⁴⁹.

Wenn die jeweiligen dänischen Regierungen in der Vergangenheit auf ihre niedrigen Verteidigungsausgaben hingewiesen wurden, machten sie immer auf die finanzielle Unterstützung für die Färöer und für Grönland aufmerksam, die ebenfalls in den Bereich der Verteidigungsausgaben fielen. Diese Sichtweise entsprach der Auffassung von Johan J. Holst, der die strategischen Funktionen kleiner Staaten in militärischen Allianzen betonte:

“They contribute not only capabilities but also access, position, and space, which enable the larger powers to organize their defense and deploy their forces in an efficient manner”⁷⁵⁰.

Ein weiterer Punkt, auf den die Kommission hinwies, war die Tatsache, dass Staaten, die Waffen produzieren und exportieren Vorteile für ihre Volkswirtschaften ziehen würden, während Dänemark, das auf dem Rüstungssektor kaum vertreten ist, hiervon nicht profitiere.

Zusammengefasst plädierte die Kommission dafür, dass das Königreich weiterhin an UN-Friedensmissionen teilnehmen und zu seiner traditionellen Sicherheitspolitik zurückkehren sollte: „Einer Mischung aus Elementen der Abschreckung und nicht-provozierenden Schritten“⁷⁵¹.

Die Entspannungspolitik zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion führte dazu, dass die dänischen Parteien den Verteidigungssektor in den nächsten Jahren (1989-1992) immer weiter vernachlässigten:

„Am 3. April 1991 wurden für 1991 weitere Einsparungen von 100 Millionen Kronen und weiteren 300 Millionen Kronen 1992 beschlossen. Insgesamt wurden die dänischen Verteidigungsausgaben aufgrund des Wandels in der internationalen Politik zwischen 1989 und 1992 um 890 Millionen Kronen reduziert. Außerdem wurden die Kriegsstärke der Armee von 72000 auf 66000 Mann verringert, der Wehrdienst um einen Monat gekürzt, zwei Regimenter der Armee und andere Einrichtungen aufgelöst.“⁷⁵²

⁷⁴⁹ The Defence Commission of 1988 (Hrsg.): Danish Defence in the 1990's, Kopenhagen 1989, S. 24.

⁷⁵⁰ Johan J. Holst: Lilliputs and Gulliver: Small States in a Great-Power Alliance, in: Gregory Flynn (Hrsg.): NATO's Northern Allies. The National Security Policies of Belgium, Denmark, the Netherlands and Norway, Totowo/New Jersey 1985, S. 258-286, hier: S. 260.

⁷⁵¹ Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 215.

⁷⁵² Ebd., S. 215.

5.2 Dänemark und der Zweite Golfkrieg

Durch den Wandel in Osteuropa änderte sich auch die sicherheitspolitische Lage Dänemarks grundlegend. Lag das Königreich bis 1990 noch in der Nähe der innerdeutschen Grenze und die Ostseeinsel Bornholm in der unmittelbaren Nähe zur polnischen Küste, so verschwand durch die Unabhängigkeit der drei Baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen sowie der Auflösung des Warschauer Paktes die direkte militärische Bedrohung für Dänemark. Beim NATO-Gipfeltreffen 1990 in London erklärten die Mitgliedstaaten des atlantischen Bündnisses, dass sie den Warschauer Pakt, der sich ein Jahr später auflösen sollte (1. Juli 1991), nicht mehr als Feind ansehen. Die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion hatten sich in den letzten Jahren so entwickelt, dass ein Krieg zwischen beiden Supermächten nicht mehr im Bereich des Möglichen lag. Und doch stand die dänische Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen.

Am 2. August 1990 eroberte und besetzte der Irak seinen Nachbarstaat Kuwait. Die Bush-Administration verurteilte den Irak als Aggressor und der dänische Außenminister Ellemann-Jensen schloss sich dem an. Einen Tag später verfassten die USA und die UdSSR eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Staatengemeinschaft auffordern, alle Waffentransporte in den Irak zu beenden.⁷⁵³ Am 6. August verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 661, die ein Handelsembargo gegen den Irak verhängte und den USA im Auftrag der UN die Erlaubnis gab, in Saudi-Arabien unter dem Namen „Operation Wüstenschild“ Truppen zu konzentrieren. In der Tat wurde eine multinationale Streitmacht (bestehend u.a. aus Großbritannien und einigen arabischen Staaten) in Saudi-Arabien aufgebaut, die zunächst das Ziel hatten, einen eventuellen Angriff des Irak auf das Emirat zu verhindern und dann die Befreiung Kuwaits durchzuführen. Ergänzend dazu führten die USA und andere westeuropäische Staaten eine Seeblockade gegen den Irak durch, die aber nicht von der UNO genehmigt worden war.⁷⁵⁴

Ellemann-Jensen sah in der Krise in der Golfregion die Möglichkeit, die Reputation Dänemarks nach der Fußnoten-Periode zu verbessern und beabsichtigte, eine aktive dänische Sicherheitspolitik zu initiieren,⁷⁵⁵ musste aber darauf Rücksicht nehmen, dass sein Koalitionspartner, die Sozialliberalen, gegen eine Beteiligung Dänemarks an der

⁷⁵³ Diese war die erste gemeinsame Erklärung beider Staaten seit dem Ausbruch des Kalten Krieges.

⁷⁵⁴ Vgl.: Doerer, In Search of Security, S. 103.

⁷⁵⁵ Vgl.: Ellemann-Jensen, Fodfejl, S. 299.

Seeblockade waren.⁷⁵⁶ Ellemann-Jensen erklärte der Opposition am 8. August 1990, dass Dänemark nicht an der Seeblockade partizipierte, solange sie nicht von der UNO genehmigt würde. Bei einem NATO-Treffen am 10. August 1990 unterrichtete der dänische Außenminister die Verbündeten davon, dass Dänemark nur im Rahmen eines UN-Mandates bei der Seeblockade mitmache würde, bot aber beispielsweise an, ein dänisches Feldlager in der Region aufzubauen.⁷⁵⁷ In der dänischen Tageszeitung *Berlingske Tidende* stelle Ellemann-Jensen am 10. August 1990 die Frage, welche Rolle das Königreich in der Krisensituation im Golf einnehmen könne und wie es in den nächsten Jahren mit der Teilnahme an out-of-area-Einsätzen aussehe. Es gäbe in der Welt Bedrohungen für Dänemark, die nicht innerhalb der europäischen Grenzen zu finden seien, und Europa müsse einheitlich handeln, um diesen Bedrohungen entschieden entgegenzutreten. Der dänische Außenminister stellte auch die Frage, ob sich die Europäer in Zukunft darauf verlassen sollten, dass ihnen die Vereinigten Staaten bei der Lösung ihrer Sicherheitsprobleme helfen werden.⁷⁵⁸ In einem Interview einige Tage später sagte Ellemann-Jensen, dass er nur drei Wege sehe, wie die westeuropäischen Staaten eine gemeinsame Sicherheitspolitik führen könnten: (1) Im Rahmen der NATO, in dem die Begrenzung auf ein bestimmtes Gebiet aufgehoben werden würde, (2) im Rahmen der WEU oder (3) im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, wobei er aber die dritte Möglichkeit von vornherein ausschloss.⁷⁵⁹ Um sein Ziel, eine aktive dänische Sicherheitspolitik zu führen, zu erreichen, wies er die Öffentlichkeit auch auf die Tatsache hin, dass die dänische Volkswirtschaft von den Öllieferungen aus der Golfregion abhängig sei und es dementsprechend die Aufgabe Dänemarks sei, in dieser Region für politische Stabilität zu sorgen.⁷⁶⁰

Am 16. August baten die USA die dänische Regierung schriftlich darum, den Ägyptern für den Transport ihrer Truppen nach Saudi-Arabien einen Schiffstransporter zur Verfügung zu stellen. Ellemann-Jensen erkannte die Chance, die USA zu unterstützen und begann eine Möglichkeit zu finden, wie dieses Anliegen eine Mehrheit im Parlament bekommen könnte. Doch Niels H. Petersen, Wirtschaftsminister und Mitglied der Sozialliberalen, wies den Außenminister noch einmal darauf hin, dass seine Partei die USA nicht unterstützen werde, solange es kein UN-Mandat gäbe. Ellemann-Jensen entgegnete, dass es sich bei der Seeblockade um eine von den USA angeführte multinationale

⁷⁵⁶ Vgl.: Ellemann-Jensen, *Din egen dag er kort*, S. 241.

⁷⁵⁷ Vgl.: Petersen, *Europæisk og globalt engagement 1973-2003*, S. 451.

⁷⁵⁸ Vgl.: Doeser, *In Search of Security*, S. 103.

⁷⁵⁹ Vgl.: Petersen, *Europæisk og globalt engagement 1973-2003*, S. 452.

⁷⁶⁰ Vgl.: Doeser, *In Search of Security*, S. 104.

Operation handelt, und dass die USA der mit Abstand wichtigste Verbündete des Königreiches seien. Da Ellemann-Jensen das Einverständnis seines Koalitionspartners nicht bekam, musste das Vorhaben fallengelassen werden.⁷⁶¹ Einige Tage später baten die USA Dänemark erneut um Unterstützung. Die amerikanischen Ressourcen, um militärisches Material in den Golf zu transportieren, waren ziemlich ausgelastet und die amerikanische Bitte ging dahingehend, ob Dänemark nicht bei dem Transport mit eigenen Schiffen einspringen könne. Ellemann-Jensen versuchte diesmal aber nicht, um die nötige Unterstützung im Parlament zu werben, sondern wandte sich direkt an den Schiffseigner Maersk McKinney Møller, der sich bereit erklärte, unter dem Namen seiner Firma das Material in die Golfregionen zu transportieren.⁷⁶²

Am 25. August 1990 genehmigte der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 665 die Seeblockade gegen den Irak. Ellemann-Jensen verkündete in der Öffentlichkeit sofort, dass das Königreich ein Kriegsschiff in den Golf senden sollte, bevor die Regierung einen Beschluss gefasst hatte.⁷⁶³ Durch das UN-Mandat nutzte der dänische Außenminister die Chance Tatsachen zu schaffen und Dänemark quasi eine aktive Sicherheitspolitik aufzudrücken. Ellemann-Jensen gelang es, mit seinem öffentlichen Statement zwei Vorhaben zu verwirklichen: Erstens die Beteiligung Dänemarks an den Sanktionen gegen den Irak und zweitens ein dänisches Engagement in einem out-of-area-Einsatz.⁷⁶⁴

Am 26. August schickte die Regierung die Korvette Olfert Fischer an den Golf und sowohl Premierminister Schlüter als auch Ellemann-Jensen vertraten öffentlich die Position, dass Dänemark Solidarität mit den USA zeigen sollte.⁷⁶⁵

Am 29. November 1990 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 678, die den Alliierten unter Führung der Vereinigten Staaten die Möglichkeit gab, die Befreiung Kuwaits notfalls auch militärisch durchzusetzen. Sollte sich der Irak bis zum 15. Januar nicht aus dem Emirat zurückgezogen haben, würden die Vereinten Nationen Kuwait gewaltsam befreien. Dieses Ultimatum führte dazu, dass mehrere sozialdemokratische Abgeordnete im Kriegsfall den Abzug der Korvette aus der Golfregion forderten, wohingegen Schlüter und Ellemann-Jensen darauf verwiesen, dass Dänemark gerade jetzt an der Seite der Verbündeten stehen muss, auch, um dem Irak zu zeigen, dass es

⁷⁶¹ Vgl.: Ellemann-Jensen, *Din egen dag er kort*, S. 240-244.

⁷⁶² Vgl.: *Ebda.*, S. 244.

⁷⁶³ Vgl.: Schlüter, *Sikken et liv*, S. 248.

⁷⁶⁴ Vgl.: Petersen, *Europæisk og globalt engagement 1973-2003*, S. 451.

⁷⁶⁵ Vgl.: Schlüter, *Sikken et liv*, S. 248.

keine Unstimmigkeiten bei den Alliierten gibt.⁷⁶⁶ Nach den Wahlen vom 12. Dezember 1990 verließen die Sozialliberalen die Koalition und Schlüter bildete eine christlich-liberale Koalition.⁷⁶⁷ Die Sozialdemokraten und die Sozialliberalen wiederholten ihr Anliegen, dass die Korvette abgezogen wird, falls der Krieg am Golf ausbrechen sollte.⁷⁶⁸ Am 12. Januar 1991 verabschiedete der Kongress in Washington eine Resolution, nach der die USA gegenüber dem Irak Gewalt anwenden dürften. Nachdem der Irak unter Saddam Hussein das Ultimatum am 15. Januar verstreichen ließ, begann einen Tag später die „Operation Wüstensturm“. Diese Entwicklungen überraschte die dänische Regierung, denn sie hatte nicht geglaubt, dass der Krieg wirklich ausbrechen würde.⁷⁶⁹ Die Regierung versuchte nun, im Parlament eine Mehrheit für eine Erweiterung der Mission zu erlangen und wollte, dass die Korvette zusammen mit anderen Schiffen in der Golfregion aktiv operieren sollte. Da aber die Sozialdemokraten eine Erweiterung des Auftrags strikt ablehnten,⁷⁷⁰ bekam die Korvette Olfert Fischer den Befehl, weiterhin die Seeblockade zu gewährleisten, aber Abstand zu der Kriegszone zu halten. Dänemark nahm somit an der UN-Mission teil, blieb aber dem eigentlichen Kriegsschauplatz fern.⁷⁷¹

Dem dänischen Außenminister Ellemann-Jensen gelang es auf die beschriebene Art und Weise Dänemark hin zu einer aktiven Sicherheitspolitik zu führen, die er auch weiterhin in der Öffentlichkeit vertrat:

“The concept of security has been completely changed. In the cold war period security was exclusively a military question...In today’s Europe the challenge is how to contribute to stability in the whole European theatre, and of course in particular the adjacent geographical areas. For this purpose military means are of little or no use. Instead you will have to rely on economy and finance, trade, culture and human rights. You project power so to speak, but not any longer in the sense of military power, but social and humanitarian power...We have changed from a passive military-orientated security policy to an active non-military-based security policy aiming at a stable geographical environment”⁷⁷².

⁷⁶⁶ Vgl.: Doeser, In Search of Security, S. 106.

⁷⁶⁷ Vgl.: Ebda., S. 106.

⁷⁶⁸ Vgl.: Ellemann-Jensen, Din egen dag er kort, S. 260f.

⁷⁶⁹ Vgl.: Petersen, Europæisk og globalt engagement 1973-2003, S. 455.

⁷⁷⁰ Vgl.: Ellemann-Jensen, Fodfejl, S. 301.

⁷⁷¹ Vgl.: Petersen, Europæisk og globalt engagement 1973-2003, S. 456.

⁷⁷² Udenrigsministeriet (Hrsg.): Denmark and a Europe in Transition, Rede von Außenminister Ellemann-Jensen vor dem Mid-Atlantic-Club in Washington D.C., 20. März 1992, S. 6f.

Auch Nikolaj Petersen weist auf eine fundamental veränderte Sicherheitslage für Dänemark hin, im Vergleich zur dänischen Sicherheitspolitik bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes:

“Thus destabilization in Eastern Europe and the Soviet Union is the dominant Danish risk perception on the threshold of the 1990s rather than premeditated aggression or accidental superpower war”.⁷⁷³

Mit Sorge, aber als mögliche Entwicklung, die bis heute nichts an ihrer Aktualität verloren hat, werden in Dänemark Gedankenspiele eines amerikanischen Rückzugs aus Europa gewertet:

„Es kann nicht länger von der Hand gewiesen werden, dass die USA zur Zeit nicht länger an eine Verteidigung Europas gebunden sein will, und in einer solchen Situation wäre es von Bedeutung für Dänemark, näher an eine alternative sicherheitspolitische Zusammenarbeit gebunden zu sein“.⁷⁷⁴

5.3 Die dänische Haltung gegenüber der Westeuropäischen Union

Die Westeuropäische Union (WEU) wurde 1954 gegründet und hatte ursprünglich das Ziel, die Sicherheit ihrer Mitglieder durch den automatischen Beistand sicherzustellen (kollektiver Beistandspakt), und die Westintegration der Bundesrepublik zu gewährleisten. Die WEU stellt eine Art von europäischem Pfeiler innerhalb der NATO dar und besteht aktuell aus zehn europäischen Staaten. Sechs europäische Staaten besitzen eine assoziierte Mitgliedschaft und fünf weitere europäische Staaten entsenden Beobachter, darunter auch Dänemark. Dänemark war nie ordentliches Mitglied in der WEU und begründete dieses mit seiner kritischen Haltung gegenüber Atomwaffen. Die Sozialdemokratin Ritt Bjerregaard erklärte die dänische Position in einem Interview aus dem Jahr 1988:

⁷⁷³ Nikolaj Petersen: Denmark's Foreign Relations in the 1990s, in: The Annals of The American Academy of Political and Social Science, Vol. 512, November 1990: The Nordic Region: Changing Perspectives in International Relations, S. 88-100, hier: S. 92.

⁷⁷⁴ Det Sikkerheds- og Nedrustningspolitiske Udvalg SNU (Hrsg.): Formandskabets besvarelse af forespørgsel fra Folketingets udvalg vedrørende Dansk Sikkerhedspolitik. NATO's fremtid. Kopenhagen, Januar 1992 S. 44. Ergänzend dazu: Steven E. Miller: Nordic Security in a Europe without the United States, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 512, November 1990: The Nordic Region: Changing Perspectives in International Relations, S. 46-57.

„...wir sagen, daß wir Gegner der WEU sind. Wir können uns nicht der sogenannten Atomwaffenpolitik der Plattform anschließen...Wir haben eine Beobachterregelung in dem parlamentarischen Organ, an dem ich selbst teilnehme, gerade weil ich es für wichtig halte, daß wir aufmerksam sind gegenüber eventuellen Änderungen. Dann müssen wir Stellung dazu nehmen, ob es sich eventuell auf Dänemark auswirkt“⁷⁷⁵.

Es gibt in der dänischen Bevölkerung keinen Konsens über eine Mitgliedschaft in der WEU, obwohl Ellemann-Jensen schon 1984 für eine Wiederbelebung der WEU mit der aktiven Teilnahme Dänemarks plädierte:

„Was ich im Sinn habe, ist nicht, daß sich die Verteidigungszusammenarbeit mit Amerika durch ein westeuropäisches Zusammenwirken im Verteidigungsbereich ersetzen läßt...Dagegen denke ich daran, daß es sehr wohl ein Interesse an der Entwicklung eines klareren westeuropäischen Profils innerhalb der atlantischen Zusammenarbeit geben kann“⁷⁷⁶.

Zwischen Oktober 1990 und Dezember 1992 versuchte Ellemann-Jensen Dänemark in die WEU zu führen.⁷⁷⁷ Aus Sorge, die USA könnten nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ihre Mission in Europa als erledigt ansehen und sich auf ihren Kontinent zurückziehen, vertrat der dänische Außenminister die Auffassung, dass die westeuropäischen Staaten inklusive Dänemark im Rahmen der WEU einen starken militärischen Pfeiler aufbauen sollten, der wiederum den transatlantischen Beziehungen zu Gute kommen würde.⁷⁷⁸ Doch dieses ambitionierte Vorhaben misslang aus dänischer Sicht völlig. Nachdem das dänische Parlament den Maastricht-Vertrag im Mai 1992 ratifizierte, legte – für das dänische Politikestablishment völlig überraschend – die dänische Bevölkerung ihr Veto ein und ließ den Vertrag in einem Referendum vorerst scheitern. Die dänische Regierung musste in Edinburgh sogenannte Anpassungen (insgesamt vier opt-outs) vornehmen, so dass der Maastricht-Vertrag bei einem erneuten Referendum auch die Mehrheit der Stimmen erlangen würde. Eine der Anpassungen sah vor, dass sich Dänemark aus der GASP heraushalten sollte. Bis heute sind die vier Opt-Outs in Kraft, was bedeutet, dass Dänemark in außen- und sicherheitspolitischen Fragen nur über einen Beobachterstatus verfügt und an der Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur eine Rolle als Zuschauer bleibt. Um diesen Status zu ändern, müsste eine dänische Regierung die vier Opt-Outs durch ein Referendum aufheben lassen, doch seit der Abstimmungsniederlage im September 2000, als die Regierung Poul N. Rasmussen sich die Teilnahme an der Phase 3 der Euro-Einführung von der Bevölkerung quasi genehmigen wollte, und dabei verlor (49 Prozent Ja-Stimmen

⁷⁷⁵ Vibeke Sperling: Ny udenrigspolitik logik er et fremskridt, in: Udenrigs, 1988, Nr. 4, S. 1-8, hier: S. 7.

⁷⁷⁶ Zitiert aus: Kortmann, Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten, S. 217.

⁷⁷⁷ Vgl.: Doerer, In Search of Security, S. 113.

⁷⁷⁸ Vgl.: Ebda., S. 114.

standen 51 Prozent von Nein-Stimmen gegenüber), hat keine Regierung mehr ein Referendum über außenpolitische Fragen initiiert.

5.4 Dänemark und der Krieg gegen den Terror

Der amerikanische Krieg gegen Afghanistan hatte das Ziel, einen Regierungswechsel in dem seit über dreißig Jahren von Kriegen heimgesuchten Land herbeizuführen. Das zweite Ziel war die Gefangennahme oder Tötung des Kopfes der Terrororganisation Al-Qaida, Osama Bin-Laden, der für die Anschläge in New York und Washington D.C. verantwortlich war. Der Krieg gegen Afghanistan stieß auf einen großen Rückhalt in der dänischen Bevölkerung. Dieser Rückhalt wurde als Zeichen der Solidarität mit den USA interpretiert und wurde begleitet von dem Wunsch, die Drahtzieher der Anschläge zur Verantwortung zu ziehen, denn diese schockierten auch die dänische Gesellschaft.⁷⁷⁹

Die Sozialdemokratie, die eine Schlüsselrolle in jedem sicherheitspolitischen Konsens in Dänemark innehat, kritisierte am 13. Dezember 2001 während der ersten Debatte über den Kampfeinsatz dänischer Streitkräfte in Afghanistan, die Haltung der Mitte-Rechts-Regierung. Ihr Vorsitzender, Mogens Lykketoft, räumte ein, dass Dänemark weiterhin an humanitären Einsätzen in der Welt teilnehmen, sich aber an Kampfeinsätzen nicht beteiligen sollte. Dänemark solle Truppen nach Afghanistan schicken, um die humanitäre Katastrophe in diesem failed-state zu lösen, es sei aber von der dänischen Regierung falsch, den USA eine Zusage gemacht zu haben, sich aktiv an den Kämpfen am Hindukusch zu beteiligen. Ergänzend wies Lykketoft darauf hin, dass es zum gegenwärtigen (damaligen) Zeitpunkt noch keine von der UNO legitimierte Mission zum Wiederaufbau Dänemarks gebe. In dieser Behauptung enthalten war eine versteckte Kritik an den USA, die ohne einen UNO-Beschluss das Taliban-Regime in Afghanistan einfach angegriffen haben. Rynning weist zu Recht darauf hin, dass in der UNO-Charta das Recht auf Selbstverteidigung gewährleistet ist. Die USA seien angegriffen worden und hätten nun das Recht, den Angreifer unschädlich zu machen. Nach Lykketofts Auffassung sollte die Zukunft der Weltordnung in einem System der "kollektiven Verteidigung" liegen und nicht in den Händen einer unipolaren Supermacht.⁷⁸⁰

⁷⁷⁹ Vgl.: Rynning, Denmark as a Strategic Actor, S. 36.

⁷⁸⁰ Vgl.: Ebda., S. 36.

Die Sozialliberalen schlossen sich der Position der Sozialdemokraten an, ohne aber die Kritik an den USA teilen zu wollen. Ihr Parteivorsitzender Morten Helveg Petersen überzeugte seine Partei davon, die Entscheidung der Regierung zu tragen, betonte aber:

“If we had had to prioritise between these two operations [combat and peacekeeping] we would have preferred to contribute to the stabilisation force, which probably will be mandated by the UN Security Council on Saturday. But the government has found it necessary to contribute to the present American campaign and we support this position”⁷⁸¹.

Die Kommentare von Lykketoft und – etwas abgeschwächt – Helveg Petersen sind ein Indikator dafür, dass sich das linke Spektrum des dänischen Parlamentes zwar eine Friedensmission vorstellen kann; Kampfeinsätze sind für sie nur unter bestimmten Bedingungen vorstellbar. Die dänischen Sozialisten argumentierten, dass sie sich unter bestimmten Voraussetzungen – hauptsächlich eine Legitimation durch die UNO – dänische Truppen in Kampfeinsätzen vorstellen könnten, die USA hätten aber im Fall Afghanistan an der UNO vorbeientschieden. Die Rot-Grüne Allianz wiederum würde Friedensmissionen unterstützen, lehnt aber Kampfeinsätze ab, da sie nicht durch die UNO-Satzung legitimiert wären und das militärische Eingreifen in Afghanistan nur noch mehr Terrorismus zur Folge hätte.⁷⁸²

Das rechte Spektrum des Parlamentes, die seit 2001 amtierende Mitte-Rechts-Regierung und die sie tolerierende Dänische Volkspartei, argumentierte, dass die westlichen Werte – und Dänemark sei ein Land der westlichen Welt – durch die Terroranschläge herausgefordert wurden und es eine schnelle militärische Antwort benötige, um weitere Anschläge zu vermeiden.⁷⁸³ Da es den Amerikanern innerhalb von zwei Monaten gelang, die Taliban zu stürzen und aus vielen Teilen Afghanistans zu verdrängen, standen für die dänischen Truppen, die kaum in echte Kampfeinsätze verwickelt wurden, nun die Stabilisierung des Landes auf dem Programm. Gemeinsam mit den britischen Truppen engagierten sie sich auf dem Feld der Entschärfung von Minen. Diese Friedensmission erhielt im dänischen Parlament das Mandat von allen Parteien.

⁷⁸¹ Zitiert nach: Rynning, Denmark as a Strategic Actor, S. 37.

⁷⁸² Vgl.: Ebda., S. 37.

⁷⁸³ Vgl.: Svend A. Jensby: The Battle against Terrorism – Global Challenges. Article by Minister of Defence Svend Aage Jensby in First Magazine, January 2002, abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, Kopenhagen 2003, S. 119-122, hier: S. 119f.

Dänemark selbst hat gegenwärtig 750 Soldaten in der stark umkämpften Provinz Helmand im Süden Afghanistans stationiert. Nach Angaben der NATO sind bislang 31 dänische Soldaten gefallen, was einer Quote von 4,1 Prozent entspricht. Im Vergleich dazu liegt Dänemark noch vor Großbritannien (2,7 Prozent) und den USA (2,1). Nur Kanada hat prozentual gesehen die höchste Todesrate in Afghanistan (4,9). Gunnar Lind, Professor für Neuere Geschichte an der Universität in Kopenhagen, erklärt den Wandel der dänischen Mentalität: „Früher haben wir uns für ein kleines Land gehalten, das militärisch keinen Unterschied ausmacht“.⁷⁸⁴ Die Haltung der dänischen Regierung erläutert der dänische Außenminister Per S. Møller:

„Why is success in Afghanistan so important? And why should Denmark and Danish soldiers commit themselves to a long term engagement in that country? The main reason is that Afghanistan cannot once again be allowed to become a safe haven for terrorists. And we cannot again abandon the Afghan population to civil war, human rights abuses and prolonged poverty. If the international community were not present in Afghanistan there would be a risk that terror would again rein in Afghanistan and training camps for terrorists again be established with serious consequences for regional and international security.“⁷⁸⁵

Der dänische Außenminister verweist zusätzlich auf die Bedeutung einer stabilen afghanischen Regierung:

“To combat terrorism we need to promote a stable, democratic and developed Afghanistan that can take full responsibility for its own security and development. The Danish engagement is a fight against terrorism – and a fight for the Afghan people’s right to life, peace and development free from poverty and radicalisation, which breeds terrorism in order to reestablish Taliban’s totalitarianism, which supports Al Qaeda’s caliphatism.“⁷⁸⁶

Um aber ein stabiles und befriedetes Afghanistan zu schaffen, braucht es eine Strategie:

“The international community and the Afghan government recognize the need for a multi faceted strategy to deal with these complex challenges. The strategy must encompass

- military means including stronger efforts to build the Afghan security forces;
- civilian reconstruction that reaches the poor across the country;
- political activities to persuade non-hardliners among the insurgency groups to support the government;
- promotion of the rule of law, human rights, in particular rights of women, and finally
- counter-narcotics efforts not least to stop one important source of financing of terrorism.“⁷⁸⁷

⁷⁸⁴ Die WELT, Samstag, 13. März 2010, S. 4.

⁷⁸⁵ Per Stig Møller: Speech by the Danish Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller at a Conference on Afghanistan, Copenhagen (1. April 2008), abgedruckt in: Nanna Hvindt; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2009, Kopenhagen 2009, S. 148-150, hier: S. 148.

⁷⁸⁶ Ebda., S. 148.

⁷⁸⁷ Ebda., S. 149.

Um diese Strategie letztendlich durchzusetzen, muss sich die dänische Regierung zukünftig auf vier Bereiche konzentrieren:

“For the coming 5 years, the Government suggests the following focus areas for the Danish engagement:

- firstly, security and stabilisation
- secondly, state building including support for elections and Afghan civil society
- thirdly, education
- and finally, improvement of livelihoods in rural areas.”⁷⁸⁸

5.5 Dänemark und der Dritte Golfkrieg

Der erfolgreiche Afghanistan-Krieg stellte für die George W. Bush-Administration nur den ersten Schritt auf einem langen Weg dar. Um die islamische Bevölkerung weniger anfällig für terroristische Aktivitäten zu machen, müssten Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit in die Region “Broader Middle East” transportiert und dort etabliert werden. Laut der amerikanischen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice sollte dabei dem von Saddam Hussein regierten Land Irak die Rolle zukommen, ein Leuchtturm der Demokratie zu werden. Nach dem II. Golfkrieg gelang es Saddam Hussein seine Macht im Irak wieder zu stabilisieren, nachdem die von den Amerikanern geleitete UNO-Mission zur Befreiung Kuwaits erfolgreich verlaufen war. Um die Region nicht zu destabilisieren und weil ein Gegengewicht zum Iran gebraucht wurde, unterließen es die Streitkräfte der UNO-Mission, den Diktator in Bagdad zu stürzen. Der Irak musste sich in den Folgejahren Sanktionen von der UNO gefallen lassen, die er immer wieder versuchte zu unterlaufen. Da es dem Irak schon einmal gelungen war, Bio- und Chemiewaffen zu entwickeln, keimte in der Bush-Administration der Verdacht, dass Saddam Hussein wieder dabei wäre, sein Land aufzurüsten. Zudem glaubte man, dass der Irak Kontakte zu Al-Qaida unterhielt.

Zunächst versuchten die USA über den UNO-Sicherheitsrat weitere Sanktionen gegen den Irak zu verhängen. Als dieses durch die Blockade Frankreichs und Chinas nicht gelang, begann Washington eine Koalition der Willigen zu schmieden, die das Ziel hatte, den Diktator in Bagdad zu stürzen. Der dänische Premierminister Anders F. Rasmussen stellte sich dabei auf die Seite der Amerikaner, und Dänemark wurde ebenfalls zu einem Mitglied der Koalition der Willigen. Auf dem NATO-Gipfel 2002 sagte Ras-

⁷⁸⁸ Per Stig Møller, Speech at a Conference on Afghanistan, 1. April 2008, S. 150.

mussen: "In today's globalised world those who intend to do us harm are no longer discouraged by geography or by traditional deterrence. Terrorism, weapons of mass destruction and missiles are the new threats"⁷⁸⁹. Rasmussen vertrat die These der Bush-Administration, dass die Bedrohungen für die westliche Wertegemeinschaft notfalls auch durch Waffengewalt zu beseitigen wären. Eine andere Auffassung vertrat dagegen der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokraten Lykketoft. Er hielt die amtierende Bush-Administration in einigen Bereichen für gefährlich, da sie Konflikte auf militärische Weise lösen möchte. Durch sie sei es zu einem Bruch zwischen den USA und Europa gekommen.⁷⁹⁰

Doch es ist zeitweise nicht nur zu einem Bruch zwischen einigen Staaten Europas (Deutschland, Frankreich) mit den USA gekommen, es ist auch zu einem Bruch der Staaten Europas untereinander gekommen, denn einige Staaten (Großbritannien, Italien, Polen, Spanien) stellten sich auf die Seite der Vereinigten Staaten und engagierten sich in der Koalition der Willigen, wohingegen Deutschland und Frankreich dieser fernblieben. Doch auch im dänischen Parlament entstand ein tiefer Graben zwischen dem linken und dem rechten Spektrum. Während die Mitte-Rechts-Regierung eventuelle neue Bedrohungen genau wie die USA auf militärische Weise lösen möchte, halten die linken Parteien dieses Vorgehen als nicht rechtmäßig und verweisen auf die UNO-Satzung, die so genannte Präventivkriege nicht legitimiert.⁷⁹¹

Die Irakkrise lässt sich auf den Zeitraum September 2002 bis März 2003 datieren. Am 12. September hielt US-Präsident Bush vor der UN-Generalversammlung eine Rede, in der er dem Irak einen permanenten Bruch der bestehenden UN-Resolutionen vorwarf. Er nannte als Beispiele den Besitz von Massenvernichtungswaffen, die Unterstützung des internationalen Terrorismus und die Verletzung von Menschenrechten. Gegen Ende seiner Ausführung bat Bush um Unterstützung seitens der UN für ein kompromissloses Vorgehen gegen den Irak. Am gleichen Tag hielt auch der dänische Premierminister Anders F. Rasmussen eine Rede vor der UN-Generalversammlung und stellte sich auf die Seite von Bush.⁷⁹² Am 1. Oktober 2002 sprach Rasmussen vor dem Folketing und

⁷⁸⁹ Zitiert nach: Rynning, Denmark as a Strategic Actor, S. 40.

⁷⁹⁰ Vgl.: Ebda., S. 40f.

⁷⁹¹ Vgl.: Ebda., S. 41.

⁷⁹² Vgl.: Anders F. Rasmussen: Speech by Prime Minister Anders Fogh Rasmussen to the United Nations at the 57th session of the General Assembly, New York (12. September 2002), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, Kopenhagen 2003, S. 174-179, hier: S. 175f.

sicherte den USA seine Unterstützung zu. Im Verlauf der dreitägigen Debatte meldete sich der Parteivorsitzende der Sozialisten, Holger K. Nielsen, zu Wort und stellte die Frage, ob die Regierungskoalition einen US-Angriff auf den Irak auch dann unterstützen würde, wenn dieser nicht durch ein UN-Mandat abgesichert sei. In einer Meldung der Nachrichtenagentur Ritzaus Bureau erklärte der dänische Premierminister, dass alle möglichen Schritte von einem UN-Mandat gedeckt sein werden.⁷⁹³ Am 8. November 2002 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1441, die besagte, dass dem Irak ernsthafte Konsequenzen drohen würden, falls er weiterhin den UN-Waffeninspektoren den Zugang zu bestimmten Gebäuden behindere. Bei der Aussprache im dänischen Parlament am 14. November 2002 bestätigte die Regierung, dass sie sich auch im Fall einer erneuten Blockierung der Waffeninspektionen nicht auf die Seite der USA schlagen, sondern alle Maßnahmen im Rahmen der UN unterstützen werde.⁷⁹⁴ Doch im November 2002 begannen die USA im Zuge der Präemption⁷⁹⁵ eine Koalition der Willigen zu schmieden, die einen Angriff auf den Irak zum Ziel hatte. Am 28. Januar 2003 hielt Bush eine Rede zur Lage der Nation, in der er die Kriegsentschlossenheit der USA betonte. Drei Tage später unterzeichnete Rasmussen gemeinsam mit sieben anderen europäischen Amtskollegen die Gemeinsame Erklärung, in der sie die übrigen europäischen Staaten aufforderten, sich in der Irak-Frage an die Seite der USA zu stellen. Außerdem sendeten die acht Regierungschefs an den UN-Sicherheitsrat einen Appell: dieser solle eine Resolution zu verabschieden, die einen Angriff auf den Irak legitimiert. Dänemark beschloss, eine Fregatte und ein U-Boot mit 150 Mann Besatzung in die Golfregion zu entsenden. Am 5. Februar 2003 sprach Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat und stellte das (wie wir heute wissen) falsche Beweismaterial über die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak vor. Am 17. März stellte die US-Administration ein Ultimatum und drohte mit einem Angriff auf den Irak, sollte Hussein bis zum 19. März nicht das Land verlassen haben. In der Folge brach der III. Golfkrieg los, der dem Land einen Regime Change bringen sollte. Doch bis heute hat sich die Lage im Irak nicht beruhigt. Eine weitere strittige Frage ist, ob die Resolution 1441, in der von ernsthaften Konsequenzen gesprochen wurde, schon die Legitimierung des Krieges durch die UNO darstellte. Generell haben die Vereinten Nationen dem Treiben von

⁷⁹³ Vgl.: Ritzaus Bureau: Fogh: FN's Sikkerhedsråd i centrum (03. Oktober 2002).

⁷⁹⁴ Vgl.: Berlingske Tidende: Regeringen: FN skal støtøte krig mod Irak, S. 5 (15.11.2002).

⁷⁹⁵ „Unter Prävention werden militärische Maßnahmen verstanden, die einer absehbaren, unmittelbar drohenden Gefahr entgegenwirken sollen; unter Präemption werden militärische Maßnahmen gegen eine vermutete oder erst in der Zukunft auftretende Bedrohung gefasst.“ Zitiert nach: Joachim Krause; Jan Irlenkauer; Benjamin Schreer. Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48, 2002, S. 40-46 ,hier: S. 40, Anmerkung 4.

Hussein lange genug zugeschaut, ohne Konsequenzen durchsetzen zu können. Dieses wirft auch die Frage auf, wie effektiv der UN-Sicherheitsrat Herausforderern der internationalen Ordnung entgegentreten kann, oder ob das Vertrauen in die Internationalen Organisationen dermaßen erschüttert ist, dass sich die (westliche) Staatenwelt selber helfen muss und im Eventualfall durch die Gründung von ad-hoc-Koalitionen Herausforderern der internationalen Ordnung entgegentreten muss, auch wenn dieses für die UN einen weiteren Schritt in die Bedeutungslosigkeit wäre.

5.6 Der Karikaturenstreit

2006 geriet das Königreich Dänemark in die Schlagzeilen der Weltpresse, als nach der Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen ein halbes Jahr später Teile der islamischen Welt in Wallung gerieten und u.a. dänische Botschaften im Nahen und Mittleren Osten anzündeten. Der damalige Premierminister Anders Fogh Rasmussen bezeichnete den Karikaturenstreit als die größte außenpolitische Krise Dänemarks seit dem Zweiten Weltkrieg, die ihre Ursachen sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik hat.

Nach dem Regierungswechsel 2001 hatte eine bürgerliche Koalition, die von der dänisch-national geprägten Volkspartei toleriert wird, die Migration nach Dänemark eingeschränkt.⁷⁹⁶ Der Premierminister Anders Rasmussen betonte, dass das Königreich kein multikulturelles Land sei und auch nicht werden möchte.⁷⁹⁷ Um die kulturelle Identität des Landes zu bewahren, hatte Kultusminister Brian Mikkelsen (Konservativer) im Jahr 2004 sieben Kommissionen eingesetzt, die auf sieben Feldern die wichtigsten nationalen Identitäten festhalten sollten. Die Ergebnisse wurden in einem Buch⁷⁹⁸ zusammengefasst und in ca. 150 000 Exemplaren an allen Schulen und öffentlichen Einrichtungen verteilt. Mikkelsen hatte - eine Woche bevor die umstrittenen Mohammed-Karikaturen das erste Mal gedruckt worden sind - auf einer Rede beim Parteitag der dänischen Volkspartei die Muslime in Dänemark kritisiert:

„We’re in the midst of a „battle over culture and values“, argued Denmark’s Conservative Minister of Culture, Brian Mikkelsen, less than a week before the Mohammed caricatures were first published in 2005. The battle is against a “medieval Muslim culture” which, the minister argued,

⁷⁹⁶ Vgl.: Henningsen, Dänemark, S. 179. Henningsen weist darauf hin, dass in Dänemark ca. 200 000 Muslime leben (bei einer Gesamtbevölkerung von 5,4 Millionen). Vgl.: Henningsen, Dänemark, S. 183.

⁷⁹⁷ Vgl.: Schröter, Skandinavien, S. 118.

⁷⁹⁸ Henningsen bezeichnet dieses Werk ein bisschen ironisch als „Kulturkanon“. Vgl.: Henningsen, Dänemark, S. 179.

will never be “valid” as Danish culture. Mikkelsen argued that the threat came from immigrants from Muslim countries who “refuse to acknowledge Danish culture and European norms” with their “medieval norms and undemocratic ways of thinking”.⁷⁹⁹

In diesen Auszügen wies der dänische Kulturminister auf die Schwierigkeiten bei der Integration von muslimischen Migranten in den europäischen Staaten – hier in Dänemark – hin, und die Sorge, dass eine Nation – besonders wenn sie nur einen Kleinstaat darstellt – droht, ihre kulturellen Identitäten bzw. Wurzeln zu verlieren. Die martialische Wortwahl, die er dort benutzte, ist dabei dem dänisch-national gesinnten Publikum der Volkspartei geschuldet. Jean-Luc Marret ist nicht der Erste, der auf die Tatsache hinweist, dass ein Großteil der Terroristen, die die Anschläge vom 11. September durchführten, bestens ausgebildet – Gilles Kepel sprach schon 1984 von den “educated ones”⁸⁰⁰ – und in der Gesellschaft gut integriert waren. Dabei wird deutlich, dass die Muslime in Europa zwischen zwei Welten leben:⁸⁰¹ Einerseits sehen sie den Luxus und die Moderne in der westlichen Welt, und auf der anderen Seite sehen sie die Armut eines Großteils der Bevölkerung in sogenannten Rentierstaaten wie beispielsweise Saudi-Arabien.

Parallel zu der Diskussion um die kulturelle Identität beklagte sich der dänische Kinderbuchautor Kåre Bluitgen, dass er keinen Illustrator für sein Buch über den Propheten Mohammed findet. Er verwies darauf, dass zwei Illustratoren ihm abgesagt hätten mit Verweis auf die Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh durch einen fanatischen Muslim.⁸⁰² Flemming Rose, der Kulturchef der größten Tageszeitung Dänemarks Jyllands-Posten, war ebenfalls von der Ermordung Theo von Goghs erschüttert und rief ein Jahr später ungefähr 40 Karikaturisten des Landes auf, ihre Gedanken und Vorstellungen zum Islam und zum Propheten Mohammed bildlich umzusetzen. Zwölf von ihnen erklärten sich dazu bereit und die Bilder wurden in einer Serie mit dem Namen “Das Gesicht Mohammeds” publiziert, in denen der Prophet u.a. als Selbstmordattentäter dargestellt wurde.⁸⁰³ Rose nannte als Motiv für die Serie:

⁷⁹⁹ Rytkønen, *Drawing the Line*, S. 89.

⁸⁰⁰ Gilles Kepel: *Le Prophète et le Pharaon*, Paris 1984, S. 126f. Der französische Orientalist Bruno Etienne fasste es wie folgt zusammen: PhD plus beards = young, dynamic, qualified. Zitiert nach: Bruno Etienne: *L’Islamisme radical*, Paris 1987, S. 202.

⁸⁰¹ Vgl.: Jean-Luc Marret: *The Long Threat: Terrorism and Transnational Jihadism*, in: Hans-Georg Ehrhart; Burkard Schmitt (Hrsg.): *Die Sicherheitspolitik der EU im Werden: Bedrohungen, Aktivitäten, Fähigkeiten*, Baden-Baden 2004, S. 21-31, hier: S. 26.

⁸⁰² Vgl.: Rytkønen, *Drawing the Line*, S. 89.

⁸⁰³ Vgl.: Henningsen, *Dänemark*, S. 183; Rytkønen, *Drawing the Line*, S. 90.

“The modern, secular society is rejected by some Muslims. They demand a particular position when they insist that special considerations be taken of their own religious feelings. This is incompatible with a secular democracy and freedom of speech, where you have to be prepared to tolerate insult, mockery and ridicule”⁸⁰⁴.

Die Serie weckte in der dänischen Öffentlichkeit kaum Aufsehen. Zwar demonstrierten 3000 Dänen friedlich in Kopenhagen und die Zeitung Jyllands-Posten erhielt ca. 100 kritische Leserbriefe, doch ein wütender Proteststurm blieb zunächst aus. Am 12. Oktober 2005 wandten sich elf Botschafter aus muslimischen Ländern in einem gemeinsamen Schreiben an den dänischen Premierminister:

Excellency, The undersigned Ambassadors, Cd'a.i. and Head of Palestinian General Delegation accredited to Denmark take this opportunity to draw your attention to an urgent matter. This pertains to on-going smearing campaign in Danish public circles and media against Islam and Muslims. Radio Holger's remarks for which it was indicted, DF MP and Mayoral candidate Louise Frevert's derogatory remarks, Culture Minister Brian Mikkelsen's statement on war against Muslims and Daily Jyllands-Postens's cultural page inviting people to draw sketches of Holy Prophet Mohammad (PBUH) are some recent examples. We strongly feel that casting aspersions on Islam as a religion and publishing demeaning caricatures of Holy Prophet Mohammad (PBUH) goes against the spirit of Danish values of tolerance and civil society. This is on the whole a very discriminatory tendency and does not bode well with the high human rights standards of Denmark. We may underline that it can also cause reactions in Muslim countries and among Muslim communities in Europe. In your speech at the opening of Danish Parliament, Your Excellency rightly underlined that terrorists should not be allowed to abuse Islam for their crimes. In the same token, Danish press and public representatives should not be allowed to abuse Islam in the name of democracy, freedom of expression and human rights, the values that we all share. We deplore these statements and publications and urge Your's Excellency's government to take all those responsible to task under law of the land in the interest of inter-faith harmony, better integration and Denmark's overall relations with Muslim world. We rest assured that you will take all steps necessary. Given the sensitive nature of the matter, we request an urgent meeting at your convenience. An early response would be greatly appreciated. Please accept, Excellency, best wishes and assurances of our highest consideration.”⁸⁰⁵

Drei Tage später (am 15. Oktober 2005) verfasste der Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz ebenfalls ein Schreiben an den dänischen Premierminister:

Excellency, it is with deep sadness and concern that we have been observing the smear campaigns conducted against Muslims and their religion in the Danish public circles and media. We have been informed about the insulting remarks by Radio Holger, DF MP and Mayoral Candidate Louise Frevert and the Danish Minister of Culture, as well as the blasphemous invitation of the cultural page of one of the Danish newspapers for the derogatory caricatures of Prophet Mohammed. We understand that the Muslim Danish citizens are considerably alarmed and feel threatened in the face of this ever increasing trend of intolerance and degrading discrimination against them, in which every Muslim is treated as a potential terrorist and criminal. The General Secretariat of the Organization of the Islamic Conference, which with a membership of 57 states is the proper international institution to represent the Muslim World, has recently been endeavoring to develop mutually beneficial ties of cooperation with the Council of Europe,

⁸⁰⁴ Rytkønen, *Drawing the Line*, S. 90. Im Frühjahr 2006 verteidigte Rose die Veröffentlichung der Cartoons: „The cartoonists treated Islam the same way they treat Christianity, Buddhism, Hinduism and other religions. And by treating Muslims in Denmark as equals, they made a point: We are integrating you into the Danish tradition of satire because you are part of our society, not strangers”. Zitiert nach: Rytkønen, *Drawing the Line*, S. 90f.

⁸⁰⁵ Der Brief ist abgedruckt in: Nanna Hvidt; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2006*, Kopenhagen 2006, S. 191f.; Larsen und Seidenfaden, *Karikaturkrisen*, S. 326f.

the OSCE and the institutions of the European Union with a view to contributing to the efforts for inter-cultural and inter-religion dialogue and harmony as well as against the rising trends of Islamophobia in Europe. In this framework, we believe that these dangerous developments in Denmark, unfortunately, neither will facilitate our common endeavors against xenophobia and Islamophobia nor will it make any positive contribution to the efforts of the international community to reinforce inter-faith and inter-cultural harmony and dialogue. Certainly, it is also not going to ease your task to socially integrate the Muslim minorities into the mainstream Danish community. It is evident that the first and foremost step to prevent the further escalation of the situation is the unequivocal stance of the Danish Government by taking all necessary measures. The General Secretariat of the Organization of the Islamic Conference, while expresses its concerns, stands ready at the same time to cooperate and support all the steps which will be taken to enhance understanding, harmony, tolerance and dialogue in Europe by the Danish Government or other European countries. Please accept, Excellency, the assurances of my highest consideration”⁸⁰⁶.

Am 21. Oktober 2005 antwortete Premierminister Anders Rasmussen den elf Botschaftern:

Your Excellencies, thank you very much for your letter of 12 October 2005. The Danish society is based on respect for the freedom of expression, on religious tolerance and on equal standards for all religions. The freedom of expression is the very foundation of the Danish democracy. The freedom of expression has a wide scope and the Danish government has no means of influencing the press. However, Danish legislation prohibits acts of expressions of a blasphemous or discriminatory nature. The offended party may bring such acts or expressions to court, and it is for the courts to decide in individual cases. I share your view that dialogue between cultures and religions needs to be based on mutual respect and understanding. There is indeed room for increasing mutual understanding between different cultures and religions. In this regard, I have personally taken the initiative to enter into a dialogue with representatives from the Muslim communities in Denmark. Furthermore, I would like to see the dialogue between Denmark and the Muslim world strengthened. Indeed, one of the principal objectives of the initiative “Partnership for progress and Reform”, launched by the Danish Government in 2003, is to stimulate the dialogue between Denmark, the EU and countries in North Africa and the Middle East. The initiative explicitly aims to engage a broad spectrum of Danish institutions and organizations in partnerships with their sister organizations in the Arab world and Iran. The Partnership will in this way nurture institutional and personal friendships among our societies and increase mutual understanding of the values on which we base our societies”⁸⁰⁷.

Das Antwortschreiben des dänischen Premierministers wurde in den folgenden Monaten heftig debattiert und hat den Konflikt wahrscheinlich noch weiter angeheizt,⁸⁰⁸ denn Rasmussen führte kein Gespräch mit den Botschaftern, sondern verwies in seiner Antwort auf die westlichen Traditionen der Meinungsfreiheit und als Teil der Meinungsfreiheit auf den Einsatz von Humor und Satire auch in religiösen Angelegenheiten. Am 3. Oktober reisten fünf Imame aus Dänemark nach Ägypten und dann weiter nach Syrien und in den Libanon. Dort trafen sie sich mit anderen Imamen, Führern der Arabische Liga und Mitarbeitern der in den Ländern amtierenden Regierungen, um auf die Situation der Muslime im Königreich aufmerksam zu machen. In den nächsten Wochen schaukelte sich die Situation merkbar hoch: Regierungen aus dem Mittleren Osten protestierten offiziell gegen die Situation von Muslimen in Dänemark, wohingegen bei-

⁸⁰⁶ Der Brief ist abgedruckt in: Larsen und Seidenfaden, Karikaturkrisen, S. 328.

⁸⁰⁷ Der Brief ist abgedruckt in ebda., S. 329.

⁸⁰⁸ Vgl.: Rytkønen, Drawing the Line, S. 95.

spielsweise Parteimitglieder der dänischen Volkspartei öffentlich die Frage stellten, ob das Staatsbürgerrecht bzw. die Aufnahmegenehmigung der in Dänemark lebenden Imame nicht aufgehoben werden sollten.⁸⁰⁹ In dieser Situation kam es Anfang des Jahres 2006 zu Massenprotesten gegen die dänische Regierung in allen arabischen Ländern. In der syrischen Hauptstadt Damaskus wurden die dänische, norwegische, schwedische und chilenische Botschaft angezündet und in vielen Staaten starben Menschen bei den Protesten (so beispielsweise in Nigeria, in Afghanistan und in der Türkei).⁸¹⁰ Bis zum Februar 2006 sind insgesamt 139 Menschen getötet worden.⁸¹¹

Ergänzend dazu kamen für die dänischen Unternehmen noch die wirtschaftlichen Schäden hinzu, denn die Produkte dänischer Unternehmen (Bang&Olufsen, Arla Foods, Novo Nordisk) wurden in den arabischen Staaten boykottiert, und dort ansässige dänische Produktionsstätten mussten aufgrund der mangelnden Nachfrage geschlossen werden. Im Februar 2006 kam zudem heraus, dass sich der Lebensmittelkonzern Arla schriftlich verpflichtet hatte, „keine Waren in Israel zu produzieren, keine israelischen Rohwaren zu verarbeiten und auf den Exportwegen in die arabische Welt keine israelischen Häfen zu nutzen. Der Konzern betonte, dass nur dänische Rohstoffe zur Verarbeitung kämen, in ganzseitigen Zeitungsannoncen im Nahen Osten verurteilte die Firma die Karikaturen und lobte den Islam als Religion der Vergebung und der Gerechtigkeit“⁸¹². Henningsen kommt zu dem Schluss, dass die „journalistische Aktivität in der dänischen Provinz ... weltweit einen Orkan zur Folge [hatte], während die befreundeten Mächte in Europa und Amerika zunächst darauf verwiesen, dass dies eine Angelegenheit Dänemarks sei“⁸¹³.

In der Tat äußerten sich die beiden US-Präsidenten Clinton und George W. Bush negativ über die Karikaturen. Während Clinton sie als „shameful“ bezeichnete, gab Bush den Hinweis „with freedom comes the responsibility to be thoughtful to others“.⁸¹⁴ Die dänische Regierung versuchte im Zeitraum Oktober 2005 bis Januar 2006 den Karikaturenstreit auf die Ebene der EU zu bringen, wobei sie es unterließ, diese Angelegenheit als wichtig zu deklarieren und daraufhin ordneten sie die anderen EU-Mitgliedstaaten

⁸⁰⁹ Vgl.: Rytikønen, Drawing the Line, S. 95f.

⁸¹⁰ Vgl.: Henningsen, Dänemark, S. 183. Bei einer Demonstration vor der italienischen Botschaft in Libyen starben alleine elf Menschen. Vgl.: Ebda., S. 183.

⁸¹¹ Vgl.: Ebda., S. 183.

⁸¹² Ebda., S. 183.

⁸¹³ Ebda., S. 183f.

⁸¹⁴ Zitiert nach: Rytikønen, Drawing the Line, S. 87.

auch nicht als wichtig ein. Im selben Zeitraum unternahm die dänische Regierung zudem keine Versuche, die Bush-Administration über dieses Thema zu unterrichten und in eine mögliche Gegenstrategie mit einzubeziehen.⁸¹⁵ Dieses änderte sich Ende Januar 2006. Am 31. Januar trafen sich der dänische Außenminister Per Møller und Condoleezza Rice in London, um einen Ausweg aus der Krise zu finden. Der Kleinstaat Dänemark stellte fest, dass er diese Herausforderung nicht alleine bewältigen konnte und suchte sich jetzt Partner, um die Krise bewältigen zu können. Doch erst am 3. Februar kam es zu einem offiziellen Statement des State Departments und des Weißen Hauses, in denen die Karikaturen als nicht akzeptabel bezeichnet wurden. Eine Unterstützung Dänemarks konnte aus den beiden Statements aber nicht herausgelesen werden,⁸¹⁶ denn die USA waren nicht „eager to get involved“⁸¹⁷. Dieses änderte sich, nachdem am 4. Februar die dänische Botschaft in Damaskus in Flammen aufging. Condoleezza Rice zeigte Solidarität mit Dänemark und lobte Anders Rasmussen für sein Krisenmanagement. Drei Tage später rief Präsident Bush bei Rasmussen an und sicherte ihm seine Unterstützung zu.⁸¹⁸ Im Februar 2006 vertrat die Bush-Administration die Linie, dass die Pressefreiheit eine wesentliche Errungenschaft in der westlichen Kulturgemeinschaft wäre, auf die eine Regierung keinen Einfluss nehmen könne, weshalb sie sich auch für die Karikaturen nicht zu entschuldigen bräuchte.⁸¹⁹ Praktische Hilfe leisteten die USA, als der dänische Botschafter in Pakistan aus Sicherheitsgründen die Botschaft verlassen musste, und von der amerikanischen Botschaft aus seine Amtsgeschäfte aufnehmen konnte. Zudem bestellte das State Department den syrischen Botschafter ein und machte die syrische Regierung dafür verantwortlich, dass infolge der gewaltsamen Demonstrationen die dänische Botschaft in Flammen aufging. Dieses kann auch ein Zeichen an die anderen arabischen Staaten gewesen sein, in denen die Demonstrationen fortan friedlicher abliefen.⁸²⁰

Henningsen fasst die dänische Rolle in der internationalen Politik zusammen:

⁸¹⁵ Vgl.: Henrik Larsen: The Cartoon Crisis in Danish Foreign Policy: A new Balance between the EU and the US?, in: Nanna Hvidt; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2007, Kopenhagen 2007, S. 51-85, hier: S. 58.

⁸¹⁶ Vgl.: John Hansen; Kim Hundevad: Provoen og Profeten: Mohammedkrisen bag Kulisserne, Kopenhagen 2006, S. 176f.; Per B. Thomsen: Muhammedkrisen. Hvad skete der og hvad har vi lært?, Kopenhagen 2006, S. 158f. und S. 175-179.

⁸¹⁷ Zitiert nach: Larsen, The Cartoon Crisis, S. 69.

⁸¹⁸ Vgl.: Hansen und Hundevad, Provoen og Profeten, S. 175-183.

⁸¹⁹ Vgl.: Larsen, The Cartoon Crisis, S. 69.

⁸²⁰ Vgl.: Ebda., S. 71.

„Der Anspruch, in der Internationalen Politik eine wichtige Rolle zu spielen, hatte auch in der Folgezeit noch Auswirkungen gehabt, denn 2008 kam es zu Unruhen in den Kopenhagener Vororten, die als Nachbeben der Karikaturenaffäre und der sozialen Zustände in den Vorstädten eingeordnet wurden. Zu den Mohammed-Nachbeben gehört, dass das NATO-Land Türkei sich Anfang 2009 beim internen Nominierungsverfahren für einen neuen Generalsekretärs des Bündnisses der Kandidatur des dänischen Premierministers Anders Fogh Rasmussen mit dem Hinweis auf die Karikaturen widersetzte. Dass er beim Jubiläumsgipfel Anfang April dennoch auf den Schild gehoben werden konnte, wurde nur mit erheblichen Zugeständnissen an die Türkei erkaufte. Dänemark ist nun nach Jahrzehnten der außenpolitischen Selbstisolation ein im internationalen Rampenlicht stehender Staat, der Preis für die dänische Politik „war sehr hoch – er war vermeidbar hoch“⁸²¹.

Die Århus Business School taxierte den Schaden für die dänische Volkswirtschaft als Resultat der Boykottaufrufe alleine in den ersten drei Jahren der Mohammed-Krise auf etwa 270 Millionen €. Tiefgreifender sind allerdings die Folgen für das geistige und kulturelle Leben in Dänemark, denn es befand sich in den letzten Jahren auf einem Konfrontationskurs mit dem Islam. Bei Anschlägsankündigungen international agierender Terrororganisationen, wie zum Beispiel Al-Qaida, wird auch das Königreich erwähnt. Der bekannteste aller Mohammed-Karikaturisten, Kurt Westergaard, erhielt schon im Jahr 2008 erste Morddrohungen. Im Oktober 2009 wurden in Chicago zwei Islamisten festgenommen, die Pläne für Anschläge in Dänemark ausgearbeitet haben sollen. Die Ziele sollten ein Anschlag auf das Verlagshaus der Jyllands-Posten und die Tötung Westergaards gewesen sein. Im Januar 2010 wurde Westergaard zudem von einem Islamisten in seinem eigenen Haus angegriffen und entging nur knapp einem Mordanschlag.⁸²²

Am 26. Februar 2010 druckte die dänische Tageszeitung „Politiken“ auf ihrer Titelseite eine Entschuldigung für die Mohammed-Karikaturen ab, mit denen sie „Muslime in Dänemark und anderen Ländern überall auf der Welt gekränkt haben“. Das Blatt entschuldigte sich „bei allen, die sich durch die Wiederveröffentlichung verletzt fühlten“. Dieser medialen Entschuldigung voran ging ein Treffen zwischen dem Chefredakteur der „Politiken“, Tøger Seidenfaden, und dem saudi-arabischen Anwalt Faisal Yamani in London, wo der Text der Entschuldigung vorbereitet wurde. Der saudi-arabische Yamani vertritt insgesamt acht Organisationen aus Ländern wie zum Beispiel Libyen, Saudi-Arabien und Ägypten, die gemeinsam 94923 Nachkommen des Propheten Mohammed verkörpern. Er forderte in einem Brief vom August 2009, den er an insgesamt elf dänische Tageszeitungen schickte, dass sich die Zeitungen für die Veröffentlichung der Karikaturen entschuldigen müssen. Auch sollten die Karikaturen in Zukunft nicht

⁸²¹ Henningsen, Dänemark, S. 187f.

⁸²² Welt, 27. Februar 2010, S. 7.

mehr gedruckt werden. Die Chefredakteure der Tageszeitungen einigten sich darauf, sich dieser Forderung nicht zu beugen, nur Seidenfaden scherte aus der Phalanx aus. Er betonte zwar, dass sich die Zeitung nicht offiziell entschuldigt habe. Zudem sei Politiken auf die Forderung des saudi-arabischen Anwalts, die Karikaturen in Zukunft nicht mehr abzdrukken, nicht eingegangen. Das dänische Politikestablishment reagierte irritiert und verärgert über dieses Zugeständnis. Die Vorsitzende der Sozialdemokraten, Helle Thorning-Schmidt hielt die Entschuldigung für „wahnwitzig“, denn „Kränkungen wie diese geschehen in den Medien jeden Tag. So ist das nun einmal mit der Pressefreiheit“. Der Vorsitzende der dänischen Sozialisten, Villy Søvndal, vertrat die Ansicht, dass das Recht der freien Meinungsäußerung nicht verhandelbar sei. Und die Vorsitzende der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei wertete die Entschuldigung als „sehr, sehr peinlich“. Sie forderte von den anderen Zeitungen den sofortigen Wiederabdruck der Karikaturen, um ein Zeichen nach außen zu setzen. Diese lehnten aber diesen Aufruf ab. Aber auch von den Pressekollegen erntete die Maßnahme von Seidenfaden Unverständnis: Jørn Mikkelsen, Chefredakteur der Zeitung „Jyllands-Posten“ benutzte in diesem Zusammenhang den Begriff „beschämend“. Kurt Westergaard bewertet die Entschuldigung der „Politiken“ als „einen Kniefall vor dem Islam“.⁸²³

Der Kleinstaat Dänemark mit 5,4 Millionen Einwohnern führte nach der Einsetzung der Mitte-Rechts-Regierung 2001 eine rigide Migrationspolitik durch. Dabei wurden auch Eigenschaften innerhalb der Bevölkerung deutlich, die sich durch den stattfindenden Globalisierungsprozess erklären lassen, von dem Dänemark, wie beinahe jeder Staat auf der Erde, betroffen ist. Die promovierte Politikwissenschaftlerin Nadine Malich fasst zusammen, welche spezifischen Haltungen gegenüber der Globalisierung in der dänischen Bevölkerung vertreten sind:

- Dänemarks historische Vergangenheit bedingt einen ausgeprägten Nationalstolz und eine Skepsis gegenüber Fremdem und staatlichen Zusammenschlüssen.
- Die dänische Tradition der Minderheitsregierungen hat eine sehr hohe Kompromissbereitschaft in Verbindung mit dem dänischen Demokratieverständnis zur Folge.
- Das erfolgreiche, skandinavische Wohlfahrtsmodell genießt ein hohes Vertrauen bei der Mehrheit der dänischen Bevölkerung.
- Die Mehrheit der dänischen Bevölkerung ist an den homogenen dänischen Nationalstaat gewöhnt und stolz darauf. Sie steht einer Vermischung der dänischen mit fremden Werten sehr skeptisch gegenüber.
- In der dänischen Bevölkerung wird viel Wert gelegt auf Freiheit und Selbstbestimmtheit; Möglichkeiten zur Mitbestimmung werden schon von klein auf gelernt.

⁸²³ Alle Zitate aus der Tageszeitung: Die WELT, 27. Februar 2010, S. 7.

- Dänische Werte betonen das Individuum in seiner Selbstständigkeit, Selbstverwirklichung und Phantasie und die Gesellschaft als Einheit von gleichen mit einer großen Gewichtung der Lebensqualität.
- Dänemarks Politik tendiert teilweise zu einem Rückzug in die politische Isolation anstatt sich auf etwas Unsicheres und Unbekanntes einzulassen.
- Politische Bildung bedeutet in Dänemark vor allem Demokratie lernen und leben.⁸²⁴

5.7 Resümee

Dänemark hat – sicherheitspolitisch gesehen – in den letzten zwanzig Jahren einen weiten Weg hinter sich gebracht. Das Land hat eher als andere Länder – wie zum Beispiel Deutschland – die neuen Bedrohungen und die Konflikte auf der Welt erkannt und angenommen. Generell kann gesagt werden, dass sich die Welt in den letzten zwanzig Jahren fundamental geändert hat. Durch die Globalisierung und die technologische Entwicklung sind die Länder enger zusammengerückt, allerdings profitieren viele Menschen und Staaten nicht von der Globalisierung. Als Globalisierungsgewinner können China und Indien genannt werden, denen es innerhalb von zwanzig (China) beziehungsweise fünfzehn (Indien) Jahren gelungen ist, eine stabile Mittelschicht in ihrer Gesellschaft zu entwickeln, die das enorme Wirtschaftswachstum trägt. Globalisierungsverlierer sind – mit wenigen Ausnahmen (Bahrain, Katar, VAE) die Gesellschaften in den islamischen Ländern, die die Schuld an ihrem Elend nicht ihren teilweise korrupten und ökonomisch nicht kompetenten Regierungen gibt, sondern der westlichen Welt und ihren Werten. Diese Denkstrukturen aufzubrechen und zu verändern wird eine der schwierigsten – aber doch wichtigsten – Aufgaben der nächsten Jahrzehnte werden. Dänemark hat sich aktiv in den Krisenherden dieser Welt engagiert und tut dieses weiterhin. Wie sich die Internationale Politik weiter entwickeln wird – und damit auch die dänisch-amerikanischen Beziehungen – soll im nächsten, dem abschließenden Kapitel erläutert und dargestellt werden.

⁸²⁴ Nadine Malich: Politische Bildung vor dem Hintergrund der Globalisierung: Samfundsfag in Dänemark, Kiel 2008, S. 119f.

Teil D Zukunft

6. Die Zukunft der dänisch-amerikanischen Beziehungen

Auch in Zukunft will die dänische Regierung ihre Außenpolitik auf drei wichtige Säulen stützen:

- “Free exchange of goods, services and ideas to further prosperity and the dynamic use of foreign aid to foster such development.
- Strong multilateral cooperation.
- Further European integration.”⁸²⁵

Die Betonung liegt dabei für den damaligen dänischen Premierminister in der multilateralen Zusammenarbeit, denn

„multilateral cooperation is a cornerstone of Danish foreign policy. Being an active member of the UN, NATO and the European Union allows us to exercise an influence that far exceeds what can be expected from a small country with around 5 mio. inhabitants”⁸²⁶.

Ein wichtiger Partner bei der multilateralen Zusammenarbeit stellen gegenwärtig nach wie vor die Vereinigten Staaten von Amerika dar. Ob dieses aber noch in zehn, fünfzig oder hundert Jahren der Fall sein wird, kann aus der heutigen Perspektive nur vermutet werden. Deshalb sollen nachfolgende drei Szenarien vorgestellt, wie sich die Beziehungen beider Staaten in der nächsten Zeit entwickeln könnten, wobei von einem optimistischen, einem gegenwärtigen (d.h. alles bleibt größtenteils so wie es ist) und einem pessimistischen Szenario ausgegangen wird. Alle drei Szenarien haben eine Gemeinsamkeit: Die Welt ist so komplex angeordnet, dass sich das Bild einer Beziehung zwischen zwei Staaten aus vielen Einzelpunkten – in der Computersprache spricht man von Pixeln – zusammensetzt. Wenn sich nur – um im Bild zu bleiben – einige Pixel ändern oder farblich anders aussehen, so ist das gesamte Bild nicht mehr ansehnlich. Insofern können diese Szenarien nur einen groben Überblick geben, wie sich die Beziehungen beider Staaten entwickeln können, in einer Welt, dessen Internationaler Ordnung einem permanenten Wandel unterworfen ist.

⁸²⁵ Anders Fogh Rasmussen, *Danish Domestic and Foreign Policy*, S. 122.

⁸²⁶ Ebd., S. 123.

6.1 Die möglichen Szenarien

Das optimistische Szenario

Die westliche Welt stellt sich den gegenwärtigen Problemen im Internationalen System entgegen und etabliert eine Weltordnung, in der sich jede Nation in einem bestimmten Rahmen frei entfalten kann. Die Krisenherde Naher und Mittlerer Osten werden befriedet, einerseits durch eine erfolgreiche NATO-Mission in Afghanistan, die dafür gesorgt hat, das Afghanistan trotz geringer Rückschläge auf dem Weg ist, ein stabiler Staat zu werden, auch wenn die gegenwärtige Regierung autokratische Züge besitzt. Andererseits durch ein erfolgreiches nation building im Irak. Dieser ist ebenfalls auf dem Weg, ein stabiles Staatswesen zu werden, wenn die drei mächtigsten Bevölkerungsgruppen in ihren Regionen so autonom wie irgend möglich handeln können, und sie in den harten Politikfeldern wie beispielsweise der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Regierung in Bagdad den Vorrang lassen. Generell hat sich das Internationale System so eingependelt, das es für jede Region eine Regionalmacht gibt (Südamerika: Brasilien; Mittelamerika: Mexiko; Europa: Deutschland, Frankreich und Großbritannien; Asien: China, Indien, Iran und Russland; Afrika: Ägypten und Südafrika) und ausbrechende Konflikte im UNO-Sicherheitsrat besprochen werden und notfalls mit einer global handelnden NATO – eventuell mit der ESVP – gelöst werden können. Der Iran und Nordkorea haben einen Regime change erfahren und verzichten auf ihre jeweiligen Atomprogramme.

Dieser optimistische Ansatz scheint aus den Erfahrungen der letzten Jahre eher unwahrscheinlich zu sein, sollte er aber zustande kommen, dann hätte sich der Einfluss der multilateralen Institutionen – EU, NATO und UNO – entscheidend gestärkt und eine Zusammenarbeit auf diesen Sektoren würde die Zusammenarbeit zwischen Dänemark und den USA weiter vertiefen, auch, was die neuen globalen Herausforderungen Energiesicherheit, Klimawandel und Wasserknappheit betrifft. Zudem käme es zu einer Vertiefung der EU und einer gemeinsamen Wirtschaftszone zwischen Nordamerika (USA und eventuell Kanada), wie sie sich Anders Rasmussen – wie übrigens auch Angela Merkel – schon einmal vorgestellt hat:

„Today, we often focus on emerging economies particularly in Asia. And as I have already stressed this is an important focus point. But we should not forget that the EU and the United

States are responsible for two fifth of world trade and we are each other's largest trading and investment partners.⁸²⁷

Deshalb plädiert der jetzige NATO-Generalsekretär Anders F. Rasmussen die Vision eines gemeinsamen transatlantischen Wirtschaftsraumes:

„I have on several occasions promoted the vision of a Transatlantic Marketplace. We need a Marketplace without barriers to trade and investment. This would bring increased economic prosperity on both sides of the Atlantic. However, the Transatlantic Marketplace is a long-term vision that can only be achieved through cooperation and dialogue in concrete areas. A step-by-step approach is needed“⁸²⁸.

Das gegenwärtige Szenario

In der jetzigen Situation stehen die USA und die europäische Staatenwelt vielen Herausforderern der Internationalen Ordnung gegenüber, die zu einem großen Teil schon im optimistischen Szenario erwähnt wurden. Die USA und Dänemark werden gemeinsam das Interesse teilen, ein möglichst geordnetes Afghanistan zu verlassen, auch wenn die Rückkehr einer Talibanregierung durchaus im Bereich des Möglichen liegt, und die USA ein déjà-vu-Erlebnis erfahren müssen: Bereits im Vietnam-Krieg hoffte Henry Kissinger durch seine Friedensverhandlungen mit dem nordkoreanischen Vertreter Le Duc Tho die Existenz Südvietnams sichern können: dieses war aber schon nach zwei Jahren illusorisch. Zudem wird die Einführung demokratischer Gepflogenheiten im Nahen und Mittleren Osten – oder besser gesagt – im Broader Middle East – einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Zusätzlich müssten diese Demokratisierungsversuche von einem wirtschaftlichen Wachstum in den betroffenen Ländern begleitet werden, so dass sich das demokratische System erfolgreich von den gegenwärtigen Regierungssystemen im Broader Middle East absetzen kann.

Für die NATO wird die weitere Existenz davon abhängen, ob aus dem ISAF-Einsatz noch eine Erfolgsgeschichte wird, und die EU wird die Aufgabe haben, endlich eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik führen zu können: bei derzeit 27 Staaten mit ihren verschiedenen Interessen kein leichtes Vorhaben, besonders dann nicht, wenn vorher noch weitere Staaten in die EU aufgenommen werden. Gegenwärtig sieht es danach aus, dass es eine Westbalkanerweiterung geben wird, auch die Frage nach dem EU-Beitritt der Türkei wird noch mindestens zwanzig Jahre in An-

⁸²⁷ Anders Fogh Rasmussen, Danish Domestic and Foreign Policy, S. 126.

⁸²⁸ Ebda., S. 126.

spruch nehmen. Dänemark wird sich – solange es bei der ESVP keine nennenswerten Fortschritte gibt – weiterhin in harten Sicherheitsfragen an die Vereinigten Staaten halten, genauso wie übrigens die Baltischen Staaten, Großbritannien und Polen. Ein weiteres Problem in der europäischen Zusammenarbeit aus der Sicht der dänischen Regierung stellen die vier Opt-Outs dar, die nur durch Referenden beseitigt werden können. Es wird eine große Herausforderung für das Politikestablishment Dänemarks werden, die eigene Bevölkerung zu überzeugen, dass sich Dänemark voll und ganz in der EU engagieren soll und in Zukunft auf bestimmte Souveränitätsrechte verzichtet.

Für die USA und Dänemark wird es weiterhin wichtig sein, eine Reform der UNO voranzutreiben, wobei die USA sicherlich den größeren Einfluss haben werden. Da aber in der UNO-Vollversammlung jeder Staat eine Stimme besitzt (One state – one vote), ist die dänische Stimme im Endeffekt genauso wertvoll wie die Stimme Chinas, Indiens, oder aber auch Russlands.

Ob sich die USA unter den gegebenen Umständen weiterhin in allen Bereichen, die von europäischem Interesse sind, weiterhin militärisch engagieren werden, hängt auch von der weiteren Entwicklung in Afghanistan ab. Durch die Zusammenarbeit mit den Europäern sind ihre Handlungsoptionen trotz der dominanten politischen und militärischen Stellung durch bündnispolitische Zwänge zumindest eingeschränkt. Andrew Denison bemerkt dazu: ...[W]hile the USA undoubtedly is the alliance's dominant player, even it has to compromise and modify its decisions if alliance unity is to be maintained⁸²⁹. Gleichzeitig ließ der Kosovo-Krieg auch Zweifel an der langfristigen Tragfähigkeit des amerikanischen Engagements in Europa aufkommen und führte unter anderem zu verstärkten Anstrengungen im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union.⁸³⁰

Das pessimistische Szenario

Das pessimistische Szenario ist gleichzeitig ein worst-case-Szenario: Der NATO ist die Befriedung Afghanistans nicht gelungen und die atlantische Allianz muss aufgrund der sicherheitspolitischen Lage das Land räumen, auch, weil sich die Mitgliedsstaaten we-

⁸²⁹ Peter J. Anderson: Air Strike: NATO Astride Kosovo, in: Tony Weymouth; Stanley Henig: The Kosovo crisis. The last American war in Europe?, London 2001, S. 183-203, hier: S. 200.

⁸³⁰ Vgl.: Charles A. Kupchan: Kosovo and the Future of U.S. Engagement in Europe: Continued Hegemony or Impending Retrenchment?, in: Pierre Martin; Mark R. Brawly (Hrsg.): Alliance Politics, Kosovo, and NATO's War: Allied Force or Forced Allies?, New York 2000, S. 75-89, hier: S. 76.

der auf eine gemeinsame Strategie einigen konnten, noch jedes Land bereit war, einen angemessenen militärischen Beitrag zu leisten. Zudem ist es sowohl Nordkorea als auch dem Iran gelungen, eine Atombombe zu bauen. Deshalb werden sich die Vereinigten Staaten von Amerika unter ihren atomaren Schutzschirm zurückziehen und alle Kräfte in die Abwehr von möglichen Raketenangriffen stecken. Die europäischen Staaten, die schon innerhalb der NATO nicht an einem Strang gezogen haben, verzetteln sich durch weitere EU-Erweiterungsrunden, die dafür sorgen, dass eine ergebnisorientierte Zusammenarbeit innerhalb der EU nicht möglich ist. Das Projekt ESVP ist gescheitert, nicht zuletzt, weil sich einige Staaten Europas, die Donald Rumsfeld einmal als „Neues Europa“ bezeichnet hat, sich sicherheitspolitisch eng an die USA anlehnen. Ob die USA aber nach den negativen Erfahrungen mit ihren Bündnispartnern nicht wieder in eine Politik des Isolationismus zurückkehren könnten, kann unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen werden; ja, es wäre sogar sehr wahrscheinlich. In diesem Fall könnten sich die dänisch-amerikanischen Beziehungen nur noch auf einen diplomatischen Verkehr reduzieren, da die USA sich aus allen weltpolitischen Fragen, die nicht unmittelbar ihre eigene Sicherheit betreffen, heraushalten werden.

6.2 Vier Fragen zum dänisch-amerikanischen Verhältnis

Welche Entwicklung(en) hat die dänische USA-Politik seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes genommen?

Die dänische USA-Politik hat in den letzten knapp zwanzig Jahren einen entscheidenden Wandel bewerkstelligt. Galt Dänemark noch bis 1988 als „Enfant terrible“ innerhalb der NATO – Fußnotenpolitik –, so hat sich Dänemark zu einem verlässlichen Partner für die USA – besonders nach dem 11. September 2001 – entwickelt. Seit 1988 arbeitet Dänemark effektiv in den NATO-Gremien mit und beteiligt sich auch an den Kampfeinsätzen. Aber auch über die Grenzen der NATO hinaus ist Dänemark sicherheitspolitisch eng an die USA gebunden. So nahm Dänemark freiwillig an der ISAF-Mission der UNO teil und reihte sich in die Koalition der Willigen ein, die zum Ziel hatte, den Irak von der Tyrannei Saddam Husseins zu befreien. In harten sicherheitspolitischen Fragen arbeitet Dänemark eng mit den USA zusammen, ist aber trotzdem in der Lage, eine eigenständige Außenpolitik zu führen. So verkündete der damalige Premier-

minister Anders Rasmussen im Frühjahr 2007 den Abzug der dänischen Truppen aus dem Irak.

Welche Politikkonzeption(en) wurden in der dänischen USA-Politik erörtert und mit welchen Absicht(en)?

Grundsätzlich gibt es in der dänischen Außenpolitik zwei grundsätzliche Politikkonzeptionen gegenüber den USA. Die eine Richtung – bestehend aus den Mitte-Rechts-Parteien und zeitweise den Sozialdemokraten – konzentriert sich in harten sicherheitspolitischen Fragen auf die USA und versuchen durch einen kritischen Dialog die Zusammenarbeit auf bestimmten Politikfeldern konstruktiv zu begleiten. Dabei muss entschieden zwischen den Zeiträumen 1949-1987 und 1987 bis heute unterschieden werden. Je nachdem, welche Parteienkoalition in Dänemark die Regierung stellen konnte, hatte die Möglichkeit, ihre Politikkonzeption durchzusetzen. Gab es Regierungsbündnisse bestehend aus Mitte-Rechts-Parteien (der Zeitraum zwischen 1982 bis 1988 stellt hierbei einen Sonderfall dar und müsste gesondert betrachtet werden), so war eine enge Anlehnung an die Sicherheitspolitik der USA zu erwarten, allerdings immer basierend auf einem kritischen Dialog. Dennoch gab es durchaus Politiker der Liberalen oder der Konservativen, die schon vor 1987 bereit waren, in sicherheitspolitischen Fragen noch weitergehende Zugeständnisse zu machen, als es die Beschlüsse des Folketings vorsahen. So konnten sich einige Abgeordnete der Liberalen bereits in den 70er Jahren vorstellen, das Stationierungsverbot für Atomwaffen in Dänemark aufzuheben.

Die Sozialdemokratie stand der Mitarbeit in den NATO-Gremien immer kritischer gegenüber, als die Mitte-Rechts-Parteien, obwohl sie in sicherheitspolitischen Fragen traditionell gespalten war. So gab es durchaus Parteimitglieder des rechten Flügels, die sich eine mehr pragmatischere Politik Dänemarks innerhalb der NATO gewünscht hätten, wohingegen Mitglieder des linken Flügels die NATO-Mitgliedschaft Dänemarks überhaupt nicht befürworteten und lieber heute als morgen aus dem atlantischen Verteidigungsbündnis ausgeschieden wären.

Überhaupt nicht einverstanden mit der dänischen NATO-Mitgliedschaft und der Zusammenarbeit waren traditionell die dänischen Sozialisten und ihre Ablegerparteien. Sie plädierten für einen offenen Dialog mit der UdSSR. Nach dem III. Golfkrieg, als die

Sozialdemokratie die Politik Anders Rasmussens billigte, entwickelte sich der sozialistische Parteivorsitzende Villy Søvndal zum heimlichen Oppositionsführer im Parlament, da er die Politik der Mitte-Rechts-Regierung entschieden ablehnte.

Welche Denkströmungen bezüglich den Vereinigten Staaten von Amerika existieren in der dänischen Gesellschaft?

Da die Parteien (von lat. Pars: Teil) jeweils einen Teil von Gesellschaften darstellen, können die Denkströmungen beziehungsweise Meinungen anhand der Parteizugehörigkeit beziehungsweise der Sympathie für eine Partei entnommen. Grundsätzlich ist es so, dass die USA ein hohes Ansehen in der dänischen Bevölkerung besitzen – besonders in der Region Nordslesvig, was sich aus historischen Gründen leicht erklären lässt. Dennoch schwankt das Ansehen in der Bevölkerung von Zeit zu Zeit, geschuldet den aktuellen beziehungsweise den zur Zeit der Umfragen geschuldeten Ereignissen.

Als die USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 im Oktober des gleichen Jahres den zentralasiatischen Staat Afghanistan angriffen, startete das Meinungsforschungsinstitut GfK in Zusammenarbeit mit der Tageszeitung Berlingske Tidene eine Umfrage mit der Frage: Was ist ihre Einstellung zu der amerikanischen Militärkampagne gegen Afghanistan? 1276 Personen über 18 Jahre nahmen an dieser Umfrage teil und die Ergebnisse wurden einmal parteiübergreifend und nach Parteizugehörigkeit analysiert.⁸³¹ Parteiübergreifend waren 72% der Befragten der Meinung, dass die Militärkampagne gerechtfertigt sei, wohingegen sich 15% dagegen aussprachen und 13% keine Meinung zu diesem Thema hatten. Nach Parteizugehörigkeit stimmten bei der Konservativen Partei und der rechten Dänischen Volkspartei 85% zugunsten der amerikanischen Kampagne, knapp gefolgt von der Venstre (82%). Die Sozialdemokraten (72%) und die Sozialliberalen (58%) stimmten mehrheitlich ebenfalls für den Krieg, nur die Sozialisten (40%) und die Vereinigung Rot-Grün (24%) sprachen sich mehrheitlich gegen den Krieg aus.

Zwei Jahre später fand eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup International in Zusammenarbeit mit Berlingske Tidende statt, an der 1002 Personen (älter als

⁸³¹ Alle Zahlen abgedruckt bei: Bertel Heurlin, Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2002, Kopenhagen 2002, S. 203.

18 Jahre) teilnahmen.⁸³² Die Frage lautete, ob der Krieg gegen den Irak die Einstellung gegen die USA positiv, negativ oder gar nicht beeinflusst hat. Zusätzlich konnte noch mit „weiss nicht“ geantwortet werden. Das Resultat lautete, das gerade einmal 3% der Befragten eine positivere Meinung von den USA als vorher hätten, wohingegen 12% sagten, ihre Einstellung gegenüber den USA hätte sich verschlechtert. Beinahe zwei Drittel der Befragten gaben an, dass der Irak-Krieg für sie an der Einstellung zu den USA nichts geändert hat. Der Fehler in der Gestaltung der Umfrage liegt darin, dass man nicht weiß, welche Einstellung diese Menschen vor dem Ausbruch des Krieges gegenüber den USA hatten.

Insofern stellt es sich als äußerst schwierig dar, das Meinungsbild der dänischen Bevölkerung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika en Detail zu beschreiben, da es durch bestimmte Ereignisse durchaus schwanken kann. Die hohen Werte der Zustimmung für den Afghanistankrieg lassen sich eventuell dadurch erklären, dass die Bilder von den Terroranschlägen am 11. September 2001 noch ziemlich aktuell waren und die Mehrheit der dänischen Bevölkerung forderte, das die Drahtzieher hinter den Anschlägen bestraft werden sollten.

Welche Handlungsempfehlungen beziehungsweise welche Perspektiven gibt es für die Zukunft dieser speziellen transatlantischen Beziehung?

Ein Großteil der Antworten auf diese Frage findet sich bereits in den drei Szenarien wieder. Dennoch sollen an dieser Stelle die nächsten Herausforderungen noch einem kurz skizziert werden:

NATO

Im Bereich der NATO werden beide Staaten auf folgenden Feldern eng zusammenarbeiten müssen: Weitergehende Transformation des Bündnisses von einer Verteidigungsgemeinschaft hin zu einem globalen Sicherheitsdienstleister. Das bedeutet, dass die militärische Transformation vorangetrieben werden muss und innerhalb der NATO-Verbände aufgestellt werden, die innerhalb kürzester Zeit an nahezu allen Orten der

⁸³² Zahlen entnommen aus: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, Kopenhagen 2004, S. 252.

Welt eingesetzt werden können. Zudem könnte es ratsam sein, die Mitgliedschaft auch denjenigen Ländern zu ermöglichen, die nicht im ursprünglichen Einsatzgebiet lokalisiert sind (Japan, Australien, Neuseeland).

ESVP

Dänemark muss trotz der Opt-Outs bestrebt sein an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik effektiv mitzuarbeiten, denn die Tatsache, dass die USA bereits an zwei Kriegsschauplätzen (Afghanistan und Irak) gebunden sind, lässt für die Zukunft erahnen, dass sie sich in weiteren Krisenherden kaum engagieren können. Somit könnte die Stunde Europas schlagen und eine europäische militärische Beteiligung an zukünftigen Konfliktherden (besonders Afrika) durchaus möglich werden. Insofern müssen alle Bemühungen dahingehen, ebenfalls eine schnelle Eingreiftruppe aufzubauen – diese wurde schon etabliert, doch Dänemark müsste hier noch eine aktivere Rolle spielen, kann dieses allerdings nicht, solange das Opt-Out im militärischen Bereich durch ein Referendum nicht aufgehoben wird.

UNO

Bislang steht eine der wichtigsten Reformen der UNO noch aus, nämlich die des Sicherheitsrates. In ihm sitzen, dieses wurde 1944 und 1945 in Dumbarton Oaks beziehungsweise in San Francisco festgelegt, die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und zudem seit 1973 die Volksrepublik China. Alle fünf Mächte besitzen Atomwaffen und jede Entscheidung im Sicherheitsrat muss einstimmig beschlossen werden, d.h., jedes Land hat die Möglichkeit durch ein Veto jede Entscheidung zu blockieren. Während des Ost-West-Konfliktes blockierte die UdSSR alle Eingaben der USA und umgekehrt. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes muss allerdings festgestellt werden, dass sich die Situation nicht grundlegend geändert hat, denn jedes Land vertritt im Sicherheitsrat seine eigenen Interessen. Die USA blockieren mit ihrem Veto jegliche Maßnahmen gegen Israel, China blockiert mit seinem Veto jegliche Maßnahmen gegen seine afrikanischen Rohstofflieferanten (wie zum Beispiel Sudan) und auch Russland blockiert alle Maßnahmen, die seine Außenpolitik gegen die Länder der „Nahen Auslandes“ (zum Beispiel Georgien) oder des „Fernen Auslandes“ (zum Beispiel: Serbien) einschränken würden. Um die UNO zu einem schlagfähigen Instrument zu machen, bedarf es einer Reform des UNO-Sicherheitsrates. Dieses Vorhaben ähnelt aber eher der

Quadratur des Kreises, denn welches Land gibt schon freiwillig seinen internationalen Einfluss auf? Insofern bliebe nur die Alternative, die NATO als militärischen Arm der UNO zu institutionalisieren, die schon durch eine Mehrheit in der UNO-Generalversammlung aktiviert werden könnte.

Afghanistan

Die Entwicklung einer Strategie für ganz Afghanistan ist längst überfällig und könnte ein Betätigungsfeld für die dänisch-amerikanische Kooperation sein. Hierbei wird es vordergründig um die Frage gehen, wann die NATO Afghanistan verlassen wird und wie der Staat befriedet werden kann. Zudem ist es wichtig, dass sich die Allianz über ihre Ziele in diesem seit mehr als dreißig Jahren permanent durch kriegsähnliche Zustände gebeuteltem Land klar wird.

Broader Middle East

Die Konfliktregion Broader Middle East (geographische Bezeichnung für die Region Marokko bis Pakistan) stellt für beide Staaten eine immense Herausforderung dar. In ihr sind viele Konfliktpotentiale vorhanden (Israelisch-palästinensische Konflikt, Atomwaffnung Iran; Wurzeln des radikalen Islamismus besonders in den Staaten Algerien, Ägypten, Irak, Afghanistan, Saudi-Arabien, Pakistan, Iran), die sich nur allmählich werden lösen lassen. Langfristig gesehen wird die demokratische Idee in diesen Staaten nur dann erfolgreich Wurzeln schlagen, wenn mit ihr auch der wirtschaftliche Aufschwung einsetzt, der besonders die Jugendlichen Arbeitslosen (so sind ca. 70% der Bevölkerung des Irans jünger als 30 Jahre alt) zu Wohlstand verhelfen. Ein weiterer Schlüssel zur Befriedung der Region ist die Lösung des Konfliktes zwischen Israel, Palästina, der Hisbollah im Libanon und Syrien.

6.3 Thesen

Kleinstaat haben – im Gegensatz zu früher – einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Internationalen Beziehungen, wenn sie sich in Internationalen Organisationen engagieren.

Eine der zentralen Frage dieser Studie beabsichtigte, den Einfluss Dänemarks als Kleinstaat in der internationalen Politik darzustellen. Es wurde der Versuch unternommen, zu überprüfen, ob, und wenn ja, welche Art von Einfluss Dänemark unter welchen Rahmenbedingungen ausüben kann. Gelingt es einem Kleinstaat, seine Bündnispartner von seiner Ansicht zu überzeugen und so seine Position zu stärken? Das Ergebnis dieser Studie ist die Bestätigung der These, dass Kleinstaat durch das Einbringen konstruktiver Ideen in der Lage sind, die internationale Politik aktiv zu gestalten. Diese Form der Gestaltung ist allerdings nur im Rahmen eines Bündnisses möglich. Es ist offensichtlich, dass Bündnispolitik für Kleinstaat ein geeignetes Mittel ist, Einfluss auf die internationale Politik auszuüben. Dänemark ist gegenwärtig u.a. Mitglied in der EU und in der NATO und die Führung der EU-Ratspräsidentschaft und das Amt des NATO-Generalsekretärs, welches Anders Rasmussen zu Zeit bekleidet, stellen ebenfalls eine Vergrößerung der Einflussmöglichkeiten dar.

Zwei wichtige Faktoren sind der innere Konsens (das Land spricht mit einer Stimme nach außen – dieses war zur Zeit der Fußnotenpolitik nicht möglich, da sowohl das Parlament als auch die Regierung de facto die Außenpolitik gestalteten) und die äußere Unterstützung durch Bündnispartner. Innerer Konsens und äußere Unterstützung sind zwar nicht die einzigen Faktoren, die über eine erfolgreiche Einflussnahme einer Regierung eines Kleinstaat entscheiden – daneben treten noch situationsspezifische Faktoren in Erscheinung – doch lassen die Beispiele den Schluss zu, dass sie von fundamentaler Bedeutung sind. Generell beruht der Einfluss Dänemarks auf Überredung und Überzeugung, also auf nicht-zwingende Strategien.

Es können fünf wesentliche Punkte zusammengefasst werden:

- Dänemark ist ein Beispiel, dass eine aktive und konstruktive Bündnispolitik ein geeignetes Mittel für einen Kleinstaat sein kann, um im internationalen System Einfluss auszuüben.

- Für den Kleinstaat Dänemark war es nicht leichter, negativen Einfluss auszuüben, es gelang ihm ebenso, die internationale Politik positiv, hauptsächlich auf europäischer Ebene, zu beeinflussen.
- Dänemark ist zudem ein Beispiel dafür, dass ein Kleinstaat mit nicht-zwingenden Strategien durch aktive Bündnispolitik durchaus Einfluss auf das internationale System ausüben kann.
- Innere und äußere Unterstützung waren für den Kleinstaat Dänemark von besonderer Bedeutung für erfolgreiche Einflussausübung, egal ob positiver oder negativer Art.
- Zwischen innerer Kohäsion und äußerer Unterstützung besteht ein kausaler Zusammenhang, denn eine erfolgreiche Überzeugungspolitik im internationalen Rahmen ist nur dann möglich, wenn die Außenpolitik der Regierung im Inneren auf allgemeine Akzeptanz stößt.

Die USA stellen eine hohe Bedeutung für die dänische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar.

Die These ist zu bejahen, denn bislang wendet sich das Königreich in harten sicherheitspolitischen Fragen an die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Mitarbeit in der ESVP ist für Dänemark nur eingeschränkt möglich, denn zu einer vertiefenden Kooperation bräuchte es die Zustimmung der dänischen Bevölkerung in einem Referendum.

Die parteipolitische Zugehörigkeit eines dänischen Premierminister (sei er Sozialdemokrat oder rechter Liberaler oder Konservativer) hat einen erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Die These kann für den Zeitraum von 1948 bis 1982 bejaht werden, denn die dänische Sozialdemokratie war immer skeptischer gegenüber den USA als eine Mitte-Rechts-Regierung. Da die Jahre zwischen 1982-1988 eine Besonderheit darstellen, soll sich der Blick auf die Zeit nach der Fussnotenpolitik konzentrieren. Zwar trugen die vier großen Parteien den Wechsel Dänemarks hin zu einer aktiven Sicherheitspolitik kollektiv mit,

doch unter einer sozialdemokratischen Regierung gab es nur die Bereitschaft, an friedenssichernden Maßnahmen teilzunehmen. Ob die Entscheidung der Mitte-Rechts-Regierung, am Dritten Golfkrieg als aktives Mitglied an einer Koalition der Willigen teilzunehmen, auch von einer sozialdemokratisch angeführten Koalition gefällt worden wäre, kann nicht mit Sicherheit beantwortet werden, eine Grundskepsis bleibt allerdings vorhanden.

Dänemark hat sich seit dem Ende des systemischen Konfliktes (Ost-West-Konflikt) zu einem verlässlichen Partner der USA entwickelt.

Diese These kann ohne Einschränkungen bejaht werden, denn Dänemark engagierte sich aktiv nicht nur in den Jugoslawienkriegen, sondern trat nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auch der von den USA geführten Koalition der Willigen bei. Die Beteiligung Dänemarks am Dritten Golfkrieg war zudem die erste aktive Kriegsbeteiligung Dänemarks seit der Niederlage im Deutsch-Dänischen Krieg 1864 und ein Beweis dafür, dass Dänemark für die Vereinigten Staaten von Amerika einen verlässlichen Partner darstellt.

Umgekehrt kann sich Dänemark immer auf die amerikanische Unterstützung verlassen.

Generell kann diese These bejaht werden, es gab aber auch Ausnahmen. Unterstützung bekam das Königreich immer dann, wenn sich die amerikanischen Interessen mit den dänischen leicht verbinden ließen. Dieses war der Fall bei der Lösung der Schleswigfrage und mit geringen Abstrichen auch beim Beitritt Dänemarks zum nordatlantischen Verteidigungsbündnis. Dänemark hatte das Interesse an dem Beitritt zum Bündnis, weil sich die Gründung einer skandinavischen Verteidigungsallianz als nicht realisierbar erwies und die USA benötigten weiterhin Flugplätze auf Grönland. Ein Beispiel, wo sich Dänemark nicht auf die sofortige Unterstützung der USA verlassen konnte, war der Karikaturenstreit, deren Auswirkungen die Bush-Administration völlig unterschätzte.

Dänemark würde sich im Falle einer Entscheidung zwischen der NATO oder einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik (ESVP) immer für die NATO entscheiden.

Diese These ist zu unterstreichen, denn die USA gelten nach wie vor als sicherheitspolitischer Garant. Dieses ist erst recht zu betonen, da sich die ESVP – trotz aller gegenwärtigen Fortschritte – noch im Aufbau befindet und aktuell noch nicht das militärische und bündnispolitische Know-how der NATO erreichen kann und aller Wahrscheinlichkeit auch in den nächsten Jahren nicht erreichen wird. Besonders kritisch bewertete die Anders F. Rasmussen-Administration die Chancen, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Ihrer Meinung nach wird nach wie vor die Außenpolitik in den Hauptstädten der einzelnen Staaten bestimmt und von den Interessen der jeweiligen Staaten geprägt.⁸³³ So ist es aus dänischer Sicht kaum vorstellbar, dass Frankreich und/oder Großbritannien ihren Sitz im UN-Sicherheitsrat zugunsten der EU aufgeben werden.⁸³⁴ Im Gegenteil, es ist eher zu vermuten, dass – trotz der Einführung eines Hohen Kommissars in außenpolitischen Fragen – die EU außenpolitisch weiterhin ein Schattendasein führen, Dänemark weiterhin den Strukturen der ESVP fern bleiben und sich sicherheitspolitisch weiterhin eng an die Vereinigten Staaten anlehnen wird. Ob diese These allerdings noch in zehn oder zwanzig Jahren bejaht werden kann, ist gegenwärtig kaum vorhersehbar und hängt von zu vielen Faktoren ab, wie zum Beispiel der Ausgang der NATO-Mission in Afghanistan.

6.4 Resümee

„Blinder Gehorsam“ oder „Kritische Partnerschaft“ lautet die - zugegeben etwas provokante - Überschrift dieser Studie. Auch wenn viele Anhänger der Kleinstaaten Theorie den Kleinstaaten besonders in den sechziger und siebziger Jahren einen geringen Einfluss auf das Internationale System unterstellt haben (dabei konzentrierten sich ihre Untersuchungen hauptsächlich auf die Staatenwelt des 19. Jahrhunderts und auf die erste

⁸³³ Vgl.: Anders F. Rasmussen: The Danish EU Presidency and the Enlargement Deal. Speech by Prime Minister Anders Fogh Rasmussen at the Danish Institute of International Studies, Copenhagen (24 März 2003), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, S. 163-172, hier: S. 171.

⁸³⁴ Vgl.: Anders F. Rasmussen: Speech by Prime Minister Anders Fogh Rasmussen at the University of Economics, Jindrichuv Hradec, the Czech Republic (24. April 2003), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, S. 173-178, hier: S. 177.

Hälfte des 20. Jahrhunderts), hat sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass Kleinstaaten durchaus in der Lage sind, Einfluss auf das Internationale System auszuüben. Dieses gilt insbesondere für die industriell hoch entwickelten Kleinstaaten Westeuropas. Aber auch durch die Auflösung der Kolonialreiche in Afrika und Asien in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts sowie die Auflösung der Sowjetunion ist die Zahl der Kleinstaaten im Internationalen System stark angestiegen. Dadurch haben sie die Möglichkeit, besonders in der UNO-Vollversammlung, einen gehörigen Einfluss auszuüben, wenn sie sich in bestimmten Politikfeldern auf eine bestimmte Linie einigen können, denn dort gilt bei Abstimmungen das Motto „One state, one vote“.

Dänemark hat in den letzten Jahrzehnten – das haben die Fallbeispiele deutlich gemacht – die Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik durchaus kritisch begleitet, stand aber immer solidarisch hinter den Vereinigten Staaten, besonders nach dem 11. September 2001. Diese Aussage ist kein Widerspruch in sich. Doch sowohl in Washington D.C. als auch in Kopenhagen wurden und werden sicherheitspolitische Fragen von der Bush-Administration und der von Anders F. Rasmussen geführten dänischen Regierung ähnlich beurteilt. Zwischen beiden Regierungen stimmt nicht nur die überwiegend inhaltliche Übereinstimmung; auch was die Zeiträume beider Regierungen angeht, sind sie beinahe deckungsgleich: Die Bush-Administration kam im Januar 2001 ins Amt und wurde durch die Obama-Administration im Januar 2009 abgelöst. Die dänische Mitte-Rechts-Regierung übernahm im November 2001 die Amtsgeschäfte und ist bis heute im Amt, die Amtszeit von Anders F. Rasmussen dauerte von November 2001 bis zum April 2009, nachdem er zum NATO-Generalsekretär gewählt wurde. Eine weitestgehende Übereinstimmung erzielten beide Regierungen in der Beurteilung der Handlungsunfähigkeit der UNO, der aktiven Bekämpfung von Staaten, die die internationale Staatengemeinschaft herausfordern und in der Bewertung der neuen Gefahren: sei es die drohende Proliferation von Atomwaffen, der mögliche Einsatz von biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen oder die neue asymmetrische Kriegsführung. Ob und wie sich die Beziehungen zwischen der Obama-Administration und der Regierung unter Lars Løkke Rasmussen entwickeln werden, ist schwierig vorherzusagen. Anders wie z. B. in Deutschland, wo es nach einem Regierungswechsel kaum schlagartige Änderungen in der Außenpolitik(-gestaltung) gibt, verhält es sich in den USA anders. Hier ist es üblich, dass jeder Wechsel im Präsidentenamt auch einen Wechsel der außenpolitischen Fragestellungen zur Folge hat. So ist zum Beispiel ein Jahr nach der Amtsübernahme Obamas in dem Bereich „Beurteilung des UNO-Sicherheitsrates“ eine Änderung

gegenüber der Bush-Administration erkennbar, wohingegen die Obama-Administration keinen fundamentalen Wandel in der Afghanistan-Politik vollzogen hat. Bei der Bewertung von Obamas Reden im Wahlkampf wurde ein baldiger Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan in Aussicht gestellt; nach seiner Amtseinführung aber wurden die Truppen in dem zentralasiatischen Land verstärkt, was ein Indiz dafür ist, dass die NATO-Staaten noch einige Jahre in Afghanistan gebunden sein werden. Somit kann in Bezug auf die im Titel der Arbeit genannte Fragestellung zunächst – und basierend auf offiziellen Dokumenten und Reden, jedoch ohne Zugang zu den Archiven – nur der Zeitraum von 2001 bis 2009 eingeschränkt bewertet werden: Nach gegenwärtigem Stand kann hinter die Formulierung „Kritische Partnerschaft“ ein dickes Ausrufezeichen gesetzt werden.

Literaturverzeichnis

I. Offizielle Dokumente, Memoiren und Reden

- Albright, Madeleine: Madam Secretary. Die Autobiographie, München 2003.
- American Foreign Relations (AMFR) 1910, Band V, Washington 1910.
- Baker, James: Erinnerungen. Drei Jahre, die die Welt veränderten, Berlin 1996.
- Budtz, Lasse: Her stod vi af: Fodnotere, der skabte historie, Kopenhagen 1998.
- Bundesarchiv (Hrsg.): Europa unterm Hakenkreuz. Band 7: Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945), Berlin 1992.
- Bush, George; Brent Scowcroft: Eine neue Welt. Amerikanische Außenpolitik im Zeichen des Umbruchs, Berlin 1999.
- Bush, George W.: The President's State of the Union Address, January 29th, 2002, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/print/20020129-11.html>,
- Bush, George W.: President Bush Delivers Graduation Speech at West Point Unites States Military Academy, June 1st, 2002, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/print/20020601-3.html>,
- Bush, George W.: Ansprache, 17. März 2003, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/03/20030317-7.html>,
- Cain, James P.: Amerikaneren – om Danmark, diplomati og demokrati, Kopenhagen 2008.
- Clinton, Bill: Mein Leben, Berlin 2004.
- Dansk sikkerhedspolitik 1948-1966, hrsg. Von Udenrigsministeret, 2. Bände, Kopenhagen 1969.
- DUKK/Danmark under den kolde krig: Den sikkerhedspolitiske situation 1945-1991, band 3, 1979-1991, Kopenhagen 2005.
- Ellemann-Jensen, Uffe: Verden, Europa og Vi. Tale i Det Udenrigspolitiske Selskab 24. Februar 1988, Kopenhagen 1988.
- Ellemann-Jensen, Uffe: Et lille land, og dog: Dansk udenrigspolitik i der nye Europa, Kopenhagen 1991.
- Ellemann-Jensen, Uffe: Din egen dag er kort: Oplevelser og intryk, Kopenhagen 1996.
- Ellemann-Jensen, Uffe: Fodfejl: Da Danmark svigtede under den kolde krig, Kopenhagen 2004.
- Engell, Hans: På slotsholmen, Kopenhagen 1997.

Erklärung des KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs in Paris („Charta von Paris“), abgedruckt in: Europa-Archiv, 45. Jg., 1990, Dokumente, D 656-664.

Federspiel, Ulrik: The International Situation and Danish Foreign Policy 2005, abgedruckt in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2006, Kopenhagen 2006, S. 13-33.

Federspiel, Ulrik: The International Situation and Danish Foreign Policy 2006, abgedruckt in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2007, Kopenhagen 2007, S. 13-30.

Federspiel, Ulrik: The International Situation and Danish Foreign Policy 2007, abgedruckt in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2008, Kopenhagen 2008, S. 13-29.

Federspiel, Ulrik: The International Situation and Danish Foreign Policy 2008, abgedruckt in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2009, Kopenhagen 2009, S. 15-34.

Folketing – International Department (Hrsg.): A Description of the E.E.C. Committee, Kopenhagen 1991.

FRUS 1955-9 (Foreign Relations of the United States 1941), Vol. II, Washington DC.

Gade, Søren: NATO and Public Diplomacy. Speech by the Danish Minister of Defence Søren Gade at the Seminar on “Public Diplomacy in NATO-led Operations”, Kopenhagen (8. Oktober 2007), abgedruckt in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2008, Kopenhagen 2008, S. 158-160.

Gemeinsame Erklärung von zweiundzwanzig Staaten über die neuen Ost-West-Beziehungen in Europa, am Rande des KZE-Gipfeltreffens in Paris verabschiedet, abgedruckt in: Europa-Archiv, 45. Jg., 1990, Dokumente, D 654-656.

Gemeinsame Erklärung (17.02.2003): Joint position on Iraq adopted by the 15, <http://www.eu2003.gr/en/articles/2003/2/18/1973/>

Haarder, Bertel: Perspectives and Public Opinion. Speech by Minister for European Affairs Bertel Haarder at the conference on the Baltic States and NATO enlargement, Kopenhagen (7. Mai 2002), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, Kopenhagen 2003, S. 128-131.

Haarder, Bertel: Speech by Minister for European Affairs Bertel Haarder to the Committee on Constitutional Affairs in the European Parliament (3. September 2002), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, Kopenhagen 2003, S. 157-163.

Haig, Alexander: Geisterschiff USA. Wer macht Reagans Außenpolitik?, Stuttgart 1984.

Hækkerup, Hans: Speech by Danish Minister of Defence at the Conference: “St. Petersburg, the Baltic Sea and European Security” in St. Petersburg: From Adazi to Tuzla, 26.

April 1996, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1997, Kopenhagen 1997, S. 135-139.

Hækkerup, Hans: Feature by Minister of Defence Hans Hækkerup in NATO's „Defence in Denmark“: Danish Armed Forces: Maintaining War-prevention Capability, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1998, Kopenhagen 1998, S. 123-128.

Hækkerup, Hans: Statement by Minister of Defence Hans Hækkerup about NATO reform and the new NATO strategy at North Atlantic Assembly meeting, 11. November 1998, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Kopenhagen 1999, S. 162-167.

Hækkerup, Hans: Statement by Minister of Defence Hans Hækkerup on Crisis Management and the New NATO, 20-23. Juni 1999, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 173-176.

Hækkerup, Hans: Defence Policy Report by Minister of Defence Hans Hækkerup on behalf of the Nordic College of Defence Ministers at the 51st session of the Nordic Council in Stockholm, 10. November 1999, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 204-211.

Hækkerup, Hans: På Skansen: Dansk forsvarspolitik fra Murens fald til Kosovo, Kopenhagen 2002.

Jensby, Svend A.: The Battle against Terrorism – Global Challenges. Article by Minister of Defence Svend Aage Jensby in First Magazine (January 2002), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, Kopenhagen 2003, S. 119-122.

Kissinger, Henry A.: Memoiren 1968-1973, München 1979.

Kissinger, Henry A.: Memoiren 1973-1974, München 1982.

Kissinger, Henry A.: Jahre der Erneuerung. Erinnerungen (1974-1976), München 1999.

Møller, Per S.: Enlargement and the Danish EU Presidency. Speech by Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller at the conference “EU in the Regions”, Warschau (3. Juli 2002), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, Kopenhagen 2003, S. 132-135.

Møller, Per S.: NATO – A Cornerstone in Danish Foreign and Security Policy. Article by Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller in NATO's Nations and Partners for Peace, special issue (15. November 2002), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, Kopenhagen 2003, S. 183-188.

Møller, Per S.: Proposal to Folketinget by Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller, Folketinget, Kopenhagen (18. März 2003), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, Kopenhagen 2004, S. 161-162.

Møller, Per S.: Speech by Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller at the Conference on Development Assistance as an Instrument in the prevention of Terrorism, Copenhagen (4. September 2003), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, Kopenhagen 2004, S. 213-218.

Møller, Per S.: Vi kann, når vi står sammen, Berlingske Tidende (11. September 2003).

Møller, Per S.: Statement by Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller to the United Nations at the 58th Session of the General Assembly, New York (25. September 2003), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, Kopenhagen 2004, S. 223-226.

Møller, Per S.: European Foreign Policy in the Making. Article by Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller in The Brown Journal of World Affairs, Vol. 9, Winter/Spring 2003, No. 2, abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, Kopenhagen 2004, S. 179-189.

Møller, Per S.: EU's internationale rolle bør styrkes, Kristeligt Dagblad (26. March 2004).

Møller, Per S.: EU's værdier gør en forskel, Kristeligt Dagblad (25. Oktober 2004).

Møller, Per S.: Working even Closer: The EU, The United Nations and the Reform of the Security Council. Article by Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller, European View, Vol. 2, Autumn 2005, abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2006, Kopenhagen 2006, S. 173-181.

Møller, Per S.: Den Offensive Udenrigspolitik Vil Fortsætte, Berlingske Tidende (16. November 2006).

Møller, Per S.: Dansk Udenrigspolitik mellem EU og USA, Berlingske Tidende (14. August 2007).

Møller, Per S.: NATO and Public Diplomacy. Speech by the Danish Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller at the Seminar on "Public Diplomacy in NATO-led Operations, Copenhagen (8. Oktober 2007), abgedruckt in: Nanna Hvindt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2008, Kopenhagen 2008, S. 154-157.

Møller, Per S.: Speech by the Danish Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller at the Iraq Reconciliation Conference, Copenhagen, (19. Februar 2008), abgedruckt in: Nanna Hvindt; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2009, Kopenhagen 2009, S. 139-143.

Møller, Per S.: Statement by the Danish Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller at the seventh session of the UN Human Rights Council, Geneva (5. März 2008), abgedruckt in: Nanna Hvindt; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2009, Kopenhagen 2009, S. 144-147.

Møller, Per S.: Speech by the Danish Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller at a Conference on Afghanistan, Copenhagen (1. April 2008), abgedruckt in: Nanna Hvindt; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2009, Kopenhagen 2009, S. 148-150.

Møller, Per S.: Speech by the Danish Minister for Foreign Affairs Per Stig Møller at a Memorial Ceremony for the victims of the terror attack on the Danish Embassy in Islamabad, Copenhagen (3. Juni 2008), abgedruckt in: Nanna Hvindt; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2009, Kopenhagen 2009, S. 156-157.

NATO: London Declaration on a Transformed North Atlantic Alliance. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council, London 1990 (5.-6. Juli 1990).

NATO: Statement by the North Atlantic Council, Press Release (2001)124, Brüssel 2001 (12. September 2001).

NATO: Prague Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government Participating in the Meeting of the North Atlantic Council in Prague, Press Release (2002)127, Prag 2002 (21. November 2002).

NATO: NATO's Military Concept for Defence Against Terrorism, MC 472, Brüssel 2002 (21. November 2002).

NATO: Istanbul Summit Communiqué. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Istanbul on June 28th, 2004, Press Release (2004)096, Istanbul 2004.

NATO: ISAF's Strategic Vision. Declaration by the Heads of State and Government of the Nations contributing to the UN-mandated NATO-led International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan, Press Release (2008)052, Brüssel 2008 (3. April 2008).

Petersen, Friis A.: The International Situation and Danish Foreign Policy 1997, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1998, Kopenhagen 1998, S. 9-25.

Petersen, Friis A.: The International Situation and Danish Foreign Policy 1998, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Kopenhagen 1999, S. 11-27.

Petersen, Friis A.: Statement by Friis Arne Petersen, Permanent Secretary, Ministry of Foreign Affairs about Denmark's Strategy for the Political Integration of the Baltic Region, 19. November 1998, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Kopenhagen 1999, S. 173-176.

Petersen, Friis A.: The International Situation and Danish Foreign Policy 1999, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 11-29.

Petersen, Friis A.: The International Situation and Danish Foreign Policy 2000, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2001, Kopenhagen 2001, S. 11-28.

Petersen, Friis A.: The International Situation and Danish Foreign Policy 2001, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2002, Kopenhagen 2002, S. 3-18.

Petersen, Friis A.: The International Situation and Danish Foreign Policy 2002, abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, Kopenhagen 2003, S. 5-22.

Petersen, Friis A.: The International Situation and Danish Foreign Policy 2003, abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, Kopenhagen 2004, S. 5-23.

Petersen, Gert: Inden for systemet – og udefor: Erindringer, Kopenhagen 1998.

Petersen, Niels H.: Statement by Danish Minister for Foreign Affairs at the opening of the Intergovernmental Conference (IGC) in Turin, 29. März 1996, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1997, Kopenhagen 1997, S. 132-134.

Petersen, Niels H.: The Role of the Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE) in European Security Architecture, 7. Oktober 1996, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1997, Kopenhagen 1997, S. 143-147.

Petersen, Niels H.: Statement by Minister of Foreign Affairs Niels Helveg Petersen at conference about the enlargement of NATO, 11. April 1997, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1998, Kopenhagen 1998, S. 111-115.

Petersen, Niels H.: Opening statement by Minister of Foreign Affairs Niels Helveg Petersen, Chairman in Office of the OSCE at the opening of the 6th Ministerial Council in Copenhagen, 18. Dezember 1997, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1998, Kopenhagen 1998, S. 135-139.

Petersen, Niels H.: Article by Minister of Foreign Affairs Niels Helveg Petersen about Denmark and the Amsterdam Treaty, Royal Danish, (Januar Edition), abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Kopenhagen 1999, S. 133-134.

Petersen, Niels H.: Statement by Minister of Foreign Affairs Niels Helveg Petersen at the 53rd session of UN's General Assembly, 22. September 1998, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Kopenhagen 1999, S. 149-154.

Petersen, Niels H.: Statement by Minister of Foreign Affairs Niels Helveg Petersen about the European security architecture, 19. November 1998, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Kopenhagen 1999, S. 168-172.

Petersen, Niels H.: Statement by Minister for Foreign Affairs Niels Helveg Petersen at the 54th session of UN's General Assembly, 22. September 1999, abgedruckt in: Bertel

Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, København 2000, S. 185-190.

Petersen, Niels H.: Statement by Minister of Foreign Affairs Niels Helveg Petersen – Small States can make a difference – Denmark in Europe, Peking, 10. November 1999, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, København 2000, S. 196-203.

Rasmussen, Anders F.: Speech by Prime Minister Anders Fogh Rasmussen to the plenary session of the European Parliament, Strassburg (3. Juli 2002), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, København 2003, S. 136-142.

Rasmussen, Anders F.: The Danish Presidency – One Europe. Speech by Prime Minister Anders Fogh Rasmussen at the Centre for European Policy Studies, Brüssel (3. Juli 2002), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, København 2003, S. 143-149.

Rasmussen, Anders F.: New Solidarity with an Old Nordic Friend. Article by the Danish Prime Minister in Washington Times (11. September 2002), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, København 2003, S. 171-173.

Rasmussen, Anders F.: Speech by Prime Minister Anders Fogh Rasmussen to the United Nations at the 57th session of the General Assembly, New York (12. September 2002), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, København 2003, S. 174-179.

Rasmussen, Anders F.: Feature article by the Danish Prime Minister in Politiken (31. Oktober 2002).

Rasmussen, Anders F.: Speech by Prime Minister Anders Fogh Rasmussen at the North Atlantic Council Meeting in Prague (21. November 2002), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, København 2003, S. 189-190.

Rasmussen, Anders F.: Feature article by the Danish Prime Minister in Politiken (15. Januar 2003).

Rasmussen, Anders F.: Speech by Prime Minister Anders Fogh Rasmussen at the Auschwitz Day, København (27. Januar 2003), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, København 2004, S. 147-149.

Rasmussen, Anders F.: Speech by Prime Minister Anders Fogh Rasmussen at the College of Europe, Polen, (28. Februar 2003), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, København 2004, S. 150-160.

Rasmussen, Anders F. et al.: Europa og Amerika må stå sammen. Joint article by the Danish Prime Minister with Aznar, Barroso, Berlusconi, Blair, Miller and Havel published in several international newspapers (März 2003).

Rasmussen, Anders F.: Speech by Prime Minister Anders Fogh Rasmussen at the Danish Institute of International Studies, Copenhagen (24. März 2003), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, Copenhagen 2004, S. 163-172.

Rasmussen, Anders F.: Hvad ken det nytte?, Berlingske Tidende (26. März 2003).

Rasmussen, Anders F.: Speech by Prime Minister Anders Fogh Rasmussen at the Woodrow Wilson Center, Washington D. C. (9. Mai 2003), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, Copenhagen 2004, S. 190-198.

Rasmussen, Anders F.: Remarks by President Bush and Prime Minister Anders Fogh Rasmussen (Extract) at the Prime Minister's Official Residence „Marienborg“ (6. Juli 2005), abgedruckt in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2006, Copenhagen 2006, S. 167-172.

Rasmussen, Anders F.: Transatlantic Relations. Speech by the Danish Prime Minister Anders Fogh Rasmussen entitled „Partnership in a Globalized World: A Declaration of Interdependence“ at the University of California, Berkeley, 12. Juni 2006, abgedruckt in: Nanna Hvidt; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2007, Copenhagen 2007, S. 155-165.

Rasmussen, Anders F.: A Look into Europe's Crystal Ball, 2007, <http://www.stm.dk/Indexdokumenter/asp?o=2&n=0&h=2&t=1&d=2821&s=1>.

Rasmussen, Anders F.: Danish Domestic and Foreign Policy. Speech by the Danish Prime Minister Anders Fogh Rasmussen at a meeting with foreign ambassadors to Denmark, Copenhagen (12. Januar 2007), abgedruckt in: Nanna Hvidt; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2008, Copenhagen 2008, S. 119-127.

Rasmussen, Poul N.: A Question of Security, Politiken (19. Januar 1996), abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1997, Copenhagen 1997, S. 125-131.

Rasmussen, Poul N.: Opening statement by Danish Prime Minister, Danish Parliament, 1. Oktober 1996, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1997, Copenhagen 1997, S. 140-142.

Rasmussen, Poul N.: Statement by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen at the fifty second session of Un's General Assembly, 22. September 1997, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1998, Copenhagen 1998, S. 116-122.

Rasmussen, Poul N.: Opening statement by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen, Danish Parliament, 7. Oktober 1997, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1998, Copenhagen 1998, S. 129-132.

Rasmussen, Poul N.: Opening statement by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen, Danish Parliament, 6. Oktober 1998, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Copenhagen 1999, S. 160-161.

Rasmussen, Poul N.: Speech by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen at the NATO 50th Anniversary Summit Opening and Commemorative Event, Washington, D.C., 23. April 1999, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 171-172.

Rasmussen, Poul N.: Opening address by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen to the Danish Folketing, 5. Oktober 1999, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 191-195.

Rasmussen, Poul N.: Statement by Prime Minister Poul Nyrup Petersen at the OSCE Summit in Istanbul, 18.-19. November 1999, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 212-214.

Rasmussen, Poul N.: Speech by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen at the Stockholm International Forum on Holocaust, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2001, Kopenhagen 2001, S. 133-136.

Rasmussen, Poul N.: Speech by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen : The World Needs a Stronger UN – Action must Follow Words, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2001, Kopenhagen 2001, S. 153-155.

Rasmussen, Poul N.: Opening address by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen to the Danish Folketing, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2001, Kopenhagen 2001, S. 161-165.

Rasmussen, Poul N.: Speech by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen: The Barometer is at Change, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2001, Kopenhagen 2001, S. 173-175.

Rasmussen, Poul N.: Speech by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen at the EU-Balkan Summit in Zagreb, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2001, Kopenhagen 2001, S. 176-177.

Rasmussen, Poul N.: Article by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen in the OECD Observer: Towards a Sustainable Future (11. April 2001), abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2002, Kopenhagen 2002, S. 115-117.

Rasmussen, Poul N.: Opening remarks by Prime minister Poul Nyrup Rasmussen at the OECD meeting concerning Sustainable Development, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2002, Kopenhagen 2002, S. 137-139.

Rasmussen, Poul N.: Speech by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen at the Special Meeting in NATO, Brussels, 13. Juni 2001, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2002, Kopenhagen 2002, S. 140-142.

Rasmussen, Poul N.: Our Common Europe for the Future, 23. August 2001, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2002, Kopenhagen 2002, S. 143-152.

Rasmussen, Poul N.: Opening Address by Prime Minister Poul Nyrup Rasmussen to the Danish Parliament, 2. Oktober 2001, abgedruckt in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2002, Kopenhagen 2002, S. 157-162.

Regeringen: A Changing World: The Government's Vision for New Priorities in Denmark's Foreign Policy, Kopenhagen 2003.

Robertson, Lord: Die Tragödie als Chance. Die NATO nach dem 11. September, Internationale Politik, Jg. 57, Juli 2002, S. 1-6.

Schlüter, Poul: På talerstolen: Udvalgte taler og artikler, Kopenhagen 1998.

Schlüter, Poul: Sikken et liv: Erindringer, Kopenhagen 1999.

Shultz, George P.: Turmoil and Triumph. Diplomacy, Power and the Victory of the American Ideal, New York 1993.

The White House: The National Security Strategy of the United States of America, Washington, D.C., September 2002, <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>,

Thronfolgegesetz vom 27. März 1953, §2-§5, in: Königlich dänisches Ministerium des Äußeren (Hrsg.): Dänemark. Ein offizielles Handbuch, Kopenhagen 1971.

Udenrigsministeriet (Hrsg.): Udkast til udenrigsministeriens tale ved konsulmødet (Rede von Außenminister Ellemann-Jensen vor dänischen Honorarkonsuln), Kopenhagen 1989.

Udenrigsministeret: Den Grænseløse Verden – Udenrigsministeriet og globalisering, Kopenhagen 2006.

Weinberger, Caspar: Fighting for peace: seven critical years in the Pentagon, New York 1990.

Wøhlk, Henrik: The International Situation and Danish Foreign Policy in 1996, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1997, Kopenhagen 1997, S. 9-32.

II. Monographien

Albert, Mathias: Fallen der (Welt-)Ordnung, Opladen 1996.

Altrichter, Helmut: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009.

Andersen, Jørgen G.: Politik og samfund i forandring, Kopenhagen 1994.

Andersen, Lars Erslev: Innocence Lost: Islamism & the Battle Over Values & World Order, Odense 2007.

- Aphrasidze, David: Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens. Zur Rolle kleiner und schwacher Staaten in der neuen europäischen Friedensordnung, Baden-Baden 2003.
- Arter, David: Democracy in Scandinavia. Consensual, majoritarian or mixed?, New York 2006.
- Auth, Günther: Theorien der internationalen Beziehungen kompakt, München 2008.
- Bailes, Alyson et al. (Hrsg.): The Nordic Countries and the European Security and Defence Policy, Oxford 2006.
- Baker, Ray Stannard: Woodrow Wilson and World Settlement, New York 1922.
- Barston, Ronald P.: The Other Powers: Studies in the Foreign Policies of Small States, London 1973.
- Bendiek, Annegret: Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien und die Europäische Integration. Eine Analyse ausgewählter Politikfelder, Wiesbaden 2004.
- Bernauer, Thomas; Detlef Jahn; Patrick Kuhn; Stefanie Walter: Einführung in die Politikwissenschaft, Baden-Baden 2009.
- Bjerre, Michael; Jesper Larsen; Karl Erik Stougaard: Blindt ind i Basra. Danmark og Irakkrigen, Kopenhagen 2008.
- Boel, Erik: Socialdemokratiets atomvåbenpolitik 1945-88, Kopenhagen 1988.
- Bohn, Robert: Dänische Geschichte, München 2001.
- Bomsdorf, Falk: Sicherheit im Norden Europas. Die Sicherheitspolitik der fünf nordischen Staaten und die Nordeuropapolitik der Sowjetunion, Baden-Baden 1989.
- Boucher, David: Political Theories of International Relations: From Thukydides to the Present, Oxford 1998.
- Branner, Hans: Danmark i en større verden. Udenrigspolitikken efter 1945, Kopenhagen 1995.
- Branner, Hans; Hans Mouritzen; Laurids Lauridsen: International politik. Danmark og ulandene, 2. Auflage, Kopenhagen 2001.
- Brzezinski, Zbigniew: Die Einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Berlin 1997.
- Bull, Hedley: The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics, Houndmills 1977.
- Buzan, Barry; Charles Jones; Richard Little: The Logic of Anarchy: From Neorealism to Structural Realism, New York 1993.
- Buzan, Barry: People, States and Fear, New York 1993.

- Buzan, Barry et al.: Security, A Framework for Analysis, London 1998.
- Carlsen, Per & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2005, Kopenhagen 2005.
- Carr, Edward H.: The Twenty Years' Crisis: 1919-1939. An Introduction to the Study of International Relations, New York 1939, Neuauflage, Houndmills 2001.
- Chesterman, Simon: Just War or Just Peace? – Humanitarian Intervention and International Law, Oxford 2001.
- Cook, Don: Forging the Alliance: NATO 1945 to 1950. With an Introduction of Lord Carrington, London 1989.
- Cook, Don: Forging the Alliance: NATO 1945 to 1950. With an Introduction of Lord Carrington, London 1989.
- Craig, Gordon A.; Alexander L. George: Zwischen Krieg und Frieden. Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart, München 1984.
- Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, 2. Auflage, München 2003.
- Dau, Mary: Danmark og Sovjetunionen 1944-49, Kopenhagen 1969.
- David, Steven R.: Choosing Sides: Alignment and Realignment in the Third World, Baltimore 1991.
- Dembinski, Matthias: Unilateralismus versus Multilateralismus – Die USA und das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und Internationaler Organisation, Frankfurt am Main 2002.
- Deutsch, Karl W.: Analyse internationaler Beziehungen. Konzeptionen und Probleme der Friedensforschung, Frankfurt am Main 1968.
- Deutsch, Karl W.: Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven, Freiburg/Breisgau 1970.
- Dittgen, Herbert; Michael Minkenberg (Hrsg.): Das amerikanische Dilemma – Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, München 1996.
- Dittgen, Herbert: Amerikanische Demokratie und Weltpolitik – Außenpolitik der Vereinigten Staaten, München 1998.
- Doeser, Frederik: In Search of Security After the Collapse of the Soviet Union. Foreign Policy Change in Denmark, Finland and Sweden, 1988-1993, Stockholm 2008.
- Dougherty, James E.; Robert L. Pfaltzgraff jr.: Contending Theories of International Relations, 3. Auflage, New York 1990.
- Doyle, Michael W.; G. John Ikenberry (Hrsg.): New Thinking in International Relations Theory, Boulder 1997.

- Duchardt, Heinz: Gleichgewicht der Kräfte, Convenance, Europäisches Konzert, Darmstadt 1976.
- DUPI: Grønland under den kolde krig. Dansk og amerikansk sikkerhedspolitik 1945-68, København 1997.
- Einhorn, Eric S.: National Security and Domestic Politics in Post-War Denmark: Some principal issues 1945-1961, Odense 1975.
- Elkjær, Bo: Kære statsminister! Løgnen om krigen i Irak, København 2008.
- Etienne, Bruno: L'islamisme radical, Paris 1987.
- Everts, Philip; Guido Walraven (Hrsg.): The Politics of Persuasion, Implementation of Foreign Policy by the Netherlands, Aldershot 1989.
- Faurby, Ib; Hans-Henrik Holm; Nikolaj Petersen: Kampen om Sikkerheden. Nye tendenser i dansk politik, Århus 1986.
- Ferguson, Niall: Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht, London 2004.
- Ferris, Wayne H.: The Power Capabilities of Nation-States. International Conflict and War, Toronto 1973.
- Filzmaier, Peter; Leonore Gewessler; Otmar Höll; Gerhard Mangott: Internationale Politik, Wien 2006.
- Findeisen, Jörg-Peter: Dänemark. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Regensburg 1999.
- Fitzmaurice, John: Security and Politics in the Nordic Area, Aldershot 1987.
- Frei, Daniel: Sicherheit, Grundfragen der Weltpolitik, Stuttgart 1977.
- Friisberg, Gregers: Politik – dansk politik i en EU-ramme, 2. Ausgabe, København 2000.
- Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Man, New York 1991.
- Fukuyama, Francis: Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, Berlin 2006.
- Gabriel, Oscar W.: Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Opladen 1992.
- Gaddis, John Lewis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007.
- Gaedtke, Jens-Christian: Europäische Außenpolitik, Paderborn 2009.
- Gall, Lothar: Europa auf dem Weg in die Moderne 1850-1890, Oldenbourg 1984, S. 6.

- Gareis, Sven Bernhard; Johannes Varwick: Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen, Opladen 2002.
- Gersdorff, Gero von: Die Gründung der NATO, München 2009.
- Glöckler-Fuchs, Juliane: Institutionalisierung der europäischen Außenpolitik, München 1997.
- Goldenberg, Suzanne: Pride of Small Nations, London 1994.
- Görtemaker, Manfred: Deutschland im 19. Jahrhundert, 5. Auflage, Opladen 1996.
- Græger, Nina; Henrik Larsen; Hanna Ojanen: The ESDP and the nordic Countries: Four Variations on a Theme, Helsinki 2002. [Programme on the Northern Dimension of the CFSP, No. 16]
- Grieco, Joseph M.: Cooperation among Nations. Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade, Ithaca 1990.
- Gruber, Stefan: Die Lehre vom gerechten Krieg. Eine Einführung am Beispiel der NATO-Intervention im Kosovo, Marburg 2008.
- Gu, Xuewu: Theorien der Internationalen Beziehungen. Einführung, München 2000.
- Guzzini, Stefano: Realism in International Relations and International Political Economy: The Continuing Story of a Death Foretold, London 1998.
- Hacke, Christian: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush, 3. Auflage, München 2005.
- Haftdorn, Helga: Sicherheit und Stabilität. Die Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss, München 1986.
- Haftdorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, Stuttgart 2001.
- Handel, Michael: Weak States in the International System, London 1990.
- Hartmann, Jürgen: Internationale Beziehungen, 2. Auflage, Wiesbaden 2009.
- Hastrup, Bjarne: Vores Danmark – Dansk demokrati og velfærd, Kopenhagen 1994.
- Hauser, Gunther: Die NATO – Transformation, Aufgaben, Ziele, Frankfurt am Main 2008.
- Hauser, Henri: Le principe des nationalité: ses origines historiques, Paris 1916.
- Helbich, Wolfgang: „Alle Menschen sind dort gleich...“. Die deutsche Amerika-Auswanderung im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1988.
- Hellmann, Gunther; Rainer Baumann; Wolfgang Wagner: Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden 2006.

- Henningsen, Bernd: Dänemark, München 2009. [Die Deutschen und ihre Nachbarn]
- Herz, John H.: Weltpolitik im Atomzeitalter, Stuttgart 1961.
- Heurlin, Bertel: Danmark og Den Europæiske Union, Kopenhagen 1994.
- Heurlin, Bertel: Danish Security Policy over the last 50 Years – Long-term Essential Security Priorities, Kopenhagen 2001.
- Hobbes, Thomas: Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates, hrsg. und eingeleitet von Iring Fetscher, 6. Auflage, Frankfurt am Main 1994 (Erstauflage 1651).
- Hobsbawn, Eric J.: Nations and Nationalism since 1780, Cambridge 1992.
- Höfer, Gerd: Europäische Armee. Vision oder Utopie?, Hamburg 2008.
- Holbraad, Carsten: Danish Neutrality: A Study in the Foreign Policy of a Small State, Oxford 1991.
- Holmes, John W.: The United States and Europe after the Cold War, Columbia 1997.
- Holsti, Kalevi J.: Change in the International System. Essays on the Theory and Practice of International Relations, Aldershot 1991.
- Hornby, Ove: Koloniere i Vestindien, Kopenhagen 1980.
- Hubel, Helmut: Weltpolitische Konflikte. Eine Einführung, Baden-Baden 2005.
- Hundevadt, Kim: I morgen angriber vi igen. Danmarks krig i Afghanistan, Kopenhagen 2008.
- Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1996.
- Hvidt, Nanna & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2006, Kopenhagen 2006. [Danish Institute for International Studies (DIIS)]
- Hvidt, Nanna & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2007, Kopenhagen 2007. [Danish Institute for International Studies (DIIS)]
- Hybel, Kjeld; Hans Davidsen-Nielsen: Danmark I Krig. En krønike om kampen mod terror, Kopenhagen 2007.
- Ingebritsen, Christine: Scandinavia in World Politics, Lanham 2006.
- Irlenkaeuser, Jan C.: Einhegung oder Kooperation. Die amerikanische Chinapolitik unter Clinton und Bush, Frankfurt am Main 2005.
- Jackson, Robert: Quasi-States, Sovereignty, International Relations and the Third World, Cambridge 1993.

Jackson, Robert; George Sørensen: Introduction to International Relations, Oxford 1999.

Jakobsen, Peter V.: Nordic Approaches to Peace Operations: A New Model in the Making?, London 2006.

Janowski, Cordula Agnes: Die nationalen Parlamente und ihre Europa-Gremien, Baden-Baden 2005.

Jellinek, Georg: Allgemeine Staatslehre, 3. Auflage, Kronberg 1976 (Erstauflage 1900).

Jensen, Bent: Tryk og Tilpasning. Sovjetunionen og Danmark siden 2. verdenskrig, København 1987.

Joffe, Josef: Die Hypermacht. Warum die USA die Welt beherrschen, Wien 2006.

Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin 2003.

Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung?, München 2008.

Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden, Königsberg 1794, Nachdruck.

Karup Pedersen, Ole: Udenrigsminister P. Munchs opfattelse af Danmarks stilling i international politik, København 1970.

Katzenstein, Peter; Robert Keohane; Stephan Krassner (Hrsg.): Exploration and Contestation of World Politics, London 1999.

Keller, Patrick: Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik. Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush, Paderborn 2008.

Kepel, Gilles: Le Prophète et le Pharaon, Paris 1984.

Keßelring, Agilolf: Die Nordatlantische Allianz und Finnland 1949-1961. Perzeptionsmuster und Politik im Kalten Krieg, München 2009.

Kielmansegg, Sebastian Graf von: Die Verteidigungspolitik der Europäischen Union, Stuttgart 2005.

Kissinger, Henry A.: Großmachtdiplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs, Düsseldorf 1962.

Kissinger, Henry A.: Die sechs Säulen der Weltordnung, Berlin 1992.

Kissinger, Henry A.: Diplomacy, New York 1993.

Kissinger, Henry A.: Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 2002.

- Klößner, Michael: Entwicklungsprobleme der US-amerikanischen Bündnisstrategie in Ostasien, Frankfurt am Main 2003.
- Kortmann, Jürgen: Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten am Beispiel Irlands und Dänemarks, Bochum 1994.
- Krasner, Stephen D.: Sovereignty. Organized Hypocrisy, Princeton 1999.
- Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung – Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen, 4. Auflage, Baden-Baden 2009.
- Kupchan, Charles: Die europäische Herausforderung. Vom Ende der Vorherrschaft Amerikas, Berlin 2003.
- Lang, Sibylle: Bestimmungsfaktoren und Handlungsfähigkeit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Frankfurt am Main 2007.
- Laqueur, Walter: Krieg dem Westen. Terrorismus im 21. Jahrhundert, München 2003.
- Larsen, David A.; Line S. Friberg; Kristian S. Kristensen: Transforming NATO. Risks, Challenges and Opportunities, Kopenhagen 2006.
- Larsen, Henrik: Analysing the Foreign Policy of Small States in the EU. The Case of Denmark, Houndsmill 2005.
- Larsen, Rune Engelbreth; Tøger Seidenfaden: Karikaturkrisen. En undersøgelse af baggrund og ansvar, Kopenhagen 2006.
- Lehmkuhl, Ursula: Theorien internationaler Politik: Einführung und Texte, 2. Auflage, Oldenbourg 1997.
- Lemke, Christiane: Internationale Beziehungen – Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder, 2. Auflage, München 2008.
- Lieber, Robert J. (Hrsg.): Eagle Adrift – American Foreign Policy at the End of the Century, New York 1997.
- Lieshout, Robert: Between Anarchy and Hierarchy. A Theory of International Politics and Foreign Policy, Aldershot 1995.
- Link, Arthur S.: Woodrow Wilson and the progressive Era, New York 1954.
- Link, Werner: Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München 1998.
- Liska, George: Alliances and the Third World, Baltimore 1968.
- Malich, Nadine: Politische Bildung vor dem Hintergrund der Globalisierung: Samfundsfang in Dänemark, Kiel 2008.
- March, James G.; Johan P. Olsen: Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics, New York 1989.

- Mariager, Rasmus: I tillid og varm sympati. Dansk-britiske forbindelser og USA under den tidlige kolde krig, Kopenhagen 2006.
- Masala, Carlo: Kenneth N. Waltz. Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden 2005.
- Maurer, Andreas; Wolfgang Wessels: National Parliaments on their Ways to Europe: Losers or Latecomers?, Baden-Baden 2001.
- McFeely, William S.: Grant: A Biography, New York 1981.
- Mearsheimer, John J.: The Tragedy of Great Power Politics, New York 2001.
- Menzel, Ulrich: Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Frankfurt am Main 2001.
- Meyer, Kurt Bernd: Das Parteiensystem in Dänemark unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Gewerkschaften, Kiel 1997.
- Meyers, Reinhard: Die Lehre von den internationalen Beziehungen. Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick, 2. Korrigierter und erweiterter Nachdruck, Düsseldorf 1981.
- Miller, Kenneth E.: Friends and Rivals. Coalition Politics in Denmark, 1901-1995, Lanham 1996.
- Mingst, Karen: Essentials of International Relations, New York 1999.
- Moravcsik, Andrew: The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht, Ithaca 1998.
- Morgenthau, Hans J.: Politics among Nations – The Struggle for Power and Peace, New York 1948.
- Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek 2004.
- Mützenich, Rolf: Atomwaffenfreie Zonen und internationale Politik. Historische Erfahrungen, Rahmenbedingungen, Perspektiven, Frankfurt am Main 1991.
- Niebuhr, Reinhold: Moral Man and Immoral Society – Study in Ethics and Politics, New York 1932.
- Nye Jr., Joseph S.: Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht, Hamburg 2003.
- Nye Jr., Joseph S.: The Powers to Lead, Oxford 2008.
- Ohaegbulan, Ugboaja: A Concise Introduction to American Foreign Policy, New York 1999.
- Olsen, Gorm Rye: Danmark, 11. September og den fattige verden, Kopenhagen 2005.

Ossendorff, Ingo: „Den Krieg kennen wir nur aus der Zeitung“: Zwischen Kollaboration und Widerstand – Dänemark im Zweiten Weltkrieg. Studie zum 50. Jahrestag der Aktion „Weserübung“, dem 9. April 1990, Frankfurt am Main 1990.

Overhaus, Marco: Die deutsche NATO-Politik. Vom Ende des Kalten Krieges bis zum Kampf gegen den Terrorismus, Baden-Baden 2009.

Pagell, Saskia: Souveränität oder Integration? Die Europapolitik Dänemark und Norwegens von 1945 bis 1995, Frankfurt am Main 2000.

Pangle, Thomas L.; Peter J. Ahrendorf: Justice Among Nations: On the Moral Basis of Power and Peace, Lawrence 1999.

Pedersen, Erik Overgaard: The Attempted Sale of the Danish West Indies to the United States of America, 1865-1870, Frankfurt am Main 1997.

Pedersen, Michael Boas: Danmark under den Kolde Krig – småstat mellem supermagter, Kopenhagen 2007.

Petersen, Nikolaj: Denmark and NATO 1949-1987, Oslo 1987.

Petersen, Nikolaj: Europæisk og globalt engagement 1973-2003. Dansk udenrigspolitik historie 6, Kopenhagen 2004.

Polanyi, Karl: The Great Transformation, Boston 1957.

Popper, Karl R.: Logik der Forschung, 4. Auflage, Tübingen 1971.

Popper, Karl R.: Objektive Erkenntnis. Ein evolutionärer Entwurf, Hamburg 1973.

Rasmussen, Erik; Roar Skovmand: Det radikale Venstre 1905-1955. 50 års folkeligt og politisk virke, Kopenhagen 1955.

Reef, Johannes: Die Niederlande im Internationalen System: Fallstudien zum Einfluss eines Kleinstaates, Hamburg 1995.

Regelsberger, Elfriede: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP). Konstitutionelle Angebote im Praxistest 1993-2003, Baden-Baden 2004.

Riemer, Andrea K.: Theorien Internationaler Beziehungen und neue methodische Ansätze, Frankfurt am Main 2006.

Risse-Kampen, Thomas: Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970-1987, Frankfurt am Main 1988.

Rohde, Christoph: Hans J. Morgenthau und der weltpolitische Realismus, Wiesbaden 2004.

Rosenau, James: The Scientific Study of Foreign Policy, New York 1980.

Rothstein, Robert L.: Alliances and Small Powers, New York 1968.

- Rothstein, Robert L.: *The Weak in the World of the Strong*, New York 1977.
- Rudolf, Peter; Jürgen Wilzewski (Hrsg.): *Weltmacht ohne Gegner – Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden 2000.
- Ruggie, John Gerard: *Winning the Peace: America and World Order in the New Era*, New York 1996.
- Schieder, Siegfried; Manuela Spindler (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen 2003.
- Schimmelfennig, Frank: *Internationale Politik*, Paderborn 2008.
- Schmidt, Helmut: *Die Mächte der Zukunft. Gewinner und Verlierer der Welt von morgen*, München 2004.
- Schwarz, Klaus-Dieter: *Weltmacht USA – Zum Verhältnis von Macht und Strategie nach dem Kalten Krieg*, Baden-Baden 1999.
- Seehusen, Ellen Andrea: *Der öffentliche Meinungsbildungsprozess zur Schleswigfrage in den Vereinigten Staaten nach dem Ersten Weltkrieg und Präsident Wilsons Friedensvorschläge*, Kiel 1987.
- Seymour, Susan: *Anglo-Danish-Relations and Germany 1933 – 45*, Odense 1982.
- Siedschlag, Alexander: *Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik*, Opladen 1997.
- Skovmand, Roar; Vagn Dybdahl; Erik Rasmussen: *Geschichte Dänemarks 1830-1939. Die Auseinandersetzungen um nationale Einheit, demokratische Freiheit und soziale Gleichheit*, Neumünster 1973.
- Skrubbeltrang, Fridlev: *Dansk-Vestindien 1848-1880, Vol. 5, Vore gamle Tropekolonier*, Kopenhagen 1971.
- Smith, Hazel: *European Union Foreign Policy. What it is and What it Does*, London 2002.
- Snyder, Glenn H.: *Alliance Politics*, Ithaca 1997.
- Soutou, Georges-Henri: *La guerre de cinquante ans. Le conflit Est-Ouest 1943-1990*, Paris 2001.
- Steffenson, Rebecca: *Managing EU-US relations. Actors, institutions and the new transatlantic agenda*, New York 2005.
- Stöver, Bernd: *Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007.
- Tansill, Charles: *The Purchase of the Danish West Indies*, Baltimore 1932.

- Thomsen, Erich: Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940-1945, Düsseldorf 1971.
- Tömmel, Ingeborg: Das politische System der EU, 3. Auflage, München 2008.
- Tonra, Ben: The Europeanisation of National Foreign Policy, Dutch, Danish and Irish Foreign Policy in the European Union, Manchester 2001.
- Varwick, Johannes; Wichard Woyke: NATO 2000 – Transatlantische Sicherheit im Wandel, Opladen 1999.
- Varwick, Johannes: Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei?, München 2008.
- Villaume, Poul: Allieret med forbehold. Danmark, NATO og den kolde krig. En studie i dansk sikkerhedspolitik 1949 – 1961, Kopenhagen 1994.
- Villaume, Poul; Søren Hein Rasmussen: Et land i forvandling. Danmarks historie 1970-2005, Kopenhagen 2007.
- Vital, David: The Inequality of States. A Study of the Small Power in International Relations, Oxford 1967.
- Vital, David: The Survival of Small States. Studies in Small Power-Great Power Conflict, New York 1971.
- Voigt, Rüdiger: Weltordnungspolitik, Wiesbaden 2005.
- Volger, Helmut: Geschichte der Vereinten Nationen, 2. Auflage, München 2008.
- Walt, Stephen D.: The Origins of Alliances, Ithaca 1987.
- Waltz, Kenneth: Theory of International Politics, Reading 1979.
- Wambaugh, Sarah: Plebiscites since the World War, Washington 1933.
- Watson, Adam: Diplomacy. The Dialogue between States, London 1984.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. revidierte Auflage, Tübingen 1980.
- Wendt, Alexander: Social Theory of International Politics, Cambridge 1999.
- Wenzel, Rüdiger: Das Parteiensystem Dänemarks. Entwicklung und gegenwärtige Struktur, Neumünster 1982.
- Wijk, Rob de: NATO and the Brink of a New Millenium. The Battle for Consensus, London 1997.
- Wilhelm, Andreas: Außenpolitik: Grundlagen, Strukturen und Prozesse, München 2006.

Wolfers, Arnold: *Discord and Collaboration: Essays on International Politics*, Baltimore 1962.

III. Studien, Aufsätze und Arbeitspapiere

Albert, Hans: *Theorie und Prognose in den Sozialwissenschaften*, in: Ernst Topitsch (Hrsg.): *Logik der Sozialwissenschaften*, Köln 1972, S. 126-143.

Anderson, Peter J.: *Air Strike: NATO Astride Kosovo*, in: Tony Weymouth; Stanley Henig (Hrsg.): *The Kosovo crisis. The last American war in Europe?*, London 2001, S. 183-203.

Andersson, Andreas: "The Nordic Peace Support Operations Record, 1991-99", in: *International Peacekeeping*, Vol. 14, 2007, Nr. 4, S. 476-492.

Andrén, Nils: *In Search of Security*, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 3, 1968, S. 217-239.

Archer, Clive: *The United States Defence Areas in Greenland*, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 23, 1988, S. 123-144.

Archer, Clive: *Security Considerations between the Nordic and Baltic Countries*, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 1997*, Copenhagen 1997, S. 81-100.

Archer, Clive: *Greenland, US Bases and Missile Defense: New Two-Level Negotiations?*, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 38, 2003, Nr. 2, S. 125-147.

Archer, Clive: "Still Nordic After All These Years: Nordic Security in the Post-Cold War Period", in: *Security Dialogue*, Vol. 36, 2005, Nr. 3, S. 397-401.

Art, Robert J.: *A Defensible Defense – America's Grand Strategy after the Cold War*, in: *International Security*, Vol. 15, 1991, Nr. 4, S. 5-53.

Ashley, Richard K.: *The Poverty of Neorealism*, in: Robert O. Keohane (Hrsg.): *Neorealism and Critics*, New York 1986, S. 255-300.

Asmus, Ronald D.: *The Atlantic Alliance at a New Crossroads: What Does It Mean for Denmark and Northern Europe?*, in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2004*, Copenhagen 2004, S. 25-48.

Aunesluoma, Juhana et al.: "Deterrence or Reassurance? Nordic Responses to the First Détente, 1953-1956", in: *Scandinavian Journal of History*, Vol. 32, 2007, Nr. 2, S. 183-208.

Avinari, Shlomo: *Neuer Bedarf an außenpolitischem Konsens*, in: *Internationale Politik*, Jg. 50, Januar 1995, S. 3-10.

- Bachrach, Peter; Morton S. Baratz: Decisions and Nondecisions: An Analytical Framework, in: *American Political Science Review*, Vol. 57, 1963, Nr. 3, S. 632-642.
- Bailes, Alyson J. K.: Reaktionsstreitmacht der NATO. Eine Herausforderung für Europas Eingreiftruppe, in: *Internationale Politik*, Jg. 58, Januar 2003, S. 49-54.
- Baldwin, David A.: Power and International Relations, in: Walter Carlsnaes; Thomas Risse; Beth A. Simmons (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London 1994, S. 177-191.
- Bender, Peter: Frieden muss erzwungen werden, in: *Internationale Politik*, Jg. 62, Juli/August 2007, S. 48-53.
- Bendix, Per: Valget som er politiker ser det, in: Ole Bohn (Hrsg.): *Decembervalget 1973*, Kopenhagen 1974, S. 9-24.
- Bergman, Annika: Adjacent Internationalism: The Concept of Solidarity and Post-Cold War Nordic-Baltic Relations, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 41, 2006, Nr. 1, S. 73-97.
- Bierling, Stephan: Auseinander gelebt. Das Ende der transatlantischen Sonderbeziehungen, in: *Internationale Politik*, Jg. 59, Oktober 2004, S. 69-74.
- Birnbaum, Karl E.: The Nordic Countries and European Security, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 3, 1968, S. 1-17.
- Bjørl, Erling: NATO and Denmark, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 3, 1968, S. 93-107.
- Bjørl, Erling: Denmark: between Scandinavia and Europe, in: *International Affairs*, Vol. 62, 1986, Nr. 4, S. 601-617.
- Blomart, Alain: "La Crise des Caricatures de Mohammad", EuroMesCo Paper, Nr. 57, October 2006, Lissabon 2006.
- Bode, Aiko: Der UN-Sicherheitsrat. Bestimmt die NATO seine neue Rolle?, in: *Internationale Politik*, Jg. 56, Mai 2001, S. 16-20.
- Bonde, Bent Nørby: "How 12 Cartoons of the Prophet Mohammed were Brought to Trigger an International Conflict", in: *Nordicom Review*, Vol. 28, 2007, Nr. 1, S. 33-48.
- Branner, Hans: The Danish Foreign Policy Tradition and the European Context, in: Hans Branner; Morten Kelstrup (Hrsg.): *Denmark's Policy towards Europe after 1945: History, Theory and Option*, Odense 2000, S. 185-220.
- Branner, Hans; Martin Kelstrup: Denmark's Policy Towards Europe: A Reply, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 37, 2002, Nr. 1, S. 90-99.
- Browning, Christopher S.; Pertti Joenniemi: Introduction: The Challenges of EU and NATO Enlargement, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 39, 2004, Nr. 3, S. 227-231.

- Brundtland, Arne Olav: The Nordic Balance, in: Cooperation and Conflict, Vol. 1, 1966, Nr. 2, S. 30-63.
- Brzezinski, Zbigniew: Geopolitical Pivot Points, in: Washington Quarterly, Vol. 19, 1996, S. 209-216.
- Brzezinski, Zbigniew: Europäer in den Irak! Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen, in: Internationale Politik, Jg. 58, August 2003, S. 57-66.
- Brødsgaard, Kjeld Erik: Denmark's China Policy 1950-2000, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 139-159.
- Bull, Hedley: Society and Anarchy in International Relations, in: Herbert Butterfield; Martin Wight (Hrsg.): Diplomatic Investigations: Essays in the Theory of International Relations, London 1966, S. 35-50.
- Bull, Hedley: The Grotian Conception of International Society, in: Herbert Butterfield; Martin Wight (Hrsg.): Diplomatic Investigations: Essays in the Theory of International Relations, London 1966, S. 51-73.
- Bull, Hedley: Die anarchische Gesellschaft, in: Karl Kaiser; Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Stuttgart 1985, S. 31-49.
- Calleo, David P.: Der isolierte Hegemon. Die USA und die transatlantischen Beziehungen im Weltsystem, in: Internationale Politik, Jg. 59, August 2005, S. 79-88.
- Cameron, Fraser: Europas neue Sicherheitsstrategie, in: Internationale Politik, Jg. 59, Januar 2004, S. 39-50.
- Chaturvedi, Sanjay; Joe Painter: Whose World, Whose Order? Spatiality, Geopolitics and the Limits of the World Order Concept, in: Cooperation and Conflict, Vol. 42, 2007, Nr. 4, S. 375-395.
- Christensen, Jørgen G. and Nikolaj Petersen: "Managing foreign affairs: a comparative perspective", DIIS Report, Nr. 15, Kopenhagen 2005.
- Cooper, Robert: - Macht und Ohnmacht – aus europäischer Sicht. Eine Antwort auf die Thesen Robert Kagans, in: Internationale Politik, Jg. 58, Mai 2003, S. 31-38.
- Cronin, Patrick M.: American Global Leadership after the Cold War. From Pax American to Pax Consortis, in: Strategic Review, Vol. 19, 1991, Nr. 3, S. 9-15.
- Czempiel, Ernst-Otto: Rückkehr zur Hegemonie – Zur Weltpolitik unter Präsident Clinton, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 46, 1996, Heft 43, S. 25-33.
- Daalder, Ivo H.; James M. Lindsay: Scheidung oder Neubeginn. Die transatlantischen Beziehungen sind an einem Wendepunkt angelangt, in: Internationale Politik, Jg. 58, Mai 2003, S. 9-20.

Dahl, Ann-Sofie: To Be Or Not To Be Neutral: Swedish Security Strategy in the Post-Cold War Era, in: Efraim Inbar; Gabriel Sheffer (Hrsg.): The National Security of Small States in a Changing World, London 1996, S. 175-196.

Dalgaard-Nielsen, Anja: "Structures and culture – civil military cooperation in homeland security: the Danish case", in: Esther Brimmer (Hrsg.): Transforming Homeland Security, Washington D.C. 2006, S. 95-114 [Center for Transatlantic Relations].

David, Steven R.: Explaining Third World Alignment, in: World Politics, Vol. 43, January 1991, Nr. 2, S. 233-256.

Deudney, Daniel: Geopolitics and Change, in: Michael W. Doyle; G. John Ikenberry (Hrsg.): New Thinking in International Relations Theory, Boulder 1997, S. 91-123.

Dinu, Marcel: Small States Facing Globalization: Perspective for the 21st century, in: Romanian Journal of International Affairs, Vol. 6, 2000, Nr. 1-2, S. 27-39.

Dittgen, Herbert: Das Dilemma der amerikanischen Außenpolitik: Auf der Suche nach einer Neuen Strategie, in: Herbert Dittgen; Michael Minkenberg (Hrsg.): Das amerikanische Dilemma – Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, München 1996, S. 291-318.

Donnelly, Jack: Twentieth-Century Realism, in: Terry Nardin; David R. Mapel (Hrsg.): Traditions of International Ethics, Cambridge 1991, S. 85-111.

Dosenrode, Søren Z.: Danish EU-Policy Making, in: Hans Branner; Morten Kelstrup (Hrsg.): Denmark's Policy towards Europe After 1945: History, Theory and Options, Odense 2000, S. 381-402.

Doyle, Michael W.; G. John Ikenberry: Introduction: The End of the Cold War, the Classical Tradition, and International Change, in: Michael W. Doyle; G. John Ikenberry (Hrsg.): New Thinking in International Relations Theory, Boulder 1997, S. 1-19.

Due, Ole: Denmark and the Court of Justice of the European Communities, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Copenhagen 1999, S. 63-81.

Due-Nielsen, Carsten; Nikolaj Petersen: Denmark's Foreign Policy since 1967: An Introduction, in: Carsten Due-Nielsen; Nikolaj Petersen (Hrsg.): Adaptation and Activism: The Foreign Policy of Denmark 1967-1993, Copenhagen 1995, S. 11-54.

Dueck, Colin: New Perspectives on American Grand Strategy, in: International Security, Vol. 28, 2004, Nr. 4, S. 197-216.

Duffield, John S.: NATO's Functions After the Cold War, in: Political Science Quarterly, Vol. 109, 1994/1995, Nr. 5, S. 763-787.

Dunne, Tim; Brian C. Schmidt: Realism, in: John Baylis; Steve Smith (Hrsg.): The Globalization of World, 2. Auflage, Oxford 2001, S. 141-161.

East, Maurice A.: Size and Foreign Policy Behaviour. A Test of Two Models, in: World Politics, Nr. 25, 1973, S. 556-576.

- Ehrhart, Hans-Georg: Die Sicherheitspolitik der EU im Werden, in: Internationale Politik, Jg. 59, Juni 2004, S. 33-41.
- Eichenberg, Richard C.: Dual Track and Double Trouble: The Two-Level Politics of INF, in: Peter B. Evans; Harold K. Jacobson; Robert Putnam (Hrsg.): Double-Edged Diplomacy: international Bargaining and Domestic Politics, Berkeley 1993, S. 44-76.
- Einhorn, Eric S.: Danish Europapolitik: No Conclusions?, in: Cooperation and Conflict, Vol. 37, 2002, Nr. 1, S. 83-89.
- Einhorn, Eric S.: "Social Defense and National Security: The Globalized Danish Welfare State", in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2006, Kopenhagen 2006, S. 56-79.
- Faurby, Ib: Party System and Foreign Policy in Denmark, in: Cooperation and Conflict, Vol. 14, 1979, S. 159-170.
- Faurby, Ib: Decision Structures and Domestic Sources of Nordic Foreign Policies, in: Bengt Sundelius (Hrsg.): Foreign Policies of Northern Europe, Boulder 1982, S. 33-71.
- Faurby, Ib: Danish Alliance Policy 1967-1993: From Quiet Adaptation via Loud Disagreement to Cautious Involvement, in: Carsten Due-Nielsen; Nikolaj Petersen (Hrsg.): Adaptation and Activism: The Foreign Policy of Denmark 1967-1993, Kopenhagen 1995, S. 55-91.
- Fitschen, Patrick; Michael Stehr: Eine gemeinsame Armee für Europa. Stand und Zukunft der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Kiel 2003. [Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 11]
- Fitschen, Patrick; Jan C. Irlenkaeuser: Gut gerüstet für die Zukunft. Die neue NATO – eine multifunktionale Sicherheitsagentur, in: Internationale Politik, Jg. 59, Juni 2004, S. 25-32.
- Flanagan, Stephen J.: Amerikas Erwartungen an die NATO, in: Internationale Politik, Jg. 59, Juni 2004, S. 19-24.
- Forde, Steven: Classical Realism, in: Terry Nardin; David R. Marpel: Traditions of International Ethics, Cambridge 1991, S. 62-84.
- Forde, Steven: International Realism and the Science of Politics: Thucydides, Machiavelli, and Neorealism, in: International Studies Quarterly, Vol. 39, Juni 1995, Nr. 2, S. 141-160.
- Fornrdan, Erhard: Herausforderungen und Chancen europäischer Sicherheit nach der Auflösung der Sowjetunion, in: Erhard Fornrdan; Hartmut Pohlmann (Hrsg.): Europäische Sicherheit nach dem Ende des Warschauer Paktes, Baden-Baden 1993, S. 11-114.
- Friis, Lykke: EU and Legitimacy – The Challenge of Compatibility: A Danish Case Study, in: Cooperation and Conflict, Vol. 34, 1999, Nr. 3, S. 243-271.

Friis, Lykke: The 2002 Danish EU Presidency – A Two-Thirds Presidency, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2002, Kopenhagen 2002, S. 46-64.

Fukuyama, Francis: The End of History?, in: National Interest, 1989, Nr. 16, S. 3-18.

Gärtner, Heinz: Small States and Alliances, Part 1, Concepts, European Security and Changing Alliances: Concepts and Institutions, Arbeitspapier Nr. 30, Wien 2000 [Österreichisches Institut für Internationale Politik].

Gilpin, Robert G.: The Richness of the Tradition of Political Realism, in: Robert O. Keohane (Hrsg.): Neorealism and Its Critics, New York 1986, S. 301-321.

Gleditsch, Nils Peter; Håkan Wiberg; Dan Smith: The Nordic Countries: Peace Dividend or Security Dilemma?, in: Cooperation and Conflict, Vol. 27, 1992, Nr. 4, S. 323-347.

Gloannec, Anne-Marie Le: Europa als internationaler Akteur, in: Internationale Politik, Jg. 56, Februar 2001, S. 23-27.

Gnesotto, Nicole: Übermilitarisierung amerikanischer Außenpolitik. Unilateralismus als Folge europäischer Schwäche?, in: Internationale Politik, Jg. 57, April 2002, S. 43-48.

Gorry, Jon: „Just War“ or Just War? The Future(s) of a Tradition, Politics 2000, S. 177-183.

Grams, Christoph; Jan C. Irlenkaeuser: Raketenabwehr – Die USA ziehen davon, wer folgt?, in: Internationale Politik, Jg. 59, Januar 2004, S. 31-38.

Grieco, Joseph M.: Realist International Theory and the Study of World Politics, in: Michael W. Doyle; G. John Ikenberry (Hrsg.): New Thinking in International Relations Theory, Boulder 1997, S. 163-201.

Günther, Andreas: Kleinstaaten-Forschung und Rollentheorie in den Internationalen Beziehungen. Heterogen, mehrdimensional: Kongenial?, in: Alexander Brand; Stefan Robel (Hrsg.): Internationale Beziehungen. Aktuelle Forschungsfelder, Wissensorganisation und Berufsorientierung, Dresden 2008, S. 101-121.

Haas, Richard N.: The Age of Non-Polarity: What will follow US-dominance?, in: Foreign Affairs, Vol. 87, Mai/Juni 2008, Nr. 3, S. 44-56.

Haftendorn, Helga: Theorie der internationalen Beziehungen, in: Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn 1990, S. 480-494

Haftendorn, Helga: Das Ende der alten NATO, in: Internationale Politik, Jg. 57, April 2002, S. 49-54.

Haftendorn, Helga: Koloss auf tönernen Füßen. Die NATO braucht eine realistische neue Zweckbestimmung, in: Internationale Politik, Jg. 60, April 2005, S. 80-85.

Hanafi, Hassan: Whose Order? Whose Millenium? Notes on Sørensen, in: Cooperation and Conflict, Vol. 41, 2006, Nr. 4, S. 377-381.

Hansen, Peter: Denmark and European Integration, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 4, 1969, Nr. 1, S. 13-46.

Hansen, Peter: Explaining Foreign Policy Attitudes: The Case of Danish Attitudes toward America, *Cooperation and Conflict*, Vol. 12, 1977, S. 149-170.

Harhoff, Frederik: All Dressed Up and Ready To Go: Sovereignty Revisited in the North Atlantic, in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2003*, Kopenhagen 2003, S. 99-116.

Heisler, Martin: Denmark's Quest for Security: Constraints and Opportunities Within the Alliance, in: Gregory Flynn (Hrsg.): *NATO's Northern Allies. The National Security Policies of Belgium, Denmark, the Netherlands, and Norway*, Littlefield 1985, S. 57-112.

Heurlin, Bertel: Danish Security Policy, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 17, 1982, S. 237-255.

Heurlin, Bertel: Denmark: a new activism in foreign and security policy, in: Christopher Hill (Hrsg.): *The Actors in Europe's Foreign Policy*, London 1996, S. 166-185.

Heurlin, Bertel: Danish Security Policy over the last 50 years – Long-Term Essential Security Priorities, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2001*, Kopenhagen 2001, S. 29-50.

Heurlin, Bertel: "Denationalisation of Danish Armed Forces and Militarising of Danish Foreign Policy", in: Janne Haaland Matlary & Øyvind Østerud (Hrsg.): *Denationalisation of Defence*, London 2007, S. 113-135.

Holm, Hans-Henrik: Danish Third World Policy: The Feedback Problem, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 14, 1979, S. 87-103.

Holm, Hans-Henrik: A Democratic Revolt? Stability and Change in Danish Security Policy 1979 – 1989, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 24, 1989, Nr. 3, S. 179-197.

Holm, Hans-Henrik: The Democratic Victory: What Will Happen to Foreign Policy?, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 25, 1990, S. 195-206.

Holm, Hans-Henrik: Denmark's Active Internationalism. Advocating International Norms with Domestic Constraints, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 1997*, Kopenhagen 1997, S. 52-80.

Holm, Hans-Henrik: Danish Foreign Policy Activism – The Rise and Decline, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2002*, Kopenhagen 2002, S. 19-45.

Holm, Ulla: "The Danish ugly duckling and the Mohammed cartoons", DIIS Brief, February 2006, Kopenhagen 2006.

Holst, Johan Jørgen: Five Roads to Nordic Security, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 7, 1972, Nr. 1, S. 133-137.

Holst, Johan Jørgen: Lilliputs and Gulliver: Small States in a Great-Power Alliance, in: Gregory Flynn (Hrsg.): NATO's Northern Allies. The National Security Politics of Belgium, Denmark, the Netherlands and Norway, New Jersey 1985, S. 258-286.

Howorth, Jolyon: ESDP and NATO: Wedlock or Deadlock?, in: Cooperation and Conflict, Vol. 38, 2003, Nr. 3, S. 235-254.

Huldt, Bo: The Nordic Countries and the New International Economic Order: Consensus and Disagreement within the Nordic Group, in: Cooperation and Conflict, Vol. 14, 1979, S. 149-157.

Hussain, Ali J.: "The Media's Role in a Clash of Misconceptions: The Case of the Danish Muhammad Cartoons", in: The International Journal of Press/Politics, Vol. 12, 2007, Nr. 4, S. 112-130.

Ikenberry, G. John; Michael W. Doyle: Conclusion: Continuity and Innovation in International Relations Theory, in: Michael W. Doyle; G. John Ikenberry (Hrsg.): New Thinking in International Relations Theory, Boulder 1997, S. 266-280.

Ikenberry, John G.: Institutions, Strategic Restraint, and the Persistence of American Postwar Order, in: International Security, Vol. 23, 1998/1999, Nr. 3, S. 43-78.

Inbar, Efraim: Israel's Predicament in a New Strategic Environment, in: Efraim Inbar; Gabriel Sheffer (Hrsg.): The National Security of Small States in a Changing World, London 1996, S. 155-174.

Ingebritsen, Christine: "Norm Entrepreneurs: Scandinavia's Role in World Politics", in: Christine Ingebritsen et al (Hrsg.): Small States in International Relations, Seattle 2006, S. 273-285.

Jacobs, Andreas: Realismus, in: Siegfried Schieder; Manuela Spindler (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen 2006, S. 39-64.

Jakobsen, Peter V.: Denmark at War: Turning Point or Business as Usual?, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 61-85.

Jakobsen, Peter V.: "Still Punching Above Their Weight? Nordic Cooperation in Peace Operations after the Cold War", in: International Peacekeeping, Vol. 14, 2007, Nr. 4, S. 458-475.

Jervis, Robert: Realism, Neoliberalism, and Cooperation, in: International Security, Vol. 24, Summer 1999, Nr. 1, S. 42-63.

Jóhannesdóttir, Anna: Dänische Außenpolitik – Von der Neutralität zur verhaltenen Integration, in: Britta Joerßen; Bernhard Stahl (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Münster 2003, S. 42-65.

Jóhannesdóttir, Anna: Der dänische Diskurs zur sicherheitspolitischen Orientierung in der Nachkriegszeit (1945-1949), in: Britta Joerißen; Bernhard Stahl (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Münster 2003, S. 224-235.

Jóhannesdóttir, Anna: Der dänische Diskurs zu den Maastricht-Reformen (1992/1993), in: Britta Joerißen; Bernhard Stahl (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Münster 2003, S. 236-253.

Jürgensen; Kurt: Die Stellung Bornholms, in: Robert Bohn; Jürgen Elvert (Hrsg.): Kriegsende im Norden. Vom heißen zum kalten Krieg, Stuttgart 1995, S. 189-214.

Kagan, Robert: Power and Weakness, in: Policy Review, Nr. 113, Juni/Juli 2002, S. 3-28.

Kagan, Robert: Geschichte, die nicht enden will. Wer bestimmt die künftige Weltordnung: Die Demokratie oder ihre Feinde?, in: Internationale Politik, Jg. 63, Juli/August 2008, S. 36-48.

Kahler, Miles: Inventing International Relations: International Relations Theory After 1945, in: Michael W. Doyle; G. John Ikenberry (Hrsg.): New Thinking in International Relations Theory, Boulder 1997, S. 20-53.

Kaltefleiter, Werner: Zwischen Krise und Stagnation. Aspekte der verfassungspolitischen Entwicklung 1972, in: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Bd. 6, Teil 2, Köln 1972, S. 43-66.

Kamp, Karl-Heinz: Von Prävention zur Präemption – die neue amerikanische Sicherheitsstrategie, in: Internationale Politik, Jg. 57, Dezember 2002, S. 19-24.

Kamp, Karl-Heinz: „Preemptive Strikes“. Eine neue sicherheitspolitische Realität, in: Internationale Politik, Jg. 59, Juni 2004, S. 42-47.

Kapur, Ashok: Nuclear Politics of Small States and Weak Powers, in: Efraim Inbar; Gabriel Sheffer (Hrsg.): The National Security of Small States in a Changing World, London 1996, S. 107-126.

Kaufman, Robert G.: To Balance or to Bandwagon, in: Security Studies, Vol. 1, Spring/1992, Nr. 3, S. 417-446.

Kelstrup, Morten: “Denmark in the process of European integration: Dilemmas, problems and perspectives”, in: John Campbell et al. (Hrsg.): National identity and the varieties of capitalism, Montreal 2006, S. 375-397.

Keohane, Robert O.: Lilliputians’ Dilemmas: Small States in International Politics, in: International Organizations, Nr. 23, 1969, S. 291-310.

Keohane, Robert O.: The Big Influence of Small States, in: Foreign Policy, Nr.2, 1971, S. 161-182.

- Khalilzad, Zalmay: Losing the Moment? The United States and the World after the Cold War, in: Washington Quarterly, Vol. 18, 1995, Nr. 2, S. 87-108.
- Kindermann, Gottfried-Karl: Hans J. Morgenthau und die theoretischen Grundlagen des politischen Realismus – Einleitung zu Morgenthaus Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963, S. 19-47.
- Kindermann, Gottfried-Karl: Neorealismus und Analyse. Zum Ansatz der Münchner Schule, in: Internationale Politik, August 1996, S. 21-28.
- Kissinger, Henry A.: Die Atlantische Gemeinschaft neu begründen, in: Internationale Politik, Jg. 50, Januar 1995, S. 20-26.
- Kissinger, Henry A.: Isolationism vs. Internationalism: Franklin D. Roosevelt and the Coming of World War II, in: Bruce W. Jentleson (Hrsg.): Perspectives on American Foreign Policy, New York 2000, S. 65-74.
- Knelangen, Wilhelm: Europäische Union, in: August Pradetto (Hrsg.): Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA 2002, Hamburg 2003, S. 15-17.
- Knudsen, Olav F.: Of Lambs and Lions: Relations Between Great Powers and their Smaller Neighbors, in: Cooperation and Conflict, Vol. 23, 1988, Nr. 3, S. 111-122.
- Knudsen, Tonny Brems: Denmark and the War against Iraq: Losing Sight of internationalism?, in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004, Kopenhagen 2004, S. 49-90.
- Krasner, Michael A.; Nikolaj Petersen: Peace and Politics: The Danish Peace Movement and Its Impact in National Security Policy, in: Journal of Peace Research, Vol. 23, 1986, Nr. 2, S. 155-173.
- Krasner, Stephen D.: Realism, Imperialism, and Democracy, in: Political Theory, Vol. 20, 1992, S. 38-52.
- Krause, Joachim; Benjamin Schreer: Eine "neue" Nuklearstrategie der USA? Die Nuclear Posture Review, in: Internationale Politik, Jg. 57, Juli 2002, S. 35-42.
- Krause, Joachim: Die Krise um den Irak und die internationale Ordnung, Kiel 2003 [Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 4].
- Krause, Joachim: Die transatlantischen Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges, Kiel 2003 [Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 9].
- Krause, Joachim; Jan Irlenkaeuser; Benjamin Schreer: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48, 2002, S. 40-46.
- Krause, Joachim; Harald Müller: Pro und Contra: Raketabwehr: Schutz oder Gefahr?, in: Internationale Politik, Jg. 62, Mai 2007, S. 84-88.
- Krause, Joachim: Die internationale Ordnung in der Krise, in: Internationale Politik, Jg. 62, Juli/August 2007, S. 8-20.

Krause, Joachim; Benjamin Schreer: Vision mit Widersprüchen. Nuklear Posture Review und START-Vertrag bringen keinen radikalen Kurswechsel in der amerikanischen Nuklearpolitik, in: Internationale Politik, Jg. 65, Juli/August 2010, S. 98-103.

Krupan, Charles: After Pax Americana, in: International Security, Vol. 23, 1998, Nr. 2, S. 40-79.

Kupchan, Charles A.: Kosovo and the Future of U.S. Engagement in Europe: Continued Hegemony or Impending Retrenchment?, in: Pierre Martin; Mark R. Brawly (Hrsg.): Alliance Politics, Kosovo, and NATO's War: Allied Force or Forced Allies?, New York 2000, S. 75-89.

Labs, Eric J.: Do Weak States Bandwagoning?, in: Security Studies, Vol. 1, Spring 1992, Nr. 3, S. 389-416.

Lamy, Steven L.: Contemporary Mainstream Approaches: Neo-Realism and Neo-Liberalism, in: John Baylis; Steve Smith (Hrsg.): The Globalization of World, 2. Auflage, Oxford 2001, S. 182-199.

Larsen, Henrik: Danish CFSP Policy in the Post-Cold War Period: Continuity or Change?, in: Cooperation and Conflict, Vol. 35, 2000, Nr. 1, S. 37-63.

Larsen, Henrik: Denmark and the European Defence Dimension in the Post-Cold War Period: Opt-out or Participation?, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 87-119.

Larsen, Henrik: "The Cartoons Crisis in Danish Foreign Policy: A new Balance between the EU and the US?", in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2007, Kopenhagen 2007, S. 51-85.

Larsen, Henrik: Danish Foreign Policy and the Balance between the EU and the US. The Choice between Brussels and Washington after 2001, in: Cooperation and Conflict, Vol. 44, 2009, Nr. 2, S. 209-230.

Laursen, Finn: Die Europa-Diskussion in Dänemark, in: Wilfried Loth (Hrsg.): Die Anfänge der Europäischen Integration 1945-1960, Bonn 1990, S. 157-164.

Laursen, Finn: "Dänemark", in: Werner Weidenfeld; Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003, Baden-Baden 2003, S. 335-346.

Laursen, Finn: "Dänemark", in: Werner Weidenfeld; Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004, Baden-Baden 2004, S. 319-324.

Laursen, Finn: "Dänemark", in: Werner Weidenfeld; Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2004/2005, Baden-Baden 2005, S. 317-320.

Lawler, Peter: "Janus-Faced Solidarity: Danish Internationalism Reconsidered", in: Cooperation and Conflict, Vol. 42, 2007, Nr. 1, S. 101-126.

Layne, Christopher: The Unipolar Illusion: Why New Great Powers will Arise, in: International Security, Vol. 18, 1993, S. 5-51.

Legro, Jeffrey W.; Andrew Moravcsi: Is Anybody Still a Realist?, in: *International Security*, Vol. 24, 1999, Nr. 2, S. 5-55.

Lieber, Robert J.: Die amerikanische Ära. Die „Grand Strategy“ der USA nach dem 11. September 2001, in: *Internationale Politik*, Jg. 59, Oktober 2004, S. 49-62.

Linde-Laursen, Anders: “Is something rotten in the state of Denmark? The Muhammad cartoons and Danish political culture”, in: *Contemporary Islam*, Vol. 1, 2007, Nr. 3, S. 265-274.

Ling, L. H. M.: Global Presumptions: A Critique of Sørensen’s World-Order Change, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 41, 2006, Nr. 4, S. 382-392.

Lægaard, Sune: “The Cartoon Controversy: Offence, Identity, Oppression?”, in: *Political Studies*, Vol. 55, 2007, Nr. 3, S. 481-498.

Løj, Ellen M.: “Denmark’s Membership of the UN Security Council: What Came out of it?”, in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2007*, Kopenhagen 2007, S. 31-50.

Lutz-Bachmann, Matthias: Weltweiter Frieden durch eine Weltrepublik, in: Matthias Lutz-Bachmann; James Bohman (Hrsg.): *Weltstaat oder Staatenwelt? Für und wider die Idee einer Weltrepublik*, Frankfurt am Main 2002, S. 32-45.

Makarychev, Andrey S.: “The “Big Other” and the “Small Other”: Discursive Asymmetries and Cleavages in Russian-Danish-Relations”, in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2006*, Kopenhagen 2006, S. 34-55.

Mandelbaum, Michael: Foreign Policy as Social Work, in: *Foreign Affairs*, Vol. 75, 1996, S. 16-32.

Marcussen, Martin: Dänemark, in: Jürgen Bellers, Thorsten Brenner; Ines M. Gerke: *Handbuch der Außenpolitik: Von Afghanistan bis Zypern*, München 2001, S. 48-53.

Marret, Jean-Luc: The Long Threat: Terrorism and Transnational Jihadism, in: Hans-Georg Ehrhardt; Burkard Schmitt (Hrsg.): *Die Sicherheitspolitik der EU im Werden. Bedrohungen, Aktivitäten, Fähigkeiten*, Baden-Baden 2004, S. 21-31.

Mayer, Sebastian: Die Beziehungen der Europäischen Union zum Südkaukasus: Von pragmatischer zu strategischer Politik?, in: *Integration*, Jg. 25, 2/2002, S. 125-138.

Mearsheimer, John J.: Back to the Future – Instability in Europe after the Cold War, in: *International Security*, Vol. 15, 1990, Nr. 1, S. 5-56.

Mearsheimer, John J.: The False Promises of International Institutions, in: *International Security*, Vol. 19, 1994/1995, Nr. 3, S. 5-49.

Mearsheimer, John J.: Zu diesem Buch, in: Masala, Carlo: Kenneth N. Waltz. Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden 2005, S. 11-13 [Einleitung].

Meyers, Reinhard: Metatheoretische und methodologische Betrachtungen zur Theorie der internationalen Beziehungen, in: Volker Rittberger (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Politische Vierteljahresschrift, 31. Jg., Sonderheft 21, Opladen 1990, S. 48-68.

Meyers, Reinhard: Theorien der Internationalen Beziehungen, in: Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 7. Auflage, Opladen 1998, S. 388-419.

Miles, Lee: Evaluating the Danish EU Presidency, in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, Kopenhagen 2003, S. 47-68.

Miller, Steven E.: Nordic Security in a Europe without the United States, The nordic Region, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 512, 1990, Nr. 1, S. 46-57.

Milner, Helen V.: The Assumption of Anarchy in International Relations Theory. A Critique, in: David A. Baldwin (Hrsg.): Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate, New York 1993, S. 143-169.

Missiroli, Antonio: Zwischen Konfliktverhütung und Krisenmanagement. Die ESVP nach dem 11. September, in: Internationale Politik, Jg. 57, Juli 2002, S. 15-20.

Molin, Karl; Thorsten B. Oelsen: Security Policy and Domestic Politics in Scandinavia 1948-1949, in: Thorsten B. Oelsen (Hrsg.): Interdependence versus Integration. Denmark, Scandinavia and Western Europe 1945-1960, Odense 1995, S. 62-81.

Morgenthau, Hans J.: Internationale Politik: Der Kampf um die Macht, in: Helga Hafendorn (Hrsg.): Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der internationalen Beziehungen, Hamburg 1975, S. 78-88.

Mouritzen, Hans: The Two Musterknaben and the Naughty Boy: Sweden, Finland and Denmark in the Process of European Integration, in: Cooperation and Conflict, Vol. 28, 1993, Nr. 4, S. 373-402.

Mouritzen, Hans: Denmark in the Post-Cold War Era: The Salient Action Spheres, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1997, Kopenhagen 1997, S. 33-51.

Mouritzen, Hans: Thule and Theory: Democracy vs. Elitism in Danish Foreign Policy, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1998, Kopenhagen 1998, S. 79-101.

Mouritzen, Hans: Denmark: The Reluctant Globaliser?, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2002, Kopenhagen 2002, S. 65-92.

Mouritzen, Hans: "Atlantic Reform: A Euro-Atlantic and a Danish Perspective", DIIS Report, Nr.3, April 2006, Kopenhagen 2006.

Mouritzen, Hans: "Le nouveau "super atlantisme" danois; une interpretation géopolitique", in : La Revue Internationale et Stratégique, Nr. 61, 2006, S. 137-149.

- Mouritzen, Hans: "Denmark's Super Atlanticism", in: *Journal of Transatlantic Studies*, Vol. 5, 2007, Nr. 2, S. 155-169.
- Nacht, Alexander: U.S. Foreign Policy Strategies, in: *Washington Quarterly*, Vol. 18, 1995, Nr. 3, S. 196-210.
- Nannestad, Peter: Das politische System Dänemarks, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*, 4. Auflage, München 2009, S. 65-106.
- Naumann, Klaus: Das Bündnis vor dem Aus? Gedanken über die Zukunft der NATO, in: *Internationale Politik*, Jg. 57, Juli 2002, S. 7-14.
- Nehring, Niels-Jørgen: The Illusory Quest for Legitimacy: Danish Procedures for Policy Making on the EU and the Impact of a Critical Public, in: Georg Sørensen; Hans-Henrik Holm (Hrsg.): *And Now What? International Politics after the Cold War*, Aarhus 1998, S. 60-81.
- Neugart, Felix; Christian Hanelt: Der Nahe Osten rückt noch näher. Fünf Aufgabenfelder für europäische Politik, in: *Internationale Politik*, Jg. 60, Dezember 2005, S. 108-114.
- Neumann, Iver B.: Nordic Security Cooperation in a Homogenized Political Setting, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 31, 1996, Nr. 4, S. 417-432.
- Neumann, Iver B.; Henrikki Heikka: Grand Strategy, Strategic Culture, Practice: The Social Roots of Nordic Defense, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 40, 2005, Nr. 1, S. 5-23.
- Neumann, Iver B.: "When did Norway and Denmark Get Distinctively Foreign Policies?", in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 42, 2007, Nr. 1, S. 53-72.
- Nevakivi, Jukka: Scandinavian Talks on Military Cooperation in 1946 – 1947: A Prelude to the Decisions of 1948 – 1949, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 19, 1984, S. 165-175.
- Nielsen, Jens Kaalhauge: Greenland's Geopolitical Reality and its Political-Economic Consequence, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2001*, Kopenhagen 2001, S. 51-76.
- Nowak, Wolfgang: Kein Lotse an Bord. Amerikas Ohnmacht oder: Wer wird die multipolare Welt dominieren?, in: *Internationale Politik*, Jg. 63, Juli/August 2008, S. 8-10.
- Nyberg, René: Security Dilemmas in Scandinavia. Evaporated Nuclear Options and Indigenous Conventional Capabilities, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 19, 1984, S. 59-82.
- Olesen, Thomas: "The Porous Public and the Transnational Dialectic: The Muhammed Cartoons Conflict", in: *Acta Sociologica*, Vol. 50, 2007, Nr. 3, S. 295-308.
- Olesen, Thomas: "Contentious Cartoons: Elite and Media-Driven Mobilization", in: *Mobilization*, Vol. 12, 2007, No. 1, S. 37-52.

Oleson, Thorsten Barring: "Truth on Demand: Denmark and the Cold War", in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2006, Kopenhagen 2007, S. 80-113.

Ondarza, Nicolai von: Europa sucht nach Handlungsfähigkeit. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik jenseits von Symbolpolitik, in: Internationale Politik, Jg. 62, Mai/Juni 2010, S. 100-105.

Overhaus, Marco: Die NATO nach Riga, in: Internationale Politik, Jg. 62, Januar 2007, S. 116-121.

Overhaus, Marco: Zwischen Kooperation und Konkurrenz: NATO und EU als sicherheitspolitische Akteure, in: Johannes Varwick (Hrsg.): Sicherheitspolitik, Schwalbach 2009, S. 95-122.

Østergaard, Clemens Stubbe: Swans Scolding the Tiger? Scandinavian Foreign Policies towards Democratization in China, 1976 – 90, in: Cooperation and Conflict, Vol. 25, 1990, S. 171-194.

Østergaard, Uffe: Danish National Identity: Between Foreign Policy and Diffusion, in: Hans Branner; Morten Kelstrup (Hrsg.): Denmark's Policy towards Europe after 1945: History, Theory and Option, Odense 2000, S. 139-184.

Pally, Marcia: Warnung vor dem Freunde: Was Europa wissen muss, um seine eigene zu gestalten – ungeachtet des Wahlausgangs im Jahr 2008, in: Internationale Politik, Jg. 62, Januar 2007, S. 62-71.

Parker, Noel: Marginal Manoeuvres: Danish and British Postures in Europe, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2000, Kopenhagen 2000, S. 31-60.

Paterson, William E.: Small States in International Politics, in: Cooperation and Conflict, Jg. 4, 1969, Nr. 2, S. 119-123.

Pedersen, Dorthe; Ove K. Pedersen: The Europeanization of National Corporatism. When the State and Organizations in Denmark went to Europe together, Cos-Rapport Nr. 4, Kopenhagen 1995.

Pedersen, Klaus C.: "Denmark and the European Security and Defence Policy", in: Alyson Bailes et al. (Hrsg.): The Nordic countries and the European Security and Defense Policy, Oxford 2006, S. 37-49.

Pedersen, Mogens N.: Eine kurzgefaßte Übersicht über die Entwicklung des dänischen Parteiensystems, in: Franz Urban Pappi; Hermann Schmitt (Hrsg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt am Main 1994, S. 91-108.

Pedersen, Thomas: Denmark and the European Union, in: Lee Miles (Hrsg.): The European Union and the Nordic Countries, London 1996, S. 81-100.

Pedersen, Thomas: State Strategies and informal Leadership in European Integration: Implications for Denmark, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Kopenhagen 1999, S. 83-100.

Penska, Susan E.; Warren L. Mason: EU Security Cooperation and the Transatlantic Relationship, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 38, 2003, Nr. 3, S. 255-280.

Perthes, Volker: Vier Jahre nach Saddam Hussein, in: *Internationale Politik*, Jg. 62, April 2007, S. 112-120.

Petersen, Magnus: "The Scandinavian Triangle: Danish – Norwegian – Swedish military intelligence cooperation and Swedish security policy during the first part of the Cold War", in: *Journal of Strategic Studies*, Vol. 29, 2006, Nr. 4, S. 607-632.

Petersen, Nikolaj: Danish Security Policy in the Seventies: Continuity or Change?, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 7, 1972, Nr. 2, S. 139-170.

Petersen, Nikolaj: Optionsproblematikken i dansk sikkerhedspolitik, in: Niels Amstrup; Ib Faurby (Hrsg.): *Studier i dansk sikkerhedspolitik tilegnet Erling Bjøl*, Århus 1978, S. 199-238.

Petersen, Nikolaj: Danish and Norwegian Alliance Policies 1948 – 49: A Comparative Analysis, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 14, 1979, Nr. 1, S. 193-210.

Petersen, Nikolaj: Der Beitrag Dänemarks zur NATO, in: *Europa Archiv*, Jg. 37, 1982, Berichte, S. 603-610.

Petersen, Nikolaj: Das Scandilux-Experiment. Auf dem Weg zu einer transnationalen sozialdemokratischen Sicherheitsperspektive?, in: *Europa Archiv*, Jg. 39, 1984, Berichte, S. 493-500.

Petersen, Nikolaj: Dänemarks Sicherheitspolitik: Von der Konfrontation zum Kompromiß, in: *Europa Archiv*, Jg. 40, 1985, Berichte, S. 287-296.

Petersen, Nikolaj: Abandonment vs. Entrapment: Denmark and Military Integration in Europe 1948 – 1951, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 21, 1986, S. 169-186.

Petersen, Nikolaj: The Security Policies of Small NATO Countries: Factors of Change, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 23, 1988, Nr. 3, S. 145-162.

Petersen, Nikolaj: Denmark's Foreign Relations in the 1990s, in: *The Annals of The American Academy of Political and Social Science*, Vol. 512, November 1990: The Nordic Region: Changing Perspectives in International Relations, S. 88-100.

Petersen, Nikolaj: Atlantpagten eller Norden? Den danske alliancebeslutning 1949, in: Carsten Due-Nielsen; Johan Peter Noack; Nikolaj Petersen (Hrsg.): *Danmark, Norden og NATO 1948-1962*, København 1991, S. 17-42.

Petersen, Nikolaj: Denmark and the European Union 1985 – 96: A Two-level Analysis, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 31, 1996, Nr. 2, S. 185-210.

Petersen, Nikolaj: The H.C. Hansen Paper and Nuclear Weapons in Greenland, in: *Scandinavian Journal of History*, Vol. 23, 1998, S. 21-44.

Petersen, Nikolaj: The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, Kopenhagen 1999, S. 101-122.

Petersen, Nikolaj: Dänemark und die atlantische Allianz 1949-1957. Die kritische Entscheidung, in: Norbert Wiggershaus; Winfried Heinemann (Hrsg.): Nationale Außen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedstaaten, München 2000, S. 101-128.

Petersen, Nikolaj, The Dilemmas of Alliance: Denmark's Fifty Years with NATO, in: Gustav Schmidt: A History of NATO – The First Fifty Years, Vol. 3, Houndmills 2001, S. 275-293.

Pharo, Helge Ø.; Knut Einar Eriksen: Norwegen in der NATO 1950-1956, in: Norbert Wiggershausen; Winfried Heinemann (Hrsg.): Nationale Außen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedstaaten, München 2000, S. 79-99.

Poser, Alan: Multipolare Welt, in: Internationale Politik, Jg. 65, März/April 2010, S. 68-73.

Pugh, Michael: Nuclear warship visiting: storms in ports, in: The World Today, Vol. 10, 1989, S. 180-182.

Rasmussen, Mikkel Vedby: "What's the Use of It?: Danish Strategic Culture and the Utility of Armed Force, in: Cooperation and Conflict, Vol. 40, 2005, Nr. 1, S. 67-89.

Ratsch, Ulrich; Reinhard Mutz; Bruno Schoch; Corinna Hauswedell; Christoph Rohloff: Friedensmacht Europa? Stellungnahme und Empfehlungen, in: Ulrich Ratsch; Reinhard Mutz; Bruno Schoch (Hrsg.): Friedensgutachten 2000, Münster 2000, S. 1-29 [Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung].

Reuter, Hans-Richard: Die „humanitäre Intervention“ zwischen Recht und Moral: Rechtsethische Anmerkungen aus Anlass des Kosovo-Krieges, in: Ulrich Ratsch; Reinhard Mutz; Bruno Schoch (Hrsg.): Friedensgutachten 2000, Münster 2000, S. 74-85 [Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung].

Rieker, Pernille: Europeanization of Nordic Security: The European Union and the Changing Security Identities of the Nordic States, in: Cooperation and Conflict, Vol. 39, 2004, Nr. 4, S. 369-392.

Rinke, Andreas: Chefsache Europa. Entwickelt die Europäische Union ein außenpolitisches Präsidialsystem?, in: Internationale Politik, Jg. 65, Mai/Juni 2010, S. 90-94.

Risse, Thomas: Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik – Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Monika Medick-Krakau (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1999, S. 33-57.

Risse, Thomas: Was in Afghanistan auf dem Spiel steht, in: Internationale Politik, Jg. 62, April 2007, S. 106-108.

Riste, Olav: Nordic Union or Western Alliance? Scandinavia at the Crossroads, 1948-1949, in: Ennio Di Nolfo (Hrsg.): The Atlantic Pact Forty Years Later: A Historical Approach, Berlin 1991, S. 127-142.

Riste, Olav: NATO, the Northern Flank, and the Neutrals, in: Gustav Schmidt (Hrsg.): A History of NATO – The First Fifty Years, Vol. 3, Houndmills 2001, S. 241-255.

Rittberger, Volker: Die Vereinten Nationen zwischen weltstaatlicher Autorität und hegemonialer Machtpolitik, in: Berthold Meyer (Hrsg.): Eine Welt oder Chaos?, Frankfurt am Main 1996, S. 301-336.

Robel, Stefan; Daniel Ristau: US-amerikanische Hegemonie und das „Neue Europa“: Der Irak-Krieg, die transatlantischen Beziehungen und der Fall Polen, in: Alexander Brand; Stefan Robel (Hrsg.): Internationale Beziehungen. Aktuelle Forschungsfelder, Wissensorganisation und Berufsorientierung, Dresden 2008, S. 175-211.

Rotberg, Robert R.: The New Nature of Nation-State-Failure, in: Washington Quarterly, Vol. 25, Summer 2002, Nr. 3, S. 85-96.

Rudolf, Peter: Jürgen Wilzewski: Der Unilaterale Reflex – Amerikanische Außenpolitik vor neuen Herausforderungen, in: Peter Rudolf; Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Weltmacht ohne Gegner – Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Baden-Baden 2000, S. 9-20.

Ruggie, John G.: The False Premise of Realism, in: International Security, Vol. 20, Summer 1995, Nr. 1, S. 62-70.

Rynning, Sten: Denmark as a Strategic Actor? Danish Security Policy after 11 September, in: Per Carlsen; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2003, Kopenhagen 2003, S. 23-46.

Rynning, Sten & Camilla H. Schmidt: “Mohammed Cartoons in Denmark”, UNISCI Discussion Paper, Nr. 11, Oktober 2006, Madrid 2006, S. 11-21.

Rytkønen, Helle: “Drawing the Line: The Cartoons Controversy in the US”, in: Nanna Hvidt & Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2007, Kopenhagen 2007, S. 86-109. [Danish Institute for International Studies (DIIS)]

Schörning, Niklas: Neorealismus, in: Siegfried Schieder; Manuela Spindler (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen 2006, S. 65-92.

Schumann, Wolfgang: Dänemark, in: Werner Weidenfeld; Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration, Bonn 1986, S. 346-352.

Schweiss, Christina M.: Sharing Hegemony: The Future of Transatlantic Security, in: Cooperation and Conflict, Vol. 38, 2003, Nr. 3, S. 211-234.

Schweller, Randall L.: Bandwagoning for Profite: Bringing the Revisionist State Back in, in: International Security, Vol. 19, Summer 1994, Nr. 1, S. 72-107.

Sens, Allen G.: Cooperation under Neorealism: Bringing in the Small States (of Eastern and Central Europe), in: Michel Fortmann et al. (Hrsg.): Multilateralism and Regional Security, Canadian International Peacekeeping Training Centre 1997, S. 184-210.

Sheffer, Gabriel: The Security of Small Ethnic States: A Counter Neo-Realist Argument, in: Efraim Inbar; Gabriel Sheffer (Hrsg.): The National Security of Small States in a Changing World, London 1996, S. 9-40.

Siedschlag, Alexander: Einführung – Sicherheitspolitik als Methode, in: Alexander Siedschlag (Hrsg.): Methoden der sicherheitspolitischen Analyse – Eine Einführung, Wiesbaden 2006, S. 9-19.

Siika, Marita: China and the Nordic Countries, in: Cooperation and Conflict, Vol. 18, 1983, S. 101-113.

Sjöstedt, Gunnar: Power Base: The Long Road from Definition to Measurement, in: Kjell Goldmann; Gunnar Sjöstedt (Hrsg.): Power, Capabilities, Interdependence: Problems in the Study of International Influence, London 1979, S. 37-62.

Sloan, Stanley R.: Auszehrung oder Vertiefung? Eine neue Atlantische Gemeinschaft wird gebraucht, in: Internationale Politik, Jg. 57, April 2002, S. 55-62.

Sperling, Vibeke: Ny udenrigspolitisk logik er et fremskridt, in: Udenrigs, 1988, Nr. 4, S. 1-8.

Stahl, Bernhard; Henning Boekle; Jörg Nadoll; Anna Jóhannesdóttir: Understanding the Atlanticist-Europeanist Divide in CFSP – Comparing Denmark, France, Germany, and the Netherlands, in: European Foreign Affairs Review, Vol. 9, 2004, S. 417-441.

Stahl, Bernhard: Vergleichende Außenpolitikanalyse: Das Verhalten ausgewählter EU-Staaten in der Irak-Krise, in: Alexander Siedschlag (Hrsg.): Methoden der sicherheitspolitischen Analyse – Eine Einführung, Wiesbaden 2006, S. 135-167.

Stedman, Stephen John: The New Interventionists, in: Foreign Affairs, Vol. 72, 1993, S. 1-16.

Svensson, Palle: Parliament and Foreign Policy Making in Denmark, in: ISIA, Vol. 2, 1987, Nr. 3, S. 19-39.

Szemjonneck, Jan: „Dänemark“, in: Wolfgang Gieler; Moritz Botts (Hrsg.): Außenpolitik europäischer Staaten von Albanien bis Zypern, Bonn 2007, S. 59-67.

Sørensen, Carsten Lehmann: Danish Party Policies on European and Nordic Cooperation, in: Cooperation and Conflict, Vol. 3, 1968, Nr. 1, S. 171-191.

Sørensen, Catharina: “Dänemark”, in: Werner Weidenfeld & Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2006, Baden-Baden 2006, S. 327-330.

Sørensen, Georg: Peace and Security in Europe: The Context for Denmark's Choices, in: Cooperation and Conflict, Vol. 21, 1986, S. 219-240.

- Sørensen, Georg: What Kind of World Order? The International System in the New Millennium, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 41, 2006, Nr. 4, S. 343-363.
- Sørensen, Georg: What Kind of World Order? A Response to Critics, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 41, 2006, Nr. 4, S. 393-402.
- Taliaferro, Jeffrey W.: Security Seeking under Anarchy, in: *International Security*, Vol. 25, 2000/2001, S. 128-161.
- Thränert, Oliver: Der NVV lebt. Aber langfristig nur, wenn die iranische Bombe verhindert werden kann, in: *Internationale Politik*, Jg. 65, Juli/August 2010, S. 104-105.
- Thürer, Daniel: Der „zerfallene Staat“ und das Völkerrecht, in: *Die Friedenswarte*, Vol. 74, 1999, Nr. 3, S. 275-306.
- Tow, William T. & Russell Parkin: “Small State Security Postures: Material Compensation and Normative Leadership in Denmark and New Zealand”, in: *Contemporary Security Policy*, Vol. 28, 2007, Nr. 2, S. 308-329.
- Ulbert, Cornelia: Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Theoretische Ansätze und methodische Herangehensweisen, in: Cornelia Ulbert; Christoph Weller (Hrsg.): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*, Wiesbaden 2005.
- Ulriksen, Ståle: “Deployments for Development? Nordic Peacekeeping Efforts in Africa”, in: *International Peacekeeping*, Vol. 14, 2007, Nr. 4, S. 553-568.
- Vandenbosch, Amry: The Small States in International Politics and Organization, in: *The Journal of Politics*, Vol. 26, 1964, Nr. 2, S. 293-312.
- Varwick, Johannes: Die “Euroarmee”. Rasante Weiterentwicklung europäischer Sicherheitsstrukturen, in: *Internationale Politik*, Jg. 56, September 2001, S. 47-54.
- Varwick, Johannes: Die Reaktionen der Nordatlantischen Allianz auf die Irak-Politik der USA, in: August Pradetto (Hrsg.): *Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA 2002*, Hamburg 2003, S. 19-24.
- Varwick, Johannes: Völkerrecht und international Politik. Ein ambivalentes Verhältnis, in: *Internationale Politik*, Jg. 60, Dezember 2005, S. 115-121.
- Varwick, Johannes: Auf dem Weg zur “Euroarmee”, in: *Internationale Politik*, Jg. 62, Januar 2007, S. 46-51.
- Varwick, Johannes: Einleitung, in: Johannes Varwick (Hrsg.): *Sicherheitspolitik*, Schwalbach 2009, S. 7-14.
- Vasconcelos, Álvaro et al.: “Getting it right: Inclusion within Diversity: Lessons of the Cartoon Crisis and Beyond”, in: *EuroMesCo Report*, November 2006, Lissabon 2006.
- Väyrynen, Raimo: Small States: Persisting Despite Doubts, in: Inbar/Sheffer (Hrsg.): *The National Security of Small States in a Changing World*, London 1996, S. 41-75

Villaume, Poul: Denmark and NATO through 50 Years, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999, S. 29-61.

Vital, David: Minor Power/Major Power Relations and the Contemporary Nation-state, in: Efraim Inbar; Gabriel Sheffer (Hrsg.): The National Security of Small States in a Changing World, London 1996, S. 197-214.

Vogel, Heinrich: Das Ende des "Westens". Tabus in den transatlantischen Beziehungen, in: Internationale Politik, Jg. 58, Mai 2003, S. 27-34.

Vreese, Claes de & Mette Tobiasen: "Conflict and Identity: Explaining Turnout and Anti-integrationist Voting in the Danish 2004 Elections for the European Parliament", in: Scandinavian Political Studies, Vol. 30, 2007, Nr. 1, S. 87-113.

Walt, Stephen M.: Alliance, Threats, and U.S. Grand Strategy: A Reply to Kaufman and Laps, in: Security Studies, Vol. 1, Spring 1992, No. 3, S. 448-483.

Waltz, Kenneth N.: Kant, Liberalism and War, in: Political Science Review, Vol. 56, 1962, Nr. 2, S. 331-340.

Waltz, Kenneth N.: Reflections on Theory of International Politics: A Response to My Critics, in: Robert O. Keohane (Hrsg.): Neorealism and Its Critics, New York 1986, S. 322-345.

Waltz, Kenneth N.: Realist Thought and Neorealist Theory, in: Journal of International Affairs, Vol. 44, 1990, S. 21-37.

Waltz, Kenneth N.: The Emerging Structure of International Politics, in: International Security, Vol. 18, 1993, S. 44-79.

Waltz, Kenneth N.: Structural Realism after the Cold War, in: International Security, Vol. 25, 2000, Nr. 1, S. 5-41.

Wæver, Ole: Forsvarspolitik og union, in: Udenrigs, 1991, Nr. 2, S. 14-31.

Weber, Steven: Institutions and Change, in: Michael W. Doyle; G. John Ikenberry (Hrsg.): New Thinking in International Relations Theory, Boulder 1997, S. 229-265.

Weidenfeld, Werner: Europa im Umbruch: Perspektiven einer neuen Ordnung des Kontinents, in: Werner Weidenfeld; Walther Stützel (Hrsg.): Abschied von der alten Ordnung: Europas neue Sicherheit, Gütersloh 1990, S. 7-17.

Weidenfeld, Werner: Kühles Kalkül. Die neue Ära der transatlantischen Beziehungen, in: Internationale Politik, Jg. 56, Juni 2001, S. 1-9.

Weisser, Ulrich: Was auf uns zukommt. Die NATO braucht eine neue Strategie für künftige Herausforderungen, in: Internationale Politik, Jg. 62, Juli/August 2007, S. 116-122.

Weller, Christoph: Internationale Politik und Konstruktivismus, in: Welttrends, 2003/2004, Nr. 41, S. 107-123.

Wendt, Alexander: Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: *International Organization*, Vol. 46, 1992, Nr. 2, S. 391-425.

Westad, Odd Arne: Beginnings of the End. How the Cold War Crumbled, in: Silvio Pons; Federico Romero: *Reinterpreting the End of the Cold War*, New York 2004, S. 68-81.

White, Brian: Foreign Policy Analysis and European Foreign Policy, in: Ben Tonra; Thomas Christiansen (Hrsg.): *Rethinking European Union Foreign Policy*, Manchester 2004, S. 45-61.

Wiberg, Håkan; Keld Jensen: Military Defence in Denmark: Expenditures and Conversion Problems, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 27, 1992, Nr. 4, S. 349-375.

Wiberg, Håkan: The Nordic Security Community: Past, Present, Future, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2000*, Kopenhagen 2000, S. 121-137.

Wittig, Peter: Ein neues System kollektiver Sicherheit? Die UN zwischen Stillstand und Reform, in: *Internationale Politik*, Jg. 61, März 2006, S. 76-83.

Wolfers, Arnold: „National Security“ as an Ambiguous Symbol, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 67, 1952, S. 481-502.

Zakheim, Dov S.: NATO's Northern Front: Developments and Prospects, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 17, 1982, S. 193-205.

Zakheim, Dov S.: The United States and the Nordic Countries During the Cold War, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 33, 1998, Nr. 2, S. 115-129.

Zakheim, Dov S.: The Role of Denmark in the Baltic Sea Area: An American View, in: Bertel Heurlin; Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 1998*, Kopenhagen 1998, S. 27-41.

Zürn, Michael: Institutionalisierte Ungleichheit, in: *Internationale Politik*, Jg. 62, Juli/August 2007, S. 21-31.

IV. Benutzte Zeitungen

- Berlingske Tidende
- Copenhagen Post (CP)
- Die WELT
- Frankfurter Allgemeine Zeitung
- Jyllands Posten
- Kristeligt Dagblad
- Le Monde
- Politiken
- Süddeutsche Zeitung
- Washington Times

Lebenslauf

Name: Oliver Repkow
Geboren am: 20.08.1976
Geboren in: Schleswig
Familienstand: Ledig

Schulausbildung

1983-1987 Zentralschule Harrislee (Grundschule)
1987-1997 Domschule Schleswig (Gymnasium)
1997 Abitur

Wehrdienst

01.07.1997-30.06.1998 Fernmeldesektor 111/Idstedt bei Schleswig

Studium

Sommersemester 1997 bis Wintersemester 2004/05 Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, der Politischen Wissenschaft und der Neueren deutschen Literaturwissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
30. November 2004 Magisterprüfung

Praktische Tätigkeiten

15.10.2002-31.03.2003 Hiwi beim Historischen Seminar (Bibliotheksaufsicht)
15.12.2005-21.12.2007 Lehrer-Assistent an der Lornsenschule Schleswig (Gymnasium)
03.03.2008-05.05.2008 FAW (Fortbildungsakademie der Wirtschaft) Kiel
01.03.2008-heute Freier Mitarbeiter an der Akademie Sankelmark/ Europäischen Akademie Schleswig-Holstein (EASH)
29.09.2008-26.06.2009 Grone-Bildungszentrum
01.01.2009-heute Freier Mitarbeiter der Hermann-Ehlers-Akademie Kiel
03.08.2009-31.12.2009 Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Verein Mahnmal Kilian e.V.

Eidesstattliche Versicherung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe angefertigt und außer der angegebenen Literatur keine weiteren Hilfsmittel verwendet habe. Die Stellen der Arbeit, die anderen Werken im Wortlaut oder dem Sinne nach entnommen sind, sind in jedem Fall unter Angabe der Quellen der Entlehnung kenntlich gemacht worden. Ferner versichere ich, dass diese Dissertation noch nicht zum Zwecke der Erlangung der Promotion an anderer Stelle vorgelegen hat.

Kiel, im Juli 2010

.....
(Oliver Repkow)

